

Heft 101 enthält u.a. folgende Beiträge:

- Manfred Kappeler: Über den Zusammenhang von Biografie/ Individualität und Zeitgeschichte
- C. Wolfgang Müller: Methodengeschichte als Geschichte des Handwerks in unserem Beruf
- Barbara Rose: Geschichte wird gemacht – auch Professionsgeschichte
- Susanne Maurer: Soziale Arbeit als Offenes Archiv gesellschaftlicher Konflikte – Für eine selbstkritische Historiographie
- Adriane Feustel: Von Widersprüchen – Quellenstudien zum Alice-Salomon-Archiv der ASFH Berlin
- Heidi Koschwitz: Sich Altes vor Augen führen um Neues zu verstehen und zu gestalten
- Sven Steinacker: Soziale Arbeit als Arena hegemonialer Kämpfe: Ein Blick auf die Geschichte der Jugendfürsorge am Vorabend des Nazismus
- Peter Wensierski: Schläge im Namen des Herren – Das verdrängte Schicksal der Heimkinder in der Bundesrepublik. Erste Reaktionen auf ein Spiegel-Buch
- David Prichard: Das andere Gesicht der USA. Ungehörte Stimmen: Engagierte Opposition gegen den Irak-Krieg

101  
Widersprüche

Geschichte und Geschichten der Sozialen Arbeit

# Geschichte und Geschichten der Sozialen Arbeit



Kleine Verlag

WIDERSPRÜCHE



# Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

**Redaktion:** Manfred Kappeler (Berlin); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Tilman Lutz (Waren/Müritz); Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

**Redaktionsadresse:** Sozialistisches Büro, WIDERSPRÜCHE, Holger Adam, Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Telefon (0 69) 67 99 84, e-mail: widersprueche@gmx.de

**Verlag:** Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de, Webseite: <http://www.kleine-verlag.de>  
Extra Webseite *Widersprüche*: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

## **Anzeigenannahme, Verwaltung,**

**Herstellung und Auslieferung:** Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

**© Kleine Verlag GmbH:** Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

## **Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# Widersprüche

***Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.***

Niko Diemer (1952–1992)

## ***Wir über uns***

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

# Widersprüche

26. Jahrgang, September 2006

*Knochenbrüche*  
*Z'ammenbrüche*  
*Bibelsprüche*  
*Lehrerflüche*  
*Mutters Küche*  
*sind 'ne Menge*  
*Widersprüche*  
*(Volksmund)*

## Inhalt

---

Zu diesem Heft ..... 3

### Schwerpunktthema

**Geschichte und Geschichten der Sozialen Arbeit** ..... 9

*Manfred Kappeler*

Über den Zusammenhang von Biografie/  
Individualität und Zeitgeschichte ..... 9

*C. Wolfgang Müller*

Methodengeschichte als Geschichte des Handwerks  
in unserem Beruf ..... 27

*Barbara Rose*

Geschichte wird gemacht – auch Professionsgeschichte ..... 35

*Susanne Maurer*

Soziale Arbeit als Offenes Archiv gesellschaftlicher Konflikte –  
Für eine selbstkritische Historiographie ..... 49

*Adriane Feustel*

Von Widersprüchen –  
Quellenstudien zum Alice-Salomon-Archiv der ASFH Berlin. .... 69

*Heidi Koschwitz*

Sich Altes vor Augen führen um Neues  
zu verstehen und zu gestalten ..... 85

*Sven Steinacker*

Soziale Arbeit als Arena hegemonialer Kämpfe:  
Ein Blick auf die Geschichte der Jugendfürsorge am  
Vorabend des Nazismus ..... 91

*Peter Wensierski*

Schläge im Namen des Herren –  
Das verdrängte Schicksal der Heimkinder in der Bundesrepublik.  
Erste Reaktionen auf ein Spiegel-Buch ..... 109

## Forum

*David Prichard*

Das andere Gesicht der USA. Ungehörte Stimmen:  
Engagierte Opposition gegen den Irak-Krieg ..... 119

## Magazin

### Rezensionen

*Bernd Dollinger*

über *Fabian Kessl, 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte.  
Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim/München:  
Juventa* ..... 133

*Tilman Lutz*

über *Zygmunt Bauman, 2005: Verworfenes Leben.  
Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburg:  
Verlag Hamburger Edition* ..... 138

**Informationen, Materialien, Termine** ..... 140

---

## Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld  
Fotoserie „Wendezeiten“, Nordostpolen 1989

## Zu diesem Heft

---

„Das ist doch Geschichte“ sagt jemand abwehrend, manchmal genervt, wenn ihr der Blick zurück untauglich für das Leben „im Hier und Jetzt“ erscheint, wenn ihr „das Vergangene“ den „Augenblick“ verstellt, der wie sie meint, sie das Unmittelbare als einzige Wirklichkeit erfahren lässt. Dem halten Historiker und Geschichtsphilosophen in der Regel entgegen, dass es keine unvermittelte Gegenwart gebe, ja mehr noch, überhaupt kein unmittelbares Erleben des „Augenblicks“, worin sich das prinzipielle Misstrauen des reflexiven Denkens gegenüber den „Trugbildern des spontanen Bewusstseins“ (Paul Ricoeur) spiegele. Unsere Wahrnehmung der „Welt“ in der Jetzt-Zeit sei bis hinein in das Riechen, Tasten, Hören, Sehen und alle Lüste und Schmerzen des Körpers eben auch durch das längst vergangene Leben zumindest berührt, wenn nicht gar mitbestimmt. Leben in der Gegenwart ohne mitleben der Vergangenheit sei nicht wirklich, es sei nicht einmal zu denken.

Jeder Augenblick im Jetzt habe ein Vor-Her und ein Her-Nach, meinte Adorno im Hinblick auf die Geschichtsvergessenheit der Mehrheit der Deutschen nach dem Ende der NS-Herrschaft bezogen auf das Vor-Her aber auch im Hinblick auf einen bestimmten Umgang mit der NS-Vergangenheit im Her-Nach. Auch dem Versuch der „Aufarbeitung der Geschichte“ stand Adorno skeptisch gegenüber und formulierte Bedingungen für den Umgang mit dem „Erinnern“. In diesem „Aufarbeiten“ sah er – Ende der 50er Jahre – die Tendenz der „Normalisierung“, die Absicht, die Vergangenheit zu „bewältigen“, um „endlich einen normalen Umgang mit der Geschichte“ zu erreichen mit dem Ziel, sich dieser Vergangenheit zu entledigen, zumindest aber sie zu neutralisieren beziehungsweise sie in kanonisierter Form in den Schulbüchern abzulegen und sie so der nachwachsenden Generation zu präsentieren. Mit dem Her-Nach erinnert uns Adorno an die im „Augenblick“ – nicht zuletzt aus lebenspraktischen Gründen – vergessene Binsenwahrheit, dass unser Handeln im Jetzt schon bald – „über eine kurze Weile“, wie es in der Bibel heißt – selbst Vergangenheit geworden ist und in dieser Gestalt hineinwirkt in das Leben von Morgen, das wir „Zukunft“ nennen. „Zukunft“ – die wir bei aller Gegenwartsfixierung doch ständig im Munde führen, um sie als Legitimation für fragwürdiges Handeln im Heute zu missbrauchen. Was Adorno mit Bezug auf den „Umgang“ in Deutschland mit der NS-Geschichte sagte, gilt natürlich für die Geschichte überhaupt und überall auf der Welt: Man kann sie nicht „aufarbeiten“, um sie in den Archiven und im Gedächtnis zu entsorgen.

Aber was dann wollen/sollen wir mit „unserer Geschichte“ anfangen? Und wenn es stimmt, dass jede Befassung mit der Vergangenheit, mit dem Vergangenen, mit dem, was immer schon vorbei ist, nur Interpretationen von Fakten, von „Tat-Sachen“ sein kann, die uns schon als solche nicht unmittelbar gegeben sind, die unserem retrospektiven Blick nicht einfach zugänglich sind, nicht nur, weil „der Zahn der Zeit an ihnen genagt“ hat, sondern weil unser Blick die „historischen Requisiten“ unweigerlich so formt, dass sie für die Konstruktionen der Gegenwart brauchbar, zumindest aber nicht störend sind? Geschichte als die Summe des Vergangenen und Geschichtsschreibung als dessen Wahrnehmung und Interpretation sind Verschiedene, die nie ganz zusammenkommen werden. Nicht allein die Differenz zwischen gesellschaftlicher Tiefenstruktur und erscheinender Oberfläche, auch die Debatten um Politiken der Erinnerung zeigen dies – gerade auch in ihren Bezügen auf die „Besetzung“ von Geschichte, auf deren hegemonialen und gegenhegemonialen Charakter.

Annäherungen sind möglich und auch die sind divergent, ja strittig, fordern zu öffentlichem Streiten heraus und haben häufig eine kurze Halbwertszeit, wie uns die Geschichte der Geschichtsschreibung zeigt. „Zu welchem Ende“, also, „studieren wir Universalgeschichte“? fragt Schiller in seiner Jenaer Antrittsvorlesung, eine Frage, die noch schwerer zu beantworten ist, seitdem wir eine Ahnung von der „Dialektik der Aufklärung“ haben, die uns den pädagogischen Optimismus des auf die Synthese vertrauenden Kantianers Schiller gebrochen hat und die, fokussiert auf die Geschichte einer Profession, diesem „Pünktchen“ im Universum der Geschichte, das wir so ernst nehmen, dass wir ihm ein ganzes Heft der „Widersprüche“ widmen, noch viel kontingenter ist, weil wir uns mit ihr ja nicht losgelöst von dieser „Universalgeschichte“ befassen können, vielmehr wir alten Versuchen, gerade das zu tun, widerstehen müssen.

Warum müssen? Steckt in dieser Behauptung nicht schon wieder ein heimlicher Lehrplan zum „richtigen Umgang“, diesmal mit der Geschichte unseres Berufs? Kann es denn „den richtigen Umgang“ damit, nach allem Gesagten überhaupt geben? Und ist denn die Frage, ob es überhaupt „Sinn macht“, sich mit der Geschichte zu befassen, schon beantwortet?

Theodor Lessing, der Geschichtsphilosoph aus Hannover, den braune Studentenhorden schon vor „33“ misshandelten und den die NS-Schergen 1933 im tschechischen Exil ermordeten, gab seinem Hauptwerk den Titel „Geschichtsschreibung als Sinngebung des Sinnlosen“ und nannte die Geschichtswissenschaft eine „Logificatio postfestum“. Mit dem „Schreiben der Geschichte“, vermutete Theodor Lessing, versuchen wir, dem Chaos, das wir Geschichte nennen, im Nachhinein einen Sinn unterzuschieben, weil wir dessen Sinn-Losigkeit, deren Erkenntnis uns an der Zukunft verzweifeln lassen könnte, nicht ertragen können und wollen. Das berühmte „Aus der Geschichte lernen“ also nichts als eine beru-

higende Selbsttäuschung? Lessing kam zu dieser Auffassung nach der schrecklichen Erfahrung mit dem Ersten Weltkrieg, gegen den er 1914 als einer der ganz wenigen öffentlich als pazifistischer Redner aufgetreten war, womit er Schmähungen, Verachtung, physische Bedrohung und zuletzt Vereinsamung erntete. Mit seinem leidenschaftlichen Hinweis auf die fürchterlichen Folgen der sich aneinander reihenden Kriege in der „Weltgeschichte“ scheiterte er am patriotischen Taumel der Kriegsbegeisterung (vieler), diesem empirischen Beleg für die Unfähigkeit, aus der Geschichte zu lernen – oder ist es nur ein Beleg für ein unter bestimmten Umständen (die vielleicht geändert werden könnten oder sich verändern) Nicht-lernen-Wollen? Zeitgleich schrieb Sigmund Freud seinen pessimistischen Essay „Über das Unbehagen in der Kultur“ und versuchte die die Menschheitsgeschichte durchziehende Todesfurche des Krieges, „das rote Band von Blut und Tränen“, resigniert mit einem gattungsspezifischen Trieb zum Tode (Thanatos) zu erklären.

Aber Theodor Lessing und letztlich auch Sigmund Freud gaben dem Leben in Gegenwart und Zukunft trotz ihrer pessimistischen Sicht auf das „Lernen aus der Geschichte“, trotz ihres Abschieds vom linearen Fortschrittsdenken der philosophischen Aufklärung, eine Chance, die auch in der von der Erfahrung des Nationalsozialismus bestimmten Gesellschafts- und Kulturkritik Horkheimers und Adornos nicht verloren geht und die Leszek Kolakowski in den 70er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts mit dem Satz auf den Punkt brachte: „Leben trotz Geschichte!“ Dieses „Dennoch“ hat Camus in seinem „Mythos von Sisyphos“ existenzphilosophisch zu Ende gedacht.

Wir, das heißt die Redaktion der „Widersprüche“ mit unseren divergierenden Geschichtsauffassungen und analytischen Schwerpunktsetzungen (um es an Namen festzumachen: diversen Legierungen des Marxismus – von Luxemburg bis Adorno –, Bezugnahmen auf Foucault) waren uns in zwei Punkten einig, als wir uns zum Thema dieses Heftes entschlossen:

1. Da die Geschichtsschreibung über die Soziale Arbeit immer ein Teil der Selbstdarstellung der Profession war und ist und überwiegend von AkteurInnen des Berufsfeldes betrieben wird – also eine sehr häufig Selbst-Geschichtsschreibung ist – lohnt es sich, darüber nachzudenken, welche Funktionen diese Geschichtsschreibung hat, welche Absichten mit ihr verfolgt, welche Ziele mit ihr angestrebt werden.
2. Geschichtsschreibung ist eine unseres Erachtens unverzichtbare, wesentliche Ebene der Selbst-Reflexion der Sozialen Arbeit und zur Selbst-Aufklärung über das Handeln und Wirken in allen drei Dimensionen der geschichtlichen Zeit notwendig.

Aufklärung beginnt mit dem Zweifel, mit der Reflexion dessen, was im Alltagsbewusstsein allzu oft unhinterfragt als selbstverständlich gilt, zum Beispiel des



Mythos von der Sozialen Arbeit als „helfendem Beruf“ und die Verwendung der Basiskategorie „Hilfe“ (neuerdings „Dienst-Leistung“) zur Legitimation aller denkbaren „Maßnahmen“ der Prävention und Intervention. Dass die Menschen (die Menschheit?) im Großen und Ganzen, in den dominanten Linien, aus der Geschichte wenig bis nichts gelernt haben, muss ja nicht bedeuten, dass solches Lernen prinzipiell nicht möglich ist. So wie Einzelne und manchmal Gruppen andere Schlüsse aus den historischen Ereignissen ziehen konnten und ziehen als die den „Zeitgeist“ repräsentierende Mehrheit, können vielleicht auch größere Einheiten, zum Beispiel eine Profession wie die Soziale Arbeit, beziehungsweise die Mehrheit der ihr angehörenden Individuen, den Weg der „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ verlassen. Geschichtsschreibung als Selbst-Aufklärung eröffnet unseres Erachtens zumindest die Chance, das aus „Gewohnheit“ und anderen Gründen Übernommene kritisch zu prüfen und die „naiven“ Identifikationen und Sichtweisen, in deren moralischen Gestus die hegemonialen Funktionen Sozialer Arbeit noch immer verborgen sind, vielleicht zu verhindern. „Leben trotz Geschichte“ ist ja nicht nur ein trotziges Dennoch. Es könnte nicht gehalten werden, wenn die Zuversicht, dass solches Leben möglich ist, nicht mit enthalten wäre. Das ist freilich nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Hoffnung, die dem „Staunen“ – das eigentlich ein Erschrecken ist – „darüber, dass die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch‘ möglich sind“, immer wieder abgerungen werden muss. Dieses „Staunen“, schreibt Walter Benjamin in seinen „Thesen über den Begriff der Geschichte“, sei „kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, dass die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist“. Nur ein von jeder historischen Erfahrung unbeirrter Optimismus könnte nach „unserem zwanzigsten Jahrhundert“ Benjamins Einsicht bestreiten wollen. Das „Dennoch“ (oder: „Trotz alledem“), dem dieses Heft der „Widersprüche“ sein Thema verdankt, entsteht nicht aus dem Widerspruch zu Benjamins These, sondern aus ihrer Anerkennung. Es wäre ohne die Erkenntnis, dass das „Staunen über das Noch“ aus einer nach dem zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr zu haltenden Vorstellung von Geschichte (als ungebrochener Fortschrittsgeschichte) stammt, für uns nicht möglich. Das „Dennoch“ hat viele Namen. Sie reichen vom Eros/Lebenstrieb Freuds über Albert Schweitzers „Habt Ehrfurcht vor dem Leben“ zu Blochs „Prinzip Hoffnung“, Horkheimers/Adornos dialektischer Verschlingung von Herrschaft und Emanzipation bis hin zum Sozialpädagogischen Eros, sofern er seine Verankerung in der unteilbaren Würde des Menschen – des Einzelnen und nicht „der Menschheit“ – und in den politischen und sozialen Menschenrechten sucht. So viel zur Entscheidung der Redaktion zu diesem Heft.

Die Autorinnen und Autoren der Beiträge sind unserer Begründung nicht verpflichtet. Wir haben sie eingeladen als Akteure des divergenten Umgangs mit der Geschichte der Sozialen Arbeit, die unser gemeinsamer Gegenstand ist. Dass

dieser Beruf im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts im Kontext allen das zwanzigste Jahrhundert vorbereitenden politischen, ökonomischen und kulturellen Geschehens seinen Anfang hat (sieht man einmal von dem Vorher auch dieses Anfangs ab – christliche Liebestätigkeit, Humanismus, Arbeiterbewegung, Frauenbewegung etc.) und in allen seinen Bewegungen und Formen Teil der Geschichte dieses zwanzigsten Jahrhunderts ist, an dem „das Licht der Aufklärung“ viel von seinem Glanz einbüßte, bestimmt unweigerlich nicht nur die Professionsgeschichte in ihrem faktischen Verlauf, sondern vor allem auch ihre Darstellung und Interpretation durch die Eigen-Geschichtsschreibung. Wie kaum ein anderes Handlungsfeld gesellschaftlicher Arbeit ist die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin in Entstehung, Entfaltung und Verlauf identisch mit dem noch zur Zeitgeschichte gehörenden zwanzigsten Jahrhundert, wenn man als ihren Rahmen das Neben – und Ineinander von Großeltern/Eltern (auch als Kinder) und Kinder (auch als Enkel) nimmt, also den biologischen Generationenbegriff der Re-Generation in der Geschlechterfolge, zu der alle in diesem Heft Schreibenden gehören. Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, und die sie schreiben, sind ohne Ausnahme in diesem Jahrhundert geboren und herangewachsen. Dennoch ist die Altersspanne der AutorInnen beträchtlich. Die Geburtsjahre reichen von 1928 bis 1970 und die Berufseintrittsjahre von 1956 bis 2006. Diese Generationen- und Epochenbezüge spiegeln sich in den Beiträgen und geben dem Heft seine besondere Prägung. Falls im Jahre 2056 die „Widersprüche“ in der dann dreihundertsten Ausgabe wieder ein Heft zur Geschichtsschreibung in der Sozialen Arbeit herausbringen würden, hätten sich die das Heft 101 charakterisierenden Generationen- und Epochenbezüge aufgelöst. Sie wären dann nicht mehr „Zeitgeschichte“, sondern „Geschichte“ und die Soziale Arbeit selbst würde über eine Geschichte verfügen, deren Bedeutung für ihre Zeitgeschichte im einundzwanzigsten Jahrhundert untersucht werden müsste. Für ein solches Unterfangen wäre dieses Heft dann ein wichtiger historischer Quellentext. Der in dieser Perspektive steckenden Versuchung, mit unserem Schreiben heute den AkteurInnen der Sozialen Arbeit von über-morgen, unseren beruflichen Enkeln beziehungsweise Urenkeln „Botschaften“ zu hinterlassen, widerstehen wir in dem Bewusstsein, dass die mit Geschichtsschreibung möglicherweise erzielte Selbst-Aufklärung dem Denken und Handeln in der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft nützen soll.

## **Die Redaktion**



Manfred Kappeler

## Über den Zusammenhang von Biografie/ Individualität und Zeitgeschichte

---

Im Editorial zu diesem Heft heißt es: „Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und die sie schreiben, sind ohne Ausnahme in diesem Jahrhundert geboren und herangewachsen [...]. Diese Generationen- und Epochenbezüge spiegeln sich in den Beiträgen und geben dem Heft seine besondere Prägung.“

Der Beziehung zwischen der Lebensgeschichte des Einzelnen in „seiner Zeit“ und über diese Zeit zu den ihr vorangegangenen „geschichtlichen Zeiten“ wird in diesem Beitrag, immer wieder angebunden an die Geschichte der Sozialen Arbeit, verallgemeinernd nachgegangen.

Nach-Denken über die Geschichte der Sozialen Arbeit ist vor allem eine Reflexion über die Erscheinungsformen und die Dynamik der Macht, die nach Max Weber den Fokus jeder Politik bildet. In dieses Macht-Geschehen sind die in der Sozialen Arbeit Handelnden unmittelbar involviert, stärker noch: Nur durch ihre berufliche Tätigkeit kann die in den Strukturen der Sozialen Arbeit angelegte Macht materiell werden. Die Macht sei „das Andere meiner Selbst“ schreibt Paul Ricoeur. Als ein „rätselhaft Fremdes“ trete sie „mir gegenüber, noch bevor ich sie als mein Werk erkenne“. Um diesen Verstrickungen auf die Spur zu kommen, empfiehlt Ricoeur einen „Gleichklang von Reflexion und Praxis“, der ohne den Bezug auf den Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte nicht herzustellen ist. Soziale Arbeit, das wird gegenwärtig vielen wieder deutlicher, ist ein wichtiges Feld der Politik, wenn man unter Politik „das Übergreifende, den Rahmen der Existenz“ versteht (Ricoeur 1974, 18). Das Politische bezeichne „das Ganze der Bindung des Menschen an die *Macht*; Machteroberung, Ausübung der Macht, Machterhaltung und so weiter. Die Macht ist die zentrale Frage der Politik: Wer befiehlt? Wem? In welchen Grenzen? Unter welchen Kontrollen? Im Tätigkeitsfeld der Macht, sei es auf Seiten derjenigen, die sie ausüben, sei es auf Seiten derjenigen, die sie erleiden, anfechten oder anstreben“, im Bereich der Macht erfülle und entfalte sich das „Schicksal“ von Individuen und Völkern (Ricoeur, a.a.O., 102).

In der zu Institutionen geronnenen Politik kristallisieren und brechen sich die sozialen Beziehungen. Die durch Macht definierte Politik aber, so Ricoeur, sei der „herausragende Ort, an dem der Mensch schuldig wird“. Nun sind die realen Orte der Politik, in denen wir uns bewegen und handeln, immer auch historische Orte. Sie sind das, so Michel Foucault, was vor uns da war, uns im Raum und in der Zeit trägt, das System und die Struktur. Den von uns, unserem Handeln diesem Vorgegebenen subjektiv beigelegten Sinn wertet Foucault als eine Oberflächenwirkung, zu der die „Trugbilder des spontanen Bewusstseins“ (Leick 1976, 22) gehören, die unter anderem Materialien unseres als Auto-Biografie konstruierten Selbst-Bildes sind. Hier liegt der Ansatzpunkt für eine Selbst-Aufklärung, die davon ausgeht, dass Biografie als ein Gewordenes nur historisch gedacht werden kann, wobei freilich *die* historische Zeit im Vordergrund steht, in der das reflektierende Individuum geworden ist: meine Lebenszeit, die ein Segment der Zeit der Geschichte ist, die wir Zeit-Geschichte nennen. Erst von da aus kann das Vor-Her dieser Zeit in den analytischen Blick kommen. Allerdings sollen uns „System“ und „Struktur“, die „Trugbilder des spontanen Bewusstseins“, kurz alle Elemente unserer Konstruktionen der „Wirklichkeit“ nicht zu einer „Faszination einer falschen Objektivität“ verführen, vor der Ricoeur uns warnt, zur „Objektivität einer Geschichte, in der es nur noch Strukturen, Kräfte und Institutionen gäbe, nicht aber auch Menschen und menschliche Werte“ (Ricoeur, a.a.O., 64). Das ist eine Warnung vor einem Geschichts-Objektivismus, der den fühlenden, denkenden und handelnden (sprechenden) Menschen aus dem Blick verliert. Gegen diese Gefahr helfe uns eine Reflexion der Geschichte, „die uns ohne Unterlass versichert, dass das Objekt der Geschichte das menschliche Subjekt selbst ist“ (ebd.).

Was Ricoeur in seinen Reflexionen über Subjektivität und Geschichte zur „zweideutigen Rolle des Künstlers“, der es wage, „das Böse“ darzustellen, sagt, lässt sich meines Erachtens auf die Professionellen in der Sozialen Arbeit übertragen, sofern sie die historisch gewachsenen Bilder von ihrer Profession auf allen Ebenen der Selbst-Reflexion entmythologisieren und damit „das konventionelle Bild, das die Wohlmeinenden sich gerne von sich selbst machen“, infrage stellen: Solchen DesillusioniererInnen werde „Menschenverderbung“ vorgeworfen, weil sie „das Bild des Menschen“, in unserem Falle das Bild des „helfenden Berufes“ beziehungsweise des in ihm schon immer als „guten“ legitimierten Helfers, durch ihre Analyse und Kritik beschädigen. Die Selbst-Reflexion über die sozialen Beziehungen dürfe „nicht über das Drama und die Krise hinweg gehen [...], die sich auf der Ebene der kulturellen Darstellungen, der kollektiven Trugbilder und der ästhetischen Vermittlung abspielen“ (Ricoeur, a.a.O., 136). Zu dieser „Ebene“ gehört, in allen ihren Dimensionen, auch die Soziale Arbeit. Die in ihr Handelnden (mit „Handeln“ ist immer auch Sprechen/Schreiben, die theoretische Arbeit gemeint) sind, ob bewusst oder nicht, Vermittelnde. In ihrer *Person*

repräsentieren und vermitteln sie kulturelle Aspekte, kollektive Trugbilder und Momente der Ästhetik sozialer Beziehungen. Aber nicht als passives Medium „objektiver Kräfte“, sondern so wie sie selbst sich, immer auch aktiv, mehr oder weniger bewusst wertend und entscheidend, das ihnen „Vermittelte“ angeeignet haben. Dafür, dass dieser Prozess (zu mir selbst hin und zu den „Anderen“) mehr bewusst verläuft, vor allem bezogen auf kollektive Trugbilder und die Ästhetik Sozialer Beziehungen, ist zuerst und zuletzt jede/jeder Einzelne verantwortlich. In besonderer Weise aber diejenigen, die in Wort und Schrift in den Ausbildungs- und Forschungsstätten der Sozialen Arbeit als bestallte und bezahlte VermittlerInnen von Theorie und Geschichte arbeiten. Diese „Vermittlungen“ sind ein wesentliches Element der Identität von individueller Lebenszeit und historischer Zeit, von Biografie und Zeit-Geschichte, die eines jeden „Zweideutigkeit“ bedingt: „Der Mensch entsteht und vergeht stets auf dem Grunde des Herzens jedes einzelnen Menschen, aber er entsteht und vergeht auch in der Vermittlung aller jener ‚Objekte‘, die, vom Ökonomischen über das Politische bis hin zum kulturellen Objekt, die Verbindung des Menschen mit den Menschen“ (Ricoeur, ebd.) die „sozialen Beziehungen“, wie wir heute sagen würden, herstellen, sie im Guten wie im Schlechten „tragen und stützen“, wie Paul Ricoeur es in seiner poetischen Sprache sagt.

Um als professionell Vermittelnder verantwortlich handeln zu können, muss ich mich mit dem, was von mir in mein professionelles Handeln eingeht, vertraut machen. Das ist heute ein anerkannter Grundsatz der Sozialen Arbeit, eine von der Profession an alle ihr zugehörigen gestellte, in der Praxis aber nur wenig unterstützte und oft genug konterkarierte, Forderung. Dieses Vertraut-Werden mit mir selbst kann aber nur gelingen – und das immer nur in Annäherungen – wenn ich mir *meine Geschichte* bewusst mache, reflektiere wie ich geworden bin, was ich bin. Im hier erörterten Zusammenhang besonders bezogen auf mein berufliches Werden und Sein. „Mir meiner Geschichte bewusst zu werden“, schreibt Emil Angehrn, bedeute „sie nicht als ein Fremdes von mir abzulösen, zu vergessen oder zu verdrängen“ (Emil Angehrn, „Geschichte und Identität“, Berlin 1985, Einleitung). Bezogen auf unser „Gegenüber“ arbeiten wir ganz selbstverständlich und oft genug problematisch, weil unbewusst, mit dessen „Geschichte“. Jedes Anamnese-Schema ist ein Werkzeug der Erkundung des Geworden-Seins des Anderen und, weil ein „Schema“, auch immer problematisch, denn es geht dabei doch um eine Annäherung, um den Versuch des Verstehens der Individualität, der Besonderheit dieses Anderen. Der Historiker Wilhelm Schapp erinnert daran, dass jeder Mensch „immer in Geschichten verstrickt“ sei und wir „den letzten Zugang zu ihm über Geschichten von ihm haben“. Angehrn schreibt mit Bezug auf Schapp: „Erst dann scheinen wir jemanden wirklich zu kennen, zu wissen, ‚wer‘ er ist, wenn wir nicht nur, beispielsweise, seine Charaktereigenschaften oder sozialen Rollen kennen, sondern etwas aus

seiner Geschichte, aus seinem Leben wissen. Schon die einfache ‚Vorstellung‘ einer Person, enthält im Abriss Elemente einer Geschichte; erst recht bedeutet das Vertrautwerden mit jemandem immer auch, seine Geschichte kennen zu lernen“ (Angehrn 1985). Im Verhältnis von Biografie, Individualität und Zeitgeschichte geht es um den Zusammenhang von Geschichte und Geschichten, um den Unterschied und die gegenseitige Angewiesenheit von *der* Geschichte (Singular) und *den* Geschichten (Plural) um Geschichte als historische Folge von Ereignissen und als Erzählung von Lebensgeschichte(n). Können wir uns die Geschichte ohne die Geschichten überhaupt vorstellen? – das heißt subjektiv verlebendigen, uns aneignen? Müssen nicht ohne den Bezug auf *die* Geschichte, eines Menschen Geschichten, beziehungsweise die unzähligen Geschichten der unzähligen Individuen, unausweichlich zu einer verabsolutierten Selbstbezüglichkeit, zu einer eingebildeten Autarkie führen, „die ihre eigenen Fundamente verschleiert“? (Angehrn 1985). Von Herodot bis auf den heutigen Tag wurde Geschichtsschreibung, das heißt die von ihr konstruierte, aber als „Real-Geschichte,“ als „Überlieferung dessen was war“, aufgefasste Geschichte von Individuen und von Kollektiven, als nützlich, als „sinnvoll“ angenommen, wenn sie als Medium der Selbstbesinnung, der Selbstvergewisserung, der Selbst-Erkenntnis und schließlich des Selbst-Bewusstseins diene, wie immer zuletzt dieses „Selbst-Bewusstsein“ auch ausgesehen haben mag. „Es scheint ein elementares Bedürfnis des Menschen zu sein, sich seine Geschichte zu vergegenwärtigen und sich darin über sich selbst zu verständigen, sich darüber Rechenschaft abzulegen, wer man wirklich ist und inwiefern man im Laufe der Zeit derselbe geblieben ist. Es gibt ein Bedürfnis, vergangene Geschichte als Teil seiner Selbst in der Erinnerung festzuhalten. Die Tradition der Autobiografien, der Confessiones, Tagebücher und Memoiren legt davon beredtes Zeugnis ab“ (Angehrn, a.a.O., 3). Angehrn interpretierte schon 1985 eine auffallende Zunahme nicht-fachwissenschaftlicher Literatur – zu der ja auch die Professions-Geschichtsschreibung durch Nicht-HistorikerInnen in der Sozialen Arbeit gehört – als Hinweis auf ein wachsendes Bedürfnis an „historischer Besinnung“. Damit korrespondiert die in der Mitte der Siebziger in den Sozial- und Erziehungswissenschaften aufkommende „*oral history*“, die eine regelrechte Bewegung auslöste, die Mitte der 80er Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Ich erinnere an Projekte wie Erzähl-Cafés, diverse Formen lebensweltorientierter historischer Spurensuche, die Entdeckung des „Kiezes“ (Grabe wo du stehst!), die Fülle autobiografischer Literatur. „Erinnern und Erzählen“, „Erzählte Geschichte“, „Geschichte zum Anfassen“, „Lebendige Geschichte“ – so die Schlagworte, die die hohe Zeit der Zeit-Zeugen, der Noch-Lebenden, der Über-Lebenden theoretisch und methodisch rahmte. In den unterschiedlichsten Ausdrucksformen dieses in der Geschichte der Bundesrepublik damals neuen und breiten Geschichtsinteresses glaubte Angehrn, einen gemeinsamen Zug entdecken zu können: „Historische Selbstbehauptung artikuliert sich zumindest teilweise als Antwort auf einen Verlust. Der Konvergenz von

Identitätsverlust und Geschichtsverlust korrespondiert die Bemühung, in der Wiedergewinnung von Geschichte neue Grundlagen der Selbstverständigung zu finden“ (ebd.).

In meiner „linken Biografie“ finde ich für diese Vermutung eine Bestätigung, die ich anderen Orts bereits mitgeteilt habe und hier, auch als ein Beispiel für den Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte, zitieren will. In der Zeitschrift „Erziehung und Klassenkampf“ Nr. 1/1971 (ich gehörte zum Redaktionskollektiv der E.u.K.) gibt es einen Artikel „Zur Bedeutung der revolutionären Pädagogen der Weimarer Republik für die Re-Konstituierung einer marxistischen Erziehungstheorie und -praxis heute“. In einem autobiografischen Rückblick schrieb ich in Erinnerung an mein/unser politisches Selbstverständnis, mit dem wir diese Zeitschrift, von der im Zeitraum von fünf Jahren zwanzig Nummern erschienen, herausgaben:

„Mit Leidenschaft haben wir die der Arbeiterbewegung nahe stehenden linken Pädagogen der Zeit vor 1933, die von der westdeutschen Erziehungswissenschaft totgeschwiegen wurden, ausgegraben, um uns an ihnen aufzurichten. Heute frage ich mich, wie wir so blind sein konnten, gegenüber ihrer Missachtung des Subjekts, ihren funktionalisierenden und autoritären Erziehungsstilen und -methoden, ihrem Ordnungs- und Sauberkeitsfanatismus, ihrer piefigen Kleinbürgerlichkeit, gegenüber ihrem linearen Geschichtsverständnis und einfältigem Fortschrittsglauben.

Wie konnte uns entgehen, dass diese Pädagogen ohne Bedenken die Bedürfnisse, Wünsche, Interessen von Kindern und Jugendlichen den von ihnen prinzipiell über das Individuum gestellten angeblich unabdingbaren Forderungen der Klasse, der Partei, der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft usw. opferten.

Wie konnte *uns* das entgehen, die wir mit einer Kritik an der autoritären Theorie und Praxis der Erziehung, mit dem Versuch, zeitgemäße Verbindungen von Psychoanalyse und Marxismus, mit Forderungen nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation gestartet waren? Hatten wir nicht Ignoranz, autoritäres Gehabe, Missachtung unserer Wünsche und Bedürfnisse in Kindheit und Jugend selbst erfahren und erlitten? Was brachte uns dazu, die folgeschwere Unterscheidung zwischen ‚subjektiven Bedürfnissen und objektiven Interessen‘ von Arbeiterjugendlichen zu machen und die Definitionsmacht darüber zu beanspruchen, was die ‚objektiven Interessen‘ zu sein haben, denen notfalls die ‚subjektiven Bedürfnisse‘ untergeordnet werden müssten, wenn es zwischen beiden leider keine Übereinstimmung gab?“ (Kappeler 2001, 88ff.)

### Meine Antwort auf diese beunruhigenden Fragen:

„Unsere Identifikation mit den Klassenkampf-Pädagogen der Weimarer Republik resultierte aus einem breit angelegten und weitgehend unbewussten Identitätsprojekt. Die von uns ausgebuddelten Heroen brauchten wir für einen Brückenschlag über den ‚Abriss‘ des ‚fortschrittlichen Strangs in der Geschichte‘ durch Faschismus, Krieg und Nachkrieg in Deutschland. Dieses kritiklose Anknüpfen an pädagogische Traditionen und Vorbilder, die für mich/für uns schon allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung und ihrer Verfolgung durch rechte Bürgerliche und die Nationalsozialisten und wegen ihres Todgeschwiegen-Werdens in der bundesrepublikanischen Nachkriegspädagogik fortschrittlich, ja revolutionär waren, hatte für mich/uns eine identitätsstiftende Funktion. Sie erlaubte mir/uns, die wir in der Regel nicht



aus Widerstandsfamilien kamen, schon eher, wie ich, aus Nazi-Familien, die subjektive Kränkung zu kompensieren, dass unsere Väter und Mütter mitgelaufen waren oder gar überzeugte Täter waren, in der Regel keinen Widerstand geleistet haben, sondern auf die eine oder andere Weise zu den Komplizen und Tätern gehörten. Sie ermöglichte uns die Identifikation mit der Opferseite und damit die Selbsteinschreibung auf der Seite des Guten, auf der Seite des positiven Menschheitsprojekts. Wenn es die schreckliche Geschichte der Anderen ist, die es zu untersuchen gilt und nicht die eigene, brauche ich keine Sinnkrise zu befürchten. Im Gegenteil: Indem ich das Schreckliche auf der Seite des politischen Gegners identifiziere, konstruiere ich eine ungebrochene positive Linie der geschichtlichen Entwicklung, der ich mein eigenes Denken und gegebenenfalls auch Handeln zuordnen kann. Ich besorge mir auf diese Weise eine ‚historische Identität‘. Für Angehörige meiner Generation war der Rassismus auf der Seite der Herrschenden angesiedelt, eine Ideologie und Machtmittel auf der Seite der reaktionären Kräfte im Geschichtsprozess, und wir glaubten, ihn im kolonialen Gewaltverhältnis nach außen, im Antisemitismus und Fremdenhass nach innen, eindeutig lokalisieren zu können. Dem gegenüber, in kämpferischer Opposition, sahen wir die Linie des fortschrittlichen Denkens: Die Propagierung der Menschenrecht durch die Philosophie der Aufklärung, ihre politische Bedeutung in den bürgerlichen Revolutionen, schließlich ihre globale und universale Einforderung durch das revolutionäre Proletariat und den Sozialismus. Diese Linie erschien uns von großer historischer Authentizität und Ungebrochenheit, so recht geeignet für eine positive Identifikation, die uns helfen sollte, trotz und gegen die faschistische ‚Erbschaft‘ von unserer Eltern-Generation eine fortschrittliche politische Identität zu entwickeln. Wir wollten dem Herren-Menschen unseren aufrechten Gang entgegensetzen und sahen dabei nicht, dass hinter den strahlenden Bildern die der ‚fortschrittliche‘ weiße Mann als Humanist, als Aufklärer, als Streiter für republikanische Rechte oder als revolutionärer Kämpfer für eine klassenlose Gesellschaft von sich aufzurichten wusste, auch rassistisches Fühlen, Denken und Handeln verborgen war. Es war eine undialektische Aneignung der Geschichte des Widerstands, aus der wir unsere Kraft zogen“ (Kappeler, a.a.O., 91).

Dieses Beispiel einer problematischen identitätspolitischen Geschichtsschreibung ließe sich durch weitere, andere Beispiele aus meiner Biografie ergänzen.<sup>1</sup> In der Geschichtsschreibung zur Geschichte der Sozialen Arbeit lassen sich ähnliche Beispiele finden, die meines Erachtens, wie bei den radikalen linken PädagogInnen der Achtundsechziger-Bewegung „als Antwort auf einen Verlust“ gesehen werden können, als Suche nach Kontinuität, nach Möglichkeiten positiver Identifikation, in der Hoffnung, damit den durch die NS-Gewaltherrschaft aufgerissenen und hinterlassenen „Abgrund“, der als klaffende Leerstelle, als Bruch der Kontinuität empfunden/erlitten wurde, kompensieren zu können. Meines Erachtens ist die in den 90er Jahre aufgetauchte Frage nach den „Klassikern der Sozialen Arbeit“ auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Dass der Rekurs auf herausragende Persönlichkeiten der Sozialen Arbeit Teil einer identitätspolitischen Funktionalisierung der Professionsgeschichte war und ist, wird von verschiedenen Autoren meist positiv vermerkt. So schreibt Winkler, „dass der ungesicherte Status der Sozialpädagogik als Disziplin und als Profession zumindest auch mit dem Fehlen von Klassikern“ zu tun habe und zieht aus dieser Einschät-

zung den Schluss, dass die Profession Klassiker brauche, „um nicht selbst verloren zu gehen“ ( M. Winkler, *Hat die Sozialpädagogik Klassiker?* in: *Neue Praxis*, 23. Jahrg. 1993, 171–185). Diese Auffassung bestätigt Christian Niemeyer (auch mit Bezug auf Winkler), wenn er schreibt, dass es ein „zunehmendes Einvernehmen darüber gebe, dass der „ungesicherte Status“ der Sozialpädagogik in Wissenschaft und Praxis unter anderem auf das Fehlen von Klassikern zurück zu führen sei. Da stellt sich allerdings die Frage: Wem fehlen sie? Winkler, Niemeyer und andere meinen, die Soziale Arbeit brauche Klassiker als Repräsentationsfiguren für die Erlangung einer bessern Reputation in der Gesellschaft, also für die Außendarstellung. Die Identitätsfrage schwingt da meines Erachtens aber mit, denn wie sollen sich die Angehörigen der Profession mit ihrem Beruf identifizieren, wenn er keine über die engen Grenzen des Berufsstandes hinaus bekannt gewordenen bedeutenden Frauen und Männer vorzeigen kann? Freilich gibt es wohl kaum einen Beruf mit einer Geschichte, der nicht seine spezifischen Traditionen herausgebildet hat, in der bedeutende Persönlichkeiten immer eine wichtige Rolle spielen. Das war sogar in meinem ersten Beruf als Bäcker so. In der Berufsschule wurden im Rahmen der Handwerks-Innungs-Zunft-Tradition auch „große Bäcker“ vorgestellt, oder die mutigen Bäckerburschen einer mittelalterlichen Stadt gelobt, die, als Erste in der Morgenfrühe auf den Beinen, rechtzeitig den Feind entdeckten, der die Stadtmauern erklettern wollte und durch ihren Alarm, der die Verteidiger noch rechtzeitig weckte, zurückgeschlagen werden konnte. Und wie sollte die Beschäftigung mit der Geschichte auch Aufmerksamkeit, Interesse, vielleicht sogar eine sinnliche Qualität bewirken können, ohne die Berichte über interessante Menschen, ohne Biografien und Autobiografien? Es geht nicht darum, die Klassiker zu ignorieren oder gar zu „beseitigen“, wie Niemeyer, Giesecke zitierend, das für die 60er Jahre behauptet, in denen die Klassiker „auf dem Höhepunkt der sozialwissenschaftlichen Selbstaufklärung“ (soll wohl heißen: unter Ausschluss der Geschichtsdimension) als „blühender Efeu auf rissigem Gemäuer“ abgetan wurden Neumeyer in *Otto/Thiersch* 2001). In dieser Formulierung Gieseckes steckt aber eine Kritik am Umgang mit den Klassikern, die meines Erachtens an Aktualität nichts verloren hat. Das „rissige Gemäuer“ war der „Zustand“ einer Sozialen Arbeit im Nachkriegs-Deutschland, die ihre Verstrickung und Komplizenschaft mit der NS-Bevölkerungspolitik und deren Vorher abspaltete, verdrängte, tabuisierte und mit einem doppelten Salto Mortale rückwärts an die Leitfiguren der Zeit vor 1933 anzuknüpfen versuchte. Gertrud Bäumer, Alice Salomon, Christian Jaspas-Klumker, Marie Braun, Wilhelm Polligkeit etc., in der Geschichte der Sozialen Arbeit ohne jeden Zweifel bedeutende Menschen, wurden mir/uns in der Sozialarbeiterausbildung 1960 durchaus nahe gebracht. Allerdings ohne eine Spur von kritischer Betrachtung ihres Denkens und Handelns. Sie waren quasi zeitlose Heiligengestalten, edle Menschen, die weder mit dem Aufkommen der eugenischen/rassenhygienischen „Volkspflege“ vor 1933 noch mit deren flächendeckender Praktizierung von 1933

bis 1945 irgendetwas zu tun hatten. Sie durften nichts damit zu tun haben, weil sie ihre Funktion als „Efeu“ die Risse im Gemäuer – das heißt doch im historischen Bau des „helfenden Berufs“ – zu verdecken, nicht hätten erfüllen können. Ich vermute, dass die Idealisierung dieser „Vorbilder“ mehr oder weniger bewusst uns auch davon abhalten sollte, unseren Dozentinnen und Dozenten, die fast ohne Ausnahme während der NS-Zeit als TheoretikerInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit aktiv waren, Fragen nach ihrer eigenen politischen und praktischen Haltung zur „Fürsorgearbeit im Dritten Reich“ zu stellen. Dieses Motiv fällt heute freilich weg, aber die Legitimationsfunktion der „großen Persönlichkeiten“ ist geblieben. Es scheint, dass die KlassikerInnen als Präsentations- und Identifikationsfiguren für die Soziale Arbeit nach außen und nach innen als möglichst tadellose und widerspruchsfreie Persönlichkeiten konstruiert werden sollen, aus der in der Pädagogik tief verwurzelten Angst heraus, dass eine Thematisierung ihrer problematischen Sichtweisen und Handlungen, ihrer Verstrickungen in das politische Geschehen ihrer Zeit, ihrer „dunklen Seite“, Identifikation und Reputation gefährden könnte. Mit dem „falschen Glanz“ dieser Leitfiguren, wird den Angehörigen der Profession der selbst-aufklärerische kritische Zugang zur Geschichte des eigenen Berufs zumindest erschwert. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Stichwortartikel „Klassiker der Sozialen Arbeit“ von Hans Gängler, im „Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik (Otto/Thiersch 2001). Gängler stellt die von ihm ausgewählten fünf „Klassiker“ ohne jeden kritischen Bezug in objektivistischer Manier vor. So fehlt zu Christian Jaspar-Klumker der Hinweis auf die eugenischen und menschenökonomischen Sichtweisen, die man in den Texten dieses Klassikers finden kann, und seine Anbiederung an die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933, die weit über einen taktischen Pragmatismus hinaus ging, wird nicht erwähnt.

In den Ausführungen über Alice Salomon findet sich bei Gängler kein Hinweis auf ihre leitende Funktion in der Kriegsökonomie während des Ersten Weltkriegs (Stabilisierung der „Heimatfront“ zusammen mit Gertrud Bäumer) und auch ihr eugenisches Denken bleibt unerwähnt (vgl. zu Salomon und Klumker: Kappeler 2000). Für diese Tendenz der Idealisierung ist der überwiegende Tenor der Geschichtsschreibung zu Leben und Werk von Alice Salomon beispielhaft, vor allem bezogen auf die Ausblendung ihres eugenischen Denkens und der Verankerung ihrer Auffassungen über die gesellschaftliche Bedeutung der Sozialen Arbeit in der Volksgemeinschaftsideologie.

Ernst Engelke, der sich schon 1992 den Klassikern zuwandte, stellt in seiner Auswahl auch Alice Salomon vor und folgt dabei einer Selbsteinschätzung Salomons aus ihren Lebenserinnerungen:

„Alles, was ich während meins Lebens getan habe, hatte einen Inhalt: beizutragen zur Entstehung einer sozialen Ordnung mit mehr Gerechtigkeit, Chancen-

gleichheit und einem tieferen Empfinden der Solidarität und Brüderlichkeit“ (Engelke 1992). Engelke schreibt, Salomon habe „jede Form eines Sozialdarwinismus“ abgelehnt und die These vertreten, dass der „Schutz der Schwachen“ durch die Wohlfahrtspflege zu den „elementaren Aufgaben einer Gesellschaft“ gehöre: „Wissen und Handeln, Denken und Tun müssen auf einer Weltanschauung beruhen, die alle Menschen als gleichwertig ansieht und behandelt. Ethik und Religion gehören daher unbedingt zu einer wissenschaftlichen Wohlfahrtspflege hinzu.“ Im weiteren Verlauf seines Textes berichtet Engelke, dass für Salomon neben gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Verlust der Angehörigen, auch „geistige und körperliche Minderwertigkeit“, die in der „Natur des Hilfsbedürftigen“ liege, eine Ursache für das Angewiesensein auf Hilfe sein könne. Zu dieser Gruppe zähle Salomon auch die wachsende Zahl derjenigen, die nicht in der Lage seien, sich dem kulturellen Fortschritt anzupassen. „Wirtschaftliche Unfähigkeit, Charakterfehler, Willensschwäche und Trägheit [...] die Unfähigkeit, mit den wirtschaftlichen Erfordernissen des Lebens fertig zu werden“, könnten auf der Unfähigkeit beruhen, „sich überhaupt richtig zum Leben zu stellen“. Solche „Ursachen für Not“ lägen im einzelnen Menschen selbst und dürften nicht einseitig dem „Milieu“ angelastet werden. Alice Salomon sei davon ausgegangen, so Engelke, dass es Menschen „mit gesellschaftsfeindlichen (asozialen) Anlagen“ gäbe, Erbanlagen, die für die „Gemeinschaft gefährlich, feindlich“ seien. Solchen Menschen gegenüber müsse die Wohlfahrtspflege „Zwang“ anwenden, mit dem die „asozialen Elemente der Gesellschaft vor sich selbst und die Gesellschaft vor dem Schaden bewahrt (werden), den sie ihr zufügen können“. Alice Salomon empfahl für die von ihr so klassifizierten Menschen die Unterbringung in „Bewahranstalten“ und unterstützte damit die in den zwanziger Jahren heftig geführte Diskussion um die Schaffung eines „Bewahrungsgesetzes“ für angeblich „in die Volksgemeinschaft nicht mehr integrierbare Menschen“, das von seinen BefürworterInnen eugenisch/rassenhygienisch begründet wurde.<sup>2</sup> Die Wohlfahrtspflege müsse solche Mittel anwenden, „wenn Einzelne sich im Leben nicht bewähren“.<sup>3</sup> Engelke bietet dem Berufsnachwuchs die Klassiker an, damit sie die Chance haben, aus der Geschichte lernen zu können:

„Als vernünftige Menschen müssten wir eigentlich aus unserer eigenen Geschichte und der Geschichte anderer Menschen lernen. Aber tun wir das? Betrachten wir die Geschichte der Menschen, um zu erfahren, wie mit sozialen Problemen umgegangen worden ist? Befassen wir uns mit den praktischen und theoretischen Lösungsversuchen unserer Eltern, Großeltern, Urgroßeltern und lernen daraus?

Wir scheinen auf die Gegenwart fixiert zu sein und vernachlässigen unsere Einbindung in die Geschichte. [...] Unsere Lebenssituation hat es zwar so, wie sie jetzt ist, noch nie zuvor gegeben und dennoch ist sie nicht völlig neu. Wenn wir nach dem Neuen fragen, dann müssen wir das Alte sehen, und dann sehen wir auch, dass das Alte nie so alt gewesen und das Neue nie so neu gewesen ist wie es scheint [...]. Die gegenwärtige Situation ist immer das Ergebnis vorhergegangener Entwicklungen. Die Vergangenheit vergeht nicht, sondern wirkt weiter. Probleme, die sich in der

Gegenwart stellen, sind außerdem häufig eine Konsequenz aus früheren Problemlösungen“ (Engelke 1992).

Aber was kann aus der Geschichte gelernt werden, wenn ihre ProtagonistInnen als widerspruchsfreie Idealgestalten konstruiert werden? Wem nützt es, wenn Engelke den in den von ihm selbst referierten theoretischen Grundannahmen Alice Salomons deutlich erkennbaren eugenischen Ansatz nicht in Zusammenhang bringt mit der von ihr vertretenen Ethik der Wohlfahrtspflege, die von der klassifizierenden Einteilung der „Hilfsbedürftigen“ in „wertvolle“ und „minderwertige“, in „unverbesserliche Asoziale“ und „unschuldig in Not geratene“ doch im Kern getroffen ist? Alice Salomon propagierte vor dem Ersten Weltkrieg das von Helene Simon 1912 übersetzte und herausgegebene Buch der Briten Sidney und Beatrice Webb „Das Problem der Armut“, als einen für die theoretische Grundlegung der Wohlfahrtspflege bedeutenden Text. Dieses Buch ist ein „Klassiker“ der eugenischen/rassenhygienischen Literatur. Ebenso verhält es sich mit den Empfehlungen der theoretischen Werke der österreichischen sozialdemokratischen Frauenrechtlerin Oda Olberg durch Alice Salomon. Zwischen 1910 und 1933 veröffentlichte Olberg kontinuierlich eugenische/rassenhygienische Arbeiten in der sozialdemokratischen deutsch-österreichischen Presse. 1926 erschien ihre Monographie „Die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit“, in der sie schreibt:

„Wir wollen nicht alle Wertungen in einen allgemeinen Mitleidsbrei verrühren. Wir wollen uns das Recht gewahrt wissen, den Gesunden höher zu stellen als den Kranken, den Normalen als den Anormalen, den tüchtigen vollwertigen Menschen als den Verbrecher [...]. In der Freude an Gesundheit, Tüchtigkeit und Schönheit kommt ein Sehnen zutage, das man nicht verschütten darf. Man nehme der Menschheit nicht das gute Gewissen zu dieser Freude, die ein hohes und fruchtbares Verantwortungsgefühl gewähren kann. Gewiss ist der Verbrecher beklagenswert und schuldlos. Aber darum hört er nicht auf, minderwertig zu sein, und zwar minderwertig aufgrund seiner angestammten eingeborenen Persönlichkeit, die das soziale Gefühl ruhig und mit gutem Gewissen gering schätzen möge, in genauem Verhältnis zur Beeinträchtigung, die der Gesellschaft aus ihr erwächst [...]. Missratene, rohe oder perverse Veranlagung soll nicht in unserem Empfinden der Vollwertigen gleichgesetzt werden, weil sie in ihren Wirkungen ihr nicht gleich ist. Dem Milieutheoretiker muss sie potenziell als gleich gelten: Er führt die abstoßenden Äußerungen nicht auf das Wesen, sondern auf dessen äußere Brechung im Milieu zurück. Das wirkt geradezu im Sinne einer weiteren Abstufung unseres ohnehin reichlich dumpfen Widerwillens gegen das Anormale. Die Milieutheorie lehrt diesen Widerwillen als einen anachronistischen Überrest früherer Erkenntnisstadien bekämpfen, während wir ihn verschärfen und verfeinern sollten, damit sich auf ihn nicht Grausamkeit gegen das Missratene, aber das Bewusstsein der schweren Verantwortung aufbaue, die der Erzeuger minderwertigen und entarteten Lebens auf sich ladet“ (Olberg 1926).

Die hier zitierten Beiträge von Gängler und Engelke sind Beispiele für eine pädagogische, auf der Basis von Identifikationsangeboten aufbauende „identitätsstiftende“ Geschichtsschreibung, wie sie in der Sozialen Arbeit, aber nicht nur in dieser Profession, immer wieder zu finden ist. Ich halte sie für kontraproduktiv,

weil die Mythen von der „Helfenden Profession“ und ihren makellosen Gründungsmüttern und -vätern gerade von den wachen und kritischen jungen SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen irgendwann durchschaut werden und notwendig zu Enttäuschungen führen. Meines Erachtens hat die Geschichtsschreibung der Profession, im Hinblick auf das Wirken bedeutender Frauen und Männer im Zusammenhang mit der Entwicklung des Faschismus in Deutschland, die Aufgabe, identitätsstiftende Mythologisierungen zu dekonstruieren, um dem immer ungewissen „Lernen aus der Geschichte“ zumindest eine Chance zu eröffnen. Die Selbst-Aufklärung der Professionellen in der Sozialen Arbeit ist meines Erachtens nur möglich, wenn Leben und Werk der bedeutenden Persönlichkeiten der Berufsgeschichte in ihrem widersprüchlichen Involviert-Sein in das Denken und die Praxis ihrer Lebenszeit, das heißt ihrer Zeit-Geschichte gesehen und vermittelt werden. Es kann uns nur nützen, wenn wir erfahren und wahrnehmen, dass Alice Salomon während des Ersten Weltkriegs die Kriegsziele ihres politischen Spektrums unterstützte, sich im eugenischen Mainstream ihrer Zeit bewegte, zusammen mit ihrer Kollegin Gertrud Bäumer an der „Stabilisierung der Heimatfront“ im Ersten Weltkrieg durch Wohlfahrtspflege und Frauenbewegung beteiligte, mit der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, der sozialdemokratischen Fürsorgepolitikerin Marie Juchacz, den Verlust der deutschen Kolonien durch die Entscheidungen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs beklagte und diese Sichtweisen und Haltungen auch an die Schülerinnen der von ihr gegründeten Sozialen Frauenschule vermittelte. Alice Salomon, Gertrud Bäumer und Marie Juchacz bleiben bedeutende und verehrungswürdige Personen der Geschichte der Sozialen Arbeit, auch wenn sie in ihren Widersprüchen und in mancher Befangenheit im dominanten Denken ihrer Zeit wahrgenommen werden können. Für ein professionelles Selbstbewusstsein in der Sozialen Arbeit werden keine zu HeldInnen oder MärtyrerInnen stilisierten Projektionsangebote gebraucht, sondern die Fähigkeit, die widersprüchliche Berufsgeschichte, wie sie sich auch in ihren hervorragenden VertreterInnen manifestiert, kritisch reflektieren zu können.

Die identitätspolitische idealisierende Darstellung von KlassikerInnen der Sozialen Arbeit hat, das sei hier noch erwähnt, eine Tradition, die von Alice Salomon selbst mitbegründet wurde. Sie schrieb ihren Klassiker „Soziale Führer – Ihr Leben, ihre Lehren, ihre Werke“ (Leipzig 1932) in deutlicher identitätspolitischer Absicht. Indem sie quasi von zeitlosen Grundkategorien Sozialer Arbeit ausging, ent-historisierte sie die von ihr vorgestellten „Sozialen Führer“, um sie möglichst widerspruchlos darstellen zu können und schrieb einen erstaunlich a-historischen Text:

„Die Berührung mit sozialen Führern, ihrer Persönlichkeit, ihren Werken, ihren Ideen führt zu einem tieferen Verstehen von Menschheitsaufgaben, die zwar über die Jahrhunderte wechselnde Formen annehmen, aber in ihrem letzten Kern ewig und

unveränderlich sind. Sie führt zu einem tieferen Verstehen der Pflicht zu gegenseitiger Hilfe zum Wirken für ein Reich sozialer Gerechtigkeit in dieser irdischen Welt. Wohl benennen die sozialen Führer, die verschiedenen Zeiten und verschiedenen Weltanschauungen angehören, diese Ziele mit verschiedenen Namen. Aber sie alle streben einem Gesellschaftsideal zu, das man mit den Worten eines Dichters umschreiben kann: ‚Wir müssen schaffen, die Gemeinschaft als die Verwirklichung des Göttlichen im Zusammenleben der Menschen; die Hilfe, die gegenseitige Hilfe des Leibes und der Seele, als das einander Halten und einander Tragen, das einander Freimachen der Menschen zum Werk; das Führertum als das Amt der Hilfsreichsten und Hilfsfähigsten verwaltet im Auftrag Gottes, des alleinigen Herrschers‘ [...]. Aufgabe dieser kleinen Sammlung von Lebensbildern ist es, in einer Zeit politischer Kämpfe und religiöser Zersplitterung zum Ausdruck zu bringen, dass die Triebkräfte der sozialen Führer verschiedener Art sind, dass man von verschiedenen Weltanschauungen aus zu sozialen Idealen gelangt, dass das Gute auf mehr als einem Wege gesucht und verwirklicht wird. Das möge in aller Verworrenheit der gegenwärtigen Verhältnisse den Blick auf das Gebiet lenken, auf dem verbindende Ziele zu finden sind. Denn da, wo die Menschen sich bei Taten der Liebe oder Hilfsbereitschaft begegnen, ist Verstehen, gegenseitige Achtung und Übereinstimmung in praktischen Zielsetzungen leichter herbeizuführen, als wo sie im geistigen oder wirtschaftlichen Wettbewerb aufeinander stoßen“ (Alice Salomon, a.a.O., Einführung).

Es ist, heute gelesen, ein ergreifender Text, weil wir das Scheitern dieses neutralisierenden Vermittlungsversuchs kennen und die Angst vor dem Schrecken spüren, die in der beschwörenden Charakterisierung der politischen Verhältnisse zu Beginn der 30er Jahre sichtbar wird. NS-Volkswohlfahrt (NSV) und Winterhilfswerk waren keine Orte, an denen sich die Menschen „bei Taten der Liebe und Hilfsbereitschaft“ begegneten, an denen sie „Verstehen, gegenseitige Achtung und Übereinstimmung in praktischen Zielsetzungen“ jenseits der „Verworrenheit der Verhältnisse“ erleben konnten. Das war dann nur den Verblendeten möglich, die sich in der „Volksgemeinschaft“ aufgehoben fühlten, aus der Alice Salomon vertrieben und in der die Erinnerung an ihr für die Soziale Arbeit bedeutendes Lebenswerk ausgelöscht werden sollte (vgl.: Salomon 1997–2004).

Reflexion der Geschichte soll Erinnerung möglich machen – eine offene, nicht eine befohlene, vorgeformte oder gar politisch befohlene Erinnerung. Sie ist das Verbindende und einander Bedingende von Lebensgeschichte, Zeitgeschichte, Geschichte. Erinnern geht nicht gut in isolierter Abgeschlossenheit. Sie realisiert sich in der Kommunikation, im Erzählen, Mitteilen, Schreiben, im Bezug auf die Erinnerungen anderer. Erinnerung ist der Weg der Annäherung an das, was vergangen ist. Sie sollte das Vergangene nicht konservieren, sondern es lebendig machen/halten für das Jetzt, es gegenwärtig machen und ihm womöglich eine Bedeutung für das, was erst kommt, für zukünftiges, abgewinnen. Auf diese Weise stellt Erinnerung mich als Subjekt in die historische Zeit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Walter Benjamin meinte, dass das Erzählen ohne Erinnerung nicht möglich sei. Im Erzählen und Erinnern, in welchen Formen auch immer, entsteht Individualität, schafft sich das Individuum selbst und zu

jedem Zeitpunkt auch immer wieder neu. Die kritische Theorie betont, dass Erinnerung nicht inhaltsneutral sein kann. Es handelt sich nicht um die Vergegenwärtigung von Fakten und Ereignissen, sondern im Wesentlichen um Interpretationen, um Wertungen dessen was war beziehungsweise unsere Konstruktionen von dem, denn: Was mir im Gedächtnis ist, ist nicht als Real-Geschichte in ihm „geblieben“, es bewahrt lediglich seine „Spuren“, die mir helfen, mich erinnernd auf die Suche zu machen. Benjamin, Adorno, Marcuse waren angesichts des Schrecklichen überzeugt, dass der Fokus der Erinnerung das vergangene Leiden sei. Ohne diesen Bezug sei Erinnerung eigentlich Vergessen, nicht nur naiv, sondern zutiefst „inhuman“, weil sie die „geschichtliche Spur an Dingen, Worten, Farben und Tönen, die immer die Spur vergangener Leiden“ ist, zu tilgen versucht (Adorno, zitiert nach Angehrn, a.a.O., 47). Walter Benjamin verstand Geschichte als Leidensgeschichte der Welt. Er lehnte die dominierende Geschichtsschreibung als „Einfühlung in den Sieger“ ab und entwickelte einen Geschichts-Begriff in Bezug auf die „Tradition der Unterdrückten“. Er nahm damit die These von Marx auf, nach der die eigentlich treibende Kraft der Geschichte das Leiden sei (MEW I, 390). Das Leiden ist unterdrückte Vergangenheit und darum unabgeschlossene virulente Vergangenheit. Dieser Geschichtsbegriff, schreibt Angehrn, sei nicht rückwärts gewandt:

„Dass auch die Toten noch zu ihrem Recht kommen sollen, ist letztes movens geschichtlichen Handelns. Unmittelbar wird damit aber auch ersichtlich, in wiefern der geschichtliche Vergangenheitsbezug nicht rein rückwärts gewandt ist. Das Gedächtnis vergangener Unterdrückung ist auch Erinnerung vergangenen Freiheitsstrebens; gerade weil es sowohl ‚vergangene Schrecken wie vergangene Hoffnung‘ erinnert, sind seine Inhalte ‚subversiv‘ und seine Einsichten ‚gefährlich‘ (Marcuse 1967, 117) und hat die Gesellschaft allen Grund, Erinnerung ‚als eine Art irrationalen Rest‘ zu liquidieren. Das Unerledigtsein des Vergangenen ist die reale Öffnung der Gegenwart auf die Zukunft hin. Der Vergangenheitsbezug als Zukunftsverpflichtung bildet die prägnante inhaltliche Ausformulierung jeder retrospektiven Neuqualifizierung durch die Erzählung“ (Angehrn 1990, 47).

Der Zukunftsbezug der Erinnerung entsteht, indem sie vergangenes Leiden als versagten Glücksanspruch, als einen historisch nicht erledigten Anspruch erinnert, an ihn erinnert. Bloch interpretierte in diesem Sinn Utopien, ja selbst noch den blinden Glauben an die falschen Versprechungen der Mächtigen, als Manifestationen der durch die Geschichte mitgeschleppten unerfüllten Träume der Menschheit. „Die Unerträglichkeit des Gedankens von der Endgültigkeit vergangenen Leidens“ sei der Grund, warum Erinnerung „auch ohne sich einer heilsgeschichtlichen Gewissheit zu verschreiben“, antizipatorisch sei. Dabei handle es sich nicht um eine teleologische Antizipation, weil die Geschichte des Leidens nicht ein Ziel habe, sondern eine Zukunft. Im Unterschied zur Historie der Sieger, die einer „sich gleichsam in sich schließenden Teleologie“ folge, formuliere die geschichtliche Erfahrung des Leidens den Glücksanspruch der Menschen, aber auch und zugleich dessen Versagung. Die Erinnerung an das Leiden



ist gleichzeitig immer auch die Erinnerung an seine Ursachen und sie provoziert die Frage nach Möglichkeiten und Wegen ihrer Überwindung. Dafür, meinte Horkheimer, bedürfe es nicht im Geringsten einer Rechtfertigung oder Begründung.

Das Offenhalten der Vergangenheit durch unser geschichtliches Denken eröffnet die Chance auf die Einlösung vergangener Hoffnung. Das könnte ein Leitsatz für die Beschäftigung mit der Geschichte der Sozialen Arbeit sein. Horkheimer sieht als Alternative zu jeder Form „geschichtsmetaphysischer Zielgewissheit“ die Solidarität der Unterdrückten und die Solidarität mit den Unterdrückten als „reale Antizipation des besseren Lebens“ und dessen einzige Gewähr. Detlef Peukert, der einzige mir bekannte Fach-Historiker, der sich mit der Geschichte der Sozialen Arbeit auseinander gesetzt hat, schrieb 1976, dass Solidarität „die Behauptung einer Wirklichkeit“ sei, „die den Anderen nicht einfach zu einem schon überholten Faktum der Vergangenheit werden lässt“ (zitiert nach Angehrn 1985, 189). Damit spricht Peukert als wichtige Aufgabe des Erinnerns das Gedenken an die Toten an, an die Opfer, an die, die dem Leiden erlegen sind. Den Juden galt als ärgster Fluch: „Nicht gedacht soll deiner werden“ (Horkheimer und Adorno 1947 in der „Dialektik der Aufklärung“).

„Das Nichtgedenken ist eine Form der Destruktion des Individuums“, schreibt Emil Angehrn, „das Erinnern, das Haben von Geschichte eine Form seiner Rettung. Der Mensch bedarf nicht nur des Mediums realer Geschichte, um sich als Einzelner zu verwirklichen, er bedarf der Historie, um in dieser Verwirklichung sich als Einzelner zu erfahren und zu erhalten, um die in jener Verwirklichung gelegene Intention eines vollen Selbst-Seins, welches gegen sein Vergehen sich wehrt und für sich selbst Beständigkeit erlangen möchte, zum Ausdruck zu bringen“ (Angehrn 1985 322).

Mit diesem Zitat von Emil Angehrn, dessen Buch „Geschichte und Identität“, in dem er sich mit beiden Begriffen kritisch auseinander setzt, ich viele Anregungen verdanke, will ich meine Ausführungen zu „Biografie und Zeitgeschichte“ schließen, nicht ohne an die Freunde und Wegbegleiter zu erinnern, denen ich, aber auch die Soziale Arbeit in Deutschland, viel verdanke und von denen einige an diesem Heft mitgearbeitet hätten, wenn sie noch leben würden: Hellmut Lessing, Bruno Schonig, Kalle Hohmuth, Gunther Soukup, Detlef Peukert. Die diesen Beitrag lesen, werden die Namen ihrer Toten, die immer auch die Toten der Anderen sind, hier einschreiben.

## Nachtrag

### Epitaph für Detlef Peukert mit einem Auszug aus seinem Text „Die Genesis der ‚Endlösung‘ aus dem Geist der Wissenschaft“:

„Das weltgeschichtlich Neue der ‚Endlösung‘ ergab sich als Folge einer fatalen rassistischen Entwicklungsdynamik in den Humanwissenschaften selbst. Diese erfolgte im Paradigma der qualitativen Einteilung in ‚Werte‘ und ‚Unwerte‘ und der damit einhergehenden Praxis ‚auslösender‘ und ‚ausmerzender‘ Behandlung des ‚Volkskörpers‘. Hier kristallisierte sich jene abstrakte, von einem fiktiven, rassistischen definierten Ganzen ausgehende Selektionspraxis und das Prinzip einer dem Kosten-Nutzen-Denken folgenden großtechnischen ‚Lösung‘ heraus. Die ‚Endlösung‘ als systematische großtechnische ‚Ausmerze‘ des ‚Unwerten‘ vereinte die Dichotomien krank/gesund in Bezug auf den ‚Volkskörper‘, normal/deviant in Bezug auf die ‚Volksgemeinschaft‘, Volk/Volksfremd in Bezug auf Nation und ‚Rasse‘.

Neuere Forschungen haben auf den unterschiedlichen Gebieten einzelner Stränge dieses auf die ‚Endlösung‘ zuführenden Entwicklungsknäuels aufgedeckt. Dabei standen die humanen, wie die inhumanen Entwicklungspotenziale der Wissenschaft vom Menschen und der ihnen zugeordneten Professionen im Mittelpunkt. In dieser Perspektive steht dann allerdings auch mehr infrage als die Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen, wenn diese nicht als fataler Einbruch einer eigentlich unzeitigen Barbarei gewertet werden sollen, sondern als eine der Möglichkeiten moderner Zivilisation in der Krise.

Studien zur Entwicklung der Psychiatrie im Nationalsozialismus, zur Geschichte der Zwangssterilisation, zur Genetik, Eugenik und Medizin, zur Sozialpolitik und Bevölkerungspolitik, zur Pädagogik, zur Behandlung ‚Asozialer‘ und ausländischer Arbeiter, zur Zigeunerverfolgung, wie zum Alltag der Judenverfolgung ebenso wie zu kulturellen Ausdrucksformen von Rassismus haben in den letzten Jahren so viele aufeinander bezogene Ergebnisse erbracht, dass es vertretbar scheint, eine erste konzeptionell übergreifende Interpretation vorzuschlagen. Diese soll ihre Herkunft aus eigenen Forschungen im Bereich der Geschichte der Sozialpädagogik nicht verleugnen und muss sich natürlich der Überprüfung und Revision durch die anderen angesprochenen Einzeldisziplinen stellen. Dennoch muss eine Theorie der Genese des Rassismus im Nationalsozialismus die Einzeldisziplin übergreifen, weil der Rassismus selbst in Theorie und Praxis disziplinübergreifend war.

Der gemeinsame Nenner des Rassismus in den humanwissenschaftlichen Disziplinen und Professionen besteht darin, dass die Beurteilung und Behandlung von Menschen nach deren ‚Wert‘ differenziert wird, dessen Kriterien aus einem normativen und affirmativen Leitbild des ‚Volkskörpers‘ als Kollektivsubjekt abgeleitet werden und dessen biologisches Substrat dem genetischen Code der Individuen zugeschrieben wird.

Diese weite Definition von Rassismus umfasst bewusst auch Ansätze von Humanwissenschaftlern, die sich subjektiv keineswegs als ‚Rassisten‘ definiert hätten, wenn sie sich nur in Theorie und Praxis an der Leitbildtrias des ‚Werts‘, des Kollektivssubjekts und der Vererblichkeit der infrage stehenden Eigenarten orientierten. Damit wird sowohl dem Charakter des Nationalsozialismus im Allgemeinen und seines Rassismus im Besonderen als eines Amalgams verschiedener Strömungen und Ansätze Rechnung getragen, wie auch dem historisch entscheidenden Faktum, dass der Entwicklungsgang bis hin zur ‚Endlösung‘ in einem Prozess kumulativer Radikalisierung verlief, dass man also auf jeder Etappe die fatalste Handlungsvariante weiter ver-

folgte. Insofern trugen zu jenem breiten Strom, der in die ‚Endlösung‘ mündete, zahlreiche Ansätze bei, die – für sich genommen – diese Konsequenz vielleicht weder gewollt noch gebilligt hätten.

Um die besondere Rolle zu verstehen, die rassistische Ansätze in der Geschichte der modernen Humanwissenschaften und der ihnen zugeordneten Professionen einnahmen, muss man bis zur Jahrhundertwende zurückgehen. Damals entstanden diejenigen Theorien und – wichtiger noch – Praxen des wissenschaftlichen Umgangs mit dem Menschen, die die modernen Lebenswelten seither im Guten wie im Bösen mitprägen.“<sup>4</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Kappeler, Manfred: „Wenn sie ins Zentrum des Verdrängten stechen, dürfen sie sich über die Reaktionen nicht wundern“ – Eine Retrospektive zum Generationenverhältnis in der Zeit von 1968 bis 1978, in: *Therapeutischer Prozess und Behandlungstechnik bei Kindern und Jugendlichen – ausgewählte Aufsätze aus vier Jahrzehnten und Beiträge zur Geschichte*, Hrsg.: Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, Frankfurt am Main 2003, S. 53ff
- 2 Vgl. dazu ausführlich Peukert, D.J.K. 1986
- 3 Alle Zitate aus Engelke 1992. Engelke hat diesen Text über Alice Salomon in seinem Buch „Theorien der Sozialen Arbeit – Eine Einführung“, 1999, in kaum veränderter Form noch einmal veröffentlicht.
- 4 Dieser Text ist aus Detlef Peukerts Werk „Max Webers Diagnose der Moderne“, Göttingen 1989, S. 101–112

## Literatur

- Adorno, Theodor/Horkheimer, Max (1969). *Dialektik der Aufklärung – Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main
- Angehrn, Emil (1985). *Geschichte und Identität*. Berlin
- Benjamin, Walter (1992). *Sprache und Geschichte – Philosophische Essays*, ausgewählt von Rolf Tiedemann und einem Essay von Theodor W. Adorno. Stuttgart
- Engelke, Ernst (1992). *Soziale Arbeit als Wissenschaft – Eine Orientierung*. Freiburg/Brsg.
- Engelke, Ernst (1999). *Theorien der Sozialen Arbeit – Eine Einführung*. Freiburg/Brsg.
- Gängler, Hans (2001). Stichwortartikel „Klassiker der Sozialen Arbeit“. In: Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch (Hrsg). *Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik*.
- Kappeler, Manfred (1999). *Rückblicke auf ein sozialpädagogisches Jahrhundert*. Frankfurt am Main
- Kappeler, Manfred (2000). *Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen – Rassenhygiene und Eugenik in der Sozialen Arbeit*. Marburg
- Kappeler, Manfred (2001). *Gesellschaftskritik, Biografie und Zeitgeschichte*. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 25. Jahrg. Nr. 100/2001
- Kappeler, Manfred (2003).: „Wenn sie ins Zentrum des Verdrängten stechen, dürfen sie sich über die Reaktionen nicht wundern“ – Eine Retrospektive zum Generationen-

verhältnis in der Zeit von 1968 bis 1978. In: Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten (Hrsg.). *Therapeutischer Prozess und Behandlungstechnik bei Kindern und Jugendlichen – ausgewählte Aufsätze aus vier Jahrzehnten und Beiträge zur Geschichte*, Frankfurt am Main

Leick, Romain (1974). *Einleitung zu Paul Ricoeur, Geschichte und Wahrheit*. München

Marcuse, Herbert (1967). *Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Neuwied

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1958). *Werke (MEW I)*. Berlin

Olberg, Oda (1926). *Die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit*. Berlin

Peukert, Detlef (1986). *Grenzen der Sozialdisziplinierung – Aufstieg und Krise der Deutschen Jugendfürsorge 1878–1932*. Köln

Peukert, Detlef (1989). *Die Genesis der „Endlösung“ aus dem Geist der Wissenschaft*. In: Ders.: *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen

Ricoeur, Paul (1974). *Geschichte und Wahrheit*. München

Salomon, Alice (1932). *Soziale Führer – Ihr Leben, ihre Lehren, ihre Werke*. Leipzig

Salomon, Alice. *Ausgewählte Schriften Band 1–3 .1896–1948*, hrsgg. und kommentiert von Adriane Feustel (1997–2004), Neuwied

*Manfred Kappeler, Belziger Str. 38, 10823 Berlin*



C. Wolfgang Müller

## **Methodengeschichte als Geschichte des Handwerks in unserem Beruf**

---

In diesem Beitrag reflektiert der Autor seine jahrzehntelange Beschäftigung mit der Geschichte der Methoden der Sozialen Arbeit, die ihn „mitten in die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts“ führte. Seine Auseinandersetzung mit der Methodengeschichte, mit ihren gesellschaftlichen und politischen Kontexten sei das Ergebnis „einer zeitgeschichtlichen Rekonstruktion der experimentellen Tätigkeit sozialer Bewegungen auf dem Wege zu einer neuen Praxis“ gewesen.

Ich bin vor allem durch meine Geschichte von Methoden in der Sozialen Arbeit in der Fachöffentlichkeit hervorgetreten. Wer sich in den Sozial- und Geisteswissenschaften auf Methodenfragen spezialisiert, der gilt in einer Zunft als begründungspflichtig, die sich auf Sinnfragen konzentriert hat und sich insbesondere dort für definitionsmächtig hält. Wer möchte schon eine Schrift über die Kulturgeschichte des Schraubenziehers als habilitationsfähig einreichen? Und wer könnte über sie gutachten? Warum also meine Jahrzehnte lange Beschäftigung mit der Geschichte von Einzelfallhilfe, Gruppenpädagogik und Gemeinwesenarbeit als klassische methodische Paradigmen in Sozialarbeit und Sozialpädagogik?

Ich habe mich selber häufig als Handwerker erlebt. Während andere ihre Gegenstände kunstvoll zerlegten, habe ich versucht, sie möglichst handlungsrelevant, also professionell zusammenzusetzen. Als ich nach dem Ende der nationalsozialistischen Zwangsgruppen-Pädagogik („Du bist nichts – Dein Volk ist alles“) nach Möglichkeiten suchte, die Arbeit in und mit Gruppen Gleichaltriger und Gleichgesinnter als Fundgrube für eine humane und demokratische Selbsterziehung zu nutzen, entdeckte ich mit Hilfe deutscher, englischer, nordamerikanischer und israelischer Pädagogen in Kleingruppen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, dass die im Prinzip schlichten Grundregeln, denen diese „Gruppenpädagogen“ folgten, nicht nur Anweisungen enthielten, wie man mit Gruppen umgeht („Anfangen wo die Gruppe steht“; „Steuern durch Programm“; „Sich überflüssig machen“), sondern auch, welches Bild von anderen als Partnern oder Gegnern diese Regeln transportierten und welche in der Aktionstradition sie bei Menschen ausbilden können, die in einer solchen Interaktionskultur aufgewachsen sind.

Um diese Tradition besser verstehen zu können, befasste ich mich mit der Geschichte der Deutschen Jugendbewegung und mit Anstößen, die Deutsche Jugendbewegte als Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus im Exil mit den dortigen Traditionen von „Jugendpflege“ und „Freizeiterziehung“ verbunden hatten. Insbesondere in Nordamerika war zwischen 1930 und 1960 ein wechselseitiger Einfluss der Arbeit von und mit Gruppen und der empirischen Kleingruppenforschung entstanden, der sowohl von der Auseinandersetzung politisch engagierter Soziologen und Sozialpsychologen mit der Anziehungskraft der Nationalsozialisten auf junge Menschen gespeist wurde, als auch von gruppenspezifischen Untersuchungen über Innenseiter und Außenseiter im Gruppenprozess und von der feldexperimentellen Erzeugung von Sympathie und Antipathie, von Kooperation und Konkurrenz in Zeltlagern nordamerikanischer Teenager in den Sommerferien.

Kurz: Ich, der ich eigentlich ausgezogen war, um herauszufinden, wie man erfolgreich eine Gruppe leitet, wie man ihre Mitglieder motiviert, wie man ein gemeinsames Wir-Gefühl erzeugt, war plötzlich mitten in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und in den Auseinandersetzungen zwischen Diktaturen und Demokratien mit ihren sozialpädagogischen Voraussetzungen, Handlungsprofilen und Verhaltensmuster. Und diese Auseinandersetzung war kein literarischer Aneignungsprozess, sondern das Ergebnis einer zeitgeschichtlichen Rekonstruktion der experimentellen Tätigkeit sozialer Bewegungen auf dem Wege zu einer neuen Praxis der Kommunikation von jungen Leuten, die sich als prinzipiell gleichberechtigt und gleichbewertet wahrnahmen – die aber auch andere aus ihren Gruppen herausbissen, die nicht den richtigen Stallgeruch besaßen oder die sich dauerhaft als Außenseiter gerierten.

Die oberlehrerhafte Trennung in „Sinn“ und „Form“ schien mir immer obsoletter zu werden. Zumindest in Erziehungsfragen – für mich: bei der Selbstorganisation von Lehr-Lern-Prozessen – schienen bestimmte Vorentscheidungen über Sinn-Ziele bestimmte Vorgehensweisen auszuschließen. Gleichzeitig beförderten bestimmte methodische – für mich: didaktische – Vorentscheidungen die Auftrittswahrscheinlichkeit bestimmter und wünschenswerter Gefühle, Erkenntnisse, Handlungen und Haltungen.

## **Vom Handwerk zur „Handwerkelei“**

Anfang der 70er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts geriet die ausschließliche Beschäftigung mit Methodenfragen und die ebenso ausschließliche Vermittlung von Methodenkenntnissen in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit ins Gerede. Wichtiger erschien uns damals eine kritische Auseinandersetzung mit den Strukturen von Gesellschaften und Gesellschaftsformationen, die Soziale Arbeit not-

wendig machen, ohne ihre Grundprobleme dauerhaft lösen zu können (oder lösen zu wollen). Auf der Suche nach methodischen Traditionen, die nicht nur die Folgen der ungleichen Verteilung des gemeinschaftlich erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums lindern, sondern an der Beseitigung ihrer Ursachen beteiligt sein wollten, stieß ich auf die dritte der damals für klassisch gehaltenen Methoden der Sozialen Arbeit: die Gemeinwesenarbeit. In den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts hatte es in London, New York und Chicago Bestrebungen gegeben, die sozialen Verhältnisse in heruntergekommenen Einwanderer- und Arbeiter-Vierteln dadurch zu verändern, dass junge Akademikerinnen und Akademiker, die unter der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums litten und ein schlechtes Gewissen hatten, gezielt und gemeinsam in solche Slums zogen, um einen Teil ihres Lebens neben ihrem Beruf an der Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur dieser heruntergekommenen Wohnviertel zu arbeiten. Sie praktizierten eine neue Form von „Wohltätigkeit“. Sie agierten nicht als Geldspender, sondern als Zeitspender. Sie wollten ihre Mitbewohner durch tätiges Beispiel ermutigen, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzuschalten, die Behörden zu notwendigen Reformen zwingen und den Arbeitgebern durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss Zugeständnisse abzutrotzen. Die Geschichte dieser Vorgehensweise der so genannten Settlement-Bewegungen kam den Vorstellungen von Studierenden und Praktizierenden der Sozialen Arbeit in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entgegen, „soziale Disparitäten“ nicht nur im Einzelfall zu lindern, sondern durch die ertroutzte Verbesserung von Lebensbedingungen im Wohn- und Freizeit-Bereich auf weiterreichende Lösungen hinzuarbeiten. Ich hatte diese Tradition in den USA innerhalb von sozialen Bewegungen kennen gelernt, die im Kampf gegen den Vietnam-Krieg, im Kampf gegen die Armut in den großen Städten und im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung mobilisiert worden waren. Hier schien mir die Möglichkeit, mit Händen zu greifen, aus der Geschichte methodischen Arbeitens im internationalen Zusammenhang nicht nur zu lernen, wie unsere Vorfahren es gemacht haben, sondern auch ermutigt zu werden, sich etwas zuzutrauen, was in der eigenen nationalen Kultur bisher unvorstellbar sein schien.

Die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er Jahren (Studentenbewegung, Sozialarbeiterbewegung, Schülerbewegung, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung und andere) setzten neue Themen und neue Vorgehensweisen in der politischen und sozialen Auseinandersetzung auf die Tagesordnung. Sie hatten wünschenswerte und unerwünschte Folgen. Zu den unerwünschten Folgen gehörte die Tatsache, dass in der Auseinandersetzung mit den so genannten „kleinkarierten“ Methoden der sozialarbeiterischen Handwerkelei die Frage einer notwendigen professionellen Ausbildung in methodischem Arbeiten (etwa in den so genannten „Methodenfächern“ als „Wahlpflichtfächern“) aus den Lehr-



plänen der meisten Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit verschwanden. Es schien nun unausgesprochen die Überzeugung zu gelten, dass die richtige Analyse der spätbürgerlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland auch gleichsam zwangsläufig zu vernünftigen und wirksamen Formen der Auseinandersetzung mit den Ursachen dieser Gesellschaft und den notwendigen und sinnvollen Hilfen für deren Opfer führen müsste.

## Die Rückbesinnung auf Prinzipien personaler Selbsthilfe

Die Kritik an der handwerklichen Kleinkariertheit der deutschen Rezeption der klassischen Methoden Sozialer Arbeit im internationalen Zusammenhang war berechtigt gewesen. Aber sie war gleichzeitig auf eine andere Weise borniert geblieben. Die Globalkritik an der Missachtung der Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch den entwickelten Nationalkapitalismus und den nationenübergreifenden Imperialismus verlor zeitweise aus den Augen, dass es in den vielen Einzelfällen individuellen Lebens je unterschiedliche individuelle, familiale und gruppenspezifische Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Möglichkeiten und gesellschaftlicher Verunmöglichungen geben würde, die unter Hinweis auf den inhumanen Charakter „des Kapitalismus“ nicht hinreichend erklärt und auch nicht hinreichend therapiert werden konnten. Auch die Formel vom individuellen Schicksal als Klassenschicksal erklärte die gegenwärtige Situation individuellen Lebens nur aus ihrer autobiografischen Retrospektive, sie vergaß, dass Menschen auch so etwas wie individuelle Perspektiven entwickeln, die sich nicht allein aus dem Klassenschicksal ihrer Familie, ihres Berufstandes und ihres Landes ablesen lassen konnten. Und die Interpretation des Lebensschicksals von Menschen als „Klassenschicksal“ vergaß, dass es im Leben der meisten Menschen – vergleichsweise unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit – so etwas wie einzelne, strukturbestimmende Phasen dieser Lebensentwicklung gibt. Sie stellen jeden von uns im Laufe unseres Lebensprozesses vor unterschiedliche Aufgaben, die unabhängig von Gesellschaftsformation gelöst werden müssen, in der wir leben und für die Soziale Arbeit im Laufe ihrer eigenen Entwicklung im Prinzip hilfreiche, materielle, ideelle und personale Unterstützungen zur Verfügung gestellt hat, die wir nicht ohne Grund in der quasi-pädagogischen Formulierung der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zusammengefasst haben.

Es gab in den achtziger und 90er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts nach der Entdeckung von Gesellschaftsstrukturen als Ursachen für das Auftauchen und die Entwicklung Sozialer Arbeit am gesellschaftlichen Horizont Themen, die in meinen Sprechstunden an der Hochschule und in der Berufspraxis eine immer größere Rolle spielten und die sich auf gleichsam individuelle und situative Prob-

lem-Bearbeitungsschwierigkeiten einzelner Studierender, einzelner Berufspraktikerinnen und Berufspraktiker und einzelner Familien in den Stadtteilen bezogen, in denen ich arbeitete. Bei den Studierenden begannen Studienschwierigkeiten, Arbeits- und Schreibschwierigkeiten und Fragen einer zukünftigen Berufsperspektive in den Vordergrund zu drängen. Berufspraktiker stellten zunächst verschämt, dann aber immer deutlicher die Frage, was die politischen Auseinandersetzungen um die Überwindung des Kapitalismus eigentlich mit ihrer Person zu tun hätten und wie sie an dieser Person arbeiten könnten, um sich besser als bisher auf ihre beruflichen Aufgaben vorzubereiten und gegen die damit verbundenen beruflichen Zumutungen wappnen zu können. Die akademischen Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit hatten sich, durch die Studentenbewegung, die Sozialarbeiterbewegung und deren Kritik an der „Handwerkelei“ von einer einigermaßen geordneten „Methoden-Ausbildung“ abgewandt oder waren abgeschreckt worden. Da das Bedürfnis nach der professionellen Kultivierung der eigenen Person unter anspruchsvollen Studierenden und anspruchsvollen Berufspraktikern aber laufend zugenommen hatte, sprangen eine Reihe von Fortbildungs- und Weiterbildungs-Institute in die neue „Marktlücke“ und boten die unterschiedlichsten, teilweise sinnvollen und weiterführenden, teilweise aber auch abenteuerlichen und in die Irre führenden Zusatzqualifikationen an, die inzwischen mehr und mehr auch mit dem Gütesiegel des „Master-Diploms“ honoriert werden. Wie andere Kollegen auch, habe ich diese Entwicklung zur Wiederentdeckung und zur Kultivierung der eigenen Person ironisch kommentiert – zuletzt in der Neuausgabe von „Wie Helfen zum Beruf wurde“ (Juventa-Verlag 2006). In der kritischen Rezeption der klassischen Methoden Sozialer Arbeit in Deutschland ist die Arbeit an der und die Arbeit mit der eigenen Person (vor allem selbstverständlich die Arbeit an und mit einzelnen Klientinnen und Klienten) eine zeitlang stiefmütterlich behandelt worden, weil eben die Suche nach den gesellschaftlichen Verursachern individueller Probleme eine entscheidende Rolle gespielt hatte und die Arbeit mit den Opfern zumindest moralisch der Fahndung nach den Tätern nachgeordnet worden ist. Ich selber hatte mich vergleichsweise früh mit der Rekonstruktion von *Social Case Work* als Einzel(fall)-Hilfe befasst. Sie war von der Nordamerikanerin Mary Richmond 1917 als Forschungsbericht und als Lehrbuch vorgelegt und von Alice Salomon 1926 auf deutsche Verhältnisse übertragen und durch pädagogische Zielvorstellungen angereichert worden. Dabei hatte übrigens Siddy Wronsky eine wichtige, selten erwähnte Rolle gespielt – wie überhaupt die Leistungen der späten Weimarer Jahre auf dem Gebiet der Methodenentwicklung von den Nationalsozialisten unterdrückt, aber auch von den Demokraten der Bonner Republik nicht wieder in unser methodisches Bewusstsein geholt worden sind. In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die inzwischen stattgefundenen Weiterentwicklungen von Einzelhelfern im internationalen Zusammenhang auch in Deutschland aufgegriffen und mit großer Verspätung und teilweise sehr lückenhaft rezipiert.

Dabei spielt Carl Rogers eine große Rolle. Er gilt als Vertreter der „Humanistischen Psychologie“, einer Sammelbezeichnung für psychologische Bestrebungen, die im Widerspruch zur immer noch herrschenden nordamerikanischen Tradition des Behaviorismus und zur Psychoanalyse stehen, einer Psychoanalyse, die in der Sozialen Arbeit auch in den USA eine häufig überschätzte, weil keineswegs strukturbestimmende und zielführende Rolle gespielt hat. Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Sozialen Einzelhilfe haben auch „systemische Ansätze“ gewonnen, die aus guten Gründen nicht mehr vom Einzelfall ausgehen, sondern von dem „Biotop“ und „Soziotop“, in das die Klienten eingebunden sind, mit denen wir gemeinsam nach weiterführenden Lösungen für ihre Alltagsfragen und Lebensprobleme suchen. Unsere Weiterentwicklung methodischen Arbeitens im so genannten „Einzelfall“ – oder wie wir heute sagen, in der „Beratung im Gespräch“ – ist nicht nur von Carl Rogers entscheidend beeinflusst worden, dessen empirische Untersuchungen über erfolgreiches Gesprächsverhalten von Gesprächstherapeuten bereits Mitte der 30er Jahre veröffentlicht worden sind und durch die damalige Einführung von Sprachaufzeichnungsgeräten in Gestalt von Tonbandmaschinen ermöglicht worden sind – sondern auch durch die späteren empirischen Untersuchungen von Kommunikationsforschern wie Paul Watzlawick und, im therapeutischen Bereich, von Salvatore Minuchin.

Ich will mich an dieser Stelle nicht in die Diskussion um die Grenzen zwischen sozialpädagogischem Gespräch und sozialtherapeutischer Intervention einmischen. In Ländern, in denen es keine gesetzlichen Krankenversicherungen gibt, welche ärztliche Dienstleistungen erstatten, während sozialarbeiterische Beratung aus Steuermitteln oder den freiwilligen Aufwendungen von Kirchengemeinden und anderen privaten Trägern finanziert werden müssen, ist dieser Unterschied sowieso mehr oder weniger irrelevant. Ich schreibe dies mit einer gewissen aggressiven Haltung, weil wir in unserem Land, immer auf der Suche nach „neuen und innovativen Lösungen für soziale Probleme“ gern auf die Praxis fremder Länder schauen, ohne uns genauer die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen anzusehen, die solche Erscheinungen hervorbracht und ermöglicht haben.

## **Neue Steuerung und Qualitätsmanagement**

Geschichte ist für mein Verständnis, der ich kein gelernter Historiker bin, vor allem Zeitgeschichte. Und Zeitgeschichte endet nicht fünfzig Jahre nachdem die offiziellen Akten geschlossen worden sind, sondern sie endet in unserer Gegenwart. Ich habe deshalb immer versucht, die Geschichte methodischen Arbeitens in der Sozialen Arbeit fortzuschreiben und an gegenwärtig wahrgenommene Tendenzen anzuschließen. Das hat einen großen Nachteil, weil ich mich dann

aktuellen Meinungen aussetze, die unter Umständen durch spätere und abgeklärtere Urteile verifiziert werden müssen. Immerhin denke ich, dass die seit Mitte der 90er Jahren einsetzende Tendenz zur Akzentverschiebung im methodischen Arbeiten von der Interaktion zwischen Praktikern und Klienten zu einer Reflexion und Neudefinition des beruflichen Zusammenhangs, in dem Soziale Arbeit geleistet wird, ihre guten historischen Gründe hat. Sozialarbeit im engeren Sinne als materielle und ideelle Hilfe für Menschen in Lebenslagen, in denen sie sich nicht (mehr) selber helfen können und auch nicht über Angehörige verfügen, die zu einer solchen Hilfe verpflichtet wären, hat ihre Ursprünge in vor-kapitalistischer Zeit. Sie ist in unserem Lande feudalistisch ausgeformt worden und wurde als Verpflichtung des landbesitzenden Adels und der durch den Adel privilegierten Städte und Gemeinden tradiert und festgeschrieben. In Notzeiten seiner Untertanen griff der Landesherr (oder seine mildtätige Ehefrau) in seine Schatztruhe (daher der Begriff „Kameralistik“) und verteilte milde Gaben entweder wahllos oder nach Vorprüfung durch seine Beamten an die hungernden und frierenden Untertanen. Ein solches Vorgehen war ungerecht, ungeregelt und willkürlich. Soziale Bewegungen haben ihre sozialpolitischen Forderungen lange Zeit darauf gerichtet, die Verteilung milder Gaben nicht der Willkür des Herrschers anheim zu geben, sondern sie als Anspruch an bestimmte, definierte Bedürftigkeitskriterien zu binden. Wir haben es heute mit dem Problem zu tun, dass solche in unseren Sozialgesetzbüchern festgeschriebenen Ansprüche haushaltsrechtlich nur schwer „gedeckelt“ werden können. Wir müssen also entscheiden, ob wir gestiegene Unterstützungsansprüche durch erhöhtes Steueraufkommen befriedigen wollen, oder ob wir die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern durch Gesetzesnovellen verringern und den Verwaltungsaufwand zum Management der Verteilung von materiellen Leistungen reduzieren wollen beziehungsweise können. Mit der zuletzt genannten Fragestellung ist die Soziale Arbeit im Prinzip „endlich“ im Kapitalismus angekommen und folgt der ihm zumindest zugeschriebenen Logik eines angemessenen Verhältnisses von Aufwand und Ertrag, deren Begriff in der Effizienz zusammengefasst wird. In dieser, sich betriebswirtschaftlich zuspitzenden Frage haben die Berufe Sozialer Arbeit schlechte Karten. Weil sie sich in den letzten vierzig Jahren mehr und mehr von dem Konzept verabschiedet haben, Methoden ihres Arbeitens seien ein Kernstück ihrer eigenen Professionalität, scheinen sie im Augenblick nicht über „harte Daten“ zu verfügen, um ihre professionellen Dienstleistungen und Erbringungen als angemessenes Verhältnis zwischen professioneller Arbeit und gesellschaftlichem Ertrag zu definieren. Anders als Kfz-Werkstätten, die klare Vorgaben für den Hunderttausend-Kilometer-Check eines Mittelklassewagens haben, anders auch als Chirurgen, die genaue Vorgaben darüber haben, wie sie das Anlegen eines Herzkatheders und die Auswertung seiner Ergebnisse abrechnen können, sind wir Sozialarbeiter und Sozialpädagogen nicht in der Lage, rechenhaftig die Aufwendungen zu figurieren, die wir zur „Ausübung unserer

Kunst“ benötigen. Ganz abgesehen davon, haben wir eine berufspolitisch begründete und verständliche Abneigung gegen die Anwendung standardisierter Diagnoseverfahren zur Einordnung unserer Klientinnen und Klienten. Wir stehen der gegenwärtigen Situation vergleichsweise ungeschützt gegenüber.

Gleichzeitig aber – und das hat mich die Geschichte methodischen Arbeitens in unserer Zunft auch gelehrt – verfügen wir über eine angesichts der Kürze der Entwicklung unserer Profession im Laufe der letzten hundertzwanzig Jahre über eine interessante Berufsgeschichte mit positiven Aufstiegen und schrecklichen Rückfällen in die Barbarei (im Nationalsozialismus), aus der wir in der Tat eine Menge lernen können, wenn wir Geschichte nicht als ein Lehrbuch auffassen, sondern als die Rekonstruktion eines dornenvollen Weges zu Zielen, für die sich auszubilden, zu arbeiten und kämpfen lohnt. Ich jedenfalls werde Soziale Arbeit und ihre Voraussetzungen und Konsequenzen nicht lehren können, ohne mich auf meine eigenen Erfahrungen und Untersuchungen der Geschichte unseres Berufs und seine Methoden zu beziehen.

*C.W. Müller, Bozener Str. 3, 10825 Berlin*

**Barbara Rose**

## **Geschichte wird gemacht – auch Professionsgeschichte**

---

Zur Erforschung und Aneignung der Berufsgeschichte Sozialer Arbeit können die Hochschulen einen wichtigen Beitrag leisten. Denn erstens gehört Praxisforschung zu ihrem Ausbildungsauftrag; zweitens verfügen sie über interdisziplinäre Perspektiven und Zugänge, die für berufsgeschichtliche Forschungen hilfreich sind; und drittens bieten sie gute Voraussetzungen, um die unterschiedlichen Akteure (Studierende, Lehrende, Praktiker, Träger und Klienten) in solche Projekte zu versammeln.

Im folgenden Text werden zwei berufsgeschichtliche Projekte der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Hamburg samt ihren jeweiligen politischen, thematischen und professionsrelevanten Bezügen dargestellt. In beiden Projekten steht die historische Praxis eines konfessionellen Trägers sozial-diakonischer Arbeit zur Debatte. Während sich das erste Projekt mit den Haltungen und Handlungen des Trägers in den Anfängen des Nationalsozialismus befasst, geht es im zweiten Projekt um die Erforschung der Erziehungspraxen in der Heim-erziehung der 50er und 60er Jahre.

Mit der Existenz von Studiengängen, die für soziale Berufe ausbilden, ist eine Vielzahl von Interessen und Aktivitäten hinsichtlich einer Aufarbeitung der Geschichte der Profession in ihren unterschiedlichen Facetten verbunden. Diese lassen sich analytisch vier Gegenstandsbereichen zuordnen:

Zum einen ging und geht es um die Erforschung institutioneller und organisatorischer Kontexte, in denen die Profession agiert, mithin um Fragen nach den politischen, inhaltlichen und formalen Voraussetzungen und Steuerungen professioneller Praxen (z.B. T. Kunstreich: Grundkurs Soziale Arbeit, Bde. I und II, Hamburg 1997 und 1998). Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Befassung mit den professionellen Akteuren, deren Selbstverständnissen, Motiven und Arbeitssprinzipien, aber auch: Qualifikationshintergründen (z.B. C. Sachsse: Mütterlichkeit als Beruf, Frankfurt/M. 1986). Drittens finden wir eine Fülle von Unter-

suchungen zu einzelnen Arbeitsfeldern, zu deren Entstehung, Veränderung und gesellschaftlicher Relevanz, zu Konzepten und Anforderungen an professionelles Handeln (z.B. F. Peters (Hg.): *Jenseits von Familie und Anstalt*, Bielefeld 1988). Schließlich sind Forschungen zu nennen, die sich auf einzelne historische Epochen konzentrieren und nach dem Verhältnis zwischen hegemonialen Ideologien und professionellen Praxen in den Feldern Sozialer Arbeit fragen (z.B. H.U. Otto/H. Sünker (Hg.): *Soziale Arbeit und Faschismus*, Frankfurt/M. 1989).

Dass eine enorme Menge professionsgeschichtlich aufschlussreicher Arbeiten insbesondere in den Fachhochschulen, aus diesen heraus initiiert, unterstützt und durchgeführt wurde und weiterhin wird, hat mindestens zwei Gründe. Zum einen sind die noch jungen Hochschulen mit einer mindestens dreimal so alten Professions-Tradition konfrontiert, welche – immer noch – zur Aneignung der Berufsgeschichte, zur Spurensuche und -sicherung hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen, Handlungsgegenstände und -programme herausfordert und Antworten auf Fragen nach ihren Kontinuitäten aber auch Brüchen bereithält. Zum andern bietet sich der Focus professionsgeschichtlicher Forschungen geradezu an, dem spezifischem Ausbildungsauftrag von Hochschulen für soziale Berufe nachzugehen, nämlich fundiertes handlungsrelevantes Wissen auf wissenschaftlicher Grundlage zu generieren und zu vermitteln.

Allen Beiträgen zu professionsgeschichtlichen Themen – ungeachtet ihrer jeweiligen thematischen Setzungen – ist gemeinsam, dass sie die Gemengelage von Theorie und Praxis erhellen, mithin Aussagen zum Verhältnis von Disziplin und Profession treffen wollen, um für die Gegenwart und die Zukunft Sozialer Arbeit handlungsrelevante Erkenntnisse zu erzeugen. Dass die Ergebnisse professionsgeschichtlicher Arbeiten nicht immer gleichermaßen begeistert oder doch wohlwollend von allen irgendwie involvierten Akteuren aufgenommen werden, liegt gewissermaßen „in der Natur der Sache“ bzw. in den unterschiedlichen Interessenslagen der Akteursgruppen.

Von besonderem Interesse für Studierende und Lehrende können sich professionsgeschichtliche Unternehmungen dann erweisen, wenn sie das „eigene Haus“ zum Gegenstand haben. Nicht nur, weil eine Spurensuche vor der eigenen Haustür häufig die gebührende Neugier und das notwendige Engagement für ein solches Unterfangen verspricht, und nicht nur, weil die Erarbeitung eines gemeinsam betreffenden Hintergrundes Solidarität zu stiften vermag, sondern auch, weil das, was im Laufe und als Ergebnis der Forschungsarbeit zutage gefördert wird, intensive Auseinandersetzungs- und Verständigungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteuren mit sich bringen kann. Im Folgenden soll über ebensolche Erfahrungen mit professionsgeschichtlichen Projekten der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie des Rauhen Hauses in Hamburg berichtet werden. Während das erste Projekt, dem vierten Gegenstandsbereich

„historische Epochen“ zuzuordnen, längst abgeschlossen wurde, soll das zweite aus dem Bereich „Praxisfelder“ gerade beginnen.

## Historische Epoche

1980 startete die Evangelische Fachhochschule ein Forschungsseminar zum Thema: „Brüderschaft und 3. Reich“, das nach drei Semestern mit der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse vorerst seinen Abschluss fand („Brüderschaft und 3. Reich – Studie eines Forschungsseminars der Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonenanstalt des Rauhen Hauses, Hamburg 1981). Der Impuls für dieses Projekt rührte aus studentischem Interesse als Reaktion auf ein theologisches Seminar über das Darmstädter Wort des Bruderrats der Evangelischen Kirche in Deutschland vom August 1947 und seinen folgenden Aussagen:

„Es war verhängnisvoll, dass wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. [...] Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen [...]. Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reiche zur Sache der Christenheit zu machen“ (vgl. 2., 3. und 5. These des Darmstädter „Wortes des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes“ vom 8. August 1947).

Die Vermutung, dass aus diesem Bekenntnis Kirche und Brüderschaft<sup>1</sup> kaum Konsequenzen gezogen hätten und so künftigen faschistischen Entwicklungen unreflektiert begegnen würden, veranlasste zur Ausschreibung des Seminars „Brüderschaft und 3. Reich“, das interdisziplinär gedacht war und nicht nur für interessierte Studierende und Lehrende, sondern ebenso für Mitglieder der Brüderschaft des Rauhen Hauses und für Trägervertreter des Rauhen Hauses angeboten wurde. Letztlich waren es sieben Studierende und zwei Lehrende, die von Beginn bis zum Ende dabei blieben.

Das verbindende Interesse der Teilnehmenden bestand zunächst sehr allgemein darin, „aus der Vergangenheit Konsequenzen für die Zukunft ziehen zu können [...] die Geschichte, in der wir stehen, bewusst wahrzunehmen. Aus den positiven Erfahrungen unserer Väter (Mütter gab es ja damals noch nicht in der Brüderschaft) wollten wir lernen, ihre Irrwege nicht erneut zu beschreiten“ (Ulfrid Klei- nert im Vorwort zur Erstauflage 1981).

Drei thematische Schwerpunkte charakterisierten folglich das Forschungsinteresse:



- ▷ die politischen, sozialen sowie kirchen- und trügerspezifischen Kontexte vor und am Beginn des 3. Reiches;
- ▷ das Verhalten der Brüderschaft des Rauhen Hauses als Organisation und im Hinblick auf die Einzelnen;
- ▷ die theologischen und politischen Maßstäbe, an denen die Brüderschaft des Rauhen Hauses ihr Verhalten orientierte.

Durch die Befassung mit faschismustheoretischen sowie kirchen- und theologiegeschichtlichen Forschungen zur Kontext-Erhellung gewannen die Seminarteilnehmenden Kriterien zur Entwicklung von Fragestellungen, die zur Sichtung der Quellen (Protokolle der leitenden Gremien des Rauhen Hauses, Veröffentlichungen der drei Vorsteher, Öffentlichkeitsbroschüre „Rauhäusler Bote“, Personalakten der Brüder, Dokumentation der 100-Jahr-Feier des Rauhen Hauses vom 12.9.1933, Materialien der Deutschen Diakonenschaft und weiterer Brüderschaften) und für Interviews mit zur untersuchten Zeit aktiven Brüdern des Rauhen Hauses hilfreich waren.

Das Vorverständnis darüber, wie es während des 3. Reiches im Rauhen Haus gewesen sein mag, (das Rauhe Haus wurde gemeinhin als „braun“ eingestuft und die Brüder generell als Mitglieder in NS-Parteiorganisationen), differenzierte sich in den Untersuchungsergebnissen in folgender Weise:

Spätestens sofort nach der Machtergreifung passten sich die Verantwortlichen im Rauhen Haus dem NS-Staat an und unterstützten ihn auch teilweise aktiv. Etwa indem

- ▷ leitende Mitarbeiter/Brüder des Rauhen Hauses bereits im März 1933 mit Zustimmung der internen Entscheidungsgremien in die NSDAP eintraten,
- ▷ das oberste Entscheidungsgremium des Rauhen Hauses im August 1933 beschloss, vier Parteigenossen in seine Mitte aufzunehmen,
- ▷ Anfang 1934 eben dieses Gremium sein ausdrückliches Einverständnis mit der staatspolitischen, völkisch-nationalistischen Erziehungsarbeit im Rauhen Haus bekundete und es begrüßte, dass ein großer Teil der Schüler (Wicherschule) in der Hitler-Jugend organisiert war.

„Die überwiegende Mehrheit der maßgeblichen Männer im Rauhen Haus begrüßte die nationalsozialistische Bewegung und das Dritte Reich, wollte aber das Rauhe Haus als selbstständige Einrichtung erhalten und eine drohende Verstaatlichung der Anstalt verhindern. Durch demonstratives Wohlverhalten gegenüber den Nationalsozialisten versuchten sie, den Behörden keinen Anlass zu Sanktionen zu geben“ („Brüderschaft und 3. Reich“, S. 27, 2. Auflage).

Obwohl das Rauhe Haus bereits 1934 seine evangelische Erziehungsarbeit den nationalsozialistischen Prinzipien angepasst hatte, wurde diese doch weiterhin von den NS-Behörden beobachtet, mit einem Verbot musste gerechnet werden. Um in diesem Fall einer Zwangsauflösung zu entgehen, wurde der Bau eines

(ideologisch unverfänglichen) Altenheimes beschlossen und 1938 umgesetzt. Ebenfalls wurde neben der Stiftung „Das Rauhe Haus“ eine weitere Stiftung „Diakonenanstalt des Rauhen Hauses“, die fortan die Ausbildung der Brüder zur Aufgabe hatte, gegründet, in der Hoffnung, dass die Auflösung zweier rechtsfähiger Stiftungen schwierig sein dürfte. Dies alles waren Strategien, die dem Rauhen Haus das formale Eigentumsrecht über seine Gebäude und Grundstücke erhalten sollten; sie verhinderten nicht, dass die verschiedenen Arbeitsbereiche ab 1939 nach und nach eingestellt wurden. Anfang 1943 wurde schließlich das gesamte Gelände, mit Ausnahme des Altenheimes, beschlagnahmt.

Im Unterschied zu diesem strategischen Verhalten der für die Organisation Verantwortlichen (wohlwollende Anpassung zur Sicherung des Eigenen) war die Haltung der großen Mehrheit der Diakone zum Nationalsozialismus zunächst von Zustimmung bis hin zu offener Begeisterung und Verschmelzung der eigenen Rolle mit der neuen Ideologie geprägt (die männliche Diakonie als SA Jesu Christi oder als Unteroffizierkorps der Kirche); die Ereignisse zur 100-Jahr-Feier des Rauhen Hauses im September 1933 demonstrieren dies anschaulich (vgl. „Brüderschaft und 3. Reich“, S. 33–42, 2. Auflage). Die Hoffnungen, die die Mehrheit der Rauhäusler Brüder wie auch die Mehrheit der Mitglieder der deutschen Diakonenschaft an das 3. Reich stellten, sind bekannt und unterscheiden sich nicht sonderlich von denen vieler anderer gesellschaftlicher Gruppierungen: „[...] dass viele den Frieden von Versailles als Demütigung empfunden haben und jetzt neues Selbstbewusstsein fanden; dass viele eine Ordnungsmacht herbeisehnten, die den vielen Arbeitslosen wieder Arbeitsplätze verschaffte (und sei es durch Ankurbelung der Rüstungsindustrie); dass die meisten über das Ende der auch in Hamburg erheblichen Straßenkämpfe erleichtert waren [...]“ (Ulfrid Kleinert im Vorwort zur Neuauflage 1988).

In diesem Zusammenhang erwies sich die Rückbesinnung auf bewegungstheoretische Klassiker in der Faschismusdebatte als hilfreich (Geiger 1962, Lipset 1962, Fromm 1966, Reich 1972), die Erklärungen zur Entstehung und psychischen Disposition jener Basis liefern, ohne die kein faschistisches System sich etablieren kann. Überwiegend gehörten die Brüder Gruppierungen des alten, vereinzelt des neuen Mittelstandes an, waren geprägt durch die sozialen Verwerfungen der 20er Jahre, die sich als Bedrohungserlebnisse der materiellen und sozialen Existenz und in Gefühlen von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit manifestierten. Diese drohende, zunehmend sich auch vollziehende soziale Deklassierung und psychische Kränkung schuf ein Protestpotenzial, das durch attraktive populistische Bewegungen mobilisierbar war.

Des Weiteren: Der Eintritt in die Brüderschaft bot eine soziale und emotionale Heimat, in der man gut seinen anerkannten Platz finden konnte, dank klarer patriarchalisch-hierarchischer Strukturen und einer rigiden Gehorsamsethik. So

konnte die Aussicht, Diakon zu werden, einen Aufstieg im Selbstwert und Ansehen bedeuten und auch für „Versager“ die Möglichkeit eröffnen, sich zu bewähren und eine neue Lebensperspektive zu gewinnen. „[...] gerade die Diakone (sehnten sich) von ihrer Herkunft her besonders danach [...], anerkannt, gesichert, geachtet zu sein. Das nationalsozialistische Deutschland schien ihnen diese Sehnsucht zunächst zu erfüllen. Später hat die Angst sie daran gehindert, aufzustehen und den Nazis zu widersprechen. Bis zur Selbstaufgabe waren sie dem gehorsam, was dem Deutschen Volk oder auch der Bruderschaft zu nutzen schien“ (Ulfrid Kleinert, ebd.).

Unschwer lässt sich folgern, dass die Theologie für das Verhalten der meisten Brüder keine wirklich wichtige Rolle spielte. Jedoch nahm Frömmigkeit im Leben der Einzelnen als auch in den alltäglichen gemeinschaftlichen Routinen einen wichtigen Platz ein. Die individuelle Frömmigkeit war bereits mit entscheidend gewesen für die Motivation, Diakon zu werden; sie verhalf zur persönlichen Stabilisierung und diente der inneren Erbauung. An Stelle biblischer Motive wurden gerne Motive und Symbole aus dem Nationalsozialismus als Verhaltensmaßstäbe bemüht. Dazu gehörten das Führerprinzip, die Gemeinschaftsideologie, Heldentum und Manneskraft. Auch die Auslegung von biblischen Texten mit Hilfe militärisch gefärbten Vokabulars verweist auf die Parallelisierung göttlicher und weltlicher Ordnung.

Dieser naiven Praktizierung von Frömmigkeit entsprach eine Theologie der für das Rauhe Haus Verantwortlichen, die keine fundierte Eigenständigkeit besaß und in so weit auch nicht in der Lage war, die Zeitgeschehnisse aus einem theologischen Ansatz heraus kritisch zu reflektieren. Sondern es handelte sich um eine reaktive, die politischen Verhältnisse rechtfertigende, sie zumindest unterstützende Theologie, die sich aus theologischen Positionen der Deutschen Christen, einer Theologie der Offenbarung (hier: in Volk, Rasse und unmittelbarem Zeitgeschehen) und einigen Ansätzen der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre zusammensetzte.

Damit befanden sich das Rauhe Haus und seine Bruderschaft (bis auf wenige Ausnahmen einiger Brüder, die sich mit Hilfe des Festhaltens an biblischen Inhalten, gerade auch des Alten Testaments, persönlich vom NS-Staat abgrenzten) im ideologischen Mainstream der Deutschen Christen. Diese Verbindung wurde demonstriert auf der Hundertjahrfeier des Rauhen Hauses und der männlichen Diakonie im September 1933, die unter Hakenkreuzfahnen und NS-Parolen stattfand und an der neben der diakonischen Prominenz und den wichtigen Funktionären der Inneren Mission auch der designierte Reichsbischof Müller (Leitung der mit dem NS kollaborierenden Glaubensbewegung Deutsche Christen) teilnahm. Nahezu 1000 Diakone und ihre Frauen waren nach Hamburg gekommen, und die Gottesdienste, die Versammlungen und Arbeitsgemeinschaf-

ten barsten aus den Nähten. Die Quellen belegen, mit welchem nationalen Pathos die deutsche Diakonie und ihre Innere Mission emporgehoben wurden. So legte der damalige Vorsteher des Rauhen Hauses, Pastor Engelke, in seiner Predigt zum Gleichnis des Barmherzigen Samariters den unter die Räuber Gefallenen als das deutsche Volk aus: „Da ist unser deutsches Volk unter die Mörder gefallen. Sie haben uns alles ausgezogen, uns geschlagen, ließen uns halbtot liegen, und gingen nach Genf und gründeten den Völkerbund“ („Brüderschaft und 3. Reich“, S. 34, 2. Auflage). Und folgerichtig bestand für ihn der Samariterdienst in der Hilfe zur Volkwerdung des deutschen Volkes. Der Festvortrag des Direktors des Zentralausschusses für Innere Mission, Schirmacher, trug den Titel: „Diakonie als Angriff“ und beinhaltete das bemerkenswerte Zitat: „Wir grüßen Euch alle als die SA Jesu Christi und die SS der Kirche, Ihr wackeren Sturmabteilungen und Schutzstaffeln im Angriff gegen Not, Elend, Verzweiflung und Verwahrlosung, Sünde und Verderben“ (ebd., S. 39, 2. Auflage).

Nur in einem einzigen Predigtbeitrag (des Kirchenministers in Berlin und frisch gekürten Hamburger Bischofs Schöffel) finden sich kritischen Anmerkungen zum Dritten Reich und ihrer willfährigen Theologie, die sich scharf gegen eine künftig nur noch auf gesundes, „lebenswertes“ Leben ausgerichtete Innere Mission wandte (ebd., S. 37f, 2. Auflage).

Zum Abschluss der Hundertjahrfeier verabschiedeten die Vertreter der deutschen Diakonenschaft die „Hamburger Erklärung“, in welcher die Diakone aufgefordert wurden, sich in der Glaubensbewegung Deutsche Christen zu organisieren. Damit nicht genug wurde dem Nationalsozialismus als Gnade Gottes gehuldigt (ebd., S. 42, 2. Auflage).

Gegen die beabsichtigte Gleichschaltung durch den Anschluss an die Organisation Deutsche Christen erhob sich Widerstand in der Diakonenschaft (insbesondere in Bethel und Duisburg), der noch einmal zulegte, als wenige Monate später auf einer Generalmitgliederversammlung der Deutschen Christen im Berliner Sportpalast für die Vereinigung von Herrenmenschentelehre, völkischem Religionsgut, Antisemitismus und Christentum und, als erste Konsequenz, für die Streichung des Alten Testaments aus der Bibel votiert wurde. Die Reichsführung der Diakone entschärfte die Hamburger Erklärung in den Punkten: „biblisches Bekenntnis“ und „kirchenpolitische Betätigung“ (ebd., S. 103, 2. Auflage), mit der Absicht, das Dokument sowohl für die bekenntnistreuen Diakone als auch die Deutschen Christen annehmbar zu machen, was letztlich aber misslang und in den folgenden Jahren zu einer inneren Spaltung innerhalb der deutschen Diakonenschaft führte. Dennoch haben es die kritischen Stimmen der Diakonie (die allerdings im Rauhen Haus kaum zu hören waren) nicht vermocht, sich zu Themen, die außerhalb ihres unmittelbaren Arbeitsbereiches lagen, zu

äußern, gar sich mit anderen kritischen Gruppierungen zusammen zu finden. Vergleichbar der Bekennenden Kirche blieb man, auch in der Kritik, auf sich selbst bezogen.

Zurück zum Forschungsseminar und dazu, was aus der mehrsemestrigen Arbeit folgte und folgte. Zunächst zu den Folgerungen, den Konsequenzen, die sich aus dem offensichtlichen Versagen der Diakonenschaft für diakonisches Handeln in Gegenwart und Zukunft benennen ließen. Die eine nahm ihren Ausgangspunkt in der radikalen Ablehnung autoritären Strukturen und lautete: „möglichst viele demokratische, die Mitwirkung aller ermöglichende Strukturen in den Brüder- und Schwesternschaften bzw. Diakoniegemeinschaften zu verankern und möglichst viel für die Mündigkeit der einzelnen Diakoninnen und Diakone zu tun. Ein qualifiziertes Studium, in dem Theologie treiben und sozialwissenschaftlich reflektieren gelernt wird, gehört dazu.“ (Ulfrid Kleinert im Vorwort der Neuauflage 1988).

Die zweite Konsequenz bezog sich auf das schwierige Verhältnis von christlichem Glauben und Politik und verwies auf die Notwendigkeit, die Voraussetzungen und Folgen christlich-diakonischer Praxis politisch zu analysieren, um begründet und verantwortlich im gesellschaftlichen Feld handeln zu können.

Was die Folgen betrifft, so wurde die Studie innerhalb der Bruderschaft des Rauhen Hauses zunächst verhalten aufgenommen. Eine lebhaft Diskussions, so wie es von den Seminarteilnehmenden gewünscht war, kam nicht in Gange. Es gab einige interessierte und zustimmende Rückmeldungen. Es gab aber auch viele, die murrteten, die alten Zeiten ruhen lassen wollten, den Verfassern Besserwisserei vorwarfen, sie mit der „Gnade ihrer späten Geburt“ abfertigten, sie in seltenen Fällen als Nestbeschmutzer titulierte. Dennoch: Nach kurzer Zeit war die erstgedruckte Auflage vergriffen, und es wurden zunehmend Exemplare angefordert, die eine Neuauflage möglich machten. Längere Zeit blieb die Studie der einzige Versuch, die NS-Zeit aus der Perspektive einer Bruderschaft zu analysieren. Im Laufe der 80er Jahre begannen dann weitere Bruderschaften und Diakonengemeinschaften ebenfalls mit ihrer Spurensuche. Was noch aussteht, ist eine Zusammenschau der verschiedenen vorliegenden Untersuchungen, insbesondere mit der Fragestellung: Was sollte in den Gemeinschaften und in der Ausbildung anders werden, und was ist wirklich anders geworden?

## Arbeitsfeld

Das zweite professionsgeschichtliche Projekt der Evangelischen Hochschule, von dem hier die Rede sein soll, ist noch im Entstehen begriffen. Seinen Impuls erhielt es weder aus der Hochschule selbst noch aus der professionellen Praxis,

sondern durch eine engagierte journalistische Recherche von Heimerziehungspraxen in den 50er und 60er Jahren, in der vor allem die ehemaligen Betroffenen, die Zöglinge, zu Wort kommen:

„Nicht für alle waren die fünfziger und sechziger Jahre der Bundesrepublik eine Zeit des Aufbruchs. Im Abseits der Gesellschaft verbrachten einige hunderttausend Heimzöglinge unter heute unvorstellbaren Bedingungen ihre Kindheit in kirchlichen oder staatlichen Einrichtungen“.

So heißt es im Klappentext des im Mai diesen Jahres in der Deutschen Verlags-Anstalt in München erschienenen Buches von Spiegel-Redakteur Peter Wensierski: „Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik“.

Angeregt und aufgebracht durch den irischen Spielfilm „Die unbarmherzigen Schwestern“ über Misshandlungen von Kindern in irischen katholischen Heimen recherchierte Wensierski die Praxen in deutschen Erziehungsheimen in den 50er und 60er Jahren und veröffentlichte seine skandalösen Ergebnisse 2003 in einem Spiegel-Artikel. Damit hatte der Autor einen Stein ins Rollen gebracht: Mehr als 500 ehemalige Zöglinge nahmen Kontakt zu ihm auf; die Recherche weitete sich mit Hilfe dieser Zeitzeugen aus und führte schließlich zum Erscheinen des oben erwähnten Buches.

Die Lektüre lässt den Leser/die Leserin nicht kalt – immer wieder stockt man und wagt kaum weiter zu lesen angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die ehemalige Heimkinder zu berichten haben und konfrontiert mit den fortdauernden tief sitzenden Verletzungen und Schädigungen, die sie durch die Routinen in den Einrichtungen und durch die Behandlung der Erziehenden erlitten. Neben Prügel und Karzer als Bestrafung bei kleinsten Verfehlungen der rigiden Alltagszwänge und neben der Ausbeutung durch extrem harte körperliche Arbeit (deren Erlös von den Heimen eingesteckt wurde), war es aber vor allem die Haltung des Personals den Zöglingen gegenüber, die von Missachtung und Entwertung, Zuschreibung von Mängeln und Fehlern geprägt war. *Alle* dem Autor bekannt gewordenen ehemaligen Zöglinge leiden noch heute unter dem Makel, ein Heimkind und damit jemand Minderwertiges zu sein. Dieses Leiden hat sich in vielfältigen Symptomen manifestiert: von Klaustrophobien über Bindungsangst über ausgeprägtes Suchtverhalten bis zu suizidalen Phasen. Bis zur ersten Veröffentlichung Wensierskis 2003 hat ein Grossteil der ehemaligen Heimkinder ihren „Makel“ geheim gehalten, selbst gegenüber Lebensgefährten und eigenen Kindern.

Deshalb versteht Wensierski seine Arbeit als advokatorisch für diese nicht kleine Gruppe (schätzungsweise lebten im Verlaufe der 50er und 60er Jahre gut eine halbe Million Kinder und Jugendliche in Erziehungs- und Fürsorgeheimen), die dem kollektiven Trauma kaum aus eigener Kraft zu entkommen vermag. Mit sei-

ner Unterstützung haben Ehemalige mittlerweile ein Netzwerk gebildet, das sich um Aufarbeitung der Schicksale, Aufklärung der Öffentlichkeit, Konfrontation mit den ehemals Verantwortlichen und um nachträgliche Rentenansprüche für die geleistete Arbeit bemüht. Hier können die Ereignisse in Irland nach der Veröffentlichung des Filmes „Die unbarmherzigen Schwestern“ als Vorbild gelten: Die irische Regierung richtete einen Beratungsservice für ehemalige Heimkinder ein und beauftragte eine Kommission, die Fälle körperlicher Misshandlungen und sexueller Gewalt in den genannten Einrichtungen zu untersuchen. Außerdem wurde ein Entschädigungsausschuss gebildet, der Anträge von Betroffenen entgegennimmt und die Summe von 1,128 Milliarden Euro Entschädigungsgeld (davon 128 Millionen Euro von der katholische Kirche Irlands) an die Opfer zu verteilen hat.

So weit ist man in der Bundesrepublik noch längst nicht. Von den heute noch übrig gebliebenen 400 Nachfolge-Einrichtungen aus den ehemals gut 3000 halten viele ihr Archivmaterial, sofern es nicht vernichtet oder unkenntlich gemacht wurde, zurück. In den Festschriften dieser Heime, die anlässlich von 100-Jahr Feiern angefertigt wurden und werden, ist nur selten ein kritischer Blick auf diese Zeitspanne enthalten. Nachfragen des Autors während der Erstellung des Buches bei der Deutschen Bischofskonferenz, bei Caritas und Diakonie erbrachten zunächst Unkenntnis oder Beschwichtigungen und Allgemeinplätze über diese unrühmliche historische Phase der Erziehungsanstalten. Mittlerweile, nach Erscheinen des Buches, positionierte sich das Diakonische Werk ein klein wenig deutlicher: Der damals noch amtierender Präsident Gohde sagte den Betroffenen aktive Unterstützung bei der Aufarbeitung zu: „Unsere Archive sind offen. Wir werden jeden dabei unterstützen, seine Akte einzusehen.“ Und an die diakonischen Erziehungseinrichtungen gerichtet mahnte er: „Wenn Ihr Festschriften veröffentlicht, lasst diese Zeit nicht aus!“ (in: *chrisonplus* 6/2006, S. 47). Künftige Entschädigungsforderungen der ehemaligen Zöglinge steht Gohde abwartend gegenüber, wichtiger ist ihm eine wissenschaftliche Aufarbeitung: „was wirklich passiert ist“. Einen Anknüpfungspunkt bietet die Erforschung der Geschichte des Erziehungsheims Freistatt, einer Einrichtung der Bodelschwinghschen Anstalten, die auch in Wensierskis Buch unrühmlich erwähnt ist; Fotoaufnahmen aus dem Archiv Freistatt vermitteln dort einen kleinen Eindruck vom „Arbeitslager“ Freistatt: In der Moorkolonie stachen die Zöglinge Torf und verlegten Schwellen für die Torfbahn, alles im Akkord.

Die kritische bundesrepublikanische Fachdiskussion zur Heimerziehung begann erst Anfang der 70er Jahre, überwiegend in den neu gegründeten Fachhochschulen für Soziales und befasst sich schwerpunktmäßig mit der *Institution* Heim als *totaler Institution* und/oder ihrer *gesellschaftlichen Funktion*, weniger mit den darin lebenden und arbeitenden Menschen und deren Beziehungen (vgl. Autorenkollektiv: *Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus*, Frankfurt

1974). Ausnahmen waren Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der so genannten Heimrevolte, in denen explizit die unwürdigen und schikanösen Erziehungspraxen im Mittelpunkt standen (vgl. Ulrike Meinhof: *Bambule. Fürsorge – Sorge für wen?* Berlin 1971 und Peter Brosch: *Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr*, Frankfurt 1971).

Diese Zeit der Heimrevolten um 1969 stellt für Wensierski eine Zäsur dar; er platziert seine Schilderungen von Heimschicksalen zwischen NS-Praxis und Heimkampagne und interpretiert die Erziehungspraxis der 50er und 60er Jahre bewusst in Kontinuität zur vorgängigen NS-Epoche. Schon die Tatsache, dass ein großer Teil der Heime sich nach 1945 in solchen ehemaligen Lagern befand, in denen „Asoziale Ballastexistenzen“ zusammen gesammelt und teilweise auch dort getötet wurden, ist ihm Beleg für die Ungebrochenheit einer die Heimkinder missachtenden und entwertenden Erziehungspraxis. Auch wenn dann mit der Heimrevolte (ihr ist ein eigenes Kapitel gewidmet) nicht alles anders wurde, so kamen doch zweifellos die skandalösen Zustände an die breite Öffentlichkeit, und eine rechtlich, politisch und fachlich motivierte Diskussion um die Notwendigkeit der Veränderung von Strukturen und Konzepten der Heimerziehung begann endlich.

Dieser Reformprozess lässt sich gut am Beispiel des Rauhen Hauses nachvollziehen: Überkommene Strukturen und Organisationsweisen wurden in der ersten Hälfte der 70er Jahre entformalisiert und dezentralisiert, Konzepte wurden entspezialisiert und alltagsorientiert neu entworfen (vgl. B. Rose: *Und sie bewegt sich doch ... Beispiele reflexiver Praxis in diakonisch-sozialpädagogischen Institutionen*, Hamburg 1994). Parallel dazu erfolgte bundesweit eine Aufwertung der pädagogischen Qualifizierung des Personals. Im Unterschied zur im Rauhen Haus seit vielen Jahren praktizierten Ausbildung zur Erziehungsarbeit zeichneten sich die große Mehrheit Heime bis zum Beginn der 70er Jahre dadurch aus, dass das Personal in der Regel über keine pädagogische Qualifizierung verfügte.

Peter Wensierski kommt das große Verdienst zu, diesen Teil bislang verdeckter bundesrepublikanischer Geschichte sichtbar gemacht zu haben. Den Opfern hat er eine Stimme verschafft und sie ermutigt, mit einer neuen Perspektive auf die eigene Geschichte zu schauen.

Dass Schläge nicht nur „im Namen des Herrn“ ausgeteilt wurden, sondern ebenfalls „im Namen des Staates“, hätte der Autor deutlicher herausstellen sollen. Zwar befand sich der überwiegende Teil der Heime in konfessioneller Trägerschaft – und hier noch einmal mehrheitlich in katholischer; aus solchen Einrichtungen stammen auch die meisten Fallschilderungen. Aber es gab auch staatliche Heime, die sich – bis auf fromme Worte – in keiner Weise vom rigiden Mainstream der Erziehungspraxis unterschieden. Und es gab Jugendämter, die – wenngleich die Heimaufsicht erst 1961 eingeführt wurde – sehenden Auges, weg-



schauend oder gar profitierend die Praxen in den Heimen gedeckt haben. Über die Funktion dieser Bürokratien im Kontext des alten, aus der Weimarer Zeit wiederaufgelegten Jugendwohlfahrtsgesetzes wäre hier mehr Information hilfreich gewesen.

Überhaupt handelt Wensierski die Auseinandersetzung mit der so genannten Wiederaufbauzeit sehr kurz und plakativ ab und wird dabei der *Normalität* dieser historischen Phase nur punktuell gerecht. Die Vielfalt der existenziellen Gründe, warum Kinder und Jugendliche damals in Heimen landeten, wird nicht deutlich, und zwischen der freiwilligen Heimerziehung und der Fürsorgeerziehung in geschlossenen Heimen differenziert Wensierski überhaupt nicht. Insofern ist auch die von ihm angeführte Zahl von „einigen hunderttausend Heimzöglingen“, die unter den Fallgeschichten vergleichbaren Zuständen gelitten haben, spekulativ.

Darüber hinaus: Das, was uns während und nach der Lektüre vergangener Heimpraxen so ungeheuerlich und abartig, wie auf einem anderen Planeten spielend, erscheint, entsprach ja weitestgehend den damals vorherrschenden Normen und Werten. Ich selber bin in den 50ern Kind und Jugendliche gewesen, habe prügelnde katholische Kindergärtnerinnen (Nonnen) erlebt, habe Züchtigung in der Familie und eine rigide geschlechterspezifische Erziehung genossen, habe mitbekommen, wie die Lehrer in der Grundschule ein besonderes skeptisches Augenmerk auf die „unehelichen Kinder“ hatten. Bereits im Lyzeum, habe ich die schulöffentliche Stigmatisierung zweier Mitschülerinnen mit erlebt, die sich als Elvis-Anhängerinnen zu outen und zu stylen wagten und dazu noch mit 14 bereits „mit einem Jungen gingen“ – Verhaltensweisen, die unter wenig gesicherten Lebensbedingungen bereits zu Heimeinweisungen führen konnten, wie Wensierski berichtet.

Das alles war völlig normal und spielte sich in integrierten gesellschaftlichen Bereichen ab. Nicht vergessen soll man, dass Körperstrafen als Erziehungsmittel in der Schule erst 1973 in der BRD abgeschafft wurden und dass das Züchtigungsrecht der Eltern erst seit dem Jahr 2000 durch eine Änderung im BGB ausdrücklich gesetzlich verboten ist; seit diesem Zeitpunkt erst haben Kinder in der BRD ein *Anrecht* auf gewaltfreie Erziehung!

Auch der Sichtweise Wensierskis einer Kontinuität von der NS-Erziehung zur Heimerziehung der 50er und 60er Jahre ist nur bedingt zu folgen, sie springt zu kurz. Aus der Weimarer Zeit sind eindrucksvolle Quellen bekannt, die nahezu identische Zustände in Erziehungsheimen schildern (vgl. Peter Martin Lampel: *Jungen in Not. Berichte von Fürsorgezöglingen*, Berlin 1928 und ders.: *Revolte im Erziehungshaus. Schauspiel der Gegenwart in drei Akten*, Berlin 1929).

## Abschließend zwei Anregungen

1. Gott sei Dank, „Schläge im Namen des Herrn“ werden heute nicht mehr verteilt. Geschichte wiederholt sich nicht, die Zeiten haben sich verändert, die Wissenschaft ist vorangekommen, das Recht wurde reformiert und modernisiert, die Erziehungsvorstellungen sind andere als vor 50 Jahren. Erziehungshilfen (ob stationär oder ambulant) haben sich vom alten strafenden Erbe emanzipiert. Dennoch: Die Anzahl der so genannten auffälligen Kinder und Jugendlichen nimmt zu, die Klientel der Erziehungshilfen weist beharrlich vergleichbare soziale Merkmale auf wie schon vor 50 und mehr Jahren, die so genannten Defizite der Mädchen und Jungen von einst und jetzt sind nahezu identisch. Am Kern der Probleme, warum Kinder und Jugendliche in Öffentlicher Erziehung betreut werden müssen, hat sich nichts geändert. Und: Die seit mehr als 20 Jahren abgeschafft geglaubte geschlossene Unterbringung ist wieder auf dem Vormarsch, das Wegschließen von auffälligen Jugendlichen wird wieder vermehrt gefordert. Lohnte es deshalb nicht, einmal genauer mögliche Kontinuitäten der Heimerziehung seit den 50er Jahren bis heute zu recherchieren? Was hat sich wirklich qualitativ verändert im zum damals anderen Kontext von Recht, Fachlichkeit und Werten? Was ist stabil geblieben? Und warum dies und nicht anderes?

2. Auch wenn man nicht davon ausgehen darf, dass die Erziehungsarbeit im Rauhen Haus der 50er und 60er Jahre „ganz anders“ im Vergleich dazu, was übliche Erziehungspraxis war, stattgefunden hat, so sollte es doch lohnen, dieses noch dunkle Feld zu erhellen. Über die Erziehungsarbeit ist allerlei nachzulesen, ihre historische Entwicklung ist gut dokumentiert. Zur Organisation der Brüderschaft und zur Qualifizierung liegt aufbereitetes Material vor. Jedoch darüber, wie die alltägliche Erziehungspraxis aus der Perspektive der Zöglinge und der Erzieher erlebt und bewertet wurde, wissen wir wenig. Im Unterschied zu vielen Heimen der 50er und 60er Jahre scheint die Aktenlage zur Bearbeitung dieser Fragen gut zu sein, es existiert ein sorgsam gepflegtes Archiv, es gibt Kontakte zu ehemaligen Zöglingen und Erziehern/Brüdern.

Vergleichbar dem Forschungsprojekt von Fachhochschule und Brüder- und Schwesternschaft zum Thema „Brüderschaft und Drittes Reich“ zwischen 1980 und 1982 ist eine Forschungsgruppe aus Studierenden, Lehrenden, Brüdern und Schwestern vorstellbar, die sich an die Bearbeitung der Thematik: „Die alltägliche Er- und Beziehungspraxis im Rauhen Haus“ in dieser spezifischen Zeit (50er und 60er Jahre) macht. Dafür sind folgende Arbeitsschritte zu leisten:

- ▷ Recherche der damaligen organisatorischen, konzeptionellen, juristischen Rahmenbedingungen der Erziehungsarbeit des Rauhen Hauses sowie der einweisenden Fürsorgebürokratien,
- ▷ Sichtung und Aufarbeitung der Materiallage,

- ▷ Kontaktaufnahme zu Ehemaligen Zöglingen und Erziehern,
- ▷ Befassung mit Befragungsmethoden, Entscheidung für ein Vorgehen und Entwicklung von Instrumentarien,
- ▷ Durchführung von Befragungen von Einzelnen und in Gruppen,
- ▷ Sicherung, Auswertung und Bewertung der Befragungsergebnisse und Zusammenführung mit den Ergebnissen der Recherche der Rahmenbedingungen und des Archivmaterials sowie
- ▷ Veröffentlichung.

Ob und wie die Erziehungspraxis des Rauhen Hauses in den 50er und 60er Jahren tatsächlich abwich vom Mainstream, ob sie darüber hinaus Kontinuitäten zu ihren heutigen Modellen und Konzepten aufweist oder eben nicht, das alles kann durch ein spannendes Forschungsprojekt aufgeklärt werden.

## Anmerkung

- 1 Die Bruderschaft des Rauhen Hauses besteht aus Diakonen (seit 1972 auch Diakoninnen), die an der Ev. Hochschule und deren Vorgängereinrichtungen für soziale und diakonische Berufsfelder ausgebildet wurden und werden. Der Eintritt in die Gemeinschaft basiert auf individueller Entscheidung, setzt jedoch zusätzlich zum abgelegten staatlich anerkannten Examen Studien- und Prüfungsleistungen in diakonischer Theologie voraus. Die Gemeinschaft umfasst heute ca. 650 Mitglieder.

*Prof. Dr. Barbara Rose,  
Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses,  
Horner Weg 170, 22111 Hamburg;  
E-mail: rose\_barbara@web.de*

Susanne Maurer

## **Soziale Arbeit als Offenes Archiv gesellschaftlicher Konflikte – Für eine selbstkritische Historiographie**

---

Vor dem Hintergrund der Überlegungen, dass Geschichtsschreibung dann „einschlägig“ ist, wenn die Adressaten von ihr betroffenen und provoziert werden, weil ihnen ihre eigene Gewordenheit zum Skandal wird, und dies wiederum dazu führt, dass sie diese/ihre „Geschichte“ selbst weiter-schreiben, und „Geschichte“ also auf diese Weise als (potenziell) transformatives, als (potenziell) demokratisches Projekt erscheint, – vor diesem Hintergrund möchte ich im Folgenden kennzeichnen, in welcher Weise eine selbstkritische Historiographie Sozialer Arbeit meines Erachtens gedacht werden kann.

Eine solche Perspektive der „Geschichte der Problematisierungen“ sieht sich dabei einer solchen Aufmerksamkeit verpflichtet, wie sie insbesondere von Michel Foucault im Medium historischer Diskursanalyse verfolgt wurde, aber auch einer Thematisierbarkeit der „Probleme“ in zeitgenössischen Macht- und Kräftefeldern.

Bei der Internationalen Michel-Foucault-Konferenz 2001 „erzählte“ der Philosoph Saar folgenden Satz: „Erzähle mir die Geschichte meiner Unterwerfung so, dass ich beim Zuhören begreife, dass ich so nicht sein will, und beim weiteren Zuhören begreife, dass ich so auch nicht sein muss ...“ (eigene Mitschrift während des Vortrags). Im gedruckten Text liest sich das so:

„Nur Geschichten, die auf diese spezifische Weise erzählt sind, machen die in ihnen enthaltenen Enthüllungen von Macht- und Konstruktionsprozessen ‚scharf‘ oder effektiv. Genealogien sind keine bescheiden vorgetragenen Thesen zur Stützung oder Modifikation eines gegebenen Weltverständnisses; sie sind schockhafte, negative Welterschließungen.<sup>1</sup> Sie setzen einzelne Konfigurationen des Sozialen einem grellen Licht aus, in dem manche vermeintlichen Naturalien ihre Künstlichkeit und manche Gültigkeiten ihre Gewalt durchscheinen lassen“ (Saar 2003: 175).

Diese Sätze verweisen auf die Attraktivität einer solchen Strategie der Historiographie für eine kritisch-utopische Perspektive. Insbesondere die Herausstellung

des Gewaltaspektes in den „Gültigkeiten“, aber auch des „Künstlichen“ am scheinbar „Natürlichen“ machen daraus eine interessante Erkenntnisperspektive im Kontext emanzipatorischer Praxis:

„Die Genealogien sind ‚Geschichten der Gegenwart‘ für Bewohner dieser Gegenwart, für ein ‚wir‘, und das sind die nicht genauer spezifizierten Adressaten, von denen der genealogische Autor [...] annimmt, dass für sie speziell seine Geschichtsschreibung ‚einschlägig‘ ist, dass sie von ihr betroffen und provoziert werden, weil ihnen ihre eigene Gewordenheit zum Skandal wird. Der Genealoge hat dann Erfolg, wenn seine Leser ihre Geschichte selbst weiterschreiben“ (Saar 2003: 176f.).

So betrachtet (und praktiziert) erscheint „Geschichte“ als (potenziell) transformatives, als (potenziell) demokratisches Projekt. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen möchte ich im Folgenden kennzeichnen, in welcher Weise eine selbstkritische Historiographie Sozialer Arbeit meines Erachtens gedacht werden kann.

Erkenntnispolitische Aspekte einer (selbst)reflexiven, (selbst)kritischen Historiographie ergeben sich auf zwei Ebenen der Thematisierung, die sich auch in Pierre Bourdieus Überlegungen zu einer „Reflexiven Anthropologie“ (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996) finden:

„Geschichte, so verstanden, lebt nicht vom antiquarischen Interesse, sondern vom Bestreben, zu verstehen, warum und wie man versteht. Um nicht das Objekt der Probleme zu sein, die man zu seinem Objekt macht, muss man die Sozialgeschichte des Auftretens dieser Probleme studieren, ihrer allmählichen Herausbildung, das heißt der kollektiven – oft in Konkurrenz und Kampf geleisteten – Arbeit, die nötig war, damit diese Probleme als legitime, ansprechbare, zu veröffentlichende, öffentliche, offizielle kenntlich und anerkannt wurden“ (Bourdieu 1996: 272).

Einer solchen Aufmerksamkeit für die „Geschichte der Problematisierungen“, wie sie insbesondere von Michel Foucault im Medium historischer Diskursanalyse verfolgt wurde (diachrone Ebene der Thematisierung), aber auch für die Thematisierbarkeit der „Probleme“ in zeitgenössischen Macht- und Kräftefeldern (synchrone Ebene der Thematisierung) sieht sich die hier entwickelte Perspektive verpflichtet.

## Welcher Begriff von Geschichte also?

„Geschichte“ ist nicht als eindeutig und abschließend zu bestimmendes „Gesamt von (historischen) Fakten“, sondern als dynamisches Gebilde zu verstehen: als Feld von Machtbeziehungen, in dem sich verschiedene Interessen, Ideen und Entwicklungen zu Ereignissen, Institutionen und sozialen bzw. individuellen Praxen verdichten, die ihre Spuren hinterlassen – ich nenne das „gesellschaftliche Erfahrungen“. „Geschichte“ wird hier also als Prozess aufgefasst, der nicht abgeschlossen ist (vgl. z.B. Chartier 1992) – der sich auch im „Blick zurück“, in der

Historiographie noch verändert: Je nachdem, von wo aus welcher Blick darauf geworfen wird, stellt sich die Konfiguration anders dar.

Das kann auch mit ethnologischen Studien gezeigt werden, die „Historizität“ als Geschichtsbewusstsein (re)konstruieren, das sich im Laufe eines Prozesses sozialen Aushandelns von kulturellen Konstruktionen der Vergangenheit herausgebildet hat; Historizität meint demnach das Erfahren und Verstehen von Geschichte, das kulturell konstituiert ist und gleichzeitig selbst an der Konstruktion von Geschichte beteiligt ist; „Geschichte“ wäre damit als Produkt kultureller Konstruktionen der Vergangenheit zu verstehen, das aus den Auseinandersetzungen mit und Repräsentationen von Vergangenheit entsteht (vgl. Hermann 1995).

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass jede (Re-)Konstruktion von Geschichte, ob dies nun bewusst transparent gemacht und selbstkritisch reflektiert wird oder nicht, folgende Dimensionen enthält: eine erkenntnistheoretische, eine gesellschaftstheoretische und eine subjekt- bzw. handlungstheoretische Dimension. Die erste Dimension meint die Art und Weise der Geschichtsbetrachtung (Perspektive und Strukturierung der Wahrnehmung, Konstruktion von Fragestellungen und spezifische Problematisierungen), die zweite Dimension bezieht sich auf die impliziten oder expliziten gedanklichen und analytischen Voraussetzungen in Bezug auf Konzeptionen von „Gesellschaft“, „Staat“, „Normalität“, etc., und die dritte Dimension fragt nach den Individuen und Kollektiven als „Subjekten“ von Geschichte im doppelten Wortsinn: als Unterworfenen und Handelnden, Bewegten und Bewegenden zugleich (akteurstheoretische Perspektive). Von daher macht es Sinn, historische Forschung systematisch auf gesellschaftstheoretische, subjekt- bzw. handlungstheoretische und erkenntnistheoretische Fragestellungen zu beziehen. Erst mit einer Verschränkung dieser Aufmerksamkeitsrichtungen kann eine komplexe Entwicklungsdynamik adäquat erfasst werden. Gesellschaftliche (Um-)Strukturierungsprozesse, kulturelle Bilder (bspw. von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“), Selbstverständnisse und Praxen der Individuen und Kollektive können so als Wirkungszusammenhänge wahrgenommen werden.

Auch den vorher eingeführten Begriff „gesellschaftliche Erfahrung“ verstehe ich als offenes Konzept, das sich – je nach Thematisierungskontext – konkretisieren und präzisieren lässt. Gemeint sind z.B.: Individuelle Erfahrungen, die sich mit kollektiven Erfahrungen verschränken bzw. in den Kontext „Kollektivität“ eingebettet sind; Erfahrungen, die mit Gesellschaft, der eigenen „Vergesellschaftung“ gemacht werden; das Erleben, Wahrnehmen, Deuten zeitgenössischer gesellschaftlicher Prozesse und Situationen; zeitgenössische Erfahrungen, die im Medium von „Gesellschaftsgeschichte“ und „Gesellschaftstheorie“ thematisiert/thematisierbar werden.

Vor diesem Hintergrund betrachte ich Historiographie als „Arbeit am gesellschaftlichen Gedächtnis“. Für die Soziale Arbeit entscheidend ist ein solches „Gedächtnis“ im Hinblick auf:

- ▷ die sich unterscheidenden (Lebens-)Möglichkeiten (Erfahrungen mit Verhältnissen von Ungleichheit und Abwertung),
- ▷ die konkreten Erfahrungen der Einzelnen im von ihnen gelebten Leben (in den hegemonialen Repräsentationssystemen meist ausgeblendetes „lokales Wissen“),
- ▷ die „sozialen Probleme“ (hier verstanden als „eingeschlossene gesellschaftliche Erfahrung“) sowie die Prozesse, die jene konstituieren und definieren (Frage der Thematisierungsmacht).

## Soziale Konflikte und Erinnerungspolitiken

„Soziale Fragen“ – als gesellschaftliche Konflikte der Zeit, die sich z.B. an Unrechtserfahrungen entzünden – sind historisch und aktuell vor allem auch im Kontext Sozialer Bewegungen zum Thema gemacht worden, und die von der bürgerlichen Frauenbewegung um 1900 wesentlich mitkonzipierte „moderne Soziale Arbeit“ wurde unter anderem als Versuch entfaltet, eine auf diese „sozialen Fragen“ gerichtete Praxis zu entwickeln.<sup>2</sup>

Eine Historiographie Sozialer Arbeit hätte dem hier vertretenen Ansatz gemäß die Aufgabe, die (gesellschaftlichen) Erfahrungen mit solchen – jeweils zeitspezifischen, darin aber auch kontroversen – Praxen zu rekonstruieren, damit sie von Disziplin wie Profession kritisch und nüchtern reflektiert, auch weiterbearbeitet werden können. Vor diesem Hintergrund kann sie systematisch auch mit „Erinnerungspolitik“ im Sinne von Peter Reichel (1999) zusammengedacht werden: Reichel weist im Zuge seiner Auseinandersetzung mit „Vergangenheitsbewältigung“ (vgl. auch Reichel 2001) darauf hin, dass politische Systeme auf den Umgang mit der Vergangenheit angewiesen sind. Meine These wäre hier, dass dieser Gedanke auch auf wissenschaftliche Disziplinen und professionelle Handlungssysteme angewendet werden kann.

Worum geht es bei dieser Auseinandersetzung mit Vergangenheit? Zum einen um „soziale Binnenintegration“ (was im englischen Begriff „re-member“ unmittelbar deutlich wird), zum anderen um „kulturelle Identitätsbildung“<sup>3</sup> (im Kontext Sozialer Arbeit ließe sich das in „disziplinäres und professionelles Selbst-Bewusstsein“ übersetzen), zum Dritten um politisch-symbolische Herrschaftslegitimierung (oder Legitimierung von „Zuständigkeit“, hier: der Sozialen Arbeit).

Studien zu Erinnerungspolitiken in Staaten und Gesellschaften gehen davon aus, dass jedes (politische) Gemeinwesen wissen und sinnlich erfahrbar machen muss, worauf es gründet, woher es kommt – um seine Existenz sozusagen auch mit zeitlicher Tiefe zu versehen. Dies betrifft in gewisser Weise auch Institutionen und Handlungsfelder sozialer Arbeit und verweist nicht zuletzt auf die „Rolle“ –

oder doch zumindest: eine Funktion – der Geschichtsschreibung in Bezug auf Soziale Arbeit (z.B. auch im Kontext der Hochschul-Ausbildung). In diesem Sinne also erscheint Erinnerungspolitik grundsätzlich legitim, und Vergangenheit als unverzichtbare Ressource.

In Anlehnung an Peter Reichel möchte ich nun eine Annäherung an den Begriff der (kollektiven) „Erinnerungspolitik“ vornehmen. „Erinnerungspolitik“ wurde in Deutschland besonders extensiv in Bezug auf die NS-Geschichte untersucht und bearbeitet – als Frage nach der Beschaffenheit und Pflege des sozialen Gedächtnisses. Zahlreiche Akteure und Akteurinnen befinden sich dabei im Deutungsstreit um die Vergangenheit, von unterschiedlichen Anliegen und Interessen bewegt, unterschiedliche Strategien des Erinnerns verfolgend. Im gesellschaftlichen Kontext der BRD ist dem sozialen Gedächtnis, so Reichel, eine gewisse Unruhe und Unsicherheit eigen, ein Schwanken zwischen der forcierten Neigung, die Nationalgeschichte in Deutung und Darstellung zu „normalisieren“, und der Neigung, den Rückblick auf den engen Zeithorizont „Nationalsozialismus“ zu zentrieren (und hier vor allem auf dessen Gewaltverbrechen). Die Probleme, Unsicherheiten und Streitpunkte im Umgang mit der NS-Vergangenheit wirken – so die von Reichel vertretene Auffassung (vgl. Reichel 1999: 23) – auf den Vergangenheitsbezug, auf das Verhältnis zur Geschichte überhaupt.

Eine Unsicherheit erwächst z.B. daraus, dass die BRD ihre nationale Identitätsbildung unter einem zwiespältigen Vergangenheitsbezug vollziehen musste (im Versuch der Rekonstruktion gesellschaftsgeschichtlicher Kontinuität, bei gleichzeitiger Notwendigkeit der Distanzierung in Bezug auf die NS-Geschichte). Wenn berücksichtigt wird, dass dem „sozialen Gedächtnis“ in der Regel ein Sog innewohnt, das „Eigene“ positiv, das „Andere“ davon abgegrenzt, im schlimmsten Fall eben auch negativ zu sehen<sup>4</sup>, so findet sich hier also eine Art „Umkehrung“ – laut Peter Reichel u.a. resultierend aus Schuldangst und ihrer Verdrängung in der frühen BRD, und aus der Angst vor Vergessensschuld in der späteren BRD. Die im früheren DDR-Staat praktizierte „andere“ Erinnerungspolitik ergibt zudem noch ganz neue Verwerfungen.<sup>5</sup>

Dem Erinnerungs-Vermögen stehen überdies die so genannten „vergesslichen Denkmale“<sup>6</sup> gegenüber (siehe Young 1992), in denen Ereignisgeschichte zugleich gelöscht und neu definiert wird. Dies bedenkend, erweisen sich nicht zuletzt Thematisierungen von „Erinnerung als Leerstelle“ als produktiv. Solche Thematisierungen erinnern an das „Vergessen im Erinnern“, an das Spannungsfeld von kultureller Erfindung und politischem Interesse.



## Historische Erzählungen als Identitätspolitik?

Es wurde bereits erwähnt: Studien zu Erinnerungspolitik in verschiedenen Staaten und Gesellschaften gehen davon aus, dass es eine gewisse Notwendigkeit für Gemeinwesen wie Gemeinschaften gibt, die eigene Existenz auch mit zeitlicher Tiefe zu versehen. Dies geschieht, um sich zu stärken und zu stabilisieren, um die eigene Kontinuität und damit auch Zukunftsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Der hier vertretenen Auffassung nach ist dieser Gesichtspunkt für die Soziale Arbeit ebenfalls von Bedeutung, und zwar in Bezug auf das eigene Selbstverständnis als Disziplin und Profession und in Bezug auf den Anspruch, in der Gesellschaft für bestimmte Aufgabenbereiche zuständig zu sein.

Dies könnte nun bedeuten, eine relativ unkritische Traditionsbildung zu betreiben, um so etwas wie disziplinäre und professionelle „Identität“ zu ermöglichen und zu stärken. Im Unterschied dazu soll mit der These von „Sozialer Arbeit als gesellschaftlichem Gedächtnis der Konflikte“ die Möglichkeit zur Diskussion gestellt werden, dass das gesellschaftlich umkämpfte und hinterfragte (also „problematisierte“) Feld „Soziale Arbeit“ Selbst-Bewusstsein und Stärke nicht unbedingt daraus bezieht, dass Spannungen, Widersprüche und fragmentarische, prekäre Zustände neutralisiert werden, sondern indem lebendige, auch unbequeme und mühselige Prozesse der Reflexion und des Erinnerns kultiviert werden.

Skepsis bleibt angebracht: denn Historiographie wie Erinnerung ist unzuverlässig, „lügt“ und „erfindet“. Es braucht von daher – im Kontrast zu positivistischen, affirmativen Vorstellungen – einen kritischen Begriff des Erinnerns, wie auch des „Erzählens“ von Geschichte. Denn Erinnerung und Gegen-Erinnerung sind auch im Feld Sozialer Arbeit virulent, zirkulieren auch im Feld Sozialer Arbeit. Die Erinnerungsspuren vergangener Konflikte und Problemstellungen sind dabei mehrdeutig, auch fragmentarisch. Für Disziplin wie Profession „identitätsgefährdende Erinnerungen“ werden (unter Umständen) in „identitätssichernde Erinnerungen“ transformiert, oder aber lieber „vergessen“ bzw. ausgeblendet und/oder ausgegrenzt.

Der hier vertretene Ansatz geht – durchaus im Interesse einer „Stärkung“ von Disziplin und Profession – demgegenüber davon aus, dass „beunruhigende Erinnerungen“ den Prozess der Traditions- (und Disziplin-)Bildung zwar stören, aber auch hinterleuchten können. Selbst-Bewusstsein kann demnach auch über eine Traditionsbildung ermöglicht werden, die das Feld Sozialer Arbeit als „Ort“ bzw. Raum der sich überlagernden, sich weiterschreibenden Erinnerungen auffasst.

## Offene Archive

„Ich erinnere mich, das ist Präsens und die Präsenz des Vergangenen im Jetzt.“ – So Michael Fehr in seiner Auseinandersetzung mit den Arbeiten der Künstlerin Sigrid Sigurdsson. Insbesondere mit ihrer raumgreifenden Konstruktion „Vor der Stille“ habe Sigurdsson eine Form gefunden, mit der sie die Ungleichzeitigkeit des Historischen thematisieren und fruchtbar machen könne für ein „Bewusstsein von Geschichte“ (vgl. Fehr 1988/2003: 1).<sup>7</sup>

„Bewusstsein von Geschichte“ soll ein spezifisch reflexives Verhältnis zur Geschichte bezeichnen – die Einsicht nämlich, dass das Vergangene, wie immer auch verstanden und bearbeitet, in der Gegenwart Wirkung hat und also bewusst in sie integriert werden muss. „Bewusstsein von Geschichte“ zwingt – so Fehr – auch zur Erörterung der Frage, welchen Stellenwert das Einzelne im kollektiven Geschehen hatte oder hat, und zur Frage, wo denn die persönliche Verantwortung für eine Gesamtentwicklung liegt oder liegen konnte – eröffne also auch die Frage nach den konkreten Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Akteure im gesellschaftlichen Gefüge.

Doch wie geht die Künstlerin (und Historikerin!) Sigrid Sigurdsson selbst das an?

„Ausgehend von der eigenen Biographie sammelt sie Materialien und Dokumente aller Art – und ordnet sie, manchmal mit zeichnerischen Kommentaren oder Texten versehen, in höchst unterschiedlicher Weise in Büchern und Schaukästen an. So ist ‚Vor der Stille‘ jetzt [...] ein rundum durch raumhohe, in 380 Fächer unterteilte Regale definierter Raum, ein lieu de mémoire (‚Gedächtnisort‘), in dem mehr als 750 Bücher, Buchobjekte und Schaukästen lagern, die etwas 30 000 Dokumente, Zeichnungen und Gegenstände enthalten, und die von den Besuchern benutzt: aus den Fächern herausgenommen, auf bereitstehende Tische gelegt, dort betrachtet und gelesen oder von dort in freie Fächer zurückgeräumt werden können“ (Fehr 1988/2003: 3).

„‚Vor der Stille‘ mutet an wie eine Mischung aus Archiv, Bibliothek und Spolienwand, doch kennt diese Konstruktion über die Aufteilung der Regale in Fächer hinaus keine feste Ordnung, sondern bildet ihre jeweilige Inanspruchnahme durch die Besucher in einem ständig wechselnden Beieinander der Bücher, Buchobjekte und Schaukästen auf den Tischen und den Regalen in sich selbst ab. ‚Vor der Stille‘ erscheint [...] weniger als Archiv, denn als ein Äquivalent zur Funktionsweise des (kollektiven) Gedächtnisses vor allem aber dann, wenn man sich [...] auf Einzelnes einlässt, also in den Büchern zu lesen und ihre Inhalte zu vergleichen beginnt“ (Fehr 1988/2003: 3).

Die Arbeiten von Sigrid Sigurdsson schaffen sozusagen einen Gedächtniskontext, eine Gedächtnis-Umgebung, die als künstlich geschaffene erkennbar bleibt. Sie begreift ihre „offenen Archive“ als „Gedächtnishalden“, die in ihrer beweglichen, sich ständig verändernden Qualität zeigen, dass an Geschichte mit- und ständig weitergeschrieben werden kann. Im Ergebnis entsteht ein begehbares

(Gedächtnis-)Bild, ein Gewebe (Zeit wird zum Raum), das „vor Ort“ zugänglich bleibt, aber auch weit verzweigte Verbindungen über Zeit und Raum hinweg aufweist.

Für die Künstlerin sind ihre Arbeiten „Museen der Biographien“, aber auch „Museen des Vergessens“. Indem sie mit ihrer künstlerisch-historischen Praxis zwischen Aneignung und Enteignung von Geschichte immer wieder neue Verknüpfungen ermöglicht, bearbeitet sie die Frage, wie Erinnerung sich immer wieder neu entzünden kann – individuell wie kollektiv. Nicht zuletzt mit ihren „Archiven der Zukunft“<sup>8</sup> zeigt Sigrid Sigurdsson, wie die RezipientInnen/KonsumentInnen von Geschichte zu Handelnden der Geschichte werden (können). Dabei befreien ihre Arbeiten auch von dem Anspruch, „nur als bedeutendes Subjekt am historischen Prozess teilhaben zu können“ (vgl. Fehr 1988/2003: 4), und setzen „persönliche, ja private Erfahrungen und Erinnerungen gegen die offizielle[n] Geschichte[n] frei“.

## Zur Gedächtnisfunktion Sozialer Arbeit

Die hier vorgestellte Denkfigur enthält die These, dass Soziale Arbeit eine Gedächtnis-Funktion in Bezug auf gesellschaftliche Konflikte hat, dass sie also, analytisch betrachtet, immer auch als „Gesellschaftliches Gedächtnis der Konflikte“ gesehen werden kann, und zwar in den – ansonsten so verschiedenen – Dimensionen ihrer Problemwahrnehmungen und (versuchten) Problembearbeitungen, Arbeitskonzepte und Verfahren, theoretischen wie methodischen Instrumentarien, Institutionen und Trägerschaften, konkreten Handlungsweisen und „Settings“ im Alltag. Geht die Erinnerung an die historische Gewordenheit, an die historische Bedingtheit (und damit auch Begrenztheit) der genannten Aspekte Sozialer Arbeit verloren, so drohen Engführungen, die – so der These zweiter Teil – geeignet sind, das eben auch kritische Potenzial Sozialer Arbeit zu neutralisieren.

Die Aufmerksamkeit richtet sich hier auf eine Dimension Sozialer Arbeit, die bislang kaum thematisiert wird: ihre Funktion als „Gedächtnisspeicher“ für soziale Fragen und soziale Konflikte in Vergangenheit und Gegenwart. Eine solche Aufmerksamkeit kann insbesondere auch für eine Perspektive produktiv sein, die sich gesellschaftsübergreifend ebenso wie innergesellschaftlich zum einen mit sozialer Ungleichheit, zum anderen mit kultureller bzw. gesellschaftsgeschichtlicher Differenz auseinandersetzt.

Wenn Soziale Arbeit als spezifische Antwort auf soziale Probleme in einem bestimmten zeitgenössischen Kontext betrachtet werden kann, so sind die damit angesprochenen Institutionen, Arbeitskonzepte, Methoden, auch die alltäglichen Routinen gewissermaßen in die Gesellschaft eingetragene, hinterlassene „Spu-

ren“, die vergangene wie gegenwärtige Auseinandersetzungen um Soziale Fragen dokumentieren (Gedächtnisspeicher sozialer Kämpfe). Die genannten Dimensionen Sozialer Arbeit können – in ihrer Eigenschaft als verdichtete, „materialisierte“, institutionalisierte Praktiken – dabei, je nach Lesart, als Effekte von Regierungsstrategien (vgl. hierzu Bröckling u.a. 2000; Kessl 2005), als Errungenschaften Sozialer Bewegungen (vgl. etwa Leonie Wagner 2003) und/oder als Aspekt wissenschaftlicher und professioneller Entwicklungen (vgl. etwa Bernd Dewe/Hans-Uwe Otto 2002) gesehen werden. In jedem Fall repräsentieren die jeweils aktuellen Erscheinungsweisen Sozialer Arbeit in einer Gesellschaft kontroverse Auseinandersetzungen über Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Ausschluss. Sie repräsentieren bestimmte Wahrnehmungen sozialer Probleme ebenso wie bestimmte Perspektiven und nicht zuletzt Politiken der Praxis des Umgangs mit gesellschaftlichem Wandel und sozialen Konflikten.

Das Argument von der „Gedächtnisfunktion Sozialer Arbeit“ bezieht sich also auf die Konzepte, Verfahren und täglichen Praxen Sozialer Arbeit; auf deren theoretische und methodologische Rahmungen, sowie auf die Institutionen und Akteure in diesem Feld, seien sie nun beruflich Handelnde oder Freiwillige bzw. ehrenamtlich Tätige. Den Hintergrund und Kontext des Arguments bilden zum einen Studien zu den Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, die nicht zuletzt im Hinblick auf spezifische Verknüpfungen mit der Entstehung und Entwicklung moderner Sozialer Arbeit untersucht wurden. In diesem Zusammenhang hat sich das Interesse an einer „kritischen Traditionsbildung“ ausgeprägt, die auch die Dimension kollektiver (gesellschaftlicher) Erfahrung und das „Wissen aus Bewegungskontexten“ einschließt. Wichtig hierfür sind zum einen ein „Bewusstsein von Geschichte“ (im Sinne von Michael Fehr) insbesondere auch in gender-sensibler Perspektive, zum anderen machanalytische Zugänge und (selbst)kritische Auseinandersetzungen mit konkreter Sozialer Arbeit. Aus der Beschäftigung mit Erinnerungspolitik und Gedächtniskonzeptionen hat sich schließlich der Ansatz entwickelt, Soziale Arbeit in ihrer Gedächtnisfunktion wahrzunehmen und diese Auffassung für die Bereiche Disziplinentwicklung, Professionalisierung, sowie Forschung und Lehre weiter zu konkretisieren.

## Gedächtnistheoretische Bezüge

„Soziale Arbeit ist, analytisch betrachtet, immer auch gesellschaftliches Gedächtnis der Konflikte.“ Diese Vorstellung wurde vor allem aus drei gedächtnistheoretischen Aspekten entwickelt: erstens aus dem Aspekt des „kollektiven Gedächtnisses“ (Maurice Halbwachs) bzw. des „kulturellen“ (Jan und Aleida Assmann) oder „sozialen Gedächtnisses“ (Peter Burke; Harald Welzer); zweitens aus dem Aspekt der „Gedächtnisorte“ („Lieux de mémoire“, Pierre Nora),

die auf „kollektive Erfahrungen“ in einem bestimmten nationalen oder kulturellen Kontext verweisen; sowie drittens aus dem – bereits vorgestellten – Aspekt der „Erinnerungspolitik“ (Peter Reichel). Jeder dieser Aspekte berührt die Dimension „Konflikt“, und alle jeweils damit verbundenen Ansätze weisen eine gewisse Sensibilität für Machtgeschehen in Bezug auf Gedächtnis und Erinnern auf. Jeder der genannten Aspekte ist zudem nicht so sehr auf die „wirklichen Daten und Fakten“ in der Vergangenheit bezogen, als vielmehr auf aktuelle soziale und politische Praxen, die sich auf jenes Vergangene beziehen. Gemeinsam ist ihnen also das Interesse am „Gebrauch der Vergangenheit“, das Interesse am „Streit um die Vergangenheit“.

Wie bereits eingeführt, verwende ich für meine Überlegungen zur Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit bewusst den Begriff „gesellschaftliches Gedächtnis“. Damit möchte ich zum einen deutlich machen, dass es sich hier nicht um ein homogenes Gebilde handelt (was mit den Begriffen „soziales“ oder „kollektives“ Gedächtnis womöglich suggeriert werden könnte); zum anderen wird mit dem Begriff auch angezeigt, dass es nicht um eine einheitliche normative Orientierung geht, und auch nicht um ein unkompliziertes, klares Gefühl von „Wir“, von „Zugehörigkeit“.

Dennoch wird hier die Auffassung vertreten, dass es so etwas wie ein „gesellschaftliches Gedächtnis“ als „gemeinsamen Bezugshorizont“ gibt (in den Begriffen von Bourdieu: als Bestandteil der „legalen Kultur“) – nicht zuletzt „verdichtet“, „materialisiert“ und „verkörpert“ in den gesellschaftlichen Institutionen, Gesetzen, Regelungen und Prozeduren<sup>9</sup> – in Bildern, Begriffen und Praxen, auf die sich die verschiedenen gesellschaftlichen Öffentlichkeiten beziehen, wenn sie Information, Unterhaltung und Kommunikation organisieren.<sup>10</sup> Es stellt sich dabei allerdings immer die Frage nach den Möglichkeiten des Zugangs zu Ausdrucksmöglichkeiten, wie Sprache, Bildern, Medien – die Frage auch nach den Möglichkeiten der Aneignung in je spezifischen kulturellen Praxen der Rezeption. Kurz: Wer kann sich an einer öffentlichen Verständigung über die Geschichte beteiligen? Eine zutiefst sozialpolitische Frage.

## **Geschichte wird „gemacht“ oder ...**

Das zeigt auch die sich in letzter Zeit immer deutlicher positionierende Historiographiegeschichte, die Forschung zu den historischen Praxen der Geschichtsschreibung. Die niederländische Historikerin Maria Grever<sup>11</sup> bilanziert die aktuellen historiographiegeschichtlichen Erkenntnisse wie folgt:

Im Laufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts flossen aktuelle Geschichte und erzählte Geschichte immer mehr ineinander. Insbesondere die Idee gesell-

schaftlichen Fortschritts verschmolz einzelne Geschichtserzählungen zu einer sich universal verstehenden „Geschichte“ (vgl. Koselleck 1989). Die Idee einer formbaren, gestaltbaren Zukunft trug zur Reinterpretation der Vergangenheit in einer Perspektive konstanter Verbesserung der Verhältnisse bei („Fortschrittslogik“). Auf diese Weise erschien die Übertragung der Vergangenheit in die Zukunft nicht mehr selbstverständlich, die „historische Erfahrung“ der Vergangenheit konnte nicht mehr ohne weiteres bzw. unmittelbar in die Zukunft hinein verlängert werden. Dieser Prozess, von Koselleck als wachsende Kluft zwischen „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ analysiert (vgl. Koselleck 1989, S. 349–375), rückte die Vergangenheit plötzlich in weitere Ferne. Wahrgenommene Zeit-Brüche und die Beschleunigung von Geschichte verringerten das Gefühl von Kontinuität und veränderten grundlegend die Orientierung der Menschen in Zeit und gesellschaftlichem Raum.

Die im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts immer mehr zunehmende Spannung zwischen Erfahrungen und Erwartungen brachte, so Koselleck, nicht nur ein wachsendes Bewusstsein von der „Andersheit“ der Vergangenheit hervor, sondern auch die Idee der „historischen Zeit“. Dieses Konzept ist auf die Vorstellung bezogen, dass der geschichtliche Prozess sich kontinuierlich entwickelt. Die Zukunftsorientierung von Gesellschaften ließ die Vergangenheit unwiederholbar und abgeschlossen erscheinen. „Historische Zeit“ wies demnach, in Unterscheidung zu „natürlicher Zeit“, eine eigene Dynamik und eine eigene Form der Verzeitlichung auf. Geschichte, derart prozessualisiert und temporalisiert zu einer konstanten Einzigartigkeit, konnte damit auch nicht mehr in einer exemplarischen Art und Weise unterrichtet werden, sie musste vielmehr erklärt und an die folgenden Generationen überliefert werden.

Angesichts dessen diente die westliche „Erfindung der Nation“ (vgl. Hobsbawm/Ranger 1983; Anderson 1983) als das moderne Schema, um eine völlige Spaltung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu verhindern und damit auch das zeitgenössische Empfinden von Diskontinuität und Desorientierung zu überwinden. Die Konstruktion und Installation nationaler Identitäten im 19. Jahrhundert waren ausdrücklich in dem neuen Konzept einer Universalgeschichte gegründet. In etlichen Ländern wurde „Nation“ durch Monumente, Gemälde, Ausstellungen, Pseudo-Traditionen und Rituale „veranschaulicht“ resp. zur Darstellung gebracht („historische Kultur“), bald folgte die Herausbildung einer wissenschaftlichen Geschichtsforschung und, damit verbunden, auch eine neue Form historischer Bildung.

Nationalismus und „historisches Bewusstsein“ waren dabei eng miteinander verknüpft. Doch die historischen Ausdrucksformen – ob nostalgisch oder „wahrheitsgemäß“ (d. h. hier: an Daten und Fakten) orientiert, für die Jungen oder für die Älteren inszeniert – beinhalteten auch die Herausbildung eines spezifischen kol-

lektiven Subjekts: das war sozusagen der „ideelle Gesamtbürger“ eines europäischen Nationalstaates, vorgestellt als männlich, weiß und gebildet (vgl. Paletschek 2003: 3)<sup>12</sup>. Eine solche Repräsentation der „Vorreiter der Nation“ schloss also andere Gruppen aus, bzw. marginalisierte sie im Kontext von „Nation“. Im Laufe der Zeit organisierten sich einige dieser marginalisierten Gruppen und zeigten, dass ihnen ebenfalls ein historischer Ort innerhalb der Nation zukam.<sup>13</sup> Ihr Kampf für nationale Integration war ein Kampf um die Interpretation der Vergangenheit.

Solche Ansprüche marginalisierter Gruppen führten auf der bislang dominanten Seite nationaler Repräsentationen, in einer Art Abwehrgeste, zur Produktion eines exklusiven Kanon, auf der die Hegemonie anfechtenden und hinterfragenden Seite gelegentlich allerdings auch zur erfolgreichen Produktion eines Gegenkanons, der am Ende nicht selten ebenfalls der nationalen Rahmung diene. Geht man von der These aus, dass die Herausbildung des modernen historischen Bewusstseins in der Gesellschaft (genauer: die Vorstellung, dass die Vergangenheit sich von der Gegenwart grundlegend unterscheidet), nicht so sehr durch die neue Geschichtswissenschaft als vielmehr durch die Monumentalisierung der Nation bedingt ist, so macht es um so mehr Sinn, verschiedene – gerade auch kontroverse – Versuche, den Geschichtskanon zu gestalten und umzugestalten, genauer in den Blick zu nehmen. Hier kommen auch die „Gegen-Geschichten“ der diversen Sozialen Bewegungen ins Spiel (vgl. Benard 1981; Maurer 1996).

Zentral für neuere Studien und Debatten in diesem Zusammenhang ist also die Frage nach der Beziehung zur Vergangenheit in der Vergangenheit. Dieser meta-historische Zugang hat den Horizont der Historiographie erweitert. So spielen viele, in früheren Zeiten eher vernachlässigte, Aspekte in der Geschichtsforschung und Historiographie heute eine herausragende Rolle (wie bspw. Alltagsgeschichte, Lokal- und Regionalgeschichte). Zudem werden nicht mehr nur wissenschaftliche, sondern auch nicht-wissenschaftliche Produktionen, Veröffentlichungen und Rezeptionen von Geschichtserzählungen untersucht und reflektiert. „Historische Kultur“ schließlich ist das übergreifende Konzept dafür, auch die populärkulturellen Praktiken in den Blick zu bekommen, mit denen „die Allgemeinheit“ Geschichte in ihr tägliches Leben integriert – und damit auch weiterentwickelt (vgl. Ribbens 2002).

„Gedächtnis-Spezialisten“ wie etwa Nora, Jan und Aleida Assmann oder Francois und Schulze sind sich der komplexen Wechselbeziehung zwischen „Identität“ und „Geschichte“ durchaus bewusst, wiederholen aber, so Maria Grever, insofern den nationalen Kanon, als die zentrale Frage ihrer Studien oft lautet, wie Menschen in bestimmten Ländern mit ihrer spezifischen nationalen Vergangenheit umgehen. Damit wird diese „nationale Vergangenheit“ aber auch homogenisiert, die Konfliktdimension in deren realer Uneinheitlichkeit und Mehrdeutigkeit de-thematisiert.

## ... „doing history“

Der Sozialpsychologe Harald Welzer setzt ähnlich, und doch anders an, wenn er die „Elemente und Bildungsprozesse des sozialen Gedächtnisses“ darlegt (vgl. Welzer 2001: 12). Gemeinsam ist den unterschiedlichen Beiträgen<sup>14</sup> in dem von ihm herausgegebenen Sammelband die „Thematisierung des spannungsvollen Verhältnisses von Geschichte und Erinnerung“ sowie eine „reflexive Beobachterperspektive, die den eigenen historischen Standort analytisch berücksichtigt“, oder, wie Welzer es nennt, die „Aufmerksamkeit für doing history“ (vgl. Welzer 2001: 18f.)<sup>15</sup>. Nicht von ungefähr, so Welzer, beschäftigen sich insbesondere seit den 1980er Jahren, WissenschaftlerInnen in den unterschiedlichsten Disziplinen mit Phänomen der Erinnerung und des Gedächtnisses: „Aus gutem Grund, ist doch die Wahrnehmung und Interpretation der eigenen Vergangenheit und der der Wir-Gruppe, zu der man gehört, der Ausgangspunkt für individuelle und kollektive Identitätsentwürfe und dafür, für welche Handlungen man sich in der Gegenwart entscheidet – mit Blick auf die Zukunft.“ (Welzer 2001: 11)

In seiner „Orientierungsmatrix“ zu den einzelnen Beiträgen (vgl. Welzer 2001: 19f.) kommt Welzer auf fast alle Aspekte systematisch zu sprechen, die in meiner Betrachtung bisher schon eine Rolle spielten. So werden bspw. die „Formen der Weitergabe von Geschichte“ ebenfalls ausdrücklich thematisiert. Auch die „kulturelle Präformation“ von Erinnerung (nicht zuletzt unter dem Einfluss medialer Erzeugnisse), deren kollektive Dimension (im Machtgeflecht von hegemonialen Deutungen und Gegen-Deutungen) werden behandelt. Eine spezifische Aufmerksamkeit für „Praktiken des Alltags im Umgang mit den Dingen, die selbst Geschichte und Erinnerung transportieren – Architektur, Landschaft, Interieurs, Geräusche, Gerüche, haptische Eindrücke“ verweist, so Welzer, auf die objektbezogene Seite der Erinnerung (siehe Welzer 2001: 12) und korrespondiert mit Überlegungen zur historischen Populärkultur (bspw. bei Ribbens 2002) sowie – wenn auch mit Einschränkungen – mit der Vorstellung von „Gedächtnisorten“ bei Pierre Nora.

Darüber hinaus erlaubt die sozialpsychologische und psychoanalytische Perspektive allerdings einen schärferen Blick auf „Erinnerung und Gedächtnis“ als subjektive und intersubjektive Praxis<sup>16</sup>: Ein Begriff vom Unbewussten sei nötig, der mehr umfasse als das Unbewusste der Psychoanalyse oder der narrativen Psychologie; so etwas wie „Alltags- oder Erfahrungsunbewusstes“, das Erfahrungen jenseits von reflexiver Wahrnehmung mache und vermittele“ (vgl. Welzer 2001). Gerade interdisziplinäre Zugangsweisen zu Praktiken sozialer Erinnerung und Tradierung könnten dazu beitragen bspw. die Grenzen zwischen „wahren“ und „falschen“ Erinnerungen, individuellen und kollektiven Erinnerungen etc. zu verflüssigen, und eine spezifische Aufmerksamkeit für die emotionale Qualität von „Erinnerung“ und „Gedächtnis“ ausprägen.



Die Diskussion des Sammelbandes insgesamt zeigt, dass „Affekt, Gedächtnis und Erinnerungsbilder“ in einem Wirkungszusammenhang stehen. Laut Welzer transportieren Kommunikation, Aufzeichnungen, Bilder und Räume Geschichte sozusagen en passant, gerade auch in nicht-intentionalen Formen und Praktiken, und bilden im sozialen Gebrauch Vergangenheit. Welzer fasst gerade dieses „Universum einer Vergangenheitsbildung en passant“ als „soziales Gedächtnis“ (Welzer 2001: 12):

„Gleichwohl scheint es notwendig und überfällig, das Augenmerk verstärkt auf die unbewussten, nicht-intentionalen Praktiken des sozialen Gedächtnisses zu lenken, denn in ihnen scheint am ehesten aufgehoben zu sein, was uns immer schon zu geschichtlichen Wesen macht, auch wenn wir intentional gerade mit ganz anderen Dingen beschäftigt sind, als Vergangenheit zu reflektieren oder zu verfertigen“ (Welzer 2001: 18).

Welzer spricht hier von „doing history“ im Sinne von absichtslosen Praktiken des Verfertigen und Vergegenwärtigen von Vergangenheit.

## **„Wir müssen die Vergangenheit öffnen, wir dürfen sie nicht erstarren lassen“ (Paul Ricoeur).**

In kritisch würdigendem Quer-Denken der genannten – historiographiegeschichtlichen wie gedächtnistheoretischen – Zugänge wird im Kontext der Denkfigur von „Sozialer Arbeit als gesellschaftlichem Gedächtnis der Konflikte“ ein spezifischer Begriff von „gesellschaftlichem Gedächtnis“ konzipiert, in den die Qualitäten von Dissens, Verschiedenheit und Vielfalt bewusst einbezogen sind. „Gesellschaftliches Gedächtnis“ wird damit als potenzieller Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen übersetzbar. Dies geschieht nicht zuletzt im Hinblick auf theoretische Reflexionen zu „Machtgeschehen“ und „Konflikt“ (vgl. etwa Bourdieu 1992; 1997, oder Michel Foucault<sup>17</sup>) – als Dimensionen, auf die sich „soziale Fragen“ und „soziale Kämpfe“ beziehen.

Die Annahme, die dem Gedankengang zugrunde liegt, lautet, dass der „Komplex Soziale Arbeit“ auf spezifischen gesellschaftlichen Erfahrungen beruht, die es immer wieder zu rekonstruieren und freizulegen gilt, will Soziale Arbeit als Disziplin wie Profession ihre (selbst)kritische Reflexivität wahren, kultivieren und angesichts der jeweils aktuell anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen zur Geltung bringen. Dies erscheint nicht zuletzt möglich über eine kritische (Re-)Kontextualisierung im Rahmen Historischer Forschung und Geschichtsschreibung.

Der Gedankengang zielt auf die Denkfigur, Soziale Arbeit als „Gedächtnis“, besser noch: „Offenes Archiv gesellschaftlicher Konflikte“ aufzufassen. Wenn die Gedächtnisfunktion Sozialer Arbeit herausgearbeitet wird, können die in

Institutionen, Konzepten, Theorien und Praxen eingelagerten bzw. gespeicherten sozialen Fragen und sozialen Kämpfe sowie die darin ebenfalls gespeicherten „Antworten im Medium Sozialer Arbeit“ als „gesellschaftliche Erfahrungen“ einer erneuten Auswertung und kritischen Weiterbearbeitung zugänglich gemacht werden. Durch eine solche Gedächtnisarbeit können die spannungsgeladenen Kräftefelder, in denen sich Soziale Arbeit historisch entwickelt hat – und in denen sie sich auch systematisch betrachtet realisieren muss –, als solche immer wieder bewusst wahrgenommen und aus dem Sog mehr oder weniger zwangsläufiger Normalisierungs- und Depolitisierungsprozesse (vgl. Maurer 2001) zumindest über die historische Rekonstruktion herausgelöst werden.

Mit einer so verstandenen (selbst)kritischen Historiographie Sozialer Arbeit verbindet sich die Hoffnung, nicht nur zur Klärung des historisch Gewordenen beizutragen, sondern auch analytische Ressourcen zur Bewältigung zukünftig anstehender Aufgaben zu gewinnen. Jede „Historiographie Sozialer Arbeit“ wird damit in ihrer disziplin- wie professionspolitischen Brisanz erkennbar.

## Anmerkungen

- 1 Martin Saar deutet an dieser Stelle auf eine Parallele zwischen Foucault und Nietzsche hin, die darin besteht, die Frage nach der Wahrheit oder Angemessenheit der genealogischen Beschreibungen zwar zu stellen, aber nicht zu beantworten – was wiederum einen Hinweis auf Erkenntnis- und Textstrategien darstellt: „Wenn Genealogien Wahrheitseffekte erzielen und die Geschichtlichkeit und Gewordenheit der Wahrheit aufdecken, in welchem anderen, höheren und neutralen Sinn sind diese Genealogien dann wiederum wahr? Nietzsche und Foucault beantworten diese Frage nicht, sondern versuchen, das Wahrheitsproblem mit Hilfe vielfältiger Manöver zu umgehen, die mit dem Konzept des Perspektivismus verbunden sind“ (Saar 2003, S. 175).
- 2 Vgl. hier vor allem die Schriften von Gertrud Bäumer, Marie Baum, Elisabeth Gnauck-Kühne und Alice Salomon. – Siehe auch Else Wex, *Die Entwicklung der Sozialen Fürsorge in Deutschland (1914–1927)*, Berlin 1929.
- 3 Vgl. für eine kritische Version der Vorstellung von „kultureller Identität“ die aufschlussreiche und anregende Studie von Mona Singer 1997.
- 4 Hier würde ich allerdings versuchen wollen, einen anderen Begriff von sozialem Gedächtnis einzuführen, der die Anerkennung des Fremden und Anderen mit einschließt, der die Kontroverse und das Konflikthafte nicht auslöscht; siehe dazu auch Lawrence Grossbergs Überlegungen zu „Otherness“ (Grossberg 1996a; 1996b).
- 5 Vgl. hierzu etwa die Beiträge in Fischer-Rosenthal/ Alheit 1995, darin insbesondere Wolfram Fischer-Rosenthal unter dem Titel „Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten“.
- 6 Das Dilemma des Denkmals, „Wenn es niemand stört, hat es versagt“ (Walter Grasskamp, zitiert bei Reichel 1999: 29), lässt sich im Kontext disziplinärer Auseinandersetzungen vielleicht am ehesten auf die Klassiker-Debatte beziehen. – Vgl. Winkler 1993; Gängler 2001; Niemeyer 2001.

- 7 Die Zitation folgt einer Internet-Publikation. Vgl. fast identisch Fehr 1995.
- 8 Das Projekt beinhaltet u.a. leere Regale im Historischen Museum Frankfurt am Main, die im Verlauf der nächsten hundert Jahre von „Zeit-ZeugInnen“ unterschiedlicher Generationenzugehörigkeit mit „Zeit-Zeugnissen“ eigener Wahl gefüllt werden sollen bzw. können.
- 9 Insofern ist eben auch alles, was der Begriff „Soziale Arbeit“ umschreibt, ein „Gedächtnisort“ – besser: eine Vielzahl von „Gedächtnisorten“.
- 10 Siehe „die 68er“, „1989 – der Mauerfall“, etc. – Diese Beispiele verweisen auf „geteilte“ wie „umstrittene“ Bedeutung“ – auch auf die Flüchtigkeit des „Gewussten“.
- 11 Siehe auch ihren Beitrag „Beyond Petrified History – Gender and the Future Meaning of the Past“ zur gemeinsamen Tagung des Museumsverbandes Baden-Württemberg und von Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, „Gedächtnis und Erinnerung in unserer Gesellschaft – Museen als Erinnerungsorte“ am 20./21. September 2002 in Mosbach. – In diesem Abschnitt werden überwiegend Grevers Überlegungen referiert.
- 12 Paletschek weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im 19. Jahrhundert, mit der Ablösung der Universalgeschichte durch die politikgeschichtlich orientierte Nationalgeschichtsschreibung, sozial-, kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Themen – und damit offenbar auch „frauengeschichtliche Themen“, in den Hintergrund traten (vgl. Paletschek 2003: 3).
- 13 Hier können beispielhaft die von der SPD mitbewilligten Kriegskredite um 1914 erwähnt werden; auch die nationalistischen – bis hin zu chauvinistischen – Tendenzen im Kontext der Frauenbewegungen um 1900 sind dafür ein Beleg.
- 14 Vertreten sind Beiträge von Literaturwissenschaftlern, Ägyptologen, Historikern, Medienwissenschaftlern, Neurophysiologen, Soziologen und Psychologen.
- 15 „Doing history“ geht demnach von „antizipierten Retrospektionen“ (vgl. Alfred Schütz, Gesammelte Aufsätze, Bd. II, Den Haag 1971, S. 261) aus; vgl. hierzu auch die vielfältige Forschung zu „doing gender“, siehe z.B. Regine Gildemeister, „Geschlechterforschung“, in: Otto/Thiersch 2001, S. 682–690; Regine Gildemeister/Angelika Wetterer, „Wie Geschlechter gemacht werden“, in: Knapp/Wetterer 1992, S. 201–254.
- 16 So wird bspw. das Phänomen der Ungleichzeitigkeit (im Sinne der gleichzeitigen Anwesenheit verschiedener historischer Zeiten in den aktuellen Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen von Menschen) thematisierbar.
- 17 Foucault entwickelt eine Konzeption von lokalem Widerstand und postuliert die „permanente Kritik des historischen Seins“ (vgl. Bührmann 1995: 213ff.): Widerstand soll demnach an jenen alltäglichen Praxen und lokalen Kräfteverhältnissen ansetzen, die als Grundlage für gesellschaftliche Spaltungen fungieren (213). Zum einen geht es hier darum, „sich den von den Humanwissenschaften produzierten Gewissheiten, Wahrheiten, Klassifizierungen und Normierungen zu widersetzen“ (Bührmann 1995: 213f.), sich vielmehr lokalen und unterworfenen Wissensarten zuzuwenden (vgl. Foucault 1978: 60f.) und eine Wissenkultur bzw. -praxis zu entfalten, „die die Individuen selbst privilegiert und deren Interessen zur Sprache kommen lässt“ (Bührmann 1995: 215). Zum anderen sollen gesellschaftlich produzierte Identitäten in Frage gestellt und neue, plurale Formen der Subjektivität kreierte werden, „indem jene Individualität zurückgewiesen wird, die die Mechanismen der subjektivierenden Unterwerfung und der objektivierenden Vergegenständlichung den Individuen auferlegen“ (Bührmann 1995: 217).

## Literatur

- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities*, London.
- Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders./Hölscher, Tonio (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt am Main, S. 9–19.
- Becker, Franziska (1994): *Gewalt und Gedächtnis. Erinnerungen an die nationalsozialistische Verfolgung einer jüdischen Landgemeinde*, Göttingen.
- Benard, Cheryl (1981): *Die geschlossene Gesellschaft und ihre Rebellen. Die internationale Frauenbewegung und die Schwarze Bewegung in den USA*. Syndikat, Frankfurt am Main.
- Borst, Eva (2003): *Anerkennung der Anderen und das Problem des Unterschieds. Perspektiven einer kritischen Theorie der Bildung*, Baltmannsweiler.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik und Kultur*, Band 1. Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1996): *Die Praxis der reflexiven Anthropologie*, in: Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loic J. D.: *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main, S. 251–294.
- Bourdieu, Pierre u.a. (1997): *Das Elend der Welt*, Konstanz 1997.
- Brieler, Ulrich (2003): *Blind Date. Michel Foucault in der deutschen Geschichtswissenschaft*, in: Honneth/ Saar 2003, S. 311–334.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main.
- Bührmann, Andrea (1995): *Das authentische Geschlecht. Die Sexualitätsdebatte der Neuen Frauenbewegung und die Foucaultsche Machtanalyse*. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Maurer, Susanne (Hrsg.) (2006): *Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe*, Wiesbaden
- Burke, Peter (1991): *Geschichte als soziales Gedächtnis*. In: Assmann, Aleida/Harth, Dietrich (Hrsg.): *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt am Main, S. 289–304.
- Chambon, Adrienne S./Irving, Allan/Epstein, Laura (Ed) (1999): *Reading Foucault for Social Work*. New York.
- Chartier, Roger (1992): *Die unvollendete Vergangenheit. Geschichte und die Macht der Weltauslegung*, Frankfurt am Main.
- Cyrus, Hannelore (1997): *Historische Akkuratessse und soziologische Phantasie. Eine Methodologie feministischer Forschung*, Königstein/Taunus.
- Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe (2002): *Reflexive Professionalität. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns*. In: Thole 2002, S. 179–198.
- Dörr, Bea/Kaschuba, Gerrit/Maurer, Susanne (1999 und 2000): „Endlich habe ich einen Platz für meine Erinnerungen gefunden“ – Kollektives Erinnern von Frauen in Erzählcafés zum Nationalsozialismus, Pfaffenweiler.
- Dörr, Bea/Maurer, Susanne (1997): *Erinnern gegen die „herrschende Kultur des Erinnerns“? – Zwiespältige Erfahrungen aus Erzählcafés für Frauen zum Frauenalltag im Nationalsozialismus*, in: *Geschichtswerkstatt*, hg. von dem Geschichtswerkstatt e.V.:

- Erinnern gegen den Schlussstrich. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus, Freiburg im Breisgau, S. 83–91.
- Fehr, Michael (1995): Kunst als „Bewusstsein von Geschichte“. Sigrid Sigurdssons „Von der Stille“. In: Sigrid Sigurdsson: Vor der Stille. Ein kollektives Gedächtnis, hrsg. von Michael Fehr und Barbara Schellewald, Köln, S. 9–16.
- Fischer-Rosenthal, Wolfram (1995): Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten, in: ders./Alheit, Peter (Hrsg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen, S. 43–86.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin.
- Foucault, Michel (2001): Das Leben der infamen Menschen, Berlin.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt am Main.
- Gängler, Hans (2001): Klassiker der Sozialen Arbeit. In: Otto/Thiersch 2001, S. 1044–1057
- Gildemeister, Regine (2001): Geschlechterforschung. In: Otto/Thiersch 2001, S. 682–690
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. In: Knapp/Wetterer 1992. S. 201–254.
- Grever, Maria (2002): Beyond Petrified History – Gender and the Future Meaning of the Past. Beitrag zur gemeinsamen Tagung des Museumsverbandes Baden-Württemberg und von Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, „Gedächtnis und Erinnerung in unserer Gesellschaft – Museen als Erinnerungsorte“ am 20./21. September 2002, Mosbach.
- Grossberg, Lawrence (1996a): „Identity and Cultural Studies – Is That All There Is?, in: Stuart Hall/ Paul duGay (Eds.), Questions of Cultural Identity. London u.a. 1996, S. 87–107.
- Grossberg, Lawrence (1996b): History, Politics and Postmodernism, in: David Morley/ Kuan Hsing Chen (Eds.), Stuart Hall, Critical Dialogues in Cultural Studies, London/ New York 1996, S. 151–173.
- Halbwachs, Maurice (1966): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Neuwied.
- Halbwachs, Maurice (1985): Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main.
- Hall, Stuart/duGay, Paul (Eds.) (1996): Questions of Cultural Identity, London u.a.
- Hermann, Elfriede (1995): Emotionen und Historizität. Der emotionale Diskurs über die Yali-Bewegung in einer Dorfgemeinschaft der Ngaing, Papua New Guinea, Berlin.
- Hobsbawm, Eric J./Ranger, T. (Hrsg.) (1983): The Invention of Tradition, Cambridge.
- Honneth, Axel/Saar, Martin (Hrsg.) (2003): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001, Frankfurt am Main.
- Kessl, Fabian (2005): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit, Weinheim.
- Koselleck, Reinhart (1989): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main (1979).
- Kracauer, Siegfried (1992): Der verbotene Blick. Beobachtungen – Analysen – Kritik, Leipzig.
- Mauch, Thomas (1990): Nationalsozialistische Repräsentationsarchitektur: Auf der Suche nach einer faschistischen Ästhetik, unveröffentlichte Magisterarbeit, Tübingen.

- Maurer, Susanne (1996): Zwischen Zuschreibung und Selbstgestaltung. Feministische Identitätspolitik im Kräftefeld von Kritik, Norm und Utopie. Tübingen.
- Maurer, Susanne (2001): Das Soziale und die Differenz, Zur (De)Thematisierung von Differenz in der Sozialpädagogik, in: Lutz, Helma/Wenning, Norbert (Hrsg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft, Opladen.
- Maurer, Susanne (2004): Zum Verhältnis von Frauenbewegungen und Sozialer Arbeit um 1900 – Versuch einer historisch-systematischen (Re-)Kontextualisierung nebst Überlegungen zu einer reflexiven Historiographie in der Sozialpädagogik, Hildesheim (Habilitationsschrift)
- Maurer, Susanne (2006): Gedächtnis der Konflikte: Oppositionelle Milieus in der DDR und Soziale Arbeit in den Neuen Bundesländern, in: Bütow u.a. 2006, S. 43–58
- Morley, David/Chen, Kuan Hsing (Eds.) (1996): Stuart Hall, Critical Dialogues in Cultural Studies. London/New York.
- Niemeyer, Christian 2001: Klassiker der Sozialpädagogik. In: Otto/Thiersch 2001, S. 1058–1067.
- Nora, Pierre (1995): Das Abenteuer der Lieux de mémoire. In: Etienne François (Hrsg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich; 19. Und 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 83–92.
- Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.) (2001): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik (unter Mitarbeit von Karin Böllert, Gaby Flösser, Cornelia Füssenhäuser, Klaus Grunwald), Neuwied.
- Paletschek, Sylvia (2003): Historiographie und Geschlecht, Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg am 30. April 2003.
- Peukert, Detlev J.K. (1991): Die Unordnung der Dinge. Michel Foucault und die deutsche Geschichtswissenschaft. In: Ewald, Francois/ Waldenfels, Bernhard (Hrsg.): Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken. Frankfurt am Main 1991, S. 320–333.
- Reichel, Peter (1999): Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt am Main.
- Reichel, Peter (2001): Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München.
- Ribbens, Kees (2002): Een eigentijds verleden. Alledaagse historische cultuur in Nijmegen, Hilversum.
- Ricoeur, Paul (1984–88): Time and Narrative (Temps et récit, Paris 1983–85). 3 Bände, Chicago/London.
- Saar, Martin (2003): Genealogie und Subjektivität, in Honneth/Saar 2003, S. 157–177.
- Sarasin, Philipp (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt am Main.
- Schütz, Alfred (1971): Gesammelte Aufsätze, Bd. II. Den Haag.
- Singer, Mona (1997): Fremd. Bestimmung: zur kulturellen Verortung von Identität. Tübingen.
- Thole, Werner (2002): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Opladen.
- Wagner, Leonie (2003): Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen – eine Nicht-Beziehung? Was Wohlfahrtspflege und Globalisierungskritik aus der Geschichte und voneinander lernen können. In: Sozialextra 8/9 (2003), S. 35–38.
- Welzer, Harald/Domansky, Elisabeth (Hrsg.) (1999): Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, Tübingen.

- Welzer, Harald (Hrsg.) (2001): Das soziale Gedächtnis – Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg: Hamburger Edition.
- Winkler, Michael 1993: „Hat die Sozialpädagogik Klassiker?“ In: Neue Praxis, Heft 3 (1993), S. 171–185.
- Young, James E. (1992): Beschreiben des Holocaust. Darstellung und Folgen der Interpretation, Frankfurt am Main.

*Prof. Dr. Susanne Maurer,  
Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg (FB 21),  
Schwanallee 50, 35032 Marburg;  
E-Mail: maurer@staff.uni-marburg.de*

## **Kleine Verlag** **aktuell**

Jutta Dalhoff (Hrsg.)

### **Anstoß zum Aufstieg – Karrieretraining für Wissenschaftlerinnen auf dem Prüfstand**

2006, ISBN 3-89370-417-5 (ISBN-13: 978-3-89370-417-0)

196 Seiten, € 20,40 / SFr 35,90

- Die häufig anzutreffende Vorstellung, dass ausschließlich die akademische Exzellenz im Wettbewerb um Führungspositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zähle, gehört in den Bereich der Mythenbildung. Es geht – vor allem für Frauen – im Arbeitsfeld Forschung und Lehre auch um frühzeitige Karriereplanung, Netzwerkbildung, zielorientiertes Coaching, Aneignung von sozialer Kompetenz, ein gutes Zeit- und Informationsmanagement und die sorgfältige Vorbereitung von entscheidenden Bewerbungs- und Berufungsverfahren.
- Insbesondere deutsche Berufungsverfahren mit ihrem Kooptationsprinzip sind aufgrund ihrer Intransparenz in der letzten Zeit Gegenstand kritischer Betrachtungen geworden. Vorerst sind sie aber das Nadelöhr, durch das alle Aspirantinnen und Aspiranten auf eine Professur oft mehrfach hindurch müssen.
- Im Programm ›Anstoß zum Aufstieg‹ wurden deshalb über 700 Wissenschaftlerinnen in Seminar, Rollenspiel, Verhandlungstraining und Coaching professionell auf das Procedere vorbereitet. Die in diesem Band dokumentierten umfassenden Evaluationsergebnisse der Befragung der Teilnehmerinnen von ›Anstoß zum Aufstieg‹ weisen die Sinnhaftigkeit der Zielsetzungen und die Effizienz der Maßnahme für diese große Kohorte eindeutig nach. Es ist außerdem gelungen, dieses Berufungstraining aufgrund seines qualitätsüberprüften Konzepts als institutionelles Fortbildungsangebot zu verankern.
- Abgerundet wird der Band durch einen Beitrag, der die aktuelle Situation der Wissenschaftlerinnen an Hochschulen analysiert, sowie mit einem umfassenden Literaturüberblick zum Thema Frauen in Wissenschaft und Forschung.

**Adriane Feustel**

## **Von Widersprüchen – Quellenstudien zum Alice-Salomon-Archiv der ASFH Berlin**

---

Die Geschichte des Alice-Salomon-Archivs fällt nicht mit der der Alice-Salomon-Schule und der ihrer Gründerin zusammen. Der Beitrag zeigt die historischen Einschnitte, Distanzen und kritischen Vorbehalte auf, die die Etablierung des Archivs bestimmt haben. Neue Lesarten der historischen Texte werden erläutert und es wird auf die Bedeutung hingewiesen, die diese für die Entwicklung einer beruflichen Identität der Sozialarbeiter/innen haben können.

„Die Archivalie trotz dann möglicherweise dem Sinn, den wir den Ereignissen von vornherein geben wollten, verschiebt die Perspektive gegenüber allen Versuchen globalisierender Theoriebildungen.“ (Arlette Farge)

„Oft habe ich mich gefragt [...] War der Gedanke, durch soziale Arbeit die Zustände zu bessern, falsch und hätten wir durch Teilnahme an politischer Betätigung mehr erreichen können?“ (Alice Salomon, 1933)

Das Alice-Salomon-Archiv ist zugleich jung und alt. Sein Kern ist das Verwaltungsarchiv der Alice-Salomon-Fachhochschule, deren Geschichte zurückreicht bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Archiv selbst ist jedoch gerade sechs Jahre alt, in dem Sinne, dass es ein öffentlich zugängliches Archiv ist, dessen Bestände erschlossen werden und für deren Erhalt gesorgt wird. Sie sind als schützenswertes Kulturgut vom Berliner Landesarchiv anerkannt. Es gibt unterschiedliche Perspektiven, aus denen über das Archiv berichtet werden kann. Drei Perspektiven möchte ich hier verfolgen: zum einen die Geschichte des Archivs als Archiv, zum Zweiten die Geschichte, die das Archiv dokumentiert, und zum Dritten die Geschichte des Ortes, an dem das Archiv aufbewahrt wird.

### **1. Aktenstudien – Die Entdeckung des Archivs der Alice-Salomon-Fachhochschule**

Als vor 35 Jahren die staatliche Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin gegründet wurde, ging es um Kritik und Reform an der bisherigen Sozialarbeitsausbildung wie an der Sozialarbeit selbst. Die Ausbildung sollte





wissenschaftlicher, theoretischer fundiert und problemorientiert werden, und stärker (gesellschafts-)politische Fragen aufgreifen. Zwar war die Fachhochschule eine Fortführung der bis dahin bestehenden Alice Salomon Akademie für Sozialarbeit unter Einschluss der katholischen Helene Weber Akademie, der Akademie (für Sozialarbeit) der Arbeiterwohlfahrt und der Staatlichen Akademie für Sozialarbeit Berlin (Am Rupenhorn) und verblieb in den historischen Gebäuden. Sie verstand ihre Arbeit aber weitgehend als einen Neuanfang, der gerade nicht auf historische Vorbilder zurückgriff. Dass es bereits während der Weimarer Republik eine hochschulmäßige Weiterbildung in der Sozialen Arbeit gegeben hatte, noch dazu in denselben Gebäuden, und deren Akten zu einem großen Teil im Keller der Fachhochschule lagerten, war nicht bekannt und bildete keinen bewussten Anknüpfungspunkt. Das historische Interesse war in den Anfangsjahren der Fachhochschule nicht auf die Berufsgeschichte und auch nicht auf die Schulgeschichte gerichtet. Das historische Interesse galt der ausgeklammerten Geschichte, etwa der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer Protestbewegungen.

Es war in den 1980er Jahren, dass die Aktenbestände im Keller der Fachhochschule ein öffentliches Interesse auf sich zogen. Zum ersten Mal wurden 1986 und 1988 Dokumente aus dem Verwaltungsarchiv der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik öffentlich gezeigt, zum ersten Mal die Teilhabe von Lehrerinnen und Schülerinnen der Sozialen Frauenschule an der Gesundheits- und Rassenpolitik des Dritten Reichs dokumentiert und öffentlich äußerst kontrovers diskutiert. Dass diese Diskussion im Zusammenhang einer internationalen Konferenz stattfand als eine Voraussetzung dafür, dass diese Konferenz – die Internationale Konferenz für soziale Wohlfahrt zum ersten Mal nach dem Krieg überhaupt wieder in Deutschland tagen konnte, das ist ein Hinweis darauf, wie langwierig und schwierig der Prozess war und was es bedurfte, sich der nationalsozialistischen Vergangenheit im eigenen Umfeld auch nur anzunähern.<sup>1</sup>

Die Schule hatte kontinuierlich seit ihrer Gründung 1908 bestanden. Der kurze historische Überblick in den „Studienführern/Vorlesungsverzeichnissen“ der Fachhochschule, der noch 1986 erschien, ließ nicht ahnen, dass diese Kontinuität mit großen Brüchen erkaufte war<sup>2</sup> – Brüche, die schon in der Namensgeschichte zum Ausdruck kommen. 1932 hatte die Soziale Frauenschule – inzwischen staatlich anerkannte Wohlfahrtsschule – den Namen Alice Salomons erhalten, um „für alle Zukunft weitesten Kreisen zum Ausdruck zu bringen, was die soziale Ausbildung und die soziale Arbeit [Alice Salomon] zu danken hat.“<sup>3</sup> Aber die Schule trug den Namen nur für wenige Monate. Als Alice-Salomon-Schule hätte sie 1933 nicht weiter bestehen können. Der Name wurde im Frühjahr 1933 sang- und klanglos fallen gelassen. Mit der Verleugnung des Namens ging die Vertreibung einher. Alice Salomon wurde aus ihren öffentlichen Ämtern und Funktionen vertrieben, ebenso alle anderen jüdischen Dozentinnen und Schülerinnen,

1935 auch die Sekretärin. Als Alice Salomon 1937 schließlich gezwungen wurde, aus Deutschland zu emigrieren, waren die Kontakte von den in der Schule verbliebenen Dozentinnen zu ihr längst abgebrochen.<sup>4</sup> Nach der schnellen und widerstandslosen Trennung von den jüdischen Kolleginnen – wie den sozialdemokratischen und anderen, die Protest bekundeten –, und einer Erklärung über die Vereinbarkeit der Ausbildung mit den NS-Richtlinien konnte die Schule weitergeführt werden und wurde als „Schule für Volkspflege“ vom NS-Staat anerkannt.<sup>5</sup> Hatte die Schule bei diesem Pakt ihre Seele verkauft? oder: War sie die „Insel guter Gesinnung“, wie es in einem Zeitungsartikel in den 50er Jahren hieß?<sup>6</sup> War es ihr gelungen, „sich nicht nur äußerlich zu behaupten“, so in einer Chronik von 1958, „sondern innerlich intakt zu bleiben, und den Geist, aus dem sie erwachsen war [...] aufrechtzuerhalten und weiterzupflegen“?<sup>7</sup> Oder nüchterner gefragt, welche Rolle spielten die Sozialarbeiterinnen in der nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenpolitik und wie verhielt sich die Schule dazu? Es waren diese Fragen, die in den 1980er Jahren auf die Akten im Keller der Schule aufmerksam werden ließen und ein öffentliches Interesse auf sie lenkten.

Die Schulakten aus den Jahren 1933 bis 1945 und der anschließenden Übergangsjahre von 1945 bis 1950 sind ein Schwerpunkt des Alice-Salomon-Archivs und der mit ihm verbundenen Forschungen. In den Akten finden sich zum Beispiel Jahresberichte der Schule, Konferenzprotokolle, Lehrpläne, Schriftwechsel mit Behörden, Bewerbungs- und Prüfungsunterlagen der Schülerinnen, Klausuren und Praxisberichte u.a.m. Sie gewähren einen Einblick darin, was an der Schule gelehrt, welche Schwerpunkte gesetzt wurden, wie beurteilt wurde, worüber es zu Konflikten kam, was die Schule zusammenhielt. Ergänzend zu den Archivalien wurden in den 1990 Jahren eine Reihe von Interviews mit ehemaligen Schülerinnen und Lehrerinnen geführt – auch als ein Versuch, Lücken zu schließen.<sup>8</sup> Eine der gravierenden Lücken ist das fast vollständige Fehlen von Unterlagen zur Entlassung der jüdischen Lehrerinnen und zum Verschwinden der jüdischen Schülerinnen. Wodurch, auf welche Weise wurden sie vertrieben, warum blieben sie der Schule fern? Der Anteil der jüdischen Schülerinnen war an der interkonfessionellen Schule – wie der der Lehrerinnen – von Anfang an hoch. Wir wissen inzwischen, dass und warum das Feld der sozialen Arbeit eine große Anziehungskraft besonders für jüdische Mädchen und Frauen hatte und von ihnen entscheidend mitgeprägt und bestimmt wurde, nicht zuletzt von Alice Salomon. Wir erkennen allmählich die große Bedeutung der jüdischen Sozialethik für die Wohlfahrt.<sup>9</sup> Im Frühjahr 1934 verließ die letzte jüdische Schülerin ohne Abschluss die Schule. Ich kann hier nur andeuten, möchte aber einen Eindruck zumindest erwähnen, den man bei genauerem Hinsehen gewinnt: den Eindruck, dass hier nicht absichtlich Akten vernichtet wurden, um etwa Vorgänge zu verdunkeln, wie sich vermuten ließe. Akten von Schülerinnen, die die Schule ohne Abschlussprüfungen verließen, sind in der Regel nicht aufgehoben worden. Es

gehört zu den irritierenden und bedrückenden Erkenntnissen auch aus dem Umgang mit diesem Archiv, dass die Verfolgung in gewöhnlichem regulärem Verwaltungshandeln vollzogen worden ist und sich oft unsichtbar darin verbirgt.<sup>10</sup>

## 2. Lektüren – Texte von Alice Salomon

Ob die Schulakten allein als ein eigenständiges Archiv etabliert worden wären, ist schwer zu beantworten. Tatsächlich war für die Etablierung des Archivs die Verbindung mit dem Namen Alice Salomons wichtig. Dabei muss man bedenken, dass Alice Salomon in den 1980er Jahren überhaupt erst allmählich wieder Beachtung fand. Inzwischen fällt es eher schwer, sich vorzustellen, dass der Name Alice Salomons öffentlich ganz unbekannt war, wie ausgelöscht. Zu ihrem hundertsten Geburtstag 1972 erschien in Deutschland nicht ein einziger Artikel. Selbst an der Fachhochschule gab es keine öffentliche Erinnerung an Alice Salomon.<sup>11</sup> Es konnte scheinen, als wäre sie, als Opfer der Nazis aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt, noch einmal Opfer der allgemeinen Amnesie nach 1945 geworden. Das jedenfalls war eine nahe liegende Annahme, nachdem erste Veröffentlichungen über Alice Salomon Anfang der 80er Jahre erschienen waren.<sup>12</sup> In dieser Allgemeinheit stimmt die These jedoch nicht.<sup>13</sup> Nach dem Tod Alice Salomons 1948 in New York hatte das Pestalozzi-Fröbel-Haus zusammen mit dem Berliner Frauenbund, dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge u.a. eine Gedächtnisfeier durchgeführt.<sup>14</sup> 1958 erschien zum 50-jährigen Bestehen der Schule, das feierlich begangen wurde, die erste Biografie mit einigen Texten von Alice Salomon und bereits 1954 hatte die Schule wieder den Namen Alice Salomons angenommen und behielt ihn bis 1970.<sup>15</sup> Erst mit der Fachhochschulgründung 1971 ging er wieder verloren.

Die erneute Beschäftigung mit Alice Salomon in den 1980er Jahren knüpfte an diese Erinnerungen kaum an und das Interesse an ihrem Werk entwickelte sich nicht geradlinig. Es stieß vielfach auf Skepsis und Vorbehalte. Zwar wurde eine Auffassung wie die, Alice Salomons Begründung der Sozialen Arbeit vorwiegend aus der protestantischen Sozialethik habe der Entwicklung der Sozialen Arbeit in Deutschland geschadet, sie in eine konservative, die KlientInnen bevormundende Richtung gedrängt, nur vereinzelt geäußert,<sup>16</sup> die Bedeutung, die Grundlagen für die Soziale Arbeit als einen modernen Beruf gelegt zu haben, wurde Alice Salomon aber auch noch jüngst abgesprochen.<sup>17</sup>

Im Zusammenhang der Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in 1980er/90er Jahren stellte sich nicht nur die Frage nach der Rolle der Sozialarbeit im NS, sondern auch die Frage, ob und in welcher Weise die Sozialarbeit selbst zum nationalsozialistischen Konzept der Volkspflege durch Vorbeugung und

Segregation beigetragen hätte. Das bürgerliche Projekt, zumal das bürgerliche Frauenprojekt Sozialer Arbeit mit ihrem Rekurs auf Mütterlichkeit – bereits vorher in feministischen Diskussionen als antiemanzipatorisch kritisiert – geriet in Verdacht, der NS-Ideologie Vorschub geleistet zu haben.<sup>18</sup> Diese Fragen gaben mir den Anstoß, die Schriften Alice Salomons genauer anzusehen, und führten zu dem Entschluss, eine Auswahl ihrer Schriften neu herauszugeben.

Was die Vorbehalte auf Alice Salomon lenkte, waren nicht zuletzt einzelne Begriffe und Zitate, die sie in die Nähe zu NS-Jargon und -Ideologie zu rücken schienen. Das Wort „Volkspflege“, das 1933 die Begriffe Fürsorge, soziale Arbeit und zum Teil auch Wohlfahrt ersetzt hatten, gehörte beispielsweise zu den indiskriminierten Begriffen. Die sozialen (Frauen-)Schulen, in den 20er Jahren überwiegend Wohlfahrtsschulen oder Schulen für Wohlfahrtspflege genannt, wurden umbenannt in Schulen für Volkspflege und entsprechend wurde der Begriff der Fürsorgerin durch den der Volkspflegerin ersetzt.<sup>19</sup> Nicht weniger alarmierend wirkte der Begriff der „Volksgemeinschaft“, der bei Alice Salomon schon Anfang der 1920er Jahre auftauchte.<sup>20</sup> Ich legte mir eine Liste solcherart nazistisch besetzter Begriffe an, wie sie auch in Dolf Sternbergers „Wörterbuch des Unmenschen“<sup>21</sup> zu finden waren, notierte dazugehörige Texte und Stellen aus den Schriften Alice Salomons und vertiefte mich in die Lektüre. Das Ergebnis war ein doppeltes und nicht erwartetes. Es zeigte sich, dass der Begriff des Volkes von Alice Salomon stärker in der Tradition der Französischen Revolution als der der deutschen Romantik verwendet wurde und die Begriffe „Volksgemeinschaft“ und „Volksstaat“ dazu dienten, den in den krisenhaften Anfangsjahren der Weimarer Republik sich zurückziehenden bürgerlichen Kräften/Schichten – darunter vor allem den Frauen und SozialarbeiterInnen – ihre Verantwortung für die Gesellschaft zu verdeutlichen. Es ging um die Unterstützung der jungen Demokratie. Der Gebrauch der Begriffe „Volk“, „Volksgemeinschaft“, „Volkspflege“ wies nicht in eine völkische, antidemokratische, rassenideologische Richtung. Umgekehrt machte die Lektüre der Texte Alice Salomons darauf aufmerksam, was der NS aufzugreifen in der Lage war, oder konkreter, welche Aspekte von denen, die sich einpassten, auch den Nationalsozialismus begrüßten, hervorgehoben und welche vernachlässigt wurden, oder anders formuliert, welche Konflikte unterdrückt und ausgeschaltet wurden, deren Reflexion, Analyse und Lösungsversuche gerade den Kern von Alice Salomons Denken und Handeln darstellen.<sup>22</sup>

Das war ein weiteres Ergebnis der Lektüre aus einem Blickwinkel, der den NS als Teil der eigenen Geschichte zu erfassen suchte. Denkweisen und -methoden, wie die Frage, welche Themen und aus welchen Gründen aufgegriffen wurden, die Art, wie mit ihnen theoretisch und praktisch umgegangen wurde, sowie die große Vielfalt von Themen und Fragen erschlossen sich gerade durch die Lektüre der kleinen Texte, der Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, der Reden und Vor-

träge Alice Salomons. Sie lasen sich gleichermaßen wie ein Quellenbuch zur Sozial- und Frauengeschichte der Jahrhundertwende und des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts und wie ein Werkstattbericht, der Auskunft gab über das Werden, die Entwicklung, die Veränderungen und kontinuierlichen Fragen im Denken und Handeln Alice Salomons und luden gleichsam ein zu einer chronologischen Edition dieser Texte, die weit verstreut erschienen waren und heute schwer zugänglich.<sup>23</sup>

Die Lektüre erwies sich aber nicht nur als historisch interessant und ergiebig, sondern ließ häufig auch eine erstaunliche Aktualität erkennen, die die Bedeutung von Alice Salomons Werk bestätigte und unterstrich. Dabei war die Lektüre nicht konfliktlos, sondern häufig irritierend, Widerspruch provozierend und auch bedrängend, sodass man sich versucht fühlen konnte, sie als einer vergangenen Epoche zugehörig abzuweisen. Die genauere Analyse ließ jedoch erkennen, dass die Texte, die noch heute eine konfliktreiche Lektüre provozieren, gerade diejenigen sind, die aktuelle Fragen berühren, Fragen, in denen es um den Kern Sozialer Arbeit geht, das Soziale.<sup>24</sup>

Die Bedeutung Alice Salomons für die Entstehung der modernen Sozialarbeit in Deutschland, ihre internationale Bedeutung und die Relevanz ihrer Schriften für gegenwärtige Auseinandersetzungen, die sich während der letzten 25 Jahre neu erschlossen haben und längst nicht ausreichend erforscht sind, haben den Entschluss bekräftigt, das Alice-Salomon-Archiv zu erweitern. Dem Schularchiv, das die Entwicklung der Ausbildung dokumentiert, neu zusammengestellte Sammlungen zu Alice Salomon hinzuzufügen, um die Lücke wenn nicht schließen so doch verkleinern zu helfen, die die Vertreibung Alice Salomons durch die Nazis gerissen hat, der auch ihre Bibliothek und jegliche persönliche Unterlagen zum Opfer gefallen sind und damit Forschungen zu Person und Werk weitergehend unterstützen und anregen zu können. Die im Zusammenhang der Edition zusammengetragene Sammlung der Schriften ist im Archiv bereits verfügbar sowie eine kleinere Sammlung von Dokumenten und Briefen, die von Familienangehörigen und Kollegen zur Verfügung gestellt wurden wie auch als Kopien von anderen Archiven.<sup>25</sup>

### 3. Raumgeschichten

Für die Konstituierung des Alice-Salomon-Archivs war ein weiterer Umstand wichtig, ein Einschnitt in der jüngeren Geschichte der Fachhochschule, der die Frage von Identität und Identifikation auf einer anderen als der intellektuellen Ebene berührte. Gemeint ist der Wegzug der Alice Salomon Fachhochschule aus den traditionellen Gebäuden in Berlin-Schöneberg, einem Zentrum der bürgerlichen Frauenbewegung und der Sozialreform um 1900, wo nicht nur die Soziale

Frauenschule als älteste Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und das 1874 gegründete Pestalozzi-Fröbel-Haus ihren Standort hatten, sondern wo auch die 1893 gegründeten Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit angesiedelt waren. Aus den zu eng gewordenen Räumen zog die Fachhochschule 1998 an den östlichen Stadtrand nach Hellersdorf, den jüngsten der Berliner Bezirke, der nach der Wende einem tiefgreifenden sozialen Wandel unterworfen war. Der Wegzug der Fachhochschule war der Auslöser für die Gründung des Alice-Salomon-Archivs als eines öffentlichen Archivs am historischen Ort in Kooperation mit dem Archiv des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in einem gemeinsamen Archiv- und Dokumentationszentrum für soziale und pädagogische Frauenarbeit in einem Raum der ehemaligen Alice Salomon Schule, der, folgt man den in ihm hinterlassenen Spuren, selbst die Geschichte von Veränderung und Anpassung „erzählt“ und erfahrbar werden lässt, in dem er die gewohnte Perspektive verschiebt.

Für den Einzug des Archiv- und Dokumentationszentrums für soziale und pädagogische Frauenarbeit wurde der Raum (Nr. 111) renoviert und bis zu einem gewissen Grade restauriert.

Die nicht zur Ästhetik des Gebäudes passende Eingangstür aus Sperrholz wurde durch eine verglaste Kassetentür ersetzt, wie sie in anderen Räumen erhalten war. Im Inneren des Raumes wurde die Deckenverkleidung entfernt, die ursprüngliche leicht gewölbte Decke freigelegt. Der Raum erhielt seine alte Höhe



zurück und gewann durch die nun wieder sichtbaren Deckenträger zusammen mit zwei Säulen eine Struktur, die den großen länglichen Raum gliedert und unterteilt.

Die beseitigten Einbauten gehörten zu Modernisierungen in den 70er Jahren, bei denen auch trennende Wände entfernt und die einfachen, durch weiße Sprossen unterteilten Schiebefenster durch großflächige Doppelfenster ersetzt worden wurden. Die Veränderungen waren Kosten sparend und funktional gewesen. Dass sie die Ästhetik des historischen Gebäudes beeinträchtigten, interessierte dabei kaum. Das Interesse war in den 70er Jahren eher darauf gerichtet, sich von historischem Ballast zu befreien, hinter die Fassaden zu sehen statt historische Fassaden zu pflegen. Um das Wiederentdecken von Geschichte als Geschichte von Protest und Widerstand und der Verbindung von sozialer Arbeit mit gegenwärtigen Protestbewegungen ist es dabei auch und gerade in dem Raum 111 gegangen, nachdem er nach seiner Modernisierung zum Medienraum Musik geworden war. Brecht und Eisler und Rockmusik gehörten zu den Schwerpunkten. Der Raum war jedoch gar nicht immer ein Unterrichtsraum gewesen und als bloßer Unterrichtsraum hätte er sich vielleicht auch nicht so fraglos als idealer Standort des Alice-Salomon-Archivs angeboten. Der Raum 111 war überhaupt nicht immer ein Raum gewesen. Bevor er zum Raum 111 wurde, bestand er aus drei Räumen: zwei kleineren und einem größeren, von einem kleinen Flur aus erreichbar. Betrat man den Flur, der als ein Vorraum mit einer weißen Bank, einem kleinen Tisch und zwei Stühlen ausgestattet war, so gelangte man gleich linker Hand in das Sekretariat, von dort aus in das Zimmer der Schuldirektorin, und an seinem Ende in den größten der drei Räume, der seinerseits auch vom Direktorinnenzimmer direkt zugänglich war. Dieser diente später als Bibliothek. Bis in die 60er Jahre waren diese Räume, die die ganze erste Etage des alten Schulhauses einnahmen, das Zentrum der Sozialen Frauenschule.

Soweit scheint die Geschichte des Raumes 111 wenig spektakulär, auch wenn sie auf einige historische Spuren führt, die weiterzuverfolgen nicht uninteressant sein könnte. Wie etwa die: Was war der Gegenstand des Musikunterrichts in den 50er und 60er Jahren, nachdem nach 1945 die musischen Fächer anstelle der „nationalpolitischen Erziehung“ in der Ausbildung ein starkes Gewicht erhalten hatten und (1958) Musik neben Werkarbeit, Gymnastik und Laien- und Puppenspiel als eigenständiges Fach eingeführt worden war. Wo und mit welchen Mitteln wurde er durchgeführt? Aus den Jahren des Nationalsozialismus ist z.B. bekannt, dass in Sonderlehrgängen für BDM-Führerinnen der „Volkskunst“ besonderes Gewicht zukam. Was beinhaltete der Musikunterricht in den regulären Kursen und wozu diente er? Wir wissen, dass Musik von Anfang an zur Sozialarbeit gehörte. In einem ihrer ersten Artikel berichtete Alice Salomon 1900 über das erste Arbeiterinnenheim in Berlin, in dem sie zur Gründung weiterer „Klubs und Erholungsheime für jugendliche Arbeiter“ aufrief und darstellte, was dazu



nötig wäre: Hat man einen Schulraum, ein Bureau, [...] für die Abendstunden zu Verfügung, so macht die Einrichtung nicht viel Sorge und Kosten; es handelt sich dann nur um Beschaffung und Unterbringung“ einiger notwendiger Gegenstände, wie „etwas Geschirr, eine Theemaschine u.s.w., Bücher, Handarbeiten [...] und um Anschaffung eines Klaviers, das allerdings für derartige Klubs und Heime ganz unentbehrlich ist“, um nämlich „durch zwanglose Unterhaltung, durch Musik, durch Vorträge für die Abwechslung und Zerstreuung der Mitglieder Sorge zu tragen.“<sup>26</sup> Gleichwohl gab es in den Ausbildungskursen der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit keinen Musikunterricht. Klavierspielen gehörte zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten, über die die meisten bürgerlichen Mädchen, von Hause aus verfügten und die sie in die soziale Arbeit einbringen konnten. Unversehens hat die Spur zu frühen Ansätzen sozialer Kulturarbeit, die erst in den letzten 25 Jahren wieder und neu entwickelt worden ist, geführt, oder vielleicht treffender: zu einem weitgehenden Verständnis von Sozialer Arbeit als einer Kulturarbeit, ein Verständnis, das bekanntlich in den USA und Großbritannien, aus denen auch die Anregungen für die Arbeiterinnenklubs kamen, verbreiteter als z.B. in Deutschland war.

Zurück zu den verwischten Spuren des Raumes. Von den ursprünglichen Räumen des Raumes 111 gibt es einige Bilder in einem Fotoalbum, das vor Jahren beiläufig im Keller der Fachhochschule in einem alten Karton gefunden worden war.



Das Fotoalbum ist ein einzigartiges Dokument zur Geschichte der Sozialen Frauenschule und der Sozialen Arbeit und eine der eindrucksvollsten Fotosammlungen des Alice-Salomon-Archivs.

Es war ein Geschenk zum 30. Jubiläum der Schule, das anknüpfend an den 1899 eröffneten ersten Jahreskursus der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit 1929 gefeiert wurde. Mit wenigen Bildern und Worten vermittelt es einen anschaulichen Eindruck von der Schule und ihrer

Bedeutung. Es zeigt das Haus, die Klassenräume, den Dachgarten mit Blumen und Rasen – einen der ersten in Berlin –, zeigt Schülerinnen und LehrerInnen beim Unterricht und in den Pausen, auf Studienfahrten, im ländlichen Erholungsheim und im Internat; das Bild einer kleinen überschaubaren Schule: 200 Schülerinnen besuchten die Schule in guten Jahren. Die Lehrerinnen und Schülerinnen werden als einzelne besondere Frauen erkennbar, auch wenn sie in einer



Gruppensituation fotografiert sind. Sie erscheinen modern und selbstbewusst. Die Räume vermitteln bei aller Sachlichkeit so etwas wie eine Geborgenheit. Außer den Fotos aus der Schule und dem Schulleben zeigt das Album, jeweils mit einem kurzen Text erläutert, verschiedene soziale Einrichtungen, in denen die Schülerinnen der als Praktikantinnen tätig waren und angeleitet wurden. Das Fotoalbum lenkt die Aufmerksamkeit darauf, wie sich die Entwicklung der Ausbildung und des sozialen Berufs gegenseitig förderten. Alice Salomon hat häufig hervorgehoben, dass die Ausbildung den Beruf geschaffen habe – und nicht umgekehrt.<sup>27</sup> Ein wichtiger Ort war dafür die Soziale Frauenschule, die das Erbe der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit angetreten hatte und buchstäblich einen Raum dafür bot, besonders nachdem 1914 das eigene Schulhaus bezogen war und es darin neben den Arbeitszimmern der Sekretärin und der Direktorin ein Konferenzzimmer gab, eben jenen hinteren Teil des Raums 111, in dem sich heute das Alice Salomon-Archiv befindet.

Ein Blick in die Archivregale verrät, was in dem Konferenzzimmer zusätzlich diskutiert, organisiert und praktisch umgesetzt wurde: z.B. 1916/17 die Konferenz der Sozialen Frauenschulen Deutschlands, die vorbereitenden Diskussionen für die Gründung der Frauen-Hochschule, der „Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ und deren Gründung im Mai 1925, die Beratungen über eine Forschungsabteilung der Akademie, die schließlich die erste große empirische Untersuchung über „Bestand und Erschütterung der Familie in Deutsch-



land“ durchführte<sup>28</sup>, sowie die Gründung des International Committee of Schools for Social Work 1929, der heutigen International Association of Schools of Social Work (IASSW). Der Hinweis auf das internationale Treffen weist zurück auf ältere historische Brüche infolge des 1. Weltkriegs und auf frühe Ansätze zu deren Überwindung: Bereits in den Jahren unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg, als Kontakte ins Ausland rar waren und in weiten Teilen Deutschlands auf anhaltendes Misstrauen stießen, waren ausländische Besucher in die Soziale Frauenschule gekommen, z.B. aus den USA Jane Addams, die die Quäkerhilfe in Deutschland u.a. zusammen mit Alice Salomon organisierte. Andere kamen, um an der Sozialen Frauenschule und der Akademie Sozialarbeit zu studieren, wie, um nur ein Beispiel zu nennen, der Japaner Ryoushin Hasegawa, der später die Shukutoku Universität in Japan gründete.

So wie Alice Salomon und die Soziale Frauenschule über die Grenzen Deutschlands hinaus wirkten, so wenig wäre umgekehrt ihr Lebenswerk denkbar ohne die Beispiele und Vorbilder aus anderen Ländern. Die Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit verstand sie als eine Übersetzung der angloamerikanischen Settlementsbewegung auf die Verhältnisse in Deutschland, denn sie hielt das Projekt der Settlements nicht für unmittelbar übertragbar auf die Situation in Deutschland und die Berliner Situation im Besonderen, weil die Klassenauseinandersetzungen in Deutschland schärfer und unerbittlicher geführt wurden. Sie wusste aus eigener Erfahrung, dass Eltern, gerade auch die Mütter aus

den bürgerlichen Bezirken, ihren Töchtern nicht erlaubt hätten, in ein Armenviertel zu ziehen.<sup>29</sup> So ist es kein Zufall, dass sich die Mädchen- und Frauengruppen und die Soziale Frauenschule ihre Räume in Schöneberg suchten, wo sie in Nähe zu denjenigen waren, deren Not lindern zu helfen sie sich vorgenommen hatten, und doch in einem geschützten bürgerlichen Milieu lebten, das ihnen erlaubte, sich auch öffentlich frei zu bewegen. Ein notwendiger Schritt, um sich aus den engen familiären Grenzen emanzipieren und einen Beitrag zur Entwicklung sozialer Beziehungen über die Klassenschranken hinweg leisten zu können.

Das Projekt der Sozialen Arbeit, wie Alice Salomon es verstand, das individuelle Emanzipation mit der Verantwortung für die Hilfebedürftigen und Schwachen verband, wurde 1933 von den Nationalsozialisten zerstört nicht ohne Beteiligung derjenigen, die die Soziale Frauenschule als Schule für Volkspflege weiterführten. Der Raum 111 erinnert an beides, die auf Emanzipation und soziale Gerechtigkeit orientierte Anfangszeit der sozialen Frauenarbeit und ihre Negation, in dem den Einzelnen der Gemeinschaft unterwerfenden und entrechtenden Konzept der NS-Volkspflege. Das Archiv- und Dokumentationszentrum für soziale und pädagogische Frauenarbeit im Raum 111 mit dem Alice-Salomon-Archiv der ASFH und dem Archiv des PFH dient dazu, diese Erinnerung wach zu halten und sie aktuellen Auseinandersetzungen nutzbar zu machen – durch Quellenstudien, Forschungsarbeiten und daran anknüpfende Symposien. Seminargruppen bietet es die Möglichkeit, sich mit Geschichte im engeren Kontakt zu den historischen Schauplätzen und Personen – auch und gerade als einen wichtigen Bestandteil bei der Entwicklung beruflicher Identität – auseinander zu setzen.

## Anmerkungen

- 1 Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin (Hg.): „Studieren im nationalsozialistischen Berlin“, Ausstellung der FHSS 1986, (= FHSS-Info); Olga Rinne: „Themenschwerpunkt: Rassismus und soziale Arbeit in der NS-Zeit“. Dokumentation, Berlin: FHSS 1987; Soziale Arbeit im Nazismus. Colloquium August 1988 (= FHSS-Sonderinfo 10), Mai 1989; sowie die begleitende Ausstellung, dazu: Eckhard Tramsen, Schriftstücke, Berlin: Mnemosyne Edition, 1991.
- 2 Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin (Hg.): Studienführer Sommersemester 1986, S. 5.
- 3 Brief des Vorsitzenden des Vereins für Volkserziehung und ehemaligen preuß. Staatsministers Dominicus an Alice Salomon, 16.4.1932; Abschrift: Alice-Salomon-Archiv der ASFH: Akte R I.
- 4 Siehe dazu Joachim Wieler: Erinnerung eines zerstörten Lebensabends. Alice Salomon während der NS-Zeit (1933–1937) und im Exil (1937–1948), Darmstadt 1987, S. 184.
- 5 Charlotte Dietrich [Leiterin der Sozialen Frauenschule] an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 31.10.1933; Alice-Salomon-Archiv der ASFH: Akte R II.

- 6 Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 22./23.XI. 1958.
- 7 Seminar für Soziale Arbeit (Alice Salomon-Schule) im Pestalozzi-Fröbel-Haus. 1929–1958 [Chronik zum 50-jährigen Jubiläum], Berlin o.J. [1958], S. 4.
- 8 In den 1990er Jahren wurden mit 12 ehemaligen Schülerinnen aus Lehrgängen zwischen 1926 bis 1942 und 2 Lehrerinnen 1991 bis Interviews geführt, die als Tonbandaufzeichnungen und Transkripte dokumentiert sind; dazu: Adriane Feustel: Zur Geschichte eines Bildungsprojekts der Frauenbewegung im NS; Forschungsbericht (FPFF Berlin) 1995.
- 9 Vgl. u.a. Marion A. Kaplan: *The Making of the Jewish Middle Class. Women, Family, and Identity in Imperial Germany*, New York 1991; Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit, hrsg. v. Jüdisches Museum, Frankfurt/M. 1992; Joachim Wieler u. Susanne Zeller (Hg.): *Emigrierte Sozialarbeit. Portraits vertriebener Sozialarbeiterinnen*, Freiburg 1995; Irmgard M. Faßmann: *Jüdinnen in der deutschen Frauenbewegung 1865–1919*, Hildesheim, Zürich, New York 1996.
- 10 Adriane Feustel: Vom Verschwinden der Konflikte. Deutungsversuche zu Erinnerungen und zeitgenössischen Texten aus dem NS, in: *Berliner Debatte* 1994, H. 6, S. 21 – 27.
- 11 Der einzige nachgewiesene Artikel erschien in einer schweizerischen Zeitschrift: Walter Rickenbach: Zum hundertsten Geburtstag von Alice Salomon, in: *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit*, 112. Jg., Nr. 3/4, März/April 1972, S. 50–56.
- 12 Rolf Landwehr, Alice Salomon und ihre Bedeutung für die soziale Arbeit, Berlin 1981; Monika Simmel: Alice Salomon. Vom Dienst der bürgerlichen Tochter am Volksganzen, in: Christoph Sachße u. Florian Tennstedt (Hg.): *Jahrbuch der Sozialarbeit* 4, 1981, S. 369–402.
- 13 Adriane Feustel: Unausgetragene Konflikte und erwünschte Erinnerungen, in: Inge Hansen-Schaberg u. Beate Schmeichel-Falkenberg (Hg.): *Frauen Erinnern. Widerstand – Verfolgung – Exil 1933–1945*, Berlin 2000, S. 111–127.
- 14 Einladung und Programm der Gedächtnisfeier für Alice Salomon am 13. Nov. 1948 im Pestalozzi-Fröbel-Haus; Alice-Salomon-Archiv der ASFH: Akte R I; W. Polligkeit: Alice Salomon [Nachruf], in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Jg. 1948, Nr. 11, S. 193f.
- 15 Dora Peyser: Alice Salomon – Ein Lebensbild, in: Hans Muthesius (Hg.): *Alice Salomon. Die Begründerin des sozialen Frauenberufs. Ihr Leben und ihr Werk*, Köln u. Berlin 1958.
- 16 Diskussionen dazu fanden u.a. an der Alice-Salomon-Fachhochschule 1998/2000 unter maßgeblicher Beteiligung von Heide Berndt statt.
- 17 Siehe den Artikel von Christoph Sachße zu Alice Salomon in: *Neue Deutsche Biografie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 389–391.
- 18 Vgl. z.B. Wittrock, Chr., *Das Frauenbild in faschistischen Texten und seine Vorläufer in der bürgerlichen Frauenbewegung der zwanziger Jahre*, Frankfurt a.M. 1981, Angelika Ebbinghaus (Hg.): *Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus*, Nördlingen 1987.
- 19 Siehe die Erklärungen in: Charlotte Dietrich: *Die „Volkspflegerin als Volkserzieherin“*. Schulungsbrief für die Volkspflegerinnen im öffentlichen Dienst. Kattowitz 1943; Alice-Salomon-Archiv der ASFH: Akte RII.

- 20 Siehe u.a.: Alice Salomon: Die deutsche Frau und ihre Aufgaben im neuen Volksstaat (1919), in: Dies.: Frauenemanzipation und soziale Verantwortung. Ausgewählte Schriften, Bd. 3, 1918–1984, hrsg. v. A. Feustel, München/Unterschleißheim 2004, S. 3–23; Dies.: Die sittlichen Grundlagen und Ziele der Wohlfahrtspflege (1921), a.a.O., S. 134–145; Dies.: Die deutsche Volksgemeinschaft. Wirtschaft, Staat, soziales Leben. Eine Einführung [für weibliche Bildungsanstalten], Leipzig u. Berlin 1922.
- 21 Dolf Sternberger, G. Storz, W.E. Süßkind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Frankfurt/M. u. Berlin 1986.
- 22 Adriane Feustel: Nachwort, in: A. Salomon; Frauenemanzipation und soziale Verantwortung. Ausgewählte Schriften, Bd. 1, 2 und 3, Neuwied u.a. 1997, 2000, 2004.
- 23 Vgl. Marc Bloch: Aus der Werkstatt des Historikers, Frankfurt/M. u. New York 2000.
- 24 Adriane Feustel: Konzepte des Sozialen in Europa nach 1900 – Alice Salomon, in: Dies. (Hg.): Europa und Amerika. Unterschiedliche Vorstellungen des Sozialen?, Berlin 2005, S. 29–37.
- 25 Detaillierte Angaben in: Das Alice-Salomon-Archiv der ASFH Berlin: Fünfjahresbericht März 2000 bis März 2005, Berlin 2005 auch unter: [www.alice-salomon-archiv.de](http://www.alice-salomon-archiv.de)
- 26 Alice Salomon, Klubs und Erholungsheime für jugendliche Arbeiter, in: Dies.: Ausgewählte Schriften, Bd. 1, a.a.O., S. 66.
- 27 Adriane Feustel: Ein Fotoalbum erzählt die Geschichte der Sozialen Arbeit. CD-Rom, Berlin 2006.
- 28 Forschungen über „Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart“, hrsg. v. Alice Salomon, 13 Bde., Berlin 1930–33.
- 29 Alice Salomon: Jugend- und Arbeitserinnerungen (1928), in: Dies., Ausgewählte Schriften, Bd. 3, a.a.O., S. 383–402.

*Adriane Feustel,  
Alice-Salomon-Archiv, c/o Pestalozzi-Fröbel-Haus,  
Karl-Schrader-Str. 7–8, D-10781 Berlin;  
E-Mail: [archiv@asfh-berlin.de](mailto:archiv@asfh-berlin.de)*



Heidi Koschwitz

## **Sich Altes vor Augen führen, um Neues zu verstehen und zu gestalten**

---

Muss sich die Profession der Sozialen Arbeit mit alten Sachen beschäftigen? Gibt es nicht genügend Probleme und Themen im Hier und Jetzt und erst recht in der Zukunft? Sicherlich, doch mir ist es im Laufe meiner Berufstätigkeit als Sozialarbeiterin und Diplom-Pädagogin immer wichtiger geworden, auch an den Wurzeln unserer Berufsgeschichte zu graben, um begreifen zu können, was unsere beruflichen Vorfahren in ihrer Zeit schaffen wollten, welche Innovationen schon früher einmal eingebracht wurden, was mit ihnen geschehen ist und welche Sicht wir heute auf sie haben. Und so ist es kein Zufall, dass ich heute für eine Einrichtung arbeite, das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI“ in Berlin, die mit ihrer eigenen Geschichte und ihrem gegenwärtigen Wirken einen Beitrag zur Historie sozialer Berufe geleistet hat und immer noch leistet.

### **Einleitende Gedanken**

Ein Geschehen ist jetzt, im nächsten Moment ist es gewesen. Wo kommt etwas her, wann ging es, wohin? Wie zeige ich Entwicklungen auf, und wenn ich sie festhalten möchte, wo bewahre ich sie auf?

Menschen schreiben, Ideen werden zu Konzeptionen, diese zu Projekten, die in die Praxis umgesetzt werden. Die Praxis arbeitet, die Prozesse werden festgehalten, Dokumentationen erscheinen. Neue Entwicklungen entstehen, das Rad muss nicht mehr neu erfunden werden, aber es kann aus unterschiedlichstem Material, in vielen Größen, Ausführungen und Farben immer wieder eingesetzt werden.

Wo finde ich die Konstruktionszeichnungen des Rades, welche Erfahrungen wurden damit gemacht, kann ich meine Ideen damit verknüpfen? Die Menschheit schuf im Laufe ihrer Geschichte Orte, Bibliotheken, in denen zu Papier Gebrachtes aufgenommen und bewahrt wird, in denen es auffindbar ist und für den Gebrauch nutzbar gemacht wird. Es wird gesammelt, erschlossen, bereitgestellt.



## Von der Auskunftsstelle zum DZI

Eine Institution des Sammelns auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit ist seit 113 Jahren das *Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI* in Berlin. 1893 wurde die Einrichtung als *Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur e.V.* gegründet, um Informationen über die Berliner Wohlfahrtseinrichtungen zusammenzustellen und diese Spendenwilligen sowie finanziell Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. Der Verein beabsichtigte, als Ergänzung der aufkeimenden staatlichen Fürsorge und des nicht auf alle Hilfebedürftigen zutreffenden Versicherungswesens die private Wohltätigkeit durch intensive Informationstätigkeit zu ergänzen. Die Leitung der Auskunftsstelle übernahm für kurze Jahre Jeanette Schwerin (1852–1899), bekannt als Gründerin der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit und als prägende Lehrerin Alice Salomons.

1906 verselbstständigt sich die Auskunftsstelle unter dem neuen Namen *Zentrale für private Fürsorge e.V.*, nunmehr unter der Leitung von Dr. Albert Levy (1862–1922). Levy vertrat mit Nachdruck die Idee der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Fürsorge, der Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Lösung sozialer Probleme und – wie seine Vorgängerin Schwerin – der qualifizierten Ausbildung und Schulung von Helferinnen für die Wohlfahrtspflege. Das *Archiv der Wohlfahrts-einrichtungen* – ein Arbeitsbereich des neuen Vereins – beginnt mit der Auskunftstätigkeit über Spenden sammelnde Organisationen. Die Nachfolge in der Geschäftsführung trat im Jahr 1922 Siddy Wronsky an.

1926 wird das Archiv unter dem Namen *Archiv für Wohlfahrtspflege* als Gesellschaft bürgerlichen Rechts eigenständig. Seine Aufgaben waren und sind bis heute,

„in ausschließlich gemeinnütziger Weise die Unterhaltung und Fortführung des Archivs für Wohlfahrtspflege als Sammlungs-, Auskunfts- und Forschungsstelle für das gesamte Gebiet der sozialen Arbeit, unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse der praktischen Wohlfahrtsarbeit. Das Archiv steht allen, insbesondere an der Wohlfahrtspflege interessierten Kreisen und Personen, vor allem Behörden, Hochschulen, Sozialen Fachschulen ... zur Benutzung zur Verfügung“ (Zitat aus der Satzung des DZI).

Siddy Wronsky arbeitete seit 1906 in der *Zentrale für soziale Fürsorge* und gestaltete die Geschicke der Einrichtung bis 1933. Sie wurde im Juli 1883 in Berlin in ein assimiliert jüdisches Elternhaus geboren. Sie hatte eine Lehrerinnenausbildung durchlaufen und sich später auf Grund einer entsprechenden Weiterbildung der Heilpädagogik zugewendet. 1910 heiratete sie Eugen Wronsky, der in der Karteiabteilung der *Zentrale für private Fürsorge* beschäftigt war. Im selben Jahr gab sie mit ihm gemeinsam die vierte Auflage des Graubuches heraus. Dieses war 1896 zum ersten Mal erschienen und beinhaltete als Führer durch das soziale Berlin hunderte von qualifizierten Adressen sozialer Einrichtungen der Stadt.

Siddy Wronsky wirkte im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege publizistisch, praktisch und organisatorisch. Sie bekleidete außerhalb des Archivs eine Reihe von Ämtern und Funktionen. Im September 1933 musste sie emigrieren und baute in Palästina die erste Schule für Sozialarbeit auf, die sie bis zu ihrem Tode im Jahr 1947 leitete. In Israel wird sie noch heute als Gründerin der beruflichen Sozialarbeit geehrt.

Im Jahre 1921 begann Sofie Götze, spätere Quast, ihre Mitarbeit im Archiv für Wohlfahrtspflege. Von der Sozialen Frauenschule kommend verbrachten Schülerinnen regelmäßig Praktika im Archiv. Sofie Quast fungierte bald als Stellvertreterin von S. Wronsky und übernahm nach deren Emigration die Geschäftsleitung. Mehr als 50 Jahre führte sie diese Einrichtung. Sofie Quast wurde im Februar 1901 in Berlin geboren, besuchte kurzzeitig ein Mädchengymnasium und nach dem Ersten Weltkrieg die Soziale Frauenschule von Alice Salomon, an der sie Siddy Wronsky begegnete. Im Archiv war sie insbesondere verantwortlich für die praktische Erledigung verschiedenster Arbeiten, wie der Leitung und Ausgestaltung der gutachterlichen Auskunftsstätigkeit auf Grund des Sammlungsgesetzes, für die Betriebswohlfahrtspflege, indem sie Veranstaltungen und Seminare für diesen Bereich organisierte, für die Verwaltung des Archivs einschließlich der Kassenführung sowie der Herstellung einer monatlichen Zeitschriftenbibliografie, die in der vom Archiv herausgegebenen Fachzeitschrift „Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ abgedruckt wurde. Ende der 1920er-Jahre holte Sofie Quast das Abitur nach, studierte Volkswirtschaft und promovierte. Nach 1936 geriet sie in die Mühlen des nationalsozialistischen Regimes, und zwar vor allem wegen ihrer konsequenten Haltung hinsichtlich der Selbstständigkeit und des Aufgabengebietes des Archivs. Sie wurde als Geschäftsführerin abgesetzt, blieb aber bis 1945 die technische Leiterin des Hauses. Danach wurde ihr erneut die Geschäftsführung übertragen.

1951 gründete der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter als Vorsitzender des *Archivs für Wohlfahrtspflege* die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“. Die Umwandlung des Archivs in eine Stiftung bürgerlichen Rechts erfolgte im Jahr 1957, und 1964 erhielt die Stiftung den heutigen Namen *Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI*.

Eine nicht unwesentliche Bekanntheit erlangte das DZI im Jahr 1970: Am 14. Mai wurde Andreas Baader, ehemaliger Student und wegen Kaufhaus-Brandstiftung inhaftierter späterer Mitbegründer der Rote-Armee-Fraktion (RAF) von Gesinnungsfreunden gewaltsam aus der Bibliothek befreit. Unter dem Vorwand, ein Buch über Jugendkriminalität schreiben zu wollen, hatte Baader eine Ausführungserlaubnis aus der Strafjustizanstalt Tegel erhalten und war, begleitet von zwei Aufsichtsbeamten, in das Institut geführt worden. Im Lesesaal traf er (wie vorher verabredet) auf Ulrike Meinhof. Kurze Zeit später kam es zu einem Schusswechsel

durch erneut eintreffende Besucher. Ein Institutsmitarbeiter wurde schwer verletzt. Baader gelang die Flucht und tauchte mit seinen Befreiern und Ulrike Meinhof unter.

## Die Bibliothek

Die Idee zur Gründung einer Bibliothek ist auf die alltägliche Arbeit der Auskunftsstelle zurückzuführen, denn die bereits in den ersten Jahren erstellten Materialsammlungen aus Dokumentationen, Auskünften und sonstigen Papieren durch Jeanette Schwerin mussten systematisch verwahrt werden. Diese „Mappen“, die sie ihren Mitarbeitenden und den Hilfe Suchenden zur Verfügung stellte, waren legendär. Sie wurden von Gesprächspartnerinnen, mit denen ich vor Jahren Interviews über ihre Ausbildungs- und Berufswege führte, voller Anerkennung erwähnt.

Seit der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges (die davor angesammelten Materialien, also auch die Mappen, gingen verloren) besteht im DZI erneut ein Schatz an historischen und aktuellen Fachbüchern und Fachzeitschriften. In langen Regalen sortiert, bereits seit 1979 durch eine EDV-gestützte Dokumentation modernisiert, wird der interessierten Öffentlichkeit alles zur Verfügung gestellt, was die Magazine beherbergen. Die Fragestellungen von Studierenden, Lehrenden, Forschenden und in der Praxis Tätigen nehmen Bibliotheksfachkräfte entgegen und recherchieren kompetent im Datenpool *DZI SoLit*. Die Rechercheergebnisse beziehen sich auf den hauseigenen Bestand, was für die Benutzenden von enormem Vorteil ist, da sie die nachgewiesene Literatur vor Ort oder per Post zur Verfügung gestellt bekommen.

Für Forschende in der Geschichte der Sozialarbeit weist der Fundus weit in das 19. Jahrhundert zurück, denn durch Schenkungen und Erwerbungen konnte wieder ein historischer Bestand zusammengefügt werden. Für diese Nachweise lohnt sich eine Anreise nach Berlin, denn alte, oftmals einmalige Objekte, können nur im Lesesaal zur Verfügung gestellt werden. Besuchende aus weiten Teilen Deutschland, aber auch aus Japan, den USA und anderen Ländern, bestätigen dies. Und nicht zuletzt wissen einige der in diesem Heft versammelten Autorinnen und Autoren um die Möglichkeiten der DZI-Bibliothek.

Diese ist an vier Tagen in der Woche öffentlich zugänglich. Im Lesesaal erfolgt die Bereitstellung und Ausleihe der Literatur, durchgeführt von drei Mitarbeitern, zwei Bibliothekaren und einer Sozialpädagogin. Diese beraten und führen Datenbankrecherchen zu individuellen Fragestellungen durch. Die Rechercheergebnisse stehen in Form eines Papierausdrucks oder auf Diskette zur Weiterverarbeitung zur Verfügung. Für die Dienstleistung wird eine Gebühr berechnet.

Alle nachgewiesenen Titel sind im Bibliotheksmagazin vorhanden. Die Ausleihe von Büchern ist kostenfrei, oder – im Falle von Zeitschriftenartikeln – werden diese preisgünstig fotokopiert.

## EDV-gestützte Literaturdokumentation

In der Literaturdokumentation werden von zwei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Zeitschriftenaufsätze und Bücher (auch Graue Literatur) für die Arbeitsfelder der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Wohlfahrtspflege inhaltlich ausgewertet. Die Mitarbeiterinnen prüfen die fachliche Relevanz von Fachbeiträgen und Büchern und vergeben mit Hilfe eines Thesaurus eine gewisse Anzahl von Schlagworten, die den Inhalt prägnant beschreiben und die Literatur wieder auffindbar machen. Der Thesaurus ist eine hausintern entwickelte, strukturierte Wortliste bestehend aus ungefähr 3000 Fachbegriffen, die sowohl für die Dokumentation als auch für die Recherche eine einheitliche Arbeitsgrundlage schafft. Die auf diesem Wege erschlossenen Dokumentationseinheiten werden in der Literaturdatenbank *DZI SoLit* formal und inhaltlich erfasst. Es werden zurzeit 170 Fachzeitschriften dokumentiert. Jährlich gelangen 4500 bis 5000 Zeitschriftenaufsätze und 800 Bücher in den Literaturpool. Momentan umfasst der Bestand 160000 Nachweise. Die Datenbank ist auch in mehr als 100 Bibliotheken an Fachhochschulen und Universitäten vorhanden, zumeist im Paket mit der Datenbank des Informationszentrums Bonn *SOWI*. Zusätzlich können gebührenpflichtige Einzelrecherchen unter [www.gbi.de](http://www.gbi.de) durchgeführt werden.

## Eine Fachzeitschrift

Das DZI verlässt sich nicht nur auf Bücher und Fachzeitschriften anderer Verlage und Herausgeber. In seinem Eigenverlag gibt es seit nunmehr 55 Jahren die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ heraus. Mit ihren Wurzeln in der Weimarer Republik – die Vorgängerzeitschrift ist die „Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege (1925–1944) – erfolgte eine erneute Herausgabe im Jahre 1951. Sie erscheint seit dem elf Mal im Jahr. Die Redaktion verantwortet Beiträge, die in die laufenden Diskussionen der sozialen Fachwelt eingreifen. Insbesondere die Lehrenden von Fachhochschulen und Hochschulen, aber auch in erfreulichem Ausmaße Fachleute der Praxis und Studierende, nutzen dieses Forum, um den wissenschaftlichen Diskurs voranzutreiben. Eine Erweiterung der Verlagstätigkeit stellt die Reihe „Soziale Arbeit *SPEZIAL*“ dar. Diese ist gedacht als Forum für Schwerpunktthemen. Autorinnen und Autoren haben hier die Möglichkeit, soziale Zusammenhänge umfassender als in einem Beitrag in der Fachzeitschrift darzustellen und zu diskutieren.

## Spenderberatung und DZI Spenden-Siegel

Schon 1906 begann das *Archiv für Wohlfahrtseinrichtungen* mit der Auskunftstätigkeit über Organisationen, Vereine und Stiftungen, die Spenden sammeln, um mit den ihnen zur Verfügung stehenden Geldern Einzelpersonen oder Projekte im Rahmen Sozialer Arbeit zu unterstützen. Heute ist diese Tätigkeit ein ganz wesentliches Arbeitsfeld des DZI. Mit seinen Auskünften über überregional Spenden sammelnde, steuerbegünstigte Organisationen bietet es spendenwilligen Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen eine wichtige Entscheidungshilfe. Bei den Auskünften und Prüfungen legt das DZI Kriterien zu Grunde, die teilweise erheblich über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus gehen, so zum Beispiel auf die Werbe- und Informationsarbeit der Organisationen, die Transparenz der Finanzberichte, die Sparsamkeit der Mittelverwendung und die Kontrolle der Leitungsgremien. Seit 2003 erscheint jährlich der DZI Spenden-Almanach mit einer ausführlichen Darstellung der Spenden-Siegelorganisationen und Fachbeiträgen zum Thema Spendenwesen.

## Zum Schluss

Muss sich die Profession der Sozialen Arbeit mit „alten Sachen“ beschäftigen? Gibt es nicht genügend Probleme und Themen im Hier und Jetzt und erst recht in der Zukunft? Sicherlich, doch mir persönlich ist es im Laufe meiner Berufstätigkeit als Sozialarbeiterin und Diplom-Pädagogin immer wichtiger geworden, auch an den Wurzeln unserer Berufsgeschichte zu graben, um begreifen zu können, was unsere beruflichen Vorfahren in ihrer Zeit schaffen wollten, welche Innovationen schon früher einmal eingebracht wurden, was mit ihnen geschehen ist und welche Sicht wir heute auf sie haben. Und so kommt es mir überhaupt nicht zufällig vor, dass ich seit vielen Jahren für eine Einrichtung arbeite, die mit ihrer eigenen Vergangenheit auch einen Beitrag zur Historie sozialer Berufe geleistet hat, und heute mit der modernen Bibliothek und einer bekannten Fachzeitschrift im kollegialen Zusammenwirken mit den Autorinnen und Autoren die Gegenwart und Zukunft von Ausbildung und Arbeitsfeldern mit gestalten kann.

*Heidi Koschwitz,  
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI,  
Bernadottestraße 94, 14195 Berlin  
E-Mail: koschwitz@dzi.de*

Sven Steinacker

## **Soziale Arbeit als Arena hegemonialer Kämpfe: Ein Blick auf die Geschichte der Jugendfürsorge am Vorabend des Nazismus**

---

Der Beitrag fokussiert die Soziale Arbeit als ein auf politische und kulturelle Hegemonie zielendes pädagogisches Komplement zu den auf Gewalt und Kommando aufruhenden repressiven Herrschaftsfunktionen. Als institutionelle Manifestation des Herrschaftszusammenhangs des bürgerlich-kapitalistischen Staates handelt es sich dabei allerdings gerade nicht um eine unhintergehbare, lineare Herrschaftsbeziehung, aus der es kein Entkommen gibt. Vielmehr ist Soziale Arbeit durch ihre Verortung im politischen Raum als umkämpftes Terrain zu verstehen, auf dem Hegemonie gleichermaßen konstituiert wie angefochten werden kann. Am Beispiel der Fürsorgeerziehung am Vorabend des Nazismus wird die Jugendfürsorge als Gegenstand und Ort hegemonialer Auseinandersetzungen in den Blick genommen. Dabei zeigt sich, dass die AkteurInnen ihre Handlungsspielräume in der historischen Umbruchsituation der Weimarer Republik weder zu einer konsequenten Absage an eugenische/rassenhygienische Positionen noch für eine engagierte Parteilnahme zu Gunsten der Betroffenen genutzt haben, sondern auf fürsorgepolitischer wie alltagspraktischer Ebene den Boden für die Nazis bestellten. In einer langfristigen Perspektive reiht sich dies ein in eine bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reichende Berufsgeschichte, in der sich die Soziale Arbeit allzu oft unkritisch für die Aufrechterhaltung von Herrschaft in Dienst nehmen lassen hat.

### **Einleitung**

Ein Rückblick auf die Geschichte der Sozialen Arbeit kann – zumindest solange er nicht auf eine theorieleose Nacherzählung oder eine unkritische Rekonstruktion vermeintlicher Erfolgsgeschichten altruistischer Nächstenliebe beschränkt bleibt – zu einer Selbst-Reflexion in professioneller wie disziplinärer Hinsicht beitragen. Dies setzt allerdings eine Perspektive auf die historischen Kontexte Sozialer Arbeit voraus, in der sich die jeweils konkreten gesellschaftspolitischen

Funktionsweisen und Einbettungen angemessen erfassen lassen. Es geht mithin um nichts weniger als um die Aufschlüsselung des konstitutiven Zusammenhangs von (Sozial-)Pädagogik und Politik im Herrschaftszusammenhang bürgerlich-kapitalistisch verfasster Gesellschaften. Ein solchermaßen verstandener Zugang ist im Werk des italienischen Marxisten und Sozialphilosophen Antonio Gramsci zu finden, der der Rolle von Prozessen der Führung und Lenkung, also pädagogischen Beziehungen im weitesten Sinne, in seinen staats- und hegemonietheoretischen Überlegungen einen besonderen Stellenwert eingeräumt hat (vgl. Bernhardt 2005; Mayo 2006; Merckens 2002, 2004. Für die Soziale Arbeit: Hirschfeld 1998, 1999).

Wie pädagogische Arrangements, das heißt im vorliegenden Fall: auch die Veranstaltungen der Jugendfürsorge, nicht ohne ihren genetischen Zusammenhang zum gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsgefüge verstanden werden können, lassen sich gesellschaftliche Herrschaftsbeziehungen immer auch als pädagogische Verhältnisse denken. Da staatliche Herrschaft auf Dauer nicht nur mit den Mitteln äußerlichen Zwangs aufrecht erhalten werden kann, bedarf es in modernen Gesellschaften einer spezifischen Balance zwischen Elementen von Zwang und Repression einerseits und Konsens und Loyalität andererseits. Beide Momente herrschaftlichen Handelns sind im „integralen Staat“ insofern aufeinander bezogen, als sich die Hegemonie der regierenden Gruppen „auf zweierlei Weise äußert, als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘“ (Gramsci Bd. 8: 1947<sup>1</sup>). Damit wird das Verhältnis zwischen „Herrschern und Beherrschten in Beziehungen zwischen Führenden und Geführten transformiert“ (Merckens 2004: 28), die als pädagogische Beziehungen netzartig die bürgerliche Gesellschaft überziehen:

„Dieses Verhältnis existiert in der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und für jedes Individuum in Bezug auf andere Individuen, zwischen intellektuellen und nicht-intellektuellen Schichten, zwischen Regierenden und Regierten zwischen Eliten und Anhängern, zwischen Führenden und Geführten zwischen Avantgarden und dem Gros der Truppen. Jedes Verhältnis von ‚Hegemonie‘ ist notwendiger Weise ein pädagogisches Verhältnis“ (Gramsci Bd. 6: 1335).

Als Komplement zu den auf Gewalt und Kommando aufruhenden repressiven Staatsfunktionen zielen die hegemonial-pädagogischen Projekte in einer im engeren Sinne politisch-ideologischen Dimension darauf, spezifische Ideologien, Weltauffassungen und Ordnungsvorstellungen als verbindlich durchzusetzen. In diesem Sinne kann Gertrud Bäumer im Jahr 1925 in ihren Überlegungen zum „Verhältnis von Staat und Jugend“ davon sprechen, dass vom „Staat als Erzieher“ eine „staatsbürgerliche Volkserziehung“ ausgehen müsse. „Will der Staat bestehen“, so Bäumer mit einem Seitenblick auf das faschistische Italien, „seine Idee und seinen Sinn erfüllen, so muß er die ihm wesentlichen Kräfte – seien es die faschistischen oder die republikanisch-demokratischen ‚Tugenden‘ bilden

und in Belehrung und Praxis der Jugend sein eigenes Wesen als ethisch-politisches Gebilde erhellen und greifbar machen“ (Bäumer 1925: 84).

In einer umfassenderen, sozio-kulturellen Dimension geht es in den hegemonialen Programmen und Praxen darum, ein stabiles Entsprechungsverhältnis zwischen den Anforderungen der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse und den mentalen Dispositionen der Subjekte herzustellen. Die „Erziehungs- und Bildungsaufgabe“ des Staates kommt, so Gramsci, in den permanenten Bemühungen zum Ausdruck, „die Moral der breitesten Volksmassen den Erfordernissen der ständigen Entwicklung des ökonomischen Produktionsapparates anzupassen, folglich auch physisch neue Menschentypen herauszuarbeiten“ (Gramsci Bd. 7: 1544).<sup>2</sup> Es handelt sich mithin um nicht weniger als um die auch von sonst so gegensätzlichen Denkern wie Norbert Elias, Max Weber, Gerhard Oestreich oder Michel Foucault übereinstimmend formulierte Einsicht, dass die Stabilität staatlicher Herrschaft von der Fähigkeit abhängt, eine dauerhafte psychosoziale Anpassung der Subjekte an gesellschaftliche Voraussetzungen, an bestimmte Bedingungen der Arbeit, der Ernährung, der Wohnung, der Gewohnheiten usw. zu organisieren, aber auch Beziehungs- und Einstellungsmuster, Werthaltungen und normative Standards als allgemeine Verhaltensrationalitäten durchzusetzen. Die auf Konsensproduktion zielenden pädagogischen Arrangements beschränken sich dabei weder auf die edukativ-formierenden Veranstaltungen staatlicher Bildungs- oder Fürsorgeeinrichtungen im engeren Sinne noch reduzieren sie sich auf bloße Akte negativer Zurichtung oder zielen exklusiv auf die junge Generation. Vielmehr vermitteln sich auf der institutionell-organisatorischen Ebene in den diskursiven wie nicht diskursiven Praxen einer Vielzahl von Hegemonieapparaten, zu denen insbesondere die nur vordergründig außerhalb des direkten staatlichen Herrschaftszusammenhangs gelagerten „zivilgesellschaftlichen“ Institutionen und Organisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Jugendverbände, Vereine, Parteien, Medien, die Familie aber auch architektonisch-ästhetische Gestaltungsweisen und symbolisch-kulturelle Arrangements usw. zu rechnen sind.

Wenn damit die hegemonial-pädagogischen Beziehungen als institutionelle Manifestationen des Herrschaftszusammenhangs bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsformationen benannt sind, bedeutet dies allerdings gerade nicht, dass es sich dabei um unhintergehbare, lineare Herrschaftsbeziehungen handelt, aus denen es kein Entkommen gibt. Vielmehr sind sie durch ihre Verortung im politischen Raum selbst als „umkämpftes Terrain“ zu verstehen. Die Hegemonieapparate lassen sich nicht im Sinne kruder Agententheorien ausschließlich funktionalistisch als (fremdgesteuerte) Werkzeuge zur Durchsetzung der Herrschaftsdirektiven der führenden Gruppen begreifen, auch sind ihre Praxen nicht ausschließlich durch die ökonomischen Erfordernisse des Kapitals determiniert. Sie bzw. die darin agierenden Trägergruppen verfügen insofern über eine relative Eigenstän-



digkeit und Flexibilität, als sie jeweils an eigene Sozial- und Klassenbeziehungen anknüpfen, nach je spezifischen Regeln und Verarbeitungsweisen operieren und mit den ihnen eigenen Machtpotenzialen partikulare Interessen vertreten. Sie müssen in ihren Programmen und Praxen nicht in jedem Fall mit den Interessen der herrschenden Gruppen übereinstimmen, können ihnen teilweise sogar widersprechen. Zudem sind auch die FürsorgerInnen, SozialarbeiterInnen oder WohlfahrtspflegerInnen nicht bloß als „Funktionäre“ der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen, denen, gewissermaßen als VollstreckerInnen ihnen äußerlicher Interessen die Aufgabe zukommt, den Konsens in den subalternen Gruppen zu organisieren. Da sie sich jenseits funktionalistischer Bestimmungen zwischen den Polen von Determiniertheit (in letzter Instanz) und relativer (professioneller) Autonomie bewegen, können sie, wie Uwe Hirschfeld im Anschluss an Gramscis Intellektuellenverständnis und mit Blick auf die unterschiedlichen sozialen Ebenen und Funktionszusammenhänge vorgeschlagen hat, als „fraktionierte Intellektuelle“ charakterisiert werden. Als „Intellektuelle, die in sich selbst widersprüchlich sind“, sind sie einerseits an der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Hegemonie beteiligt und durch die ihnen zugewiesene gesellschaftliche Funktion notwendig von ihren AdressatInnen getrennt; andererseits arbeiten sie im Sinne ihrer Klientel, indem sie die Kompetenz vermitteln und fördern, sich in den gegebenen ideologischen Verhältnissen zu bewegen, „Widersprüche auszuhalten, zu ertragen, gar (,schlitzohrig“) zu nutzen“ (Hirschfeld 1999: 82f., vgl. ders. 1998: 200ff.). Entscheidend ist aber die Einsicht, dass die pädagogisch-hegemonialen Arrangements als politische Verhältnisse und Kräftefelder die Orte sind, an denen konkret über die Konsensfähigkeit von Weltanschauungen, die Legitimation bestimmter Ordnungen und gesellschaftlicher Verhältnisse entschieden wird. Die dialektische Wechselseitigkeit des pädagogischen Verhältnisses<sup>3</sup> und der grundlegende „Widerspruch von Bildung und Herrschaft“ (Heydorn 1970) produzieren in den Hegemonieapparaten eine fortlaufende Dynamik der Auseinandersetzung und Kämpfe um den Führungsanspruch. Sie sind in den Worten Gramscis als „ideologisches Terrain“ aufzufassen, auf dem sich die Subjekte ein Verständnis von ungleichen Machtstrukturen aneignen, Weltdeutungen erarbeiten, Gegenentwürfe entwickeln können, kurzum: wo im konkreten Erfahrungs- und Lebenszusammenhang immer auch Momente einer gegen-hegemonialen Praxis sichtbar werden und „bestehende Herrschaftsstrukturen auch hinterfragt und kritisch zurückgewiesen werden können“ (Merkens 2004: 29f.). Die pädagogischen Beziehungen, mithin auch die Arbeitsbereiche Jugendfürsorge sind als „kondensierter Machtkonflikt“ (Kunstreich/Peters 1988: 43) *Gegenstand* und *Ort* hegemonialer Auseinandersetzungen der beteiligten gesellschaftlichen Akteure.

In diesem hier nur grob angedeuteten Rahmen ist ein Blick auf die so genannte Fürsorgeerziehung (FE) am Vorabend des Nazismus lohnenswert, die dadurch nicht nur als spezifische Veranstaltung staatlicher Sozialisationsagenturen oder

gesonderter sozialpädagogischer Tätigkeitsbereich fokussiert werden kann, sondern als politisch-hegemoniales Kräftefeld, in dem eine Vielzahl staatlicher wie nicht-staatlicher Akteure mit je unterschiedlichen Absichten und Interessen agierten.<sup>4</sup> Zwei Aspekte scheinen hierbei für eine (Konflikt-)Geschichte Sozialer Arbeit von besonderem Interesse: Einerseits lässt sich die Fürsorgeerziehung<sup>5</sup> als *Gegenstand* hegemonialer Kämpfe als politisches Terrain in den Blick nehmen, auf dem sich unter der Oberfläche der Debatten über Ziele und konkrete Ausgestaltung der Fürsorgeerziehung handfeste ideologische, interesse- und machtpolitische Konflikte abspielten, bei denen es um die grundlegenden gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen der beteiligten Fraktionen ging. Zum anderen lässt sich die Fürsorgeerziehung als *Ort* hegemonialer Kämpfe als Arena sozialer Auseinandersetzungen zwischen den Erziehern und den zu Erziehenden, sprich den heranwachsenden InsassInnen der Erziehungsanstalten und ihren Familien fokussieren. Es geht hierbei um die bislang in der wohlfahrts- und sozialpolitikgeschichtlichen Forschung weitgehend vernachlässigte Perspektive auf FürsorgeempfängerInnen als handelnde Subjekte mit spezifischen Bedürfnissen, Wünschen und Handlungsoptionen, die versuchten, ihre Lebensbedingungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten aktiv und kompetent mit zu gestalten.

## Jugendfürsorge als Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen

Dass es bei Sozialer Arbeit, oder zeitgenössisch ausgedrückt, sozialer Fürsorge bzw. Wohlfahrtspflege allenfalls vordergründig um aufopfernde Hilfe für Not leidende Mitmenschen geht, ist kein Geheimnis. Hans Achinger hatte dazu vermerkt, dass sich „die Armee der gegenseitigen Hilfe gar nicht so viel anders benimmt als die übrige menschliche Gesellschaft, daß sich zwischen den Fürsorge treibenden Gruppen Kämpfe abspielen, die nicht weniger erbittert sind als die Auseinandersetzungen zwischen Industriekonzernen [...]. Kurz und gut: man streitet sich in der Fürsorge an Menschen um bare Macht, um die Gewalt über Menschen, die das Unglück gehabt haben, hilfsbedürftig zu werden, und man nutzt diese Macht aus, zu dem Versuch, diese Menschen, sei es politisch, sei es konfessionell in die Hand zu bekommen“ (Achinger 1930: 181).

Die pädagogischen Arrangements der Weimarer Jugendfürsorge zielten in diesem Sinne nicht nur auf die feldspezifische Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisses „Jugend“, sondern waren auch an der symbolisch-diskursiven Konstruktion von „Jugend“, den hegemonialen Auseinandersetzungen über wünschenswerte jugendpolitische Entwicklungen sowie nicht zuletzt an der Aushandlung und Durchsetzung von Vorstellungen über die Legitimität

gesellschaftlicher Ordnung, des politischen Systems und seiner künftigen Entwicklung beteiligt. Die wohlfahrtspolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik, deren Charakterisierung als „Kulturkampf“ oder „Weltanschauungskampf“ (Hong 1998) angesichts der extremen Polarisierung und der Schärfe der Konflikte selbst für die Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilisierung sicher nicht zu kurz gegriffen sind, beleuchten eindrucksvoll, wie stark Fragen der Fürsorge von den politischen Standpunkten der Beteiligten bestimmt waren. Man muss keineswegs versteckten Hinweisen zwischen den Zeilen folgen, um zu registrieren, wie sich hinter den Diskussionen zu vermeintlichen jugendwohlfahrtsrechtlichen Detailfragen handfeste macht- und einflusspolitische Konflikte verbargen. Nicht zuletzt der Aufstieg der Sozialdemokratie von einer geduldeten Minderheit zur Regierungspartei, das jugendwohlfahrtspolitische Engagement ihres Wohlfahrtsverbandes, der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Bemühungen um ein stärker säkularisiertes Fürsorgewesen (Eifert 1993) stellte die monopolisierte Stellung des zur Jahrhundertwende entstandenen Fürsorgekartells aus staatlicher Sozialbürokratie und den mit diesem personell und interessenpolitisch fest verbundenen Wohlfahrtsverbänden erheblich in Frage. Während man einerseits nicht müde wurde, zu monieren, dass bei der Besetzung der Jugendamtsausschüsse, „wie es nun einmal nicht anders ist, die parteipolitischen Momente ausschlaggebend sind“ (Vossen 1927: 208), versuchte man andererseits auf genau diesem Terrain den Einfluss der ungeliebten sozialdemokratischen Konkurrenz so gering wie möglich zu halten. Dass die „Ausschaltung der [stärker sozialdemokratisch geprägten, S.St.] Jugendämter bei der Durchführung der F.E.“ aufgrund der dadurch vermeintlich zu erwartenden „Politisierung und Entkonfessionalisierung“ von den VertreterInnen führender Wohlfahrtsverbände als „die *conditio sine qua non*“ gesehen wurde (zitiert nach Köster 1999: 202), verweist darauf, dass hier über eine administrative Detailfrage die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den wohlfahrts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie ausgefochten werden sollte.

In aller Schärfe kam der politische Charakter jugendfürsorgerischer Erörterungen indes in der Endphase der Weimarer Republik zum tragen als sich neben den traditionell tonangebenden wohlfahrtspolitischen Akteuren auch die linksliberale Öffentlichkeit sowie Teile der revolutionären Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die VerfechterInnen eugenischer bzw. rassenhygienischer Gesellschaftsvorstellungen in die Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung des Fürsorgewesens einschalteten. Ausgehend von einer Reihe stark beachteter FE-kritischer Theaterstücke, Romane und Filme und verstärkt durch die katastrophalen finanziellen Folgen der einsetzenden ökonomischen Rezession geriet das gesamte System der Fürsorgerziehung in eine tief greifende Legitimationskrise, in der es nicht mehr nur um die altbekannte Kritik an einzelnen Einrichtungen oder Maßnahmen ging, sondern die Fürsorgerziehung als Ganzes zur Disposi-

tion stand. Einerseits wurden ihre Maßnahmen angesichts der materiellen Verelendung weiter Teile der Bevölkerung und chronischer Unterfinanzierung des sozialen Sicherungssystems von konservativen WohlfahrtspolitikerInnen scharf als kostenintensive Fehlinvestitionen angeprangert, die nicht zu Lasten der produktiven Bevölkerung gehen dürfe (vgl. exemplarisch Wessel 1931), sondern, wie Reichskanzler Franz von Papen hierzu erklärte, „den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“ hätten (zitiert nach Peukert 1987a: 148). Verschärft wurden solche Argumentationen durch die in schrillen Tönen vorgetragene eugenische und rassenhygienische Argumentationen, nach denen die Fürsorgeerziehung wie die Wohlfahrtspflege insgesamt eine „Minderwertigenfürsorge“ betreibe und mit ihrer „kontraselektorisches“ Wirkung auf Dauer den Bestand des „Volkskörpers“ gefährde. Beide Argumentationen verweisen darauf, dass es hierbei nicht primär um Finanzierungsmodalitäten der Fürsorgeerziehung ging, sondern um die auf Hegemonie zielende Durchsetzung von Vorstellungen einer homogenen Leistungsgesellschaft, in der die „Schwachen“ und „Unproduktiven“ keinen, oder bestenfalls am Rande Platz finden sollten.

Freilich wäre es zu einfach, dies lediglich als Angriff von „Außen“ auf die Fürsorge zu werten. Wie die historische Forschung gezeigt hat, waren eugenische Argumentationen auch in den Reihen der Weimarer Wohlfahrtspflege längst zu akzeptablen Positionen avanciert (vgl. Kappeler 2000; Reyer 1991). Zwar ist es angesichts der heterogenen, zum Teil äußerst reservierten oder gar ablehnenden Positionen schwierig, das Ausmaß der Akzeptanz eugenischer Vorstellungen bei den professionellen FürsorgerInnen und FürsorgefunktionärInnen abzuschätzen, sicher ist aber, dass entschiedener Widerspruch gegen die eugenischen Argumentationen wie auch gegen das an utilitaristisches Kosten-Nutzen-Maximieren ausgerichtete Denken insgesamt ausblieb. Als Vorstellungen, die den Erhalt von Sozial- und Fürsorgeleistungen an den vermeintlichen gesellschaftlichen Wert des Menschen knüpften, in der Wohlfahrtspflege hegemonial wurden, hatte die Weimarer Jugendfürsorge dem nicht nur nichts entgegenzusetzen, sondern diesem Denken durch die wohlfeile Übernahme der Nützlichkeitskriterien den Boden bereitet (vgl. Gräser 1995: 152–166). Hieran konnten die nazistischen Konzeptionen einer rassistischen „Volkspflege“ nach der Machtübertragung des Jahres 1933 nahtlos anknüpfen.

Auf der anderen Seite, freilich aus einer vollständig anders gelagerten Position heraus aber im Grundsatz nicht weniger radikal, wurde die Fürsorgeerziehung seit Ende der 1920er Jahre von der revolutionären Linken ins Visier genommen. Auch hierbei ging es nicht primär um Kritik an einzelnen Aspekten der Fürsorgeerziehung als vielmehr um ihre Entlarvung als kaum verdeckter Unterdrückungsmechanismus des verhassten kapitalistischen Klassenstaates. Gerade an den Mechanismen und Strukturprinzipien der öffentlichen Ersatzerziehung, so

eine keineswegs abwegige Annahme, stelle sich der hochrepressive Charakter des Weimarer Staates dar und mehr als deutlich seien daran die reaktionäre Grundhaltung der Fürsorgebürokratie, der konfessionellen Wohlfahrtsverbände sowie die verräterische Haltung der zum Hauptfeind der Kommunisten avancierten Sozialdemokratie zu illustrieren (exemplarisch Brandt 1929). Gleichzeitig wurden die heranwachsenden AnstaltsinsassInnen wie das stetig wachsende Millionenheer der FürsorgeempfängerInnen insgesamt als potenzielle BündnisgenossInnen im Klassenkampf in den Blick genommen. Sämtlichen Vorbehalten gegenüber dem angeblich wankelmütigen und korrumpierbaren „Lumpenproletariat“ zum Trotz galten die alltäglichen Auseinandersetzungen in den Erziehungsheimen als eindeutiger Beweis, dass dort der „Gedanke des Kommunismus“ lebe und von den „unterdrücktesten Jugendlichen dieser verdammten Gesellschaftsordnung“ gewissermaßen naturwüchsig verfochten werde. Wie die „Betriebsjugend und die Jungerwerbslosen“ seien sie „Opfer des Kapitalismus, die den Kampf gegen das bestehende System aufnehmen werden“ (Birnbäum 1932: 14).

Galten schon die moderaten Säkularisierungsbemühungen der Sozialdemokratie als feindseliger Akt, wurden die Heimkampagnen der radikalen Linken als regelrechte Kriegserklärung wahrgenommen und die bei weiten Teilen der Weimarer Wohlfahrtspflege verbreiteten Vorbehalte gegen die ungeliebte Republik (vgl. Hammerschmidt 1999: 73–77) und insbesondere die politische Linke schlug in blanke Wut um. Obwohl letztlich die von der SPD betriebene Kommunalisierungspolitik den fürsorgeerzieherischen Status Quo faktisch wesentlich stärker gefährdet hätte als alle noch so militanten FE-Kampagnen der KPD, wurde die Sorge, „von der Welle des Marxismus und einer unchristlichen und antichristlichen Geisteshaltung überflutet und eingegeben“ zu werden (so der Vorsitzende der Inneren Mission im Rheinland Otto Ohl, zitiert nach von Norden 1999: 97) zu einer gemeinsamen Grundhaltung vieler Fürsorgeerzieher. So ist kaum überraschend, dass ihnen die terroristische Zerschlagung der Arbeiterbewegung nach 1933 als eine zentrale, vielleicht sogar die wichtigste „Errungenschaft“ des Nazismus erschien. Das NS-Regime beziehungsweise der begeistert begrüßte „nationale Umbruch“ (vgl. Dickinson 1996: 210–221; Hammerschmidt 1999: 137–144) erschien vielen Exponenten der Fürsorgeerziehung als Befreiung von unerträglichen Zuständen und man war nicht nur zu Kompromissen, sondern zu aktiver Unterstützung der Machthaber bereit. Allerdings waren es nicht nur die Auseinandersetzungen *um* die Fürsorgeerziehung, die diesen verhängnisvollen Entwicklungen den Boden bereiteten, sondern auch die Auseinandersetzungen *in* der Fürsorgeerziehung. Wie ihre (wohlfahrts-)politische Rahmung waren auch die sozialen Beziehungen zwischen Erziehern und „Zöglingen“ seit den Anfängen der öffentlichen Ersatzerziehung von Konflikten und Auseinandersetzungen geprägt, die die Entwicklungsdynamik der FE nicht weniger prägten als die Grabenkämpfe auf der fürsorgepolitischen Vorderbühne.

## Fürsorgeerziehung als Ort hegemonialer Auseinandersetzungen

Bereits lange bevor die FE-Misere mit den Anstaltsskandalen und Zöglingrevolten am Ende der Weimarer Republik ihren publikumsträchtigen Höhepunkt erreichte und die Angriffe auf die Fürsorgeerziehung an Schärfe zunahmen, sahen sich die (Weimarer) Fürsorgeerzieher mit einer Klientel konfrontiert, die der geschlossenen Unterbringung nicht eben wohl wollend gegenüber stand. Obwohl FE-Verfahren durchaus auch auf den Wunsch oder zumindest mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten eingeleitet werden konnten (vgl. Crew 1998: 139f.; Schmidt 2002: 150f.) und die materiellen Lebensbedingungen in den Anstalten für manche Jugendlichen kaum schlechter gewesen sein dürften als in ihrem bisherigen Umfeld, erfolgte die Anstaltseinweisung in der Regel gegen den erklärten Willen der Betroffenen. Die meisten Heranwachsenden sahen in der geschlossenen Unterbringung „am wenigsten eine Maßnahme der Erziehung, (sondern) vielmehr eine harte, degradierende Strafe“ (Noll 1929: 47). Entgegen den von den Fürsorgeerziehern kolportierten Einschätzungen waren dabei allerdings weder die politische „Verhetzung“ durch die kommunistischen Agitationsversuche noch die allenthalben beklagte Zunahme des Verwahrlosungsgrades oder die nicht rechtzeitige erfolgte Anordnung der Fürsorgeerziehung verantwortlich. Im Gegenteil: In der Regel bedurfte es keinerlei Impulse von Außen, um die Jugendlichen und ihre Angehörigen gegen die ungewollte Erziehung in Stellung zu bringen, denn bereits die Grundstrukturen der Fürsorgeerziehung stellten mannigfaltige Konfliktpotenziale bereit.

Zum einen hatten viele Angehörige der Weimarer Unterschichten ein grundsätzliches „Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen, gekoppelt mit einer zuweilen äußerst aggressiven Haltung gegenüber Vertretern der Staatsgewalt und des Bürgertums“ (Grüttner 1984: 255). Ein Sachverhalt, der sich nicht nur auf Polizei und „Sitte“ beschränkte, denn auch die vergleichsweise „sanften“ Interventionen der öffentlichen Fürsorge wurden oftmals nicht als Hilfe oder Wohltat wahrgenommen, sondern in erster Linie als kontrollierend-obrigkeitsstaatlicher Eingriff in die Privatsphäre. Insbesondere wenn der unmittelbare Kontakt zur Fürsorge über die konfessionellen Wohlfahrtsorganisationen lief, „befanden sich Erfahrungshorizont und Lebenswelten von Betreuern und Betroffenen nicht im Einklang, musste Fürsorge als Fremdhilfe, zudem häufig auf autoritär-bervormundende Weise ausgeübt, auf innere Ablehnung stoßen“ (Wollasch 1991: 348). Mit Einsetzen der Weltwirtschaftskrise erhielten solche Sichtweisen neue Nahrung, denn die Versuche der Fürsorgebehörden, der katastrophalen Finanznot der Gemeinden durch Leistungskürzungen einerseits, rigideren Kontrolle andererseits entgegenzusteuern, wurde von den Hilfeempfängern „als kleinliche Schikanen der für sie zuständigen Beamten“ interpretiert

und in manchen Fürsorgeämtern „herrschte zwischen Beamten und Unterstützungsempfängern offene Feindschaft“ (Ayaß 1995: 57; vgl. Lohalm 1991: 208–211).

Hinzu kam zweitens, dass viele Verhaltensweisen, die von den Jugendkontrolleuren als abweichend und korrekturbedürftig identifiziert wurden, zum alltäglichen Erfahrungshorizont der Weimarer Unterschichtjugendlichen gehörten und faktisch das „normale“ Repertoire einer proletarischen Straßensozialisation umrissen (vgl. Benninghaus 1997; Peukert 1987b: 202–220, 246–266). Die „moralische Ökonomie“ (Thompson 1979) der Weimarer Unterschichten, das heißt der auf einer traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen beruhende „volkstümliche“ moralische Konsens darüber, was legitim und was illegitim ist, war vom bürgerlich geprägten Problemverständnis der Fürsorger oft weit entfernt. So wurden die offiziell generierten Verwahrlosungsdiagnosen der Jugendfürsorge oft strikt zurück gewiesen, ihnen die eigene Interpretationen der zu Grunde liegenden Sachverhalte entgegengestellt oder die Handlungen offensiv verteidigt. Ein Jugendlicher verantwortete die ihm vorgeworfenen „Diebstähle“ gegenüber dem Heimpersonal mit den lakonischen Worten: „ich nehme mir das, was andere zu viel haben, was eigentlich mir gehört“ (nach „Bewahrungsbedürftigkeit asozialer Fürsorgezöglinge“: 117).

Schließlich, und nicht zuletzt, produzierte drittens der Grundwiderspruch der Fürsorgerziehung, das im § 1 RJWG verbriefte „Recht auf Erziehung“ notfalls auch gegen den Willen der Betroffenen durch eine mehrjährige freiheitsentziehende Maßnahme sicherzustellen sowie die auf asymmetrischen Machtverhältnissen und nahezu vollständiger Fremdbestimmung beruhenden Erziehungsbedingungen in den Anstalten fortlaufend eine Reihe von Reibungspunkten und Konflikten. Hinzu kam, dass der hegemoniale Anspruch der Fürsorgerziehung, namentlich eine Anpassung des psychischen Apparates der Jugendlichen an die Erfordernisse der bürgerlichen Gesellschaft vorzunehmen, oder, in den Worten der FürsorgerzieherInnen, eine „innere Neueinstellung“ (Schenk 1929: 29) der „Zöglinge“ herbeizuführen, selbst reichlich Stoff für Widerstände bot. Wenn selbst ausgewiesene Reformpädagogen wie Walter Herrmann als Erziehungsziel im Kern festhielten: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir die Jungen davon überzeugen wollen, daß unsere Art des Lebens eine bessere ist als die ihres bisherigen Daseins“ (zitiert nach Gräser 1995: 99), hatte dies wenig mit einführender Pädagogik vom Kinde aus zu tun, sondern drückte neben einer erheblichen lebensweltlichen Distanz auch eine kulturimperialistische Haltung aus, die zwangsläufig Widersprüche provozieren musste.

Folgerichtig hatten die Fürsorgebehörden, lange bevor die revolutionäre Linke diese Strategie propagierte, oft mit entschiedenem Widerstand der Betroffenen zu rechnen. Im Gegensatz zur zeitgenössischen Fürsorgekolportage und manch

rückblickender Darstellungen schlug sich der Unmut der Jugendlichen allerdings nicht nur in den kollektiv-gewalttätigen Revolten nieder, die das öffentliche Bild der Fürsorgeerziehung in der Endphase der Weimarer Republik bestimmten. Zur Tagesordnung in den Erziehungsanstalten gehörten dagegen jene tagtäglich stattfindenden Selbstbehauptungsstrategien, Konflikte und Auseinandersetzungen, die zwar letztlich an den grundlegenden Bedingungen der Anstaltserziehung wenig ändern konnten, aber die den hegemonialen Anspruch der Fürsorgeerziehung in Frage stellten. Erving Goffman (1973: 185–201) hatte in seinen Analysen der „Totalen Institutionen“ in allgemeiner Weise auf die Strategien des „Unterlebens“ bzw. die Mechanismen der „sekundären Anpassung“ hingewiesen, mit denen sich die Insassen geschlossener Einrichtungen der „Rolle und dem Selbst“ zu entziehen versuchen, die die Institution für sie als verbindlich erachtet. In der Weimarer Fürsorgeerziehung manifestierte sich dieses Handlungsrepertoire als eine juvenil-subproletarische Protestkultur, die symbolische Kämpfe um die Deutungshoheit ebenso beinhaltete wie Formen der passiven Resistenz, Kooperationsverweigerungen (Arbeitsverweigerung, Fluchten usw.), begrenzte Regelverletzungen und Normverstöße und schließlich die ganze Palette individueller oder kollektiver Akte des Einspruchs und Widerstands (vgl. Schmidt 2002: 239–278; Steinacker 2006).

Gegen Ende der 1920er Jahren verschärften sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Erziehungsanstalten indes deutlich. Der Evangelische Reichserziehungsverband (EREV) konstatierte in einer Denkschrift im Frühjahr 1931 sogar einen „erschreckenden“ Zustand, der durch die „allenthalben“ vorkommenden „tätliche[n] Angriffe“ sowie die „schwersten persönlichen Beschimpfungen“, „dauernde Missachtung“ der Anweisungen des Personals und der „Wühlarbeit hetzerischer Elemente“ hervorgerufen worden sei. Auf „Seiten der Erzieherkräfte“ sei sogar „allmählich das Gefühl der Schutz- und Rechtlosigkeit“ entstanden (EREV 1931: 4). Solche dramatischen Einschätzungen hatten insofern einen realen Kern als eine Serie von Anstaltsrevolten eindrucksvoll belegt hatte, dass viele Jugendliche die Durchschlagskraft kollektiver Protestformen entdeckt hatten. Allein im Zeitraum von September 1927 bis Anfang 1930 sind nicht weniger als elf Revolten bekannt geworden, die für die beteiligten Jugendlichen in zum Teil erhebliche Haftstrafen mündeten (vgl. Hein 1931) und bis zum Ende der Weimarer Republik wurde die Fürsorgeerziehung noch durch eine ganze Reihe von Revolten erschüttert, deren gerichtsnotorische Aufklärung zum Teil erschütternde Details über die haarsträubenden Lebensbedingungen in den Anstalten zu Tage förderte (vgl. Gräser 1995: 102–106; Peukert 1986: 240–245). Ursache war dagegen nicht der von den Fürsorgeerziehern unisono ins Feld geführte Umstand, dass „der körperliche, geistige und sittliche Zustand“ der Jugendlichen „in fortwährendem erschreckendem Rückgang“ begriffen war (EREV 1931: 3), sondern dass die Fürsorgeerziehung unter den katastrophalen



Bedingungen der ökonomischen und politischen Krise der Weimarer Republik weniger als zuvor in der Lage war, ihre proklamierte Integrations- und Resozialisierungsfunktion zu erfüllen.

Indes bestand die eigentliche Misere der Fürsorgeerziehung primär darin, dass man auf Seiten der Verantwortlichen nicht bereit war, sich selbstkritisch an die Ursachensuche zu machen, sondern die Schuld ausgerechnet bei denen suchte, deren Erziehung man sich auf die Fahnen geschrieben hatte. Als sich abzeichnete, dass die längerfristige Verwahrung angeblich „un-“ oder „schwerziehbarer“ Jugendlicher in Arbeitshäusern und „Sonderanstalten“ angesichts der finanziellen Restriktionen ebenso wenig realisierbar war wie das seit der Jahrhundertwende projektierte „Bewahrungsgesetz“ (Willing 2003), wurde immer offener über die prinzipiellen „Grenzen der Erziehung“ nachgedacht. „Das Problem der Fürsorgeerziehung“, so brachte ein FE-Funktionär die weit verbreitete Sicht auf den Punkt, „ist ein Problem der Reinigung! Aber nicht allein der Reinigung von ungeeigneten Erziehern, sondern vielmehr von ungeeigneten Zöglingen“ (Hecker 1931: 276). Durch zwei ministerielle Notverordnungen vom November 1932 war man schließlich in der Lage, sich der widerspenstigen Klientel im großen Maßstab zu entledigen. Rund ein Drittel aller Fürsorgezöglinge, in den meisten Fällen handelte es sich um ältere und/oder angeblich „unerziehbare“ Jugendliche, wurden quasi über Nacht aus den Anstalten geworfen. Wenn sich dies auch aus der Perspektive der Betroffenen in vielen Fällen in erster Linie als Befreiung aus fremdbestimmten und gewaltförmigen Verhältnissen dargestellt haben dürfte, belegt diese Form der Krisenlösung eindrucksvoll, dass die Verantwortlichen am Vorabend des Nazismus bereit waren, die selbstverantwortete pädagogische Misere auf dem Rücken der Betroffenen auszutragen.

Dies war allerdings erst der Anfang von einer grundlegenden Abkehr von allen zivilisatorischen Standards in der Fürsorgeerziehung. Nicht nur, dass man sich nach dem Machtwechsel umgehend daran machte, die während der Weimarer Republik (zumindest auf dem Papier) durchgesetzten Schutzrechte der Zöglinge rückgängig zu machen und Anstaltscurricula an die ideologischen Leitlinien der Nazis anzupassen. Auch die Beteiligung an der Rassenpolitik des NS-Staates (Kuhlmann 1989; Kaminsky 1995) sowie die Verbringung angeblich „unerziehbarer“ Jugendlicher in die Jugend-Konzentrationslager (Limbächer/Merten/Pfefferle 2000; Neugebauer 1997) zeigen, dass man sich in der Fürsorgeerziehung nicht nur bereitwillig an den Verbrechen der Nazis beteiligte, sondern sich zur Realisierung der eigenen Erziehungsvorstellungen ungeniert der Machtmittel bediente, die das Regime so reichhaltig bereitstellte.

## Fazit

Ohne Zweifel lässt sich die Geschichte Sozialer Arbeit, noch nicht einmal die der Jugendfürsorge auf die hier angedeuteten Formen der Krisenbewältigung reduzieren. Immerhin, wenn auch zuweilen dem Dunkel des Vergessens anheim gefallen, finden sich in der Geschichte der Weimarer Jugendfürsorge auch Beispiele engagierten Eintretens für die Interessen der sozial Benachteiligten und von solidarischem Handeln zugunsten der Heranwachsenden. Beispiele dafür, dass den Verantwortlichen nicht nur der politisch-hegemoniale Charakter ihres Schaffens bewusst war, sondern sie daraus auch Konsequenzen zogen. Dies beinhaltete einerseits, bei den Auseinandersetzungen auf der fürsorgepolitischen Ebene nicht gegen die Interessen ihrer AdressatInnen zu agieren, während damit auf der alltagspraktischen Ebene eine Haltung verbunden war, die den „Eigen-Sinn“ (Alf Lüdtke) der Jugendlichen nicht als einen durch Unterwerfung zu neutralisierenden Störfaktor der eigenen Berufspraxis, sondern als produktiven Ansatzpunkt einer emanzipativen Bildungsarbeit erkannte. Allerdings zeigen nicht nur die Entwicklungen der Fürsorgeerziehung im Nazismus, sondern vor allem die bis weit in die 1970er Jahre hinein oft genug von den Mustern alt-preußischer Zuchtpädagogik, ja bisweilen von nackter Willkür und Gewalt geprägten Verhältnisse (vgl. Wensierski 2006), dass für „Experimente“ jenseits des Kasernenhofdrills keine durchsetzungsfähigen Kräfte vorhanden waren.

Eine historisch aufgeklärte Soziale Arbeit täte angesichts ihrer insgesamt reichlich katastrophalen Realgeschichte im 20. Jahrhundert jedenfalls gut daran, ihre historischen Entwicklungslinien nicht eindimensional als Erfolgsgeschichte resp. als ein möglicherweise trübes und bedauernswertes, aber doch abgeschlossenes und überwundenes Kapitel einer insgesamt erfolgreich verlaufenden Berufsgeschichte abzutun. Dazu kann eine Perspektive auf die Geschichte Sozialer Arbeit beitragen, die sie bzw. die in diesem Feld agierenden Professionellen als politische AkteurInnen in hegemonialen Auseinandersetzungen in den Blick nimmt. Dies bezieht sich auf die unhintergehbare Funktionalisierung Sozialer Arbeit für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen wie auch für die darin eingeschlossenen Möglichkeiten, sich auf allen Ebenen der Auseinandersetzungen kritisch einzumischen.

## Anmerkungen

- 1 Wenn nicht anders angegeben, wird hier die in den Jahren 1991 bis 2002 von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug herausgegebene Gesamtausgabe der „Gefängnishefte“ von Antonio Gramsci verwendet.
- 2 Es geht bei der Herstellung des „gesellschaftlichen Konformismus“ mithin darum, das einzelne Individuum dazu zu bewegen, sich in den Kollektivmenschen einzugliedern (ebd.). Siehe auch Gefängnishefte Bd. 7: 1548f.; Bd. 9: S. 2071 und Bd. 5: 1043.
- 3 Gramsci betont im Anschluss an Marx, dass die hegemonial-pädagogischen Beziehungen als „als Lehrer-Schüler-Verhältnis ein aktives Verhältnis wechselseitiger Beziehungen (darstellen) und deshalb jeder Lehrer auch Schüler und jeder Schüler Lehrer ist“ (Gramsci Bd. 5: 1335).
- 4 Eine ausführliche und auf umfangreichen Archivrecherchen basierende Darstellung der Entwicklungen kann in meiner im Dezember 2005 an der Bergischen Universität Wuppertal eingereichten Dissertation: „Der Staat als Erzieher: Jugendpolitik und Jugendfürsorge im Rheinland zwischen Kaiserreich und Ende des Nazismus“ nachgelesen werden. Bei Interesse versende ich gerne eine Kopie der Arbeit.
- 5 Dass sich die Geschichte der Sozialen Arbeit insgesamt, aber auch die Jugendfürsorge nicht auf die in vielerlei Hinsicht besondere Entwicklung der Fürsorgeerziehung reduzieren lässt, wurde verschiedentlich und zu Recht angemerkt. Der hier interessierende Zusammenhang lässt sich allerdings aufgrund des spezifischen Zuschnitts der Fürsorgeerziehung besonders deutlich illustrieren. Dies bedeutet weder, dass die Entwicklungen in anderen Arbeitsbereichen identisch verlaufen mussten *noch*, dass sich die am Beispiel der Fürsorgeerziehung exemplarisch skizzierten Strukturmuster dort nicht finden lassen.

## Literatur

- Achinger, H. (1930): Fürsorge und Weltanschauung. In: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, 22. Jg., Nr. 6, S. 181–190.
- Ayaß, W. (1995): Asoziale im Nationalsozialismus. Stuttgart.
- Bäumer, G. (1925): Der Staat als Erzieher. In: Maaß, H. (Hrsg.): Die Lebenswelt der Jugend in der Gegenwart: sieben Vorträge. Berlin, S. 75–86.
- Benninghaus, C. (1997): Die anderen Jugendlichen. Arbeitermädchen in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York.
- Bernhard, A. (2005): Antonio Gramscis Politische Pädagogik. Grundrisse eines praxisphilosophischen Erziehungs- und Bildungsmodells, Hamburg.
- „Bewahrungsbedürftigkeit asozialer Fürsorgezöglinge“ (1926). In: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 2, Nr. 7, S. 117f.
- Birnbaum, E. (1932): Fürsorgehellen, hg. vom Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland. Berlin.
- Brandt, A. (1929): Gefesselte Jugend in der Zwangsfürsorgeerziehung. Berlin.
- Dickinson, E. R. (1996): The Politics of German Child Welfare from the Empire to the Federal Republic. Cambridge/London.

- Eifert, C. (1993): Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen „Arbeiterwohlfahrt“. Frankfurt a.M./New York.
- Evangelischer Reichs-Erziehungs-Verband (EREV) (1931): Die Durchführung der Fürsorgeerziehung schulentlassener Jugendlicher in den Erziehungsheimen der Inneren Mission. Denkschrift Frühjahr 1931. In: Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland (ADWRh), Bestand Ohl (BO) Nr. 68.3.1, unpag.
- Goffman, E. (1973): Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt a.M.
- Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Hg. unter der Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Gräser, M. (1995): Der blockierte Wohlfahrtsstaat: Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik. Göttingen.
- Grüttner, M. (1984): Arbeiterkultur versus Arbeiterbewegungskultur. Überlegungen am Beispiel der Hamburger Hafendarbeiter 1888–1833. In: Lehmann, A. (Hrsg.): Studien zur Arbeiterkultur. Beiträge der 2. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur“ der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Hamburg vom 8. bis 12. Mai 1983. Münster, S. 244–282.
- Hammerschmidt, P. (1999): Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus. Opladen.
- Hecker, W. (1931): Das Moment der Freiwilligkeit in der Fürsorgeerziehung. In: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz 7, Nr. 17, S. 274–277.
- Hein, J. (1931): Kampf dem Fürsorgeerziehungsskandal! In: Proletarische Sozialpolitik. Organ der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen, H. 8, S. 240–243.
- Heydorn, H. J. (1979): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt a. Main.
- Hirschfeld, U. (1998): Intellektuelle, Kritik und Soziale Arbeit. Definitionsversuche in Auseinandersetzung mit Walzer und Gramsci. In: ders. (Hrsg.): Gramsci-Perspektiven. Beiträge zur Gründungskonferenz des „berliner Instituts für Kritische Theorie“ e.V. vom 18. bis 20. April 1997 im Jagdschloß Glienicke, Berlin. Berlin/Hamburg, S. 183–205
- Hirschfeld, U. (1999): Soziale Arbeit in hegemonietheoretischer Sicht. Gramscis Beitrag zur politischen Bildung Sozialer Arbeit. In: Forum Kritische Psychologie Bd. 40, S. 66–91.
- Hong, Y.-S. (1998): Welfare, Modernity and the Weimar State 1919–1933. Princeton/New Jersey.
- Kaminsky, U. (1995): Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945. Köln.
- Kappeler, M. (2000): Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der Sozialen Arbeit. Marburg.
- Köster, M. (1999): Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Paderborn.
- Kuhlmann, Carola (1989): „Erbkrank“ oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen von 1933–1945. Weinheim/München.

- Kunstreich, T./Peters, F. (1988): Die „heimlichen“ Adressaten der Sozialarbeit. Ansatzpunkte zur Rückgewinnung des Politischen. In: *Widersprüche* 28, S. 41–48.
- Lüdtke, A. (1993): *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik von Kaiserreich bis in den Faschismus*. Hamburg.
- Lenné, A. (1926): Die Zuständigkeit der freien Organisation in der praktischen Jugendfürsorge. In: *Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz* 2, Nr. 8, S. 131ff.
- Limbächer, K./Merten, M./Pfefferle, B. (Hrsg.) (2000): *Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart*. Münster.
- Lohalm, U. (1991): Die Wohlfahrtskrise 1930–1933. Vom ökonomischen Notprogramm zur rassehygienischen Neubestimmung. In: Bajohr, F. u.a. (Hrsg.): *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*. Hamburg, S. 193–225.
- Mayo, Peter (2006): *Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer verändernden Praxis*. Hamburg.
- Merkens, A. (2002): Ideologie, Kritik und Bildung. Entwicklung, Widersprüche und Krisen ideologiekritischer Bildung. Ein Überblick mit Schwerpunkt. In: *Das Argument* 246, S. 339–353.
- Merkens, A. (2004): Einleitung. In: *Antonio Gramsci: Bildung und Erziehung. Gramsci-Reader*. Hamburg.
- Neugebauer, M. (1997): *Der Weg in das Jugendschuttlager Moringen. Eine entwicklungsgeschichtliche Analyse nationalsozialistischer Jugendpolitik*. Mönchengladbach.
- Noll, J. (1930): Ein Beitrag zur Fürsorgeerziehung. In: *Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz* 5, Nr. 3, S. 47–51.
- Norden, G. von (1999): Die Innere Mission im Rheinland 1933–1945. In: Witschke, R. (Hrsg.): *Diakonie bewegt. 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland*. Köln, S. 97–128.
- Peukert, D.J.K. (1986): *Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge 1878–1932*. Köln.
- Peukert, D.J.K. (1987a): *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt a. Main.
- Peukert, D.J.K. (1987b): *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik*. Köln.
- Reyer, J. (1991): *Alte Eugenik und Wohlfahrtspflege. Entwertung und Funktionalisierung der Fürsorge vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*. Freiburg i. Br.
- Schenk, K. (1929): Methoden und Grenzen der Anstaltserziehung. In: *Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz* 5, 1929, Nr. 2, S. 28–31.
- Schmidt, H. (2002): *Gefährliche und gefährdete Mädchen. Weibliche Devianz und die Anfänge der Zwangs- und Fürsorgeerziehung*. Opladen.
- Steinacker, S. (2006): Die Anstalt als umkämpfter Raum. Zum Konfliktverhalten jugendlicher Heiminsassen in der Weimarer Republik. In: *Promotionskolleg „Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung“* (Hrsg.): *Kinderwelten und institutionelle Arrangements. Modernisierung von Kindheit*. Wiesbaden, S. 37–35.
- Thompson, E.P. (1979): Die „sittliche Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: Puls, D./ders. (Hg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert*. Frankfurt a. Main, S. 13–80.

- Vossen, K. (1927): Probleme in der Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Fürsorge“. In: Jugendwohl. Zeitschrift für katholische Kinder- und Jugendfürsorge, 16. Jg., H. 5, S. 206–221.
- Wensierski, P. (2006): Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik. München.
- Wessel, H. (1931): Lebenshaltung aus Fürsorge und Erwerbstätigkeit. Eine Untersuchung des Kostenaufwands für Sozialversicherung, Fürsorge und Versorgung im Vergleich zum Familieneinkommen aus Erwerbstätigkeit. Eberswalde.
- Willing, M. (2003): Das Bewahrungsgesetz (1918–1967). Eine rechtshistorische Studie zur Geschichte der deutschen Fürsorge. Tübingen.
- Wollasch, A. (1991): Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (1899–1945). Ein Beitrag zur Geschichte der Jugend- und Gefährdetenfürsorge in Deutschland. Freiburg i.Br.

*Sven Steinacker, Schillerstr. 82, D-42651 Solingen;  
E-Mail: s.steinacker@wtal.de*



Peter Wensierski

## **Schläge im Namen des Herren – Das verdrängte Schicksal der Heimkinder in der Bundesrepublik. Erste Reaktionen auf ein Spiegel-Buch**

---

Es war ein frostiger Montagmorgen, Ende Januar 2006, da eilte eine Reihe katholischer Damen und Herren, die einen in schwarzer Soutane, die anderen in ihre ausladenden Gewändern verhüllt, zielstrebig vom Bonner Hauptbahnhof zum Wittelsbacherring 9. Kaum fünf Minuten dauerte ihr Weg über die vereisten Straßen, in die neue Zentrale der deutschen Orden.

Eingeladen hatte man von dort aus den Kreis wenige Tage zuvor, ganz persönlich, ganz diskret. Per E-Mail oder Anruf. Einziges Thema der von einem Dutzend Orden aus Nord- und Süddeutschland Abgesandten war die bevorstehende Veröffentlichung des allen Beteiligten noch unbekanntem Spiegel-Buches „Schläge im Namen des Herrn“, das ab dem 13. Februar im Buchhandel erhältlich sein sollte. Punkt 10 Uhr 30 stand als hauptsächliches „Ziel“ des Treffens auf der Tagesordnung: „Wie wir gegen die Beschuldigungen vorgehen können.“

Zur gleichen Zeit, 320 Kilometer entfernt, tippt Björn Hagen, der Chef des Evangelischen Erziehverbandes in der Hannoveraner Flüggestrasse an einem bundesweiten Rundschreiben für alle Mitglieder. Einziges Thema: „Geplante Veröffentlichung des Spiegel zu Heimerziehung in den 50er Jahren“. Er schreibt: „Unabhängig von der Frage, ob die eigene Einrichtung von den Recherchen des Spiegels erfasst wird“, rege der Vorstand an, „sich mit der Situation der Miss-handlungen und Traumatisierungen“ ehemaliger Heimkinder „aktiv auseinander zu setzen“.

Vielen Betroffenen, heißt es in dem Schreiben weiter, gehe es vornehmlich „um die Anerkennung des erfahrenen Leids. Es ist deshalb überlegenswert, ob die Betroffenen in die Einrichtung eingeladen werden und man sich ihnen bewusst widmet.“



Dem evangelischen Cheferzieher ist jedoch noch etwas anderes besonders wichtig. Er schreibt: „Der Vorstand empfiehlt, in etwaigen öffentlichen Diskursen das Thema möglicher Rentenansprüche aus ‚Zwangsarbeit‘ oder anderer Schadensersatzleistungen nur dahingehend zu beantworten, dass hierzu ggf. juristische Prüfungen erforderlich sind. Des Weiteren wird empfohlen, sich deutlich von misshandelnden und herabwürdigenden Erziehungsmethoden zu distanzieren und das Bedauern über etwaige resultierende Traumatisierungen auszudrücken.“ Dann folgen noch ein paar Argumentationshilfen für die bevorstehenden Diskussionen.

Auch in einem Bürokomplex in der Innenstadt von Kassel beschäftigt sich in diesen Winterwochen der größte Träger öffentlicher Erziehung in Hessen, der Landeswohlfahrtsverband LWV mit der dunklen Seite seiner Geschichte. Referatsleiter Klaus Lehning, kennt schon persönlich einige Schicksale von Kindern und Jugendlichen aus den fünfziger und 60er Jahren. Gegenüber Journalisten sagt Lehning, er sei „nur noch erschüttert“. Und: „Man darf nicht glauben, es gehe nur um ein paar Auswüchse. Die Dokumente aus der damaligen Zeit zeigen, dass die Zustände in den Heimen und nicht nur Einzelfälle skandalös waren.“ Lehning hatte mir während der mehr als zweijährigen Recherche schon dabei geholfen, dass ich in den Archiven des LWV in Kassel Materialien einsehen konnte.

Das war eine bemerkenswerte Ausnahme, denn von den Orden, die früher einmal Erziehungsheime betrieben hatten, verweigerten sonst alle Angefragten solche Blicke in ihre Archive.

Beim hastig einberufenen Januar-Treffen im „Haus der Orden“ in Bonn taten sich die versammelten Brüder und Schwestern noch schwer damit, dass die Jahre des Verdrängens und Verschweigens vorbei sein sollte und dass die Opfer ihrer früheren Erziehung nun fordern, sich einer Aufarbeitung dieser Zeit gemeinsam zu stellen. Das Schweigen der Opfer aus Scham war den Tätern gerade recht gewesen. Auch bei ihnen waren die betroffenen Menschen längst aus dem Blickfeld geraten.

Dabei waren um 1960 mehr als die Hälfte der rund 3000 westdeutschen Erziehungsheime mit mehr als 200 000 Plätzen ausschließlich in katholischer Hand, der Rest war evangelisch geleitet und nur weniger als 20 Prozent waren staatlich-kommunal. Über 22 400 Nonnen, Brüder und katholische Laien legten Hand an der erziehungsbedürftigen Jugend an.

Auf der winterlichen Krisenkonferenz im Bonner „Haus der Orden“ mussten sich die versammelten Brüder und Schwestern zu ihrem eigenen Erstaunen eingestehen, dass sie ihr früheres Hauptbetätigungsfeld selbst so sehr totgeschwiegen und beiseite geschoben haben, dass sie nicht einmal mehr grundlegendes

wussten. Später gestand mir ein Ordenssprecher ein, „Wir mussten uns erst mal einen Überblick verschaffen, welcher Orden hat überhaupt wo gewirkt?“

Dabei führten die katholischen Frauen- und Männerorden jahrzehntelang stolz Anstalten mit wohlklingenden Namen wie „Zum guten Hirten“, „Marienheim“, „St. Vincenzheim“ oder „Don-Bosco-Haus“. Heute gibt es nur noch wenige Heime, etwa wie in der „Johannesburg“ im Emsland, wo noch Ordensbrüder oder -schwestern in den Leitungsgremien sitzen. Die meisten Orden sind überaltert, ohne Nachwuchs und damit ohne rechte Zukunft, und in den wertvollen, oft schlossartigen Immobilien – etwa die Salesianer, die ich in der Eifel besuchte – wohnen mitunter nur noch 12 Brüder wo Platz genug für Hunderte wäre.

Zu all den Problemen der Gegenwart nun auch noch die Schatten der Vergangenheit? Ein Gefühl des Ertappt-worden-Seins machte sich mit dem Erscheinen des Buches und dem dann folgenden Medienecho breit. Journalisten riefen bei Ordensschwestern an, um Fragen zu stellen, ehemalige Heimkinder meldeten sich, Kamerateams verlangten Auskünfte. Die schlichte Reaktion der beteiligten Orden war überwiegend ein Abtauchen, ein Verstummen vor den Nachfragen der Journalisten, und schlimmer noch: das Verweigern eines wirklichen Gespräches mit den Opfern der unbarmherzigen Erziehungspraktiken von einst.

Als zwei ehemalige Heimkinder des Dortmunder Vincenzheimes bei ihren „Barmherzigen Schwestern“ nach vierzig Jahren, im Februar 2006, ermuntert von der Buchveröffentlichung und mit Unterstützung eines Kamerateams zum verabredeten Gespräch erschienen, war die Begrüßung der Schwestern verhalten, eine erkannte ihren ehemaligen Fürsorgezögling und sagte zögerlich: „Ja ... wir haben uns ... wir haben uns sozusagen ... einmal gehabt.“ Elke Meister, Anfang der 60er Jahre bei dieser Schwester im Dortmunder Heim, verschlug es beinahe die Sprache. Sie erzählte von der harten, unbezahlten Arbeit im Bügel-saal, vom einzig erlaubten Singen der Marienlieder und dem Zwang zum Schweigen. Sie schilderte die „Klause“ im Vincenzheim, ein Strafbunker des Heimes, wie es in ähnlich in vielen Heimen gab. Dort waren sie und die anderen „gefallenen Mädchen“ oft tagelang eingesperrt bei Wasser und Brot, um zur Besinnung zu kommen, nur weil sie etwa beim Bügeln mit einer Nachbarin gekichert hatte. „Das gibt’s doch nicht!“ rief die Schwester aus, die Elke dort selbst als Jugendliche eingesperrt hatte. Nein, an eine „Klause“ konnte sich keine der anwesenden Schwestern erinnern.

Die vielen Fragen der ehemaligen Heimkinder blieben unbeantwortet, am Ende einer unergiebigsten Stunde galt das apodiktische vorläufige Schlusswort der Schwestern: „Es hat keinen Zweck mehr, in diesen Dingen zu wühlen!“

Auch ein anderes Opfer dieser unbarmherzigen Schwestern kam nicht weiter mit seinem Wunsch nach Aufarbeitung: Hoffnungsvoll hatte wenige Wochen nach

Erscheinen des Buches der Aachener Jürgen Schubert, 59, einen ganz besonderen Brief in Empfang genommen. Absender: die Kongregation der Barmherzigen Schwestern in Paderborn. Einen Monat zuvor hatte Schubert der Generaloberin der Nonnen seine Lebensgeschichte mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Unter dem Titel „Mundtot“ hatte er in einem autobiografischen Buch notiert, welche Qualen er einst in Marsberg, einem anderen Heim des Ordens am Rande des Sauerlandes erlitten hatte. Dort musste er 15 Jahre lang, sagt Schubert, „als abgeschobenes uneheliches Kind dahinvegetieren“.

Er als Opfer der Nonnen hoffte auf ein paar Worte der Entschuldigung. Doch von Buße keine Spur: Der Briefumschlag enthielt nur eine Karte mit wenigen Zeilen und einem seltsamen Lob. Sein Lebensbericht sei „sachlich und spannend verfasst“, schrieb Generaloberin Cäcilie Müller, zudem habe der Text „keine Vorwürfe“ enthalten – was sie und ihre Schwestern „erleichtert“ zur Kenntnis genommen hätten. Doch irgendwie muss die fromme Schwester doch das Gewissen geplagt haben: Der Karte lag peinlicherweise ein 20-Euro-Schein bei, als „Anlage“.

Seitdem ist der Zorn des Mannes, der von 1949 bis 1964 im Johannesstift im sauerländischen Marsberg gelebt hatte, größer als je zuvor. „Zwanzig Euro Wiedergutmachung nach 15 Jahren des Eingesperrt-Seins? Nach Prügel, Demütigung und Kinderarbeit?“, empört er sich. „Ich kann so viel Unbarmherzigkeit nicht fassen.“

Nur eines tröstete Schubert, Mitglied in einem seit Jahresbeginn neu arbeitenden „Vereins ehemaliger Heimkinder“: Anders als die Schwestern von Paderborn wollen sich die beiden großen Kirchen jetzt endlich des Schicksals jener rund 500.000 Menschen annehmen, die bis in die 70er Jahre in meist kirchlichen Heimen Westdeutschlands unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht waren – das wäre ein radikaler Kurswechsel, denn bis vor kurzem, war dies nicht nur bei den Orden, sondern auch bei Caritas und Diakonie so gut wie kein Thema.

Schubert und andere Heimkinder vernahmen im Frühjahr 2006 plötzlich auch andere Töne, Äußerungen, wie die des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Wolfgang Huber als Reaktion auf das Spiegel-Buch: er wolle in seiner Kirche „heilsame und entlastende Entschuldigungen“ auf den Weg bringen: „Wenn dieses Unrecht nicht beim Namen genannt wird, dann wird die Würde der betroffenen Menschen heute genauso verletzt wie damals,“ sagte Vielredner Huber. Mehr nicht, Interviews zum Thema Heimkinder wollte er jedoch nicht geben.

In der EKD-Zentrale in Hannover kam es nach der Veröffentlichung des Buches zur internen Diskussion. EKD-Chef Huber wollte keine generelle Entschuldi-

gung seiner Kirche. Er forderte bei einer längeren Besprechung das Diakonische Werk dazu auf, die Aufarbeitung in den einzelnen Heimen voranzutreiben. Archive sollten geöffnet, Begegnungen zwischen früheren Mitarbeitern und einstigen Zöglingen ermöglicht werden. In Bethel wurde eine wissenschaftliche Aufarbeitung begonnen, die innere Mission in Bayern veröffentlichte einen Aufruf, ehemalige Heimkinder sollten sich melden und berichten. Die bayerische Diakonie streute sich Asche aufs Haupt „ohne schwarz-weiß Malen zu wollen“. In ihrer Stellungnahme finden sich bemerkenswerte Äußerungen: „Obwohl derartige Vorgänge sowohl durch damals gängige pädagogische Praxis als auch zum Teil durch einen entsprechenden rechtlichen Rahmen gedeckt und damit selbst staatlich abgesichert waren, müssen wir heute die Verhaltensweisen, die ihnen zugrunde liegen, als großes Unrecht bezeichnen, da sie den Grundsätzen eines christlichen Menschenverständnisses nicht entsprechen. Auch wenn es sich dabei nicht um „systematisches“ Vorgehen handelt, das für alle Einrichtungen der evangelischen Jugendfürsorge angenommen werden muss, handelt es sich doch auch um Ausdruck einer pädagogischen Haltung, die leider auch in Einrichtungen der Diakonie zu finden war. Diese Vorfälle können auch nicht alleine durch einen Hinweis auf ‚damalige Verhältnisse‘, Überlastung und Überforderung der Mitarbeitenden oder ein anderes Verständnis von Pädagogik relativiert werden.“

Der damalige Diakonie-Chef Jürgen Gohde machte sich Hubers Auftrag besonders zu Eigen und gab hier und da Interviews.

Auf die Frage der „Frankfurter Rundschau“, was ihm bei der Lektüre des Buches durch den Kopf gegangen sei, antwortete er: „Ich bedauere sehr, was in der Vergangenheit auch in Heimen der Diakonie Schlimmes geschehen ist. Das Buch bricht ein Tabu. Wir müssen uns fragen, wie konnte es damals zu solchen Ausgrenzungen junger Menschen und Übergriffen kommen. Da waren auch Richter beteiligt, Lehrer, Jugendämter, Nachbarn und Eltern. Dahinter steckt ein ganzes Wertgefüge. Das Seltsame ist, dass bei allen Reformen, die wir inzwischen erfolgreich eingeleitet und umgesetzt haben, nie die Frage gestellt worden ist, welche Traumata damals bei den jungen Leuten ausgelöst worden sind. Es ist das Verdienst des Buches, dass es all die Biografien aus der Anonymität herausholt hat. Ich wünsche mir, dass wir die Scham überwinden, über die Gewalttraditionen in der Erziehung zu reden. Dafür brauchen wir die Berichte der Opfer und der Erzieher.“ Gohde nahm auch direkten persönlichen Kontakt zu einigen Mitgliedern des Heimkindervereins auf und hörte ihnen zu. In dem Interview vom 11. März kündigte er auch konkrete Vorhaben der Diakonie an: „Wir bereiten derzeit eine Tagung zu dem Thema vor, auf der alle Beteiligten zu Wort kommen müssen. Wir bereiten auch eine Studie vor. Die wird unabhängig sein. Wir haben ja schon Erfahrung in der Aufarbeitung der Zwangsarbeit oder der Jugendlichen bis 1945. Wir wollen nichts beschönigen, verharmlosen oder ungeschehen machen. Wir als Kirche, als Diakonie können eine Plattform bilden, wo Opfer

den Respekt und die Anerkennung wiedergewinnen, die man ihnen so lange vorenthalten hat.“

Im Juni trat Gohde von seinem Amt zurück, seitdem haben Leute wie Schubert und andere Heimkinder nicht mehr viel von den angekündigten konkreten Projekten der Diakonie gespürt.

Schwierig war es auch, vom Chef der katholischen Bischöfe, Kardinal Karl Lehmann, eine Äußerung zu bekommen. Nur am Rande einer Pressekonferenz sprach er ein paar Sätze über „falsch verstandene Pädagogik“. Das „Leid jener Heimkinder“, habe ihn „erschüttert und tief berührt“. Er teile zwar nicht „einen Generalverdacht gegen alle Heime“, befürworte jedoch, „die Aufarbeitung der Geschehnisse, die in einigen Heimen schon begonnen hat, um wenigstens heute den Opfern gerecht zu werden zu versuchen“. Er machte deutlich, dass dies nicht eine zentrale Aufgabe der katholischen Kirche und ihrer obersten Würdenträger ist, sondern bestenfalls lokal und individuell zu geschehen habe.

Kölner Zeitungen, bei denen sich Hunderte von ehemaligen Heimkindern aus der Region gemeldet hatten, nachdem sie über das Spiegel-Buch berichtet hatten, versuchten jedoch vergeblich, eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit den beiden Chefs von Diakonie und Caritas zu organisieren. Peter Neher („Wir wollen die heute Erwachsenen nicht mit den in ihrer Kindheit entstandenen Traumatisierungen alleine lassen.“) und Gohde („Mir tun die Folgen für jeden einzelnen Menschen Leid.“) hatten monatelang angeblich nicht die Möglichkeit, gleichzeitig an einem Abend in Köln zu erscheinen.

Doch weil sich inzwischen auch die Politik, wenn auch zaghaft, der Sache annimmt, steigt der Druck auf die Kirchen. „Wichtig und notwendig“ sei es, rang sich Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), im Mai auf Nachfrage zwei Sätze ab, dass sich das Parlament mit dem Thema befasse. Dort sollten die Abgeordneten „Möglichkeiten der moralischen und sozialen Anerkennung des erlittenen Unrechts diskutieren“.

Zu diesem Zweck will die rührige SPD-Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht, Mitglied im Petitionsausschuss, sobald wie möglich eine Anhörung von ehemaligen Heimkindern organisieren. Was da mit den jungen Menschen in der Bundesrepublik geschehen ist, sagt die Abgeordnete, sei „nicht staatliche Hilfe zur Erziehung, sondern in viel zu vielen Fällen die Zerstörung von Persönlichkeiten“ gewesen. Es seien Dinge geschehen „im Namen des Rechtsstaates, die jedoch Unrecht waren“.

Auch Rupprecht kennt Heimkinderschicksale persönlich und ist Spezialistin für Kinderrechte.

Es wurden noch vor der parlamentarischen Sommerpause Stellungnahmen von mehreren Ministerien angefordert; dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Abgeordnete Rupprecht ist optimistisch, dass es auch wirklich zu der Anhörung kommt: „Wir wollen uns auch die Erfahrungen aus Irland berichten lassen; wie wurde dort eine Lösung für Entschädigungen gefunden? Folgende Fragen stellen sich: Gibt es eine Form der Rentenanwartschaften; ist es möglich hier eine Regelung zu finden, die allen Betroffenen gerecht wird? Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung arbeitet an dieser Problematik. Gibt es eine Opferentschädigung oder Rehabilitation, bzw. welche Form der Rehabilitation kann es bei Menschenrechtsverletzungen geben? Zu Wort kommen sollen nicht die Verbände, die Träger der Heimeinrichtungen sind und waren, sondern nur Betroffene, weil wir der Überzeugung sind, dass sie zuallererst Gelegenheit haben sollten, ihr Anliegen vorzutragen.“

Ex-Heimkind Jürgen Schubert aus Aachen hofft auf den Herbst, dass es nicht allzu lange dauert, bis er bei einer Anhörung im Bundestag sprechen kann. Seine Lebensgeschichte, die er bereits den Schwestern in Paderborn schickte, will er demnächst den Parlamentariern vorlegen. Die 20 Euro, die der Orden der „Barmherzigen Schwestern“ ihm zukommen ließ, hat er inzwischen zurückgespendet – das Geld liegt im Opferstock des Aachener Doms.

Am schnellsten mit den Reaktionen auf das Buch waren die Betreiber staatlicher Heime in Hessen. Der Landeswohlfahrtsverband (LWV), ein Zusammenschluss hessischer Städte und Kommunen, verabschiedete zwei Monate nach Erscheinen des Buches eine Resolution, durch die der Verband anerkennt, dass bis in die 70er Jahre auch in seinen Kinder- und Jugendheimen eine Erziehungspraxis stattgefunden hat, die „aus heutiger Sicht erschütternd“ ist. In der Rede zur Resolution heißt es: „Wir bedauern zutiefst, dass ihnen auch Leid zugefügt worden ist von denjenigen, die Sie durch ihre Obsorge (sorgende Aufsicht) davor schützen wollten. Dass so etwas möglich war, können wir uns nur dadurch erklären, dass wir unsere tätige Mitmenschlichkeit zutiefst vernachlässigt haben. Namens dieser Versammlung bitte ich Sie um Vergebung für alles, was Ihnen unrechtmäßig angetan worden ist. Wir bitten Sie um Verzeihung.“

Wir bitten Sie auch darum, dass Sie dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und anderen Beteiligten Gelegenheit geben, gemeinsame Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Aufarbeitung Ihrer schrecklichen Erlebnisse zu finden.“

Im Juni organisierte der LWV eine gut besuchte Tagung im Idsteiner Kalmenhof, auf der zum ersten Mal das Leid der Heimkinder im Mittelpunkt stand (mehr darüber: [http://www.schlaege.com/html/lesung\\_idstein.html](http://www.schlaege.com/html/lesung_idstein.html)).

Andere Verbände, die Träger von Erziehungsheimen waren oder noch sind, etwa in Rheinland haben dagegen noch nicht reagiert.

In der hessischen Erklärung, die von allen fünf Partei-Fraktionen der Verbandsversammlung getragen wird, spricht der LWV „sein tiefstes Bedauern über die damaligen Verhältnisse“ in den Heimen aus und entschuldigt sich – anders als die Kirchen – ausdrücklich bei allen Kindern und Jugendlichen, die dort „alltäglich physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt waren“. Ihr Leid bleibe verbunden mit „Holzpritschen ohne Matratzen, mit Strafbunkern, Besinnungsräumen, Arbeitszwang, Schlägen, Demütigung“.

In einem der Heime des staatlichen Trägers gibt es letzteres noch alles zu besichtigen, im „Mädchenheim Fuldata“, im ehemaligen Kloster Breitenau in Guxhagen bei Kassel.

Wenn man dort die Tür am Fuße des massigen Turmes der ehemaligen Klosterkirche öffnet, liegt dahinter ein gewaltiges Treppenhaus aus Stein. Die Stufen führen hinauf zu schweren Holz Türen, hinter denen die Besinnungsräume des ehemaligen Erziehungsheimes liegen. Der ersten Tür folgt ein kurzes Stück Gang, dann eine zweite Tür. Dahinter betritt man einen kahlen Raum, spärlich beleuchtet von einer vergitterten Luke unter der Decke. Man erkennt eine Waschschüssel aus Emaille, die auf einem Holzschemel steht, und ein Klobeck für die Notdurft. Der Raum wirkt leer und kalt. Ein Bett aus rohen Brettern steht noch da, ohne Matratze. Auf dem Holz ist eine braune Wolledecke ausgebreitet, mit großen Lettern, die auf den letzten Benutzer des Klostergebäudes hinweisen: „Landesfürsorgeheim Fuldata“. Das Verließ gehörte zu einem Erziehungsheim des LWV Hessen für „verwahrloste“ Mädchen ab 14 Jahren, die hier von 1952 bis 1973 untergebracht waren.

Eine der drei Zellen diente bis zum Schluss dazu, die Mädchen „zur Besinnung“ zu bringen. Die Wände sind voller Kritzeleien. Namen, Daten, Striche, Herzen. „Irgendwann müssen sie mich doch entlassen“ steht da. Und: „Die Erzieherinnen sind schlimmer als die Mädchen“ oder: „Hier drin wird man erst verdorben.“ Eine „Marion, Bad Schwalbach“ hat ein Datum eingeritzt: „5.10.1960“, ein anderes Mädchen „2.3.1967“. Manchmal kann man nur noch einzelne Worte entziffern: „Wahrheit“, „einsam“, „Inge“.

Die Wände wurden mehrfach übertüncht, unter den jüngeren Inschriften liegen ältere. Gut zu erkennen ist in einer der Zellen der Satz: „Wir hungern hier, weil es unser Führer so will“, eingraviert von einem Insassen irgendwann in der NS-Zeit, als das gleiche Gemäuer auch Arbeitserziehungslager war. Die Inschriften der Zöglinge aus den 20er Jahren an den Zellenwänden liegen noch eine Schicht tiefer und sind nur schemenhaft auszumachen.

Auch in den übrigen Räumen des ehemaligen Heimes ist noch manches so, wie es 1973 bei der Schließung der Anstalt verlassen wurde: die Mädchenschlaf-

räume, die Dusch- und Waschräume, die alten Nähmaschinen aus den Arbeitsstuben, der Speiseraum mit dem Blechgeschirr.

Dass Teile dieses berühmten Erziehungsheimes der 50er und 60er Jahre wie im Dornröschenschlaf erhalten geblieben sind, ist dem Denkmalschutz zu verdanken.

Die jahrhundertealten Klostergebäude durften nicht einfach umgebaut und anderweitig genutzt werden. Während der NS-Zeit dienten die Klostermauern der Gestapo als Arbeitserziehungslager. Nach dem Krieg lebten die Mädchen des Erziehungsheims in denselben Gebäuden wie vor ihnen die Opfer der Gestapo. Um die unrühmliche Rolle des Heims zu verdecken, nannte man es seit 1949 nicht mehr Breitenau, sondern „Landesfürsorgeheim Fuldata“.

Doch die Idee einiger ehemaliger Fürsorgezöglinge, an dieser Stelle eine Art Museum der westdeutschen Heimerziehung, der jahrzehntelangen deutschen Erziehung zu Zucht und Ordnung zu machen, mochte man sich im LWV Hessen bisher nicht so recht anschließen.

Andernorts, in der „Diakonie Freistatt“, westlich von Hannover, ist eine Gruppe Ex-Fürsorgezöglinge bei einem ähnlich erhalten gebliebenen Ort auch noch nicht so recht weiter gekommen. Zwar hat diese Einrichtung inzwischen Dutzende von Akten an Betroffene herausgegeben und sie auch zu Besichtigungen und einer großen Diskussionsveranstaltung eingeladen. Doch ein Gedenkort für die hier im Moor einst schuftenden 14–21-jährigen Jugendlichen, deren einziges Vergehen oft nur die wiederholte Flucht aus anderen Heimen war? Nein, dazu mochte man sich bisher nicht durchringen.

Die Mitglieder des Vereins ehemaliger Heimkinder möchten solche Orte nicht nur für die Betroffenen, sie wollen, dass die heutigen Erzieher oder Pädagogikstudenten solche Ausstellungen besuchen können, damit sich die Dinge nicht wiederholen, denn die Sehnsucht nach einfachen Lösungen in der Erziehung von Kindern ist immer wieder neu vorhanden – wie auch die Forderungen von Politikern heute nach geschlossenen Heimen zeigen.

Für solche Ziele kämpft der neu gegründete Selbsthilfeverein Es sind allesamt ehemalige Heimkinder, die nach 1945 ihre Kindheit und Jugend in Heimen in Deutschland verbracht haben und sich damit eine Anlaufstelle geschaffen haben.

Einige von ihnen wurden inzwischen von Pädagogik-Fakultäten oder Erzieher-Fachhochschulen eingeladen, um dort mit Studenten über ihre Erfahrungen zu reden. Auf ihrer Webseite [www.vehev.org](http://www.vehev.org) sammeln und veröffentlichen sie biografische Erfahrungsberichte und Informationen über Heime.

Eine der wesentlichen Aufgaben des Vereines soll darin bestehen, ehemaligen Heimkindern bei der Bewältigung ihres Alltags Hilfen aufzuweisen, Therapie-



möglichkeiten zu vermitteln und die Einrichtung von lokalen bzw. heimbezogenen Selbsthilfegruppen zu fördern. Außerdem will sich der Verein darum bemühen, die Anerkennung der ehemaligen Heimkinder mit den „beschädigten Biographien“ als Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Misshandlung oder Missbrauch zu erreichen. Zur Wiedergutmachung gehört auch eine Regelung für die oft jahrelange Kinderarbeit in den heimeigenen Werkstätten, Wäschereien, Industrieanlagen oder Forst- und Landwirtschaftsbetrieben, ein Unrecht, über das die Gesellschaft heute kaum noch etwas weiß. Um über diese Fragen zu reden, hofft der Verein jetzt im Herbst auf das Zustandekommen eines „runden Tisches“ mit Vertretern von Staat und Kirche.

Vor allem aber will man „ein Netzwerk schaffen, in dem betroffene ehemalige Heimkinder, Wissenschaftler, Therapeuten, andere Gruppen mit ähnlicher Problemstellung, die Rechtsnachfolger der früheren Heime, heutige Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie alle Bereiche der Gesellschaft zu einem Dialog finden können.“

*Peter Wensierski, Der SPIEGEL, Pariser Platz 4a, 10117 Berlin  
E-Mail: [info@wensierski.info](mailto:info@wensierski.info)*

Mehr Informationen zum Thema unter: <http://www.schlaege.com>  
und auf der Webseite des Heimkinder-Vereins: <http://www.vehev.org>

David Prichard

## **Das andere Gesicht der USA**

### Ungehörte Stimmen: Engagierte Opposition gegen den Irak Krieg

---

#### **Vorbemerkung der Redaktion**

Der folgende Text von David Prichard ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen dokumentiert er eine Anti-Kriegs-Stimmung in den USA, über die in unseren Medien wenig oder gar nicht berichtet wird. Die Grundsätzlichkeit der Argumentation kann auch als Indiz dafür gewertet werden, dass in der US-amerikanischen Gesellschaft eine innere Polarisierung stattfindet, deren Ausgang ungewiss ist.

Auch als Text für die WIDERSPRÜCHE ist der Artikel ungewöhnlich, befasst er sich doch nicht z.B. mit der US-Sozialpolitik, sondern gibt Impressionen eines politisch-kulturellen Milieus wieder, dem der Autor sich zugehörig fühlt. Diesen Bericht hat David Prichard aber auch zugleich als Repräsentant des Redaktions-Kollektivs der Zeitschrift „Journal of Progressive Human Services“ (JPHS) geschrieben. Diese Zeitschrift ist in den USA so etwas wie das Gegenstück zu den WIDERSPRÜCHEN. Timm Kunstreich aus unserer Redaktion ist gebeten worden, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des JPHS zu werden, um so eine zukünftige engere Kooperation beider Redaktions-Kollektive zu fördern. Wir hoffen, dass mit David Prichards Beitrag ein interessanter Artikelaustausch beginnt, aus dem auch einmal mehr werden kann. Wir empfehlen sehr, regelmäßig die Web-Seite unserer US-amerikanischen GenossInnen anzusehen: [www.haworthpress.com/web/JPRO](http://www.haworthpress.com/web/JPRO)

Wer mit dem Autor direkt Kontakt aufnehmen will, schreibe an: David Prichard, Professor of Social Work, University of New England, 716 Stevens Avenue, Portland, Maine 04103, USA; [dprichard@une.edu](mailto:dprichard@une.edu)

Am 16. April 2006 besuchte ich eine Bürgerversammlung zum Irakkrieg, zu der aufgerufen worden war, um Bürgern der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zu

geben, ihre Gedanken und Gefühle zum Irakkrieg zu äußern, auszutauschen und zu diskutieren. Diese Versammlung fand in Portland, der größten Stadt im Bundesstaat Maine an der University of Southern Maine mit über 500 Besuchern statt. Die ebenfalls eingeladenen Vertreter aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat sowie der Gouverneur von Maine verzichteten dagegen auf ihre Teilnahme. Was mich in dieser Versammlung am meisten erstaunt hat, waren das absolute Fehlen jeglicher Unterstützung für George Bush, immerhin Präsident der USA, die völlige Ablehnung seiner Politik, seines Regierungsstils sowie der immer stärker werdenden „korporatistischen“ und imperialistischen Position der Vereinigten Staaten.

Ich bin ursprünglich nicht zu dieser Versammlung gegangen, um einen Artikel über den Irakkrieg zu schreiben, ich war aber hinterher tief bewegt von den nachdenklichen Worten, den leidenschaftlichen Kommentaren und der Energie, die den ganzen Raum erfüllte. Unter den Rednern herrschte eine absolute Einigkeit gegen diesen Krieg. Redner meint hier sowohl diejenigen mit vorbereiteten Manuskripten als auch diejenigen, die sich aufgrund der aufgeladenen Stimmung spontan und unvorbereitet äußerten.

Diese Gedanken und Reflexionen normaler, durchschnittlicher Bürger der Vereinigten Staaten zum Irakkrieg möchte ich im Folgenden den Leserinnen und Lesern der WIDERSPRÜCHE mitteilen: Ihre Worte sprechen für sich selbst: Sie zeigen, dass es eine deutliche Mehrheit der Bürger der Vereinigten Staaten den Irakkrieg ablehnt und nicht unterstützt. Diese Aussage wird auch von verschiedenen Meinungsumfragen in weiten Teilen der USA bestätigt. Auf dieser Versammlung ließen sich einige Themen und Aspekte ausmachen, mit denen dieser Krieg und diese Regierung kritisiert werden und die meinen Beitrag im Folgenden strukturieren: Imperialismus, Inkompetenz, Betrug, Scham, Öl, Moral, korporatistische Kontrolle, Globalisierung und der Staatsterrorismus der USA.

## Imperialismus

Mehrere Redner machten die imperialistische Natur der USA als einen Schlüsselfaktor für den Irakkrieg sowie für die Gewalt und das politischen Unbehagen in weiten Teilen der Welt aus.

„Das Scheitern des Irakkrieges und seiner Ziele – Massenvernichtungswaffen zu entdecken und zu entschärfen, die Kontrolle über das irakische Öl zu erlangen, Israels Interessen zu bedienen und die militärische Macht der USA an den Grenzen von Russland und China zu demonstrieren – ist heute offensichtlich. Im Gegensatz zur Bedeutung dieses Krieges, die vielen nicht klar ist. Der Irakkrieg zeigt, dass ein faschistisches Regime – eine Regierung aus, von und für die Reichen, die Krieg, Angst und Appelle an den Nationalstolz, die Propaganda, Betrug und Militarismus,

die den Sicherheitswahn und die Vereinnahmung der Religion benutzt und Menschenrechte missachtet –, dass dieses faschistische Regime die absolute Macht beansprucht. Eine Macht, die auch absolut korrumpiert, um eine rechtswidrige und blutige Kampagne für der Weltherrschaft loszutreten. Wir werden die Schiedsrichter der Weltpolitik sein: einer Welt, in der die Gier des Marktes Gottes Stelle einnimmt, eine Welt des weiter steigenden extravaganten Konsums der USA und eine Welt der Vernichtung bzw. Herabwürdigung der Umwelt. Die durch *Wahlen legitimierte Akzeptanz* dieser Entwicklung offenbart zum einen eine breite Akzeptanz von Faschismus und zum anderen die Propagandamacht der wirtschaftsgesteuerten Medien über Menschen, die zu verwirrt sind, um ‚Nein‘ zu sagen.“ (David W.)

„Denselben Werten, denen wir diesen abscheulichen Krieg verdanken, verdanken wir [...] die Kürzungen der Sozialleistungen, die Steuergeschenke an die Superreichen und die Zerstörung verfassungsgemäßer Freiheiten [...]. Es geht nicht nur um den Krieg, wohl das sichtbarste und offensichtlichste Beispiel für den Amoklauf einer Regierung, es geht genauso um eine Regierung, die das Volk moralisch, rechtlich, politisch und ökonomisch betrogen hat [...]. Es geht nicht nur um die imperialistischen Hochstapler im Weißen Haus und die Neokonservativen um sie herum, es geht um beide Parteien (Republikaner und Demokraten) und ihre obszöne Vereinigung mit dem Imperialismus [...]. Einige Menschen haben dieser korporatistischen Globalisierung den merkwürdigen Namen Neoliberalismus gegeben. Schaut Euch seine Struktur genau an, Leute. Es handelt sich dabei um Neofeudalismus: Die Menschen werden der Kontrolle riesiger Konzerne unterworfen, den Kriegsherren der Industrie und ihrer Söldlinge in Washington.“ (John O.)

## Inkompetenz

Ein weiteres allgemein geteiltes Thema war die ungeheuerliche Inkompetenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten und seiner Regierung. Man hat den Eindruck, dass die Regierung unter der Führung von George W. Bush Amok läuft.

„Wir alle wissen, dass die gegenwärtige Regierung in Washington korrupt und inkompetent ist. Und wenn wir zurückblicken und hören, wie George Bush seine Macht als Kriegspräsident verkündet, wird mehr als deutlich, warum dieser Krieg begonnen wurde: Dieser Krieg ist ein Mittel zum Zweck. Wir leben in gefährlichen Zeiten. Und mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kongresses in Washington wird sich nichts daran ändern.“ (Jean H.)

Hinzu kam bei einigen Anwesenden ein tiefes Gefühl von Verlegenheit und Ekel, wie zum Beispiel bei diesem Redner, der sehr eloquent die allgemein wahrgenommene Arroganz und die unverschämten Lügen der Bush-Administration gegenüber den amerikanischen Bürgern und der ganzen Welt anprangerte:

„Ich kann mein Gefühl des Ekels vor der derzeitigen Regierung nicht mehr für mich behalten. Ich bin immer empört über das Verhalten unserer ranghöchsten Politiker [...]. Die Welt kann und darf nicht länger unter den unerhörten Handlungen dieser als Wolf im Schafspelz verkleideten Regierung leiden, die sich von gezielter Desinformation und Manipulation gutgläubiger Menschen ernährt. Im Moment wird die Gutgläubigkeit der Leute durch immer neue und veränderte Machenschaften und

Schikanen ausgenutzt – die Gutgläubigkeit von Menschen, die sich sicherlich gegen ihre Ausbeutung erheben würden, wenn die ganze Wahrheit ans Licht käme [...]. Es ist Zeit für neue Wächter, es ist Zeit für eine neue Sicherheit, es ist Zeit [...] unseren Präsidenten endlich seines Amtes zu entheben. Er hat die Lüge der Massenvernichtungswaffen nur erfunden, um seine ‚Öagenda‘ durchzusetzen. Und seine Lügen hören nicht auf – falsche Gründe für den Irakkrieg, Downing Street Memos, die Legitimität eines Präventivschlages – alles Kosten der unglückseligen und fehlgeleiteten Vergeltung für den 11. September. Damit hat er das Wohlwollen der Welt nach dem 11.09. vergeudet, einer Welt, die uns helfen wollte wieder auf die Beine zu kommen und den Feind zu bekämpfen. Er hat zu der Frage gelogen, warum die fortgeschrittenste, mächtigste Nation Bin Laden nicht finden konnte. Er hat über die Gründe gelogen, [...] warum Milliarden Dollar an Steuergeldern [...] verloren gegangen sind. Gelder, die von Firmen verschlungen wurden, deren Nähe zum Weißen Hause zu groß ist, um unbemerkt zu bleiben [...]. Es liegt eine unglaubliche und ekelhafte Arroganz in all diesen proklamierten Halbwahrheiten. Die reumütigen Entschuldigungen und das Verstecken hinter plausiblen Dementis sind nicht zu akzeptieren. Diese Geheimniskrämerei im Namen der Nationalen Sicherheit wird zu nichts anderem führen als zur endgültigen Besiegelung des Schicksals unserer Demokratie. Unsere Glaubwürdigkeit als Weltmacht hat sie schon gekostet. Ein Netz von Lügen gefüllt mit transparenter Leere. Jede unabhängige Untersuchung würde den Betrug mit Leichtigkeit aufdecken, die Wahrheit ans Tageslicht bringen und dem Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen. Holt unsere Truppen endlich nach Hause. Dann lasst George Bush die Vereinten Nationen anflehen, das Schlamassel, das er zu verantworten hat, zu bereinigen [...]. Er und seine Regierung haben die Prinzipien vertrat, auf denen dieses Land gründet [...]. Das Blut unserer gefallenen Soldaten wurde vom Weißen Haus vergossen und auch der Kongress kann sich nicht von dieser Verantwortung reinwaschen.“ (Tom C.)

## Betrug

Den ganzen Abend über wurde eine große Sorge bezüglich der Unaufrichtigkeit des gegenwärtigen Präsidenten und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Wenn die Worte der Redner repräsentativ für das amerikanische Volk sind, dann werden die Lügen und der andauernde Betrug des Präsidenten und der derzeitigen Regierung sehr wohl wahrgenommen.

Ein Teilnehmer zitierte in diesem Zusammenhang treffend Martin Luther King Junior:

„Es wird eine Zeit kommen, in der Schweigen Betrug ist.“ Die Wahrheit muss endlich ausgesprochen werden. Wir sind heute eines der technologisch am weitesten entwickelten Länder der Welt, aber wir nutzen unser Wissen und unsere Macht nicht für wichtige Dinge, sondern verschwenden sie für monströse Zerstörungen. Unsere Regierung behält ihre Geheimnisse für sich und konferiert auf heimlichen Sitzungen ausschließlich mit denjenigen, die ihre Agenda unterstützen. Die Presse entscheidet, was gedruckt wird; der Patriot Act beraubt uns unserer verfassungsgemäßen Rechte; es gibt weitere, namenlose Guantanamo's auf der ganzen Welt, in denen die verzweifelten Schreie der Gefolterten ungehört verhallen.“ (Louisa H.)

Ein anderer Redner bezog sich auf die Kosten des Krieges für die arme Bevölkerung in den Vereinigten Staaten und betonte, dass die Ressourcen, die für das Töten unschuldiger Zivilisten in entfernten Ländern verwendet werden, für eben diese Armen – hier in den USA und anderswo – genutzt werden könnten:

„Für jeden Krieg, den wir in einem anderen Land führen, gibt es einen Krieg direkt vor unserer Haustür. Die Menschen an dieser Front sind Menschen wie ich, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen aus der Arbeiterklasse. Menschen, die arm sind, Menschen, die sich um ein Dach über dem Kopf sorgen und um ihre notwendige medizinische Versorgung kämpfen müssen. Wir sind die Frontschweine in diesem Krieg und unsere Leben stehen auf dem Spiel [...]. Wir sind es, die leiden, die Verwundbarsten, die Unschuldigen. Die Kinder, die Alten, die Behinderten, die Obdachlosen, die Menschen, die zu arm sind, um ihre Wohnungen zu heizen, wenn sie denn eine haben, Menschen, die nicht einmal ein Auto haben, um darin zu schlafen [...]. Wir, die Armen, sind in den Vereinigten Staaten völlig aus dem Blick geraten und wir müssen uns selbst wieder in Erinnerung rufen. Dazu brauchen wir auch andere, privilegierte Menschen. Menschen, die mit uns aufstehen und die sich mit uns solidarisieren. Mit uns, die wir in diesem Krieg wirklich viel zu verlieren haben – in diesem Krieg gegen die Armen hierzulande und die Armen im Irak [...]. Worin besteht der Unterschied zwischen einem Obdachlosen und einem Kriegsgefangenen? Nach der Genfer Konvention steht dem Kriegsgefangenen Nahrung, medizinische Versorgung und Obdach zu. Es gibt einen Krieg hier, vor unserer Haustür.“ (Jessie L.)

„Wir kümmern uns wirklich sehr um Frieden, um soziale Gerechtigkeit, um Armut und um die Umwelt. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir diese Probleme in unserem Land nicht lösen können und nicht die wirtschaftlichen Ressourcen dafür haben, bevor wir uns mit diesem illegalen, unmoralischen und unmenschlichen Desaster beschäftigt haben, mit dem Irakkrieg. Dieser Krieg wurde ganz offensichtlich vorsätzlich von einer Regierung begonnen, die blind für die Bedürfnisse ihres eigenen Volkes ist. Dieser Krieg basiert auf frei erfundenen Geheimdienstkenntnissen und glatten Lügen. Der Plan für diesen Krieg wurde in geheimer Politik geschmiedet, genauso wie der jetzt geplante Krieg gegen den Iran – durchtränkt mit Öl und Ignoranz und jetzt auch mit dem Blut von Amerikanern und Irakern. Er steht ganz oben in allen Meinungsumfragen und er ist das primäre Thema jeder wütenden Debatte in diesem Land [...]. Auch der Kongress kann nicht rechtfertigen, was Unrecht ist; sie erzählen Euch nicht, was die Regierung in Washington, die Generäle, das Militär und die Experten schon lange wissen: dieser Krieg ist verloren, egal lange er noch geführt wird, er ist vorbei.“ (David C.)

Außerdem herrschte die Sorge, dass der Betrug weitergeht und benutzt wird, um weitere Kriege mit anderen Nationen zu rechtfertigen:

„Seit unser Land den Irak angegriffen hat, geht es mir durchgehend schlecht. In meinem Namen musste das irakische Volk schreckliches Leid ertragen. Alle Begründungen, die ich dafür gehört habe, haben sich als falsch erwiesen. Mein Vertrauen in unsere Regierung wurde erschüttert und unsere Integrität als Nation wurde tief beschädigt. Jetzt scheint es so, dass die Regierung plant, denselben Prozess im Iran zu wiederholen. Das kann ich nicht tolerieren. Als amerikanische Bürgerin fühle ich mich verantwortlich. Trotzdem kommt es mir so vor, als ob ich keine Stimme und kein Mitspracherecht habe. Unsere gewählte Regierung ist unsere Stimme. Wo bleibt die Opposition gegen diese unmoralischen Handlungen? Wir müssen selbst für unsere Rechte und für das, was richtig ist, aufstehen.“ (Nora T.)

## Scham

Immer wieder wurden die große Scham und die Verlegenheit über die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt thematisiert. Es ist kaum möglich, ins Ausland zu reisen oder dort zu arbeiten, ohne ständig gezwungen zu sein, die ungeheuerliche Unfähigkeit der US-Regierung zu erklären. Viele Redner fühlten sich dabei erniedrigt und zeigten sich angesichts des Verhaltens der Vereinigten Staaten und insbesondere des Irakkrieges beschämt, wie an den beiden folgenden Beiträgen deutlich wird. Beide Redner waren im Ausland und berichteten von ihrer Scham und Verlegenheit angesichts der Politik der Vereinigten Staaten:

„Ich bin im Dezember von meinem Einsatz bei den Peace-Corps in Marokko zurückgekehrt. Dort habe ich eigentlich mit Jugendlichen gearbeitet, aber einen großen Teil meiner Zeit habe ich damit verbracht zu erklären, dass nicht alle Amerikaner so sind wie Bush [...]. Ich musste erklären, dass die Amerikaner ihn gewählt haben, weil die Medien nicht die Wahrheit über Bush berichtet haben, nicht die Wahrheit über den Irak und nicht die Wahrheit über Palästina. Ich musste das amerikanische Volk entschuldigen, weil ich beschämt war. Ich musste unsere Regierung entschuldigen, weil ich beschämt war [...]. Nach dem Skandal in Abu Ghraib las ich darüber in Zeitungen und Magazinen und musste sie in kleine Stücke reißen, bevor ich sie in meinen Müllcontainer warf, weil ich mich gegenüber meiner Nachbarschaft so sehr schämte und fürchtete, mein kleiner marokkanischer Freundeskreis könnte eines dieser Bilder finden. Ich hatte keine Angst, dass sie mir irgendetwas antun würden, denn ich fühlte mich in diesem Dorf geliebt und geachtet. Ich hatte Angst, weil ich mich so schämte. Ich möchte meinen Kongress fragen: Was ist Euer Job? Warum bin ich hier? Der Job des amerikanischen Präsidenten und unserer Regierung ist es, Amerikaner zu schützen. Aber das ist genau das, was ich in Marokko mache. Ich bin dort, um Euren Mist zusammenzukehren. Das ist es, was wir alle tun, wir fegen Euren Dreck zusammen.“ (Jamie C.)

Als der zweite Redner über sein Unbehagen berichtete, mit der amerikanischen Politik in Verbindung gebracht zu werden, ging er bis in die 1970er Jahre zurück. In dieser Zeit war er im Iran. Es war eine Zeit, in der die Iraner die amerikanische Botschaft stürmten und viele Mitarbeiter der Botschaft als Geiseln nahmen:

Es war mein erster Job nach dem College. Ich ging in den Iran, um Englisch zu unterrichten. Das merkwürdigste, was mir dort auffiel, war die große Affinität der Iraner gegenüber den Amerikanern. Das war kurz bevor sie die amerikanische Botschaft stürmten [...]. Sie bewunderten die Amerikaner für irgendetwas und konnten sich nicht erklären, warum wir einen Diktator unterstützten. Und trotzdem mochten sie die Amerikaner. Seitdem sie die Botschaft besetzt haben, hörte ich jedoch folgende Botschaft an uns, das amerikanische Volk, „Die Iraner hassen uns“. Ich glaube, dass jeder hier im Raum weiß, dass sie das niemals getan haben. Sie haben uns niemals gehasst. Das ist genau dieselbe Art von Lügen, die uns immer wieder aufgetischt wird [...]. Es gibt zwei Strömungen in Amerika, ein Teil ist abgrundtief böse, aber das ist nicht das ganze Amerika. Ich denke, auch der Rest von uns repräsentiert Amerika, und wir werden diesen Krieg beenden und noch mehr, so hoffe ich zumindest.“ (John I.)

## Öl

Natürlich wurde von verschiedenen Rednern auch auf die weit verbreitete Überzeugung eingegangen, dass es im Irakkrieg letztendlich nur um das Öl und die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Importen und ausländischen Ressourcen ging, und dass dies der eigentliche Kriegsgrund sei:

„Es scheint, dass kein Tag ohne eine neue Enthüllung über die Doppelspiele der aktuellen Regierung in Washington vergeht. Der Kongress hat einen großen Teil seiner Macht an die Kriegsgewinnler und Kriegstreiber im Weißen Haus abgegeben [...]. Diese gewählten Volksvertreter waren blind gegenüber den Lügen unseres Präsidenten und haben meinen ältesten Sohn in einen illegalen und unmoralischen Krieg geschickt, in dem es um Öl und Profite für ihre eigentlichen Herren aus den Konzernen ging. Mein Sohn kam lebend nach Hause, 2380 andere Söhne und Töchter nicht. Über 17.000 kamen verkrüppelt oder verwundet nach Hause. Mein Sohn wird die Erinnerungen an die Massaker und die grauenhaften Todesfälle für immer in sich tragen, genau so wie die vorige Generation der Vietnamveteranen die ihren [...]. Unser Oberlügner sollte auf der Stelle angeklagt und abgesetzt werden. Unser Glaube an eine wirkliche Demokratie schreit danach, unser Glaube an die Menschheit schreit danach, und ich glaube, die Welt wäre besser dran ohne ihn.“ (Richard C.)

„Dies ist ein Krieg ums Öl. Es geht um den Sprit für unsere Autos. Wir tragen die Verantwortung dafür, aber wir haben auch die Macht, alles zu verändern. Die Ära des billigen Öls, des billigen Treibstoffs, der fossilen Energien und natürlichen Ressourcen geht ihrem Ende entgegen. Was bedeutet das für unsere Wirtschaft, was für unsere Lebensweise? Dies ist wirklich ein Desaster, dies ist wirklich ein Notfall.“ (Chris M.)

## Moral

In vielen Beiträgen wurden die Nürnberger Prinzipien und die Genfer Konvention zitiert und Beispiele für die Verletzung dieser elementaren Schutzrechte durch die Vereinigten Staaten benannt:

„Die USA können nicht länger als das Gewissen der Welt auftreten. In der Tat scheinen die Prinzipien und Konventionen, die wir – auch als Nation – so lange für so wertvoll gehalten haben, unter den rauen Stiefeln unserer Regierung zertreten worden zu sein. Prinzipien und Konventionen, die wir so lange unterstützt und an denen wir immer festgehalten haben, wurden jetzt durch Arroganz und den Glauben an die Straflosigkeit einer Supermacht zerbrochen. Lasst mich kurz die Paragraphen 6A und 6B der Nürnberger Prinzipien vorlesen: 6A, ‚Verbrechen gegen den Frieden sind das Planen, die Vorbereitung, das Anzetteln oder die Durchführung eines Angriffskrieges‘, das ist die verkürzte Version. 6B, ‚Kriegsverbrechen sind Mord oder Grausamkeiten an Kriegsgefangenen, die Plünderung von öffentlichem und privatem Eigentum, die mutwillige Zerstörung von Großstädten, Städten oder Dörfern oder deren Verwüstung, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist‘. Und dann haben wir noch die Genfer Konvention, die wir auch gebrochen haben, zum Beispiel durch das Foltern von Kriegsgefangenen, die Verwendung verbotener Waffen – abge-



reichertes Uran, Streubomben und Phosphorbomben –, den Beschuss von Krankentransporten, die Besetzung von Krankenhäusern, den Beschuss von Journalisten usw. Diese Liste lässt sich unendlich verlängern.“ (Paul C.)

„Der Irakkrieg ist unmoralisch, kriminell, unannehmbar und muss beendet werden. Eine Möglichkeit, ihn zu beenden besteht darin, dass wir Menschen in die Parlamente wählen, die gegen den Krieg sind und sich aktiv gegen ihn wenden. Wir müssen das nächste Mal einen Kongress wählen, der sich erhebt und George W. Bush wegen Amtsmissbrauchs anklagt [...]. Und wenn wir diesen Feigling abgesetzt haben, schicken wir ihn wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Den Haag.“ (Jonathan C.)

Der Irak Krieg wurde auch mit einer Unmoral und Illegitimität verbunden, die zugleich auch direkte Verletzungen des Geistes und der Absicht der Grundfesten unserer Verfassung der ihr zu Grunde liegenden ihrer Werte thematisierten:

„Was ist mit dem ‚Pledge of Allegiance‘ und seinen Prinzipien? Wie stehen diese Prinzipien zur Bedrohung durch Präventivkriege mit Nuklearwaffen; zu präventiven Angriffskriegen, die zehntausende, wenn nicht hunderttausende zivile Opfer und unzählige unschuldige zivile Todesopfern fordern; zu Foltermethoden wie ‚water-boarding‘, ‚stress positions‘, Hunger, sexuellen Demütigungen und Vergewaltigungen mit Gegenständen; zu Schlägen, die so massiv sind, dass Muskeln reißen und Menschen sterben; zu internationale Entführungen; zu widerrechtlichen Verhaftungen von US-Amerikanern und anderen Menschen ohne schriftliche Anklage und ohne das Recht auf einen Anwalt, ja selbst bis dahin, dass die Existenz dieser Menschen gelehnet wird? Wie stehen diese Prinzipien zum Absegnen von Papieren, die dem Präsidenten erlauben, willkürlich jegliche Rechtsgrundlagen, Verträge oder Regeln zu brechen; zu Loyalitätsschwüre auf Individuen oder Parteien, die zur Bedingung für den Besuch öffentlicher Veranstaltungen gemacht werden; zu nicht verifizierbare Stimmauszählungen bei Wahlen; zu Telefon-, Email- und Internetüberwachung der Bürger [...]. Was denken diese Leute eigentlich? Wo bitte findet sich das im ‚Pledge of Allegiance‘?“ (Michael C.)

„Die Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Amerikaner gegen diesen Krieg ist [...]. Dieser Krieg ist nicht falsch, weil wir plötzlich eine unannehmbar hohe Zahl amerikanischer Opfern beklagen müssen, dieser Krieg ist nicht falsch, weil Donald Rumsfeld und Condoleeza Rice Tausende von taktischen Fehlern gemacht haben. Das sind nicht die Gründe, warum der Krieg falsch ist. Dieser Krieg ist falsch, weil er rechtswidrig ist und weil Krieg an sich falsch ist [...]. Verbrechen gegen den Frieden, und zwar namentlich die Planung, die Vorbereitung, das Anzetteln und die Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges, der gegen internationale Verträge verstößt, das sind Verbrechen, für die die Führer, Organisatoren, Anstifter und Komplizen haftbar gemacht und vor Gericht gestellt werden können. Unser Land wird von Kriegsverbrechern geführt und der Kongress muss endlich handeln.“ (Jonathan K.)

„Mir wurde erzählt, dass es in den 1960ern folgende Redensart gab: ‚Das Private ist politisch.‘ Heute Abend möchte ich sagen, dass das Politische moralisch ist. Dieser Krieg in Irak ist zuallererst eine Frage der Moral. Die letzte Rede des Präsidenten konzentrierte sich auf moralische Themen, wichtige moralische Themen wie Homosexualität und solche Dinge. Der Krieg wurde nicht als moralische Frage verhandelt, sondern als administrative Frage: ‚Wer kann wem am besten in den Arsch treten?‘

Ich will uns daran erinnern, dass der Krieg eine Frage der Moral ist – es ist *die* moralische Frage, der sich unser Land heute stellen muss. Diese Frage könnte so aussehen: ‚Wer sind wir als Volk‘ oder auch ‚Wer ist das Volk‘.“ (John B.)

## Korporatistische Macht

Die Verachtung der Kontrolle der Regierung der USA durch den Korporatismus und des Einflusses multinationaler Konzerne war in diesem Treffen deutlich zu spüren. Wiederholt kommentierten Redner den Einfluss der Konzerne und ihrer Lobbyisten bei der Manipulation und Steuerung der Regierung der Vereinigten Staaten und einzelner Politiker. Ein Redner diskutiert den Verfall der Vereinigten Staaten zu einem faschistischen politischen System, das weitgehend durch einen feudalistischen Korporatismus gesteuert wird:

„Ich denke, dass bereits einige andere auf den zunehmenden feudalistischen Korporatismus angespielt haben. Sie definieren Faschismus als die Kontrolle der Regierung durch die Korporationen. Das ist die Realität im heutigen Amerika. Was wir tun müssen, ist damit anzufangen, öffentlich über diese Realität zu sprechen und die Menschen zu fragen, ob sie das wollen [...]. Wollt Ihr bessere Vereinigte Staaten, in denen wir füreinander sorgen, und die Ressourcen der Menschen gemeinsam teilen und mit ihnen für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu sorgen? Oder wollt Ihr einen endlosen Krieg zu Gunsten der multinationalen Konzerne? Welche Zukunft wollt Ihr? [...] Totales Chaos ist die Realität dessen, was wir dem irakischen Volk und unseren eigenen Leben heute gebracht haben.“ (Bruce G.)

Ein Zweiter sprach überzeugend über die Welt der speziellen Interessen und Lobbyisten, die den Kongress der Vereinigten Staaten kontrollieren sowie das Verschwinden der Unschuld, der Hoffnung und der Freiheit der Jugend in Amerika:

„Letztlich werden wir von Korporationen, mächtigen Einzelinteressen und Lobbyisten regiert; ein militärisch-industrieller Komplex auf einer tödlichen Irrfahrt mit dem Ziel, das natürliche Kapital unseres Landes und der ganzen Welt auszuplündern. All dies geschieht straflos, weil unser Kongress winkt und nickt und seinen Kopf dann in eine andere Richtung dreht. Ist das eine Demokratie oder der Aufstieg des Faschismus? Unsere Regierung versetzt die Menschen mit Proklamationen über den internationalen Terrorismus in Panik. Wir aber sagen, wer die wahren Terroristen sind, die uns betrogen haben. Der Historiker William Blunt drückte es so aus: Von 1945 bis 2003 versuchten die Vereinigten Staaten, 40 Regierungen in anderen Ländern zu stürzen und mehr als 30 Widerstandsbewegungen gegen untragbare Regime zu zerschlagen. In diesem Prozess haben die USA 21 Staaten bombardiert, den Tod von mehreren Millionen Menschen verursacht und viele Millionen zu einem Leben in Verzweiflung und Agonie verdammt. Darüber hinaus planen wir heute, Gott helfe uns, einen Krieg gegen den Iran, in dem sogar Atomwaffen eingesetzt werden, wenn es nach dem Willen unserer mörderischen Regierung geht. Wir betreiben den Bankrott unserer Nation, predigen unseren Kinder Hass und Gewalt und schicken sie in endlose Kriege. Vorwände dafür und halbgare Lügen zur Rechtfertigung sind schnell gefunden. Die Jugend dieses Landes wird so ihrer Unschuld und ihrer Hoffnung beraubt. Diejenigen, die als Tötungsmaschinen ausgesandt werden, kehren mit zer-

störten Körpern und zerstörten Seelen heim. Und diejenigen, deren Länder wir besiegt haben, werden einem Leben in der Hölle überlassen. Wir, die breite Masse, müssen dem ungebremsen Aufstieg einer elitären Gruppe von Frauen und Männern ohne Moral und Tugend Widerstand leisten. Wir müssen uns verpflichten, nicht für deren Ziele zu töten. Sie wollen, dass wir uns voller Angst und Hass hinter ihnen versammeln, aber die Menschen müssen sich vereinigen und die Kontrolle über die politischen, monetären, intellektuellen und religiösen Machtzentren zurückerobern. Ich beende meine Rede mit Worten von Abraham Lincoln: „Amerika wird niemals von außen zerstört werden. Wenn wir schwanken und unsere Freiheit verlieren, dann weil wir uns selbst zerstört haben.“ (Louisa H.)

Viele andere sprachen von der Rolle der Konzerne im Irakkrieg und den großen Mengen Geld, die die Konzerne verdienen, die vom so genannten „Krieg gegen den Terror“ profitierten:

„Die Regierung wusste schon vor Kriegsbeginn, dass keine substanziellen chemischen, biologischen oder nuklearen Massenvernichtungswaffen gefunden werden, die gegen uns gerichtet sind. Dennoch wurde dieser rechtswidrige Krieg geführt und die Freunde der Insider scheffelten riesige Profite und Zig-Milliarden Dollar verschwanden im wahrsten Sinne des Wortes – ohne Abrechnung oder Erklärung. Jeder Tod ist ein Mord [...]“ (Michael C.)

„Meine Regierung nimmt unser schwerverdientes Geld und foltert Gefangene, baut Streubomben, installiert ein Star-War System, das nicht funktioniert, plant die nächste Generation von Nuklearwaffen und gibt jede Woche zwei Milliarden Dollar im Irak aus, ohne sich um die Verwendung und den Nachweis dieser Gelder zu kümmern. Niemand kann so viel Geld auf verantwortungsvolle Weise ausgeben, und schon gar nicht das Pentagon. Das garantiert dem militärisch-industriellen Komplex und seinen Investoren eine Menge Profit [...]. Ich zweifle an der Vision für unsere Nation, die darauf besteht, dass wir einen endlosen Strom von Milliardenvernichtern brauchen, die die Meere dieser Welt befahren, um andere Nationen zu beherrschen. Ich habe es satt, diese Vision der endlosen Kriege zu unterstützen. Genug ist genug [...]. Es ist an der Zeit von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu wechseln. In diesem 21. Jahrhundert findet ein Machtkampf statt zwischen denjenigen, die Krieg, Besatzung und die Hegemonie der USA als ein Mittel zum Schutz amerikanischer Interessen und Investitionen akzeptieren, und denjenigen, die einsehen, dass es Zeit ist, unsere Prioritäten zu verschieben und in den Schutz und Erhalt unseres Planeten, seiner Völker und Geschöpfe zu investieren.“ (M. Sullivan)

„Wir Millionen, die wir mit jeder Faser unseres Körpers fühlen und wissen, dass dieser Krieg wie alle imperialistischen Kriege falsch ist, sind verpflichtet, etwas dagegen zu unternehmen [...]. So lange wir weiterhin jedes Jahr so viel Öl verbrauchen wie im letzten, unterstützen wir diesen Krieg als Individuen ebenso eindeutig wie Bush und Cheney selbst. So lange wir Kunden der Megakonzerne bleiben, die von diesem Krieg profitieren und die uns benötigen, um die Welt zu unterjochen, unterstützen wir den Krieg. Wir müssen mit unserem Leben, unseren Brieftaschen und unseren Arbeitsplätzen abstimmen. Wir sollten einen Generalstreik ausrufen, ähnlich wie die Franzosen. Wir müssen den Frieden ganz persönlich und mit unserem Einsatz leben oder es wird immer ein Krieg stattfinden – dieser oder ein anderer.“ (Mary H.)

„Wie fast alles andere wurde im Irak auch die landwirtschaftliche Infrastruktur gründlich zerstört. Das Land wurde im Großen und Ganzen gründlich vergiftet. Ein

Land, das es ganz gut geschafft hatte, sich selbst mit Nahrung zu versorgen, ist jetzt nicht mehr dazu in der Lage. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, vergraben im Bürokratenjargon der Gesetze, die von Paul Bremer und seinen Leuten, den Marionetten der Konzerne, im Irak installiert wurden, ist ein Passus, der es den irakischen Bauern faktisch verbietet, ihr eigenes Saatgut zu verwenden, dass sie über den Krieg retten konnten. Ihre Alternative besteht nun darin, westliche Kreuzungen und vor allem gentechnisch veränderte Kreuzungen zu kaufen und zu verwenden.“ (Tom V.)

„Wir wurden betrogen. Das halbe Land hat George Bush gewählt und wir bekamen einen rechtswidrigen, verbrecherischen Krieg. Wir alle wissen, dass das falsch ist [...]. Ihre Agenda hat nichts mit uns, dem Volk, zu tun; ihre Agenda zielt darauf, Geld zu scheffeln, ihre Konzernfreunde zu bereichern und die Macht und das Geld bei sich und ihresgleichen, denen da Oben eben, zu behalten. Sie haben eine Agenda, eine heimtückische und böse Agenda. Wir sind ihnen egal.“ (Tina R.)

## Globalisierung

Ein weiteres Thema, das den ganzen Abend hindurch bewegt wurde, war die Rolle der Globalisierung im Irakkrieg und dem US-amerikanischen Kampf gegen den Terrorismus. Die Vereinigten Staaten gelten als primärer Exporteur von Kulturen und Werten, die die Globalisierung, den Kapitalismus und die Konsumgesellschaft fördern:

„Im Kern ist der Irakkrieg lediglich ein Symptom für ein viel größeres Problem, bzw. genauer gesagt für eine Vielzahl größerer Probleme, die endemisch für unsere Kultur in Amerika sind. Das damit verbundene große Problem im Zeitalter der Globalisierung besteht darin, dass wir diese fundamentalen Probleme in die ganze Welt exportieren – die schädlichen und ungesunden Aspekte unserer Kultur und unserer Demokratie. Meiner Ansicht nach ist das wirkliche Ziel der Neokonservativen, unsere derzeitige Lebensart auf der gesamten Welt zu verbreiten. Dazu gehört eine Demokratie, die sich auf Des- und Fehlinformationen, Zensur und Lügen gründet, eine Demokratie, in der Konsum und Materialismus über den bloßen Akt des Wählens gestellt werden.“ (John B.)

„Uns geht das Öl aus. Uns geht das Trinkwasser aus. Uns geht die Nahrung aus. Uns gehen die Ressourcen aus. Amerikas Lösung dieser Probleme scheint darin zu bestehen, dass wir versuchen, alle diese Ressourcen zu kontrollieren und jeden, der uns daran hindert zu unterwerfen oder zu töten. Das Problem dabei ist, dass uns so die Feinde niemals ausgehen. Es wird immer Menschen geben, die unglücklich sind und nicht ihren Anteil bekommen, und insofern haben sie auch das Recht, unglücklich zu sein. Und wenn man sie tötet, werden ihre Kinder unglücklich sein. Und wenn man es schafft, auch ihre Kinder zu töten, wird es dennoch immer weitere Menschen geben, die plötzlich feststellen, dass ihnen die lebensnotwendigen Ressourcen fehlen. Und wenn uns dies nicht in dieser Generation einholt, dann eben in der nächsten. Der Weg, kontinuierlich zu versuchen andere zu kontrollieren und zu unterwerfen, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Tod für unsere Kinder, wenn nicht für uns selbst. Der Irakkrieg ist das Modell dieser Kontrolle und Unterwerfung. Das kann nicht funktionieren.“ (Seth B.)

## Staatsterrorismus (U.S. Terrorism)

Das letzte Thema, das diesen Abend bestimmte, war die These, dass die Vereinigten Staaten selbst Terroristen bezahlen und unterstützen, und dass sie in Wahrheit selbst ein terroristischer Staat sind, zumindest wenn man sie nach den Kriterien der Nürnberger Prinzipien und der Genfer Konventionen beurteilt.

„Wir töten in diesem ungerechten und völkerrechtswidrigen Krieg, den wir zudem freiwillig begonnen haben, tausende Amerikaner und Iraker [...]. Was für Menschen sind wir? Was für ein Land ist das? Ich denke, es ist ein Land, das ziemlich außer Kontrolle geraten ist [...]. Zunächst einmal haben die USA gar kein Recht im Irak zu sein. Alleine damit werden beständig die Genfer Konventionen verletzt, die verbieten, sich in die inneren Angelegenheiten eines besetzten Staates einzumischen. Welche Hybris, welche Arroganz [...]. Der Gipfel der Ironie und Arroganz ist der Gedanke, dem irakischen Volk als Besatzungsmacht die Demokratie zu bringen [...]. Was ist mit dem Argument, dass wir die Welt sicherer machen? Tatsächlich übermitteln wir der ganzen Welt die Botschaft, dass im so genannten Krieg gegen den Terror alles erlaubt ist und alles geht. Unser Modell des Präventivschlages bleibt dem Rest der Welt nicht verborgen. Einer Welt, die die Idee der Einmaligkeit der Vereinigten Staaten als Ausnahmemacht nicht kauft [...]. Unser Markenzeichen, der staatsfinanzierte Terrorismus, hat dem Widerstand und den Revolten nur neue Nahrung gegeben. (Doug H.)

„Ich glaube die Frage, ‚sollen wir gehen oder sollen wir bleiben?‘ kann nicht alleine mit der Frage ‚was ist falsch an dem Krieg?‘ bestehen. Wir müssen untersuchen, welchen Gewinn wir als Gesellschaft aus diesem oder einem anderen Krieg ziehen [...]. Unsere Gesellschaft profitiert von Kriegen in mancherlei Hinsicht. Wir erlangen durch sie Technologie. Wir finden zusammen und vereinen uns um eine Sache. Wir preisen die Disziplin und den Mut unserer Krieger. Er erfüllt uns mit Stolz. Natürlich gibt es auch ökonomische Gründe für den Krieg – kriegsbasierte Wirtschaftszweige, Akquise von Öl usw. Aber es gibt eben auch spirituelle und moralische Gründe für Kriege [...]. Deshalb müssen wir einen Ersatz für Kriege in unserer Gesellschaft finden, einen moralischen Ersatz. Wenn wir als Gesellschaft das Ausbildungsbudget mit den Worten ‚Unterstützt unsere Schüler und Studenten‘ in der gleichen Weise verteidigen würden, in der Menschen den Krieg mit der Parole ‚Unterstützt unsere Truppen‘ unterstützen, dann wären wir vielleicht in der Lage, Kriege zu beenden [...]. Nur, wenn wir auf solche Dinge stolzer sind und sie auf eine Ebene mit den Dingen heben, die uns wirklich kümmern und die wir unterstützen, dann werden wir in der Lage sein, Kriege wirklich zu beenden.“ (Cathy M.)

## Fazit

Die Versammlung war eine machtvolle Demonstration der schwindenden Unterstützung für den Irakkrieg, für die Politik und den Regierungsstil von Präsident Bush und den Imperialismus der Vereinigten Staaten. Ich fühlte mich in meinem Glauben und meinen Ansichten zum Imperialismus und zur „Korporatisierung“ der Welt bestätigt. Ebenso bestärkte diese Versammlung die Scham, die ich an-

gesichts der Aktivitäten und der Kultur der USA und den zunehmenden Auswirkungen ihrer Politik, die andere Völker auf der ganzen Welt bekämpft und terrorisiert, empfinde. Obwohl ich auf einige Teile der Geschichte der USA – auch in der Weltpolitik – stolz bin, senke ich meinen Kopf in Demut. Ich stehe an der Seite vieler anderer Bürger der Vereinigten Staaten heutzutage, und sage, ich schäme mich, Bürger der Vereinigten Staaten zu sein. Die Zukunft möge dieses Land hart richten.

*Prof. Dr. David Prichard*  
*University of New England*  
*E-Mail: dprichard@une.edu.*

*Übersetzung: Tilman Lutz*

## **Kleine Verlag** **aktuell**

Maren A. Jochimsen, Ulrike Knobloch (Hrsg.)

### **Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung**

Reihe Lebensweltökonomie, Band 2

2006, ISBN 3-89370-418-3 (ISBN-13: 978-3-89370-418-7)

204 Seiten, € 20,80 / SFr 36,50

Welche Auswirkungen hat die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung auf die Lebenswelt? Welche Verschiebungen haben in und zwischen dem versorgungswirtschaftlichen und dem erwerbswirtschaftlichen Bereich stattgefunden? Welche Tendenzen für die Zukunft deuten sich heute schon an?

**Lebensweltökonomie** macht die Auswirkungen wirtschaftlicher Globalisierung auf die Versorgung der Menschen mit dem zum (guten) Leben Notwendigen sichtbar und zeigt die Rückwirkungen dieser Veränderungsprozesse auf die Erwerbswirtschaft. Die Beiträge in diesem Buch analysieren die Bereiche der bezahlten und unbezahlten Versorgungswirtschaft, in denen für die Einzelnen wie für die Gemeinschaft und Gesellschaft notwendige Tätigkeiten erbracht werden und deren lebensweltlicher und ökonomischer Bezug offenkundig ist:

- Hausarbeit
- Subsistenzproduktion
- Eigenarbeit
- zivilgesellschaftliches Engagement
- Pflege
- soziale Dienstleistungen



Barbara Drinck, Chung-Noh Gross (Hrsg.)

**Erzwungene Prostitution in  
Kriegs- und Friedenszeiten**  
**Sexuelle Gewalt gegen  
Frauen und Mädchen**

2006, ISBN 3-89370-422-1  
(ISBN-13: 978-3-89370-422-4)  
270 Seiten, € 22,90 / SFr 40,10

Sie wollen nicht bemitleidet, sondern verstanden werden! Sie wollen mit ihren grausamen Erlebnissen nicht in Vergessenheit geraten, sondern in der Gesellschaft anerkannt sein und gehört werden. Die Anliegen der Frauen, die Opfer von erzwungener Prostitution und sexueller Gewalt im Krieg oder im Frieden geworden sind, sind eindeutig – sie wollen sprechen!

Um ihnen ein Forum zu geben, haben Barbara Drinck und Chung-Noh Gross Frauen und Männer, die aktiv als Menschenrechtler/innen für diese Frauen tätig sind, gebeten, ihnen Berichte über ihre Arbeit und Erfahrungen für diesen Band zur Verfügung zu stellen. In ihren Texten berichten sie von aktuellen, aber auch vergangenen Situationen, in denen Frauen Gewalt und Leid erfahren haben, weil sie mit einem durchorganisierten System der Zwangsprostitution in Berührung gekommen sind.

Das Buch hat zwei thematische Schwerpunkte: Im ersten Teil wird die europäische, afrikanische und deutsche Situation der geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen an Frauen behandelt, wie sie u.a. durch Frauenhandel und Mädchen-soldatinnen auch in den Medien bekannt geworden ist. Im zweiten Teil wird geschildert, wie der gegenwärtige politische Umgang mit den Folgen der im Zweiten Weltkrieg geschehenen Gräueltaten an hundert Tausenden asiatischen Frauen verläuft. Als Sexsklavinnen in den japanischen Militärbordellen haben sie unendliches Leid erfahren, aber bis heute werden sie verharmlosend als »Trostfrauen« bezeichnet.

Das Besondere des Buches liegt in der Darstellung des einerseits historisch noch nicht überwundenen, aber andererseits immer wieder in unserer alltäglichen, gegenwärtigen Welt neu erschaffenen Problems.

## Zwischen den Stühlen

*Fabian Kessl: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität Sozialer Arbeit.*

*Weinheim/München, Juventa. 2005, 258 Seiten, 34,50 Euro*

Fabian Kessls Studie füllt in zweierlei Hinsicht eine Lücke: Zum Ersten eine der neuen Foucault-Rezeption. Seit Mitte der 1990er Jahre wird international breit über die pädagogischen Konsequenzen von Foucaults Ansatz der Gouvernamentalität diskutiert, seit wenigen Jahren gilt dies auch für die deutsche Erziehungswissenschaft. Die deutsche Sozialpädagogik zieht nun gleichsam nach, insofern anhand eines grundlagentheoretischen Entwurfs eine Diskussionsbasis für die sozialpädagogische Gouvernamentalitätsdebatte gelegt wird.

Wichtiger ist die zweite Lücke, die geschlossen wird. Sie bezieht sich auf nichts weniger als das, etwas provokant ausgedrückt, ‚vergessene‘ Subjekt der Sozialpädagogik. Kessls Angriff ist frontal: Er hält der bekanntlich nicht gering entwickelten sozialpädagogischen Theoriedebatte vor, sie habe in ihrer Mehrheit eine „subjektivistische Abzweigung in ein ‚Jenseits der Selbstregierung‘“ (S. 66) eingeschlagen, so dass sie die Interpellation eines sich selbst regierenden Subjekts bediente und gleichzeitig offen ließ, wie Subjektivität inhaltlich faktisch konkretisiert und fixiert wurde. Soziale Arbeit habe zwar vor den listigen Gefahren der nicht auszuschaltenden Fremdführung gewarnt, sich aber auf ein (jenseitiges) Reich der subjektiven Freiheit verlassen, das – so mag man konstatieren – weniger dem Subjekt als der Sozialpädagogik einen bequemen Ort der Selbstlegitimation gratifizierte. Der Preis für die Anrufung des Subjekts war seine subtile Ignorierung, die nun, ganz der Aufklärung verpflichtet (S. 12, 119), durch eine skeptische machtanalyti-

sche Perspektive und die Erschließung von Subjektivierungsprozessen ins Licht geführt werden soll.

Warum dies gerade derzeit notwendig ist, erschließt der zweite Teil der Arbeit. Der erste formuliert aus gouvernamentalitätstheoretischer Sicht eine Grundlagenkritik der Dichotomisierung von Fremd- und Selbstführung. Kessl verschiebt die Temporalisierung von Fremd- und (avisierter) Selbstführung zu einem Verhältnis der Gleichzeitigkeit (u.a. S. 51f, 95) und damit zu einem Immanenzverhältnis: Selbstführung kann nicht als Gegenpol zu Fremdführung fungieren, sondern beide verweisen aufeinander. Der zweite Teil beinhaltet eine machtanalytische Aufarbeitung gegenwärtiger Programmierungen der Kinder- und Jugendhilfe unter Bezug auf die aktivierende Sozialpolitik mit Blick auf die Jahre 1999 und 2000.

Beides zusammen genommen ergibt die Arbeit eine bewusst provokative Destruktion sozialpädagogischer Selbstberuhigung, und zwar sowohl was den Mainstream, als auch was die kritischen Positionen der Sozialpädagogik betrifft. Während jener sich damit ausweist, externe Macht nur bis zur Konstitution von Selbstführungskompetenzen und zu ihrer Ermöglichung auszuüben, vertrauen jene auf die Herbeiführung eines Reichs der machtfreien Subjektivität außerhalb gesellschaftlicher und ökonomischer Entfremdung. Frei nach Freud: Wo Macht und Fremdherrschaft sind, soll freie Subjektivität werden.

Indem diese, hier freilich überzeichneten, Legitimierungsstrategien und Illusionen destruiert werden, übernimmt Kessl ein anspruchsvolles Programm. Dass es nötig ist, belegt der zweite Teil der Arbeit. Kritische Sozialpädagogik – soweit sie sich auch unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen noch im Mollenhauerschen Sinne als Kritiker der Gesellschaft versteht (S. 213) – kann nicht im ‚business as usual‘



weiterfahren, und mit Foucaults Ansatz der Gouvernementalität ist ein Entwurf vorgegeben, der sozialpädagogisch ohne Zweifel entsprechend fruchtbar gemacht werden kann.

Wer diese Neuorientierung vornimmt, landet unmittelbar zwischen den Stühlen. Es wäre leicht, der Arbeit die Probleme vorzuhalten, die bequem der Foucaultkritik zu entnehmen wären; so könnte aus dem ‚Mainstream‘ die Allgegenwärtigkeit von Macht und die relative Ausweglosigkeit ihr gegenüber angemahnt oder aus kritischer Perspektive die Aufgabe des normativen Bezugspunktes freier Subjektivität und Alltagspraxis als Begrenzung illegitimer Machtausübung angeprangert werden usw. Derartige Kritiken aber machten es sich zu einfach, denn man muss sich auf die Quintessenz einlassen, derzufolge gerade die kritischen Vorgaben in Rationalitäten und Technologien der fremdkontrollierten Subjektkonstitution transformiert wurden. Verfahren sie weiter wie bisher, so argumentiert Kessler ganz zu Recht, dann reproduzieren sie ihre eigene Verzerrung (S. 214). Kesslers „Gouvernementalität Sozialer Arbeit“ ist in diesem Sinne nötig, weil sie eingefahrene Bahnen hinterfragt und dabei mit Sorgfalt Eindrücke postmoderner Beliebigkeit, normativer Ratlosigkeit oder totaler Machtanwendungen vermeidet.

In ihrem Engagement scheint die Arbeit sich allerdings etwas zu viel aufzuladen. Sie tritt mit dem Anspruch einer basalen Kritik der subjektberuhigten Sozialpädagogik auf, sie will eine neue reflexive methodologische und kritische Orientierung vermitteln, sie will theoretisch und forschungsmethodologisch substanzialisierende Polarisierungen von Objekt/Subjekt bzw. Struktur/Handlung überwinden und legt zudem eine empirische Analyse gegenwärtiger Aktivierungsstrategien vor. Jeder der Aspekte wäre eine eigenständige Arbeit; sie in einen Entwurf zu integrieren, führt zu Zusammenbal-

lungen und Überzeichnungen, wo manchmal genauer zu unterscheiden wäre. So ist zunächst festzustellen, dass der zweite Teil keine Untermauerung des ersten unternimmt. Der erste ist systematisch und prinzipiell angelegt, indem er Fremd- und Selbstführung enttemporalisiert und Schwachstellen der sozialpädagogischen Theoriebildung der Vergangenheit aufdeckt. Der zweite widmet sich aktuellen Subjektivierungsstrategien auf einer – auch wenn dies negiert wird (S. 125) – programmatischen Ebene. Die beiden Teile haben damit weniger miteinander zu tun, als es zunächst scheint, zumal nicht nur Argumentationsebene und Zeithorizont gewechselt werden, sondern auch der gesellschaftliche Bezugsrahmen. Es wird vorausgesetzt, aber nicht historisch rekonstruiert, dass gegenwärtig „ein radikal anderes Arrangement des Sozialen“ (S. 217) realisiert werde. Aber warum, und wie ist dies aufgrund einer synchronen Diskursanalyse, die der zweite Teil unternimmt, zu behaupten? Aktuelle Aktivierungsstrategien werden sehr überzeugend rekonstruiert, auch mit Blick auf ihre Einseitigkeiten und Aporien. Einzelne Themen verweisen allerdings auf historisch Bekanntes, etwa die Aussage, Kinder- und Jugendhilfe sei nicht nur reagierende Instanz, sondern zeige aktives Regierungshandeln (S. 165). Gleiches gilt für die Naturalisierung familialen Lebens (S. 187) oder die Verpflichtung der Klientel auf „herrschende Normen“ (S. 209) und einen „herrschenden Common Sense“ (S. 210). Der Einwand auf historische Kontinuität ist nicht „vorschnell“ (S. 209), wie Kessler warnt, sondern vorsichtig, damit man nicht in die Gefahr tendiert, die Rede von einem radikalen und krisenhaften Wandel zeitdiagnostisch zu unterstützen, ohne dass die behaupteten Befunde empirisch nachgewiesen sind. Ansonsten tendiert die Rede von einem „neo-sozial“ programmierten Zusammenleben ebenso zur Selbstlegiti-

mation des Schreibenden wie im Falle der zurecht hinterfragten Behauptung eines radikalisierten sozialen Wandels und der durch ihn hervorgerufenen Ungewissheit (S. 131ff). Die in der Sozialpädagogik Legion zählenden Appellationen einer (angeblich) radikalisierten Dissozialisierung, Atomisierung, Fragmentierung und neuer: reflexiver Individualisierung und besonders neu: umfassender Entgrenzung geben ein ebenso trauriges wie gebetsmühlenartig wiederholtes Beispiel sozialpädagogischer Selbstdarstellung. Nur bleibt zu fragen: Wenn eine Studie auf der Vorannahme beruht, man befände sich in einer historisch neuartigen Phase des „*neo-sozialen Arrangements*“ (S. 137), wird die Appellation des Neuen, dramatisch Veränderten und Krisenhaften nicht reproduziert, wenn auch auf reflexiv höherem Niveau? Durch die ausgewählten Jahrgänge der Materialien der Landesjugendämter (1999 und 2000) wird der Eindruck radikaler Veränderungen präjudiziert, während nur eine längerfristige Aufarbeitung entsprechender Publikationen diese These gestützt hätte. Auch wenn man der Annahme einer Veränderung zustimmen mag: Es wäre genauer zu fragen, welche Strategien sozialpädagogischer Selbstdarstellung und -legitimierung sich verändert haben. Krisenkonnotierte Zeitdiagnosen und Anomietheorien produzieren allzu oft Leerformeln, die mit sozialpädagogischen Handlungsaufforderungen mehr oder weniger plausibel angereichert werden – was aber unterscheidet die Rede vom „Neo-Sozialen“ von diesen Strategien bzw. warum ist das nun programmierte Soziale ein „neo“? Auch wenn sozialer Wandel nicht mehr essenzialistisch gedacht werden soll und nun die Rede von ihm eine „Regierung der Ereignisse“ (S. 137, Fn. 11, Zitat von Lemke) wiedergibt, droht die *Vorentscheidung* für eine „neo-soziale“ Programmierung des Sozialen in die gleichen selbstlegimatorischen Deutungen zu mün-

den wie die kritisierte ‚alte‘, da Übergänge, Veränderungen und Brüche nicht nachvollziehbar rekonstruiert werden.

Dies gilt umso mehr, als die Bezugnahme auf vorausgehende theoretische Positionen, die im ersten und zweiten Teil erfolgt, zu selektiv ist, als dass sie ein kohärentes Bild ergeben könnte. Mitunter werden verschiedene Positionen etwas gewaltsam zusammengedacht, während bestimmte Diskurslinien ausgeblendet bleiben. Auf Seite 75 wird beispielsweise auf Selbstlegitimationsstrategien von Nohl, Bäumer, Natorp, Wichern und Key hingewiesen. Auch für eine bloße historische Skizze, die Kessel anstrebt, ist es unzureichend, wenn nicht genannt wird, dass sie unterschiedliche Konzepte von Sozialität verfolgten und gänzlich divergente Sozialpädagogiken im Blick hatten. Sozialpädagogen hätten sich, so die These, „mehrheitlich in jenseitigen Idealstrukturen“ legitimiert als eine „Analyse bestehender Arrangements des Sozialen“ (S. 75) zu leisten. Dies ist nicht falsch, aber auch nicht ganz richtig, denn die Idealstrukturen der Genannten waren eng mit Analysen ihrer zeitgenössischen Gesellschaft verwoben und das eine ist nicht ohne das andere zu verstehen. Man mag noch kritisieren können, dass die Gegenwartsanalysen von Natorp – der unter Sozialpädagogik etwas fundamental anderes verstand als Nohl/Bäumer, der entsprechend die Sozialpädagogik in ein gänzlich anderes Verhältnis zur Sozialpolitik setzte und der mit der Wichernschen Sorge um die innere Erweckung gottentfremdeter Heranwachsender nichts gemein hatte –, Nohl, Key, Wichern und anderen tatsächlich eher dem eigenen Idealbild folgten als eine wirkliche Analyse der Faktizität des Gegebenen zu leisten; aber genau dieser Aspekt wäre bei einer Reihe von Sozialpädagogen nachzulesen, die in der Arbeit nicht genannt werden. Explizit thematisierte etwa Aloys Fischer die Vermittlung

von Tatsachen und Aufgaben, Otto Willmann bemühte sich zumindest zeitweise um eine sozialwissenschaftlich und analytisch gehaltvolle Sozialpädagogik, Johannes Tews analysierte statistische Zusammenhänge, um sozialpädagogische Reformen zu begründen usw. Diese Diskurslinie wird in der Arbeit nicht thematisiert, sodass die gezogenen Schlüsse selektiv wirken und der Breite des Diskurses nicht gerecht werden, denn es gab sehr wohl ernst gemeinte Versuche, Formen sozialer Integration zu analysieren. Was nützt es ferner, Wichern und Key mit dem Hinweis zusammen zu bringen, sie hätten beide eine „Restoration‘ familialer Strukturen“ (S. 75) erhofft, wenn die Familienbegriffe nichts gemein hatten? Im einen Fall handelte es sich um eine patriarchale christliche Familienkonzeption (Wichern), im anderen Fall um eine frauenbewegte und rassenhygienisch angeordnete Zeugungsgemeinschaft (Key).

Diese Hinweise können insofern relativiert werden, als keine historische Rekonstruktion der Sozialpädagogik und ihrer Temporalisierung von Selbst- und Fremdführung angestrebt wird. Eine klarere Trennung von Verschiedenem wäre dennoch hilfreich, da in der Studie der Eindruck erweckt wird, es habe eine relativ einheitliche Sozialpädagogik als sozialpolitische Regierungsinstanz gegeben. Zumindest für die Sozialpädagogik der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts, letztlich bis zu den 1920ern und der „sozialpädagogischen Bewegung“, wird man dies aber kaum sagen können. Was unter Sozialpädagogik verstanden wird und welche Beziehung sie zur Kinder- und Jugendhilfe aufweist und ferner, warum von „Sozialer Arbeit“ gesprochen wird, obwohl die Sozialpädagogik im Mittelpunkt steht, wird nicht geklärt.

Auch ein anderer Punkt wäre zu ergänzen. Da die Sozialpädagogik thematisiert wird und damit eine pädagogische Diskurslinie,

ist nicht ersichtlich, warum eine Auseinandersetzung mit der pädagogischen Gouvernementalitätsliteratur vermieden wird. Immerhin wird in der Pädagogik seit einiger Zeit intensiv über die Folgen und Schwächen der Gouvernementalitätskritik diskutiert, etwa mit Blick auf die Folgen für den Bildungsbegriff und die Möglichkeit kritischer Erziehungswissenschaft. Dies wird nicht aufgenommen, obwohl die Diskussionen eine Quelle hätten sein können, um die Folgen und Nebenwirkungen der entsprechenden Kritik selbstreflexiv einzuholen. Da dies vermieden wird, ist der argumentative Gegner etwas überzeichnet, denn nicht die wiederholt eingebrachte Reform- und Antipädagogik, sondern die bereits vorliegende reflexive Pädagogik wäre der wichtigere Anhaltspunkt für die Entwicklung der eigenen Sichtweise.

In diesem Sinne ist der Anspruch der Arbeit etwas zu hoch. „Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit“ bedarf weiterer Klärung und sie muss insbesondere die Folgen und Voraussetzungen ihrer Kritik selbstreflexiv aufarbeiten. Gleichwohl ist sie nötig, und man hat in der Studie einen wichtigen Beitrag zu sehen. Ihre Provokation ist fruchtbar und man kann der Arbeit nur wünschen, dass sie breit aufgenommen und diskutiert wird. Trotz einzelner Schwachstellen ist die von Kessl vorgelegte grundlegende Kritik an der längst affirmativ eingeholten Kritik eine wichtige Anregung zum Denken. Und wer etwas über Aktivierungsstrategien in der Kinder- und Jugendhilfe erfahren will, findet im zweiten Teil eine erhellende und abwägende Analyse.

*PD Dr. Bernd Dollinger  
Otto-Friedrich-Universität Bamberg  
Lehrstuhl für Sozialpädagogik  
Markusplatz 3  
D-96045 Bamberg  
bernd.dollinger@ppp.uni-bamberg.de*



Karin Flaake, Kristina Hackmann,  
Irene Pieper-Seier, Stephanie Radtke

**Professorinnen in der  
Mathematik**  
**Berufliche Werdegänge und  
Verortungen in der Disziplin**

2006, ISBN 3-89370-421-3,  
(ISBN-13: 978-3-89370-421-7)  
152 Seiten, € 17,40 / SFr 30,90

Frauen auf Professuren in der Mathematik sind an bundesdeutschen Universitäten noch immer eine Ausnahme: Mehr als 95 Prozent der entsprechenden Stellen werden von Männern besetzt. In der vorliegenden Studie geht es um die Erfahrungen von Frauen, die sich in der Mathematik als einer stark männerdominierten universitären Wissenschaftsdisziplin erfolgreich behauptet haben. In ausführlichen biografisch orientierten Interviews wurden 87 Prozent derjenigen Mathematikerinnen befragt, die eine Professur oder dauerhafte Stelle als Dozentin an einer bundesdeutschen Universität innehaben. Zentrale Fragen, auf die die Befunde der Studie Antworten ermöglichen, sind:

- Welche Bedingungen in der Universität und in der Mathematik als akademischer Disziplin haben aus der Sicht der in diesem System erfolgreichen Frauen zum Erfolg beigetragen? Welche Bedingungen wurden für die Karriere als behindernd erlebt?
- Welche vor dem Studium liegenden lebensgeschichtlichen Stationen und Erfahrungen waren wichtig für die Entwicklung und Stabilisierung des Interesses an Mathematik?
- Wie waren und sind Berufliches und Privates miteinander verknüpft? Welche Bedeutung haben Partnerschaften und Kinder?
- Erfahren die Frauen sich als in der Disziplin integriert, akzeptiert und angesehen? Welche Rolle spielen Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen? Wie werden die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten bezogen auf die Weiterentwicklung der Mathematik als wissenschaftlicher Disziplin gesehen?

Auf der Basis der Ergebnisse der Studie werden Perspektiven entwickelt für eine Realisierung geschlechtergerechterer Strukturen in der universitären Wissenschaftsdisziplin Mathematik, die auch übertragbar sind auf andere stark männerdominierte Fachgebiete.

## Wegwerfgesellschaft?

*Zygmunt Bauman: Verworfenenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburger Edition 2005, 196 Seiten, 20 Euro*

Zygmunt Bauman knüpft mit dieser „Einladung, die vermeintlich vertraute moderne Welt, die wir uns teilen und gemeinsam bewohnen, auf eine neue, und etwas andere Art zu betrachten“ (16 und im Klappentext) an den Exklusionsdiskurs der Moderne an, und fügt seinem Werk eine weitere klare, einsichtige und vor allem verständlich geschriebene Analyse der Ambivalenzen der Moderne hinzu.

Faszinierend sind dabei weniger seine kritischen Thesen und Erkenntnisse, bei denen er sich deutlich an andere Autoren anlehnt, sondern vielmehr die Art und Weise wie er diese vermittelt. Seine dichte Beschreibung der Exklusionsmechanismen, mit der er die Selektion – die Aktivität der Trennung in Innen und Außen – als einen Kern der Moderne dechiffriert, erinnert analytisch zum Teil an Jock Youngs (1999) bulimische Gesellschaft, seine Bilder wirken jedoch kraftvoller.

Die „Produktion ‚menschlichen Abfalls‘ – korrekter ausgedrückt: nutzloser Menschen [...] ist ein unvermeidliches Ergebnis der Modernisierung und eine untrennbare Begleiterscheinung der Moderne“ (12) und seine Entsorgung wird als global erzeugtes Problem betrachtet, dass (vergeblich) versucht wird, lokal zu lösen. Dies führt Bauman unter anderem auf veränderte Zulassungsbedingungen in der Gesellschaft zurück: So waren die Arbeitslosen der Produzierendengesellschaft im Sinne der Marx'schen industriellen Reservearmee ökonomisch nicht viel besser dran als die „unausgefüllten Konsumenten der [heutigen] Konsumgesellschaft“. Aber: „Ihr Platz in der Gesellschaft stand nicht in Frage und

war gesichert“ (23), während die Nicht-Konsumenten aus dem Spiel herausfallen und zu einem Entsorgungsproblem werden.

Diese Entwicklung zeigt Bauman anschaulich anhand von Romanen, google-Ergebnissen und plastischen Vergleichen auf und demonstriert damit einmal mehr die Möglichkeit, soziologische Fragestellungen verständlich zu beantworten.

Der Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaates, seine Mechanismen, Absichten und Effekte, die sich z.B. in den Hartz-Gesetzen manifestieren, lassen sich trefflich unter dieser Perspektive lesen. Daneben rekurriert Bauman mit seinem Bild des menschlichen Abfalls auf die boomende Sicherheitsindustrie und die zunehmende Kriminalisierung der „Unfähigkeit, sich am Spiel des Marktes zu beteiligen“. Die Institutionen der ‚Schwäche und Fürsorge‘ verlieren nach seiner Deutung gegen die Institutionen ‚Verbrechen und Strafe‘ (vgl. Steinert/Cremer-Schäfer 1998) bzw. die Individualisierung im Sinne der Privatisierung von Lebensrisiken: Die Regierung kann und will ihre wohlfahrtsstaatlich-fürsorglichen Ansprüche angesichts der vom Markt geförderten Prekarität und sozialen Unsicherheit nicht mehr aufrechterhalten und beweist ihre Handlungsfähigkeit stattdessen auf dem sehr viel telegeneren Gebiet der inneren Sicherheit. „Dort kann sich die Ehrfurcht gebietende Macht und Entschlossenheit der Herrschenden sehr viel effektiver entfalten und zu Gegenstand öffentlicher Bewunderung werden“ (79)

Auch hier greift Baumann in seiner kritischen Analyse auf die bereits aus anderen Arbeiten (bspw. Garland 2001, Wacquant 2000) bekannten Strategien der Produktion von Furcht als neue Legitimationsquelle für staatliches Handeln (Strafen und Segregieren) auf, die sich vor kurzem hierzulande an der Debatte um Hauptschulen in sozialen Brennpunkten manifestiert hat. Diese illustriert er für Großbritannien un-

ter anderem an der Verknüpfung von Sozialleistungsgewährung und der Furcht vor dem Terrorismus in der britischen Presse, die Baumann zynisch als „Meisterstück“ für die Verbindung alter Ressentiments und neuer Ängste bezeichnet: „Wir stellen Terroristen eine offene Einladung aus und bieten ihnen unsere Sozialleistungen an“ (79).

So ließen sich Baumans Betrachtungen der Exklusion, des Umgangs mit dem menschlichen Abfall weiter auffächern, immer wieder unterbrochen von Exkursen mit Bezügen zu Literatur (wissenschaftlicher wie belletristischer), die seinen Analysen weitere Farbe geben und Facetten hinzufügen, doch das auszuführen, hieße auch vieles vorwegzunehmen.

Zentral erscheinen seine Ausführungen zum Zerfall des Vertrauens als Folge der neuen Ängste und Furchtproduktion. „Vertrauen wird durch allumfassendes Misstrauen ersetzt“ (130), was sich nach Baumans düsterer Betrachtung (insbesondere in Kapitel 4: die Kultur des Abfalls“) in allen Lebensbereichen – der Arbeit, den zwischenmenschlichen Beziehungen usw. – niederschlägt. Eine Sichtweise, die u.a. an Richard Sennetts (etwas vorsichtigere) Beschreibung der Kultur des neuen Kapitalismus (2005) anschließt. Bauman entwirft mit der Hypothese der Erosion von Vertrauen und der Verbindlichkeit eine wahrhaftige Wegwerfgesellschaft, in der von der Waschmaschine über die Arbeitsstelle bis zur Liebesbeziehung (eindrucksvoll: das „speed dating“ (176)) alles befristet, unverbindlich und ungewiss wird: Eine Kultur der „Unverbindlichkeit, der Zusammen-

hanglosigkeit und des Vergessens“ (166). Dieser pessimistischen, düsteren Analyse entspricht auch sein Bild des neuen Big Brother, der sich nicht mehr dem Einschluss (im doppelten Sinne) und dem Integrationsversprechen widmet, sondern reinen Ausschluss betreibt: „Er muss die Leute aufspüren, die an ihren Ort ‚nicht passen‘, er muss sie von jenem Ort vertreiben und dorthin bringen, ‚wo sie hingehören‘, oder, noch besser, er sollte sie gar nicht erst irgendwohin kommen lassen“ (187). Dabei löst dieser neue den alten Big Brother des Einschlusses keineswegs ab, vielmehr teilen sich beide Brüder die Überwachung und Betreuung der Grenzlinie zwischen Innen und Außen, zwischen wertvollen Gesellschaftsmitgliedern und dem Rest – dem Abfall.

Trotz dieser wenig hoffnungsvollen Analyse – die sich den Vorwurf gefallen lassen muss, weniger Wert auf empirisch-methodische Fundierung zu legen, dafür jedoch Strukturen und Machtquellen der politischen, medialen und sonstigen Diskurse wie Programme kritisch beleuchtet und erhellt, kenntlich und erkennbar macht – findet sich am Ende der berühmte Silberstreif:

Es ist nicht unausweichlich. Wir sind es, die beantworten müssen, „ob das Einschluss-Ausschluss-Spiel die einzige Möglichkeit ist, wie ein gemeinsames menschliches Leben gestaltet werden kann“ (189), denn wir geben dieser Welt ihre Gestalt.

*Tilman Lutz  
Institut für Weiterbildung an der  
Hochschule Neubrandenburg e.V.  
tilman\_lutz@web.de*

## Tagung Die gesellschaftliche Herrschaft der Zahlen

Was gezählt wird, zählt, und was – betrieblich, organisatorisch, gesellschaftlich – zählen soll, muss in aller Regel gezählt werden. Trotz der wachsenden „Macht der Zahlen“ (Wagner 2005) steht deren sozialwissenschaftliche Reflexion in Deutschland noch am Anfang. Damit sind sowohl die kalkulativen Praktiken und das institutionelle Feld der „Accountancy“ als auch ihre gesellschaftspolitische Bedeutung und gesellschaftstheoretischen Implikationen gemeint. Dabei verändern auf „Kalkulation“ beruhende Steuerungs- und Regulierungskonzepte zunehmend auch gesellschaftliche Teilbereiche, denen bislang – mit normativen als auch funktionalen Begründungen – eine gewisse „Eigenlogik“ unterstellt wurde, wie dem Bildungs- und dem Gesundheitssystem. Informationsdefizite begünstigen Meinungspolarisierung, und so überrascht es nicht, dass „Accountants“ – worunter Wirtschaftsprüfer und Controller ebenso wie Unternehmens- und Steuerberater subsumiert werden können – entweder generell für harmlose Buchhalter, für die neuen „guard dogs of capitalism“ (Dezalay 1997) oder für die „Ingenieure des Postfordismus“ (Hanlon 1994) gehalten werden. Die Tagung thematisiert die Instrumente, Programme und die Akteure im Feld des Accounting unter einer gesellschaftspolitischen und -theoretischen Fragestellung: In welcher

Weise verändern die Praktiken des Accounting Wirtschaft und Gesellschaft? Welchen Einfluss gewinnen die oftmals global operierenden Organisationen dieses Feldes auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturveränderungen? Welchen Handlungsspielraum behalten nationalstaatliche, lokale und organisatorische Akteure im Kontext einer insbesondere auch durch das Accounting vorangetriebenen Ökonomisierung sozialer Verhältnisse? Welchen theoretischen Stellenwert haben Schlagwörter wie „Finanzkapitalismus“, „Audit Society“ oder „Berater-Kapitalismus“ für die soziologische Zeitdiagnose? In welcher Weise kann eine „Soziologie der Kalkulation“ auf diese Herausforderungen reagieren und welche grundbegrifflichen Innovationen sind hierzu notwendig?

*Veranstalter:*

*Institut für Sozialforschung  
Frankfurt/Main (IFS)*

*in Kooperation mit dem*

*Institut für Sozialwissenschaftliche  
Forschung München (ISF München)*

*im Sonderforschungsbereich 536*

*„Reflexive Modernisierung“, München*

*Termin: 16. bis 17. November 2006*

*in Frankfurt am Main,*

*Campus Westend der*

*Johann-Wolfgang-Goethe Universität*

*Informationen:*

*<http://www.ifs.uni-frankfurt.de/>*

*[veranstaltungen/2006/zahtag.htm](http://www.ifs.uni-frankfurt.de/veranstaltungen/2006/zahtag.htm)*

## Öffentliche Vorlesungsreihe „Mit Gramsci arbeiten“

Seit Dezember 2002 liegt die kritische Gesamtausgabe der Gefängnishefte von Antonio Gramsci (1891–1937) in deutscher Sprache vor. Die Arbeiten des italienischen Philosophen und Politikers stehen für einen „offenen Marxismus“ (Stuart Hall), der viele Einsichten der marxistischen Theoriebildung auf die neuen Fragen weiterentwickelt hat, die sich mit den Umbrüchen und Krisen der kapitalistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts stellten. Bis heute sind sie produktive Anregung für Herrschaftskritik und emanzipatorisches Handeln. Gramscis Standpunkte und Kategorien folgen dabei keiner linearen und abgeschlossenen Lesart. So bieten die Gefängnishefte ihren Lesern auch keine allgemeine und kurzer Hand zu konsumierende Theorie der „Zivilgesellschaft“, der „Hegemonie“ oder der „Intellektuellen“. Die verzweigten, häufig fragmentarischen und kryptischen Heftnotizen, stellen viel eher theoretische Werkzeuge zur Verfügung als das sie fertige Erklärungen und Definitionen liefern würden. Das ‚Arbeiten mit Gramsci‘ verlangt daher, über das unmittelbare Verständnis der Begriffe hinaus, über das Studium der Zusammenhänge und historischen Kontexte des Werkes hinaus, vor allem ein kritisches ‚Übersetzen‘ ins Heute: Wie nützlich und aktuell ist das – politisch-praktische – Anwenden und Weiterdenken seiner Begrifflichkeiten und Materialstudien? Wie können wir Gramscis analytische Vorgehensweise umsetzen, von konkreten historischen Fällen, von politischen Fragestellungen und kulturellen Entwicklungen auszugehen, die das je spezifische Entwicklungsstadium des Kapitalismus hervorbrachte, und daran Begriffe zu differenzieren, zu transformieren und zu erneuern statt dogmatisch zu schließen? Was heißt

es, von Gramsci zu lernen, wenn philosophieren für ihn hieß, von der Philosophie als ein ‚tätiges‘ gesellschaftliches Verhältnis auszugehen, das sich in Wechselbeziehung zur Lebenswelt und Praxis der Menschen herausbildet?

*Termin: 13.12.2006 – 18.30 bis 21.00 Uhr*

*Titel: Über das Lernen in sozialen Bewegungen als (gegen-)hegemoniale Praxis*

*Vortrag: Andreas Merckens (Hamburg)*

*Ort: Universität Hamburg (Department Wirtschaft und Politik), Hamburg*

*Termin: 10.01.2007 – 18.30 bis 21.00 Uhr*

*Titel: Die hegemonietheoretische Leerstelle in den Gender-Studies*

*Vortrag: Victor Rego-Diaz (Hamburg)*

*Ort: Universität Hamburg (Department Wirtschaft und Politik), Hamburg*

*Termin: 24.01.2007 – 18.30 bis 21.00 Uhr*

*Titel: Gramsci und die Gewerkschaftsfrage heute*

*Vortrag: Frank Deppe (Marburg)*

*Ort: Universität Hamburg (Department Wirtschaft und Politik), Hamburg*

*Termin: 07.02.2007 – 18.30 bis 21.00 Uhr*

*Titel: Die Kritik der Globalisierung denken – Hegemonie und Gegen-Hegemonie bei Gramsci*

*Vortrag: Ulrich Brand (Kassel)*

*Ort: Universität Hamburg (Department Wirtschaft und Politik), Hamburg*

*Termin: 21.02.2007 – 18.30 bis 21.00 Uhr*

*Titel: Amerika denken: Gramscis Beitrag*

*Vortrag: Thomas Barfuss (Chur/Schweiz)*

*Ort: Universität Hamburg (Department Wirtschaft und Politik), Hamburg*



## Öffentliche Diskussion Sigmund Freud

Podiumsdiskussion zum Ausklang des Freud Jahres: „Sexualität und Körper“ – Subjektvorstellung bei Sigmund Freud und Lucian Freud

Es diskutieren: Rotraut De Clerck, Psychoanalytikerin, Frankfurt, Dr. Rolf Lauter, Direktor Kunsthalle Mannheim

*Moderation: Ruthard Stäblein,*

*Hessischer Rundfunk*

*Termin: 08.12.2006 – 20.00 Uhr*

*Ort: Literaturhaus Frankfurt,*

*Schöne Aussicht*

*Informationen: <http://www.fpi.de>*

## Berufsbegleitende Weiterbildung Kinder mit Behinderungen als kompetente Partner

Fortbildung zum Erwerb der Zusatzqualifikation zum/zur Facherzieherin für Integration, Fachkraft für Integration. Ein Lehrgang mit sechs Modulen (160 UStd.). Der Lehrgang findet in Berlin statt.

*Beginn: 21.02.2007*

*Ende: 06.07.2007*

*Informationen und Anmeldung:*

*Paritätisches Bildungswerk,*

*Bundesverband e.V.,*

*Heinrich-Hoffmann-Straße 3,*

*60528 Frankfurt am Main;*

*Telefon: 069-6706 272 oder: 069-6706 203*

*Internet:*

*<http://www.bildungswerk.paritaet.org/>*

*E-mail: [fobi@paritaet.org](mailto:fobi@paritaet.org)*

## Berufsbegleitende Weiterbildung Biographisches Schreiben

Berufsbegleitende Weiterbildung für Fachkräfte in Gesundheits- und Sozialberufen

*Termin: 24.02.2007*

*Informationen und Anmeldung:*

*Fachhochschule Münster,*

*Fachbereich Sozialwesen,*

*Hüfferstr. 27, 48149 Münster*

*Internet: [www.fh-muenster.de](http://www.fh-muenster.de)*

*E-mail: [weiterbildung@fh-muenster.de](mailto:weiterbildung@fh-muenster.de)*

## Berufsbegleitende Weiterbildung Strafrechtliche Verantwortung in der Sozialen Arbeit

Berufsbegleitende Weiterbildung für Fachkräfte in Gesundheits- und Sozialberufen

*Termin: 24.04.2007*

*Informationen und Anmeldung:*

*Fachhochschule Münster,*

*Fachbereich Sozialwesen,*

*Hüfferstr. 27, 48149 Münster*

*Internet: [www.fh-muenster.de](http://www.fh-muenster.de)*

*E-mail: [weiterbildung@fh-muenster.de](mailto:weiterbildung@fh-muenster.de)*



Susanne Baer, Dietrich Englert (Hrsg.)

## **Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung Diskriminierungsfreie Leistungsbewertung im öffentlichen Dienst**

Gender *kompetent*. Beiträge aus dem  
GenderKompetenzZentrum, Band 1

2006, ISBN 3-89370-413-2

(ISBN-13: 978-3-89370-413-2)

212 Seiten, € 20,90 / Sfr 36,70

Durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ist das Leistungsprinzip gestärkt worden. Zukünftig soll ein wachsender Anteil des Entgelts als Leistungskomponente ausbezahlt werden. Ziel ist, den öffentlichen Dienst insgesamt effizienter und zielorientierter auszurichten und die Motivation der Beschäftigten zu erhöhen. Dabei wird den Fragen, die für eine moderne öffentliche Verwaltung relevant sind, nachgegangen:

- Welche Bedeutung haben diskriminierungsfreie Verfahren der Leistungsbewertung für das moderne Personalmanagement?
- Wie lässt sich Gleichstellungsorientierung konkret realisieren?

Im vorliegenden Sammelband werden aus der Perspektive von Wissenschaft, Verwaltung und Beratung Wege einer gleichstellungsorientierten Personalentwicklung aufgezeigt.

*Dietrich Englert* verdeutlicht, dass ein gleichstellungsorientierter Kulturwandel vor dem Hintergrund von Diskriminierungsgefahren eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Reform ist. *Alexander Leist* erläutert die Tarifreform mit Blick auf Leistungsbewertung und Leistungsentgelt. Er geht auf Zielvereinbarungssysteme, systematische Bewertungsverfahren und Mischverfahren ein. *Gertraude Krell* schildert wichtige Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Leistungsbewertung auf der Basis eines Gleichstellungscontrollings. *Karin Tondorf* zeigt anhand empirischer Untersuchungen zu diskriminierenden Effekten bei der Beurteilung, dass in der öffentlichen Verwaltung Handlungsbedarf besteht. *Frank Dulisch* setzt sich mit Schwierigkeiten der Etablierung einer transparenten Leistungskultur auseinander. Der Beitrag von *Carmen Gerstmann-Fricke* und *Susan Santüns* erläutert aus der Praxis der Deutschen Rentenversicherung Bund, dass mit einem integrierten gleichstellungsorientierten Personalentwicklungskonzept ein Organisationswandel in Gang gesetzt werden kann. Eine geschlechtergerechte Handlungshilfe für die Beurteilung stellt *Friedel Schreyögg* vor. *Christoph Baitsch* und *Christian P. Katz* verweisen in ihrer Beschreibung des Modells „Abakaba<sup>Person</sup>“ auf die Bedeutung sorgfältig gestalteter Instrumente. Der Leitfaden des *Bundesministerium des Inneren* zur Leistungsbewertung – eingeführt von *Bettina Lösch-Busse* – und eine differenzierte Prüfliste für Beurteilende von *Friedel Schreyögg* befinden sich im Anhang.

# Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter [www.widersprueche-zeitschrift.de](http://www.widersprueche-zeitschrift.de) und [www.kleine-verlag.de](http://www.kleine-verlag.de)

## Lieferbar sind u. a.:

**Heft 72:** Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit  
123 Seiten, € 11,00

**Heft 73:** Transversale Bildung – wider die Umbilden der Lerngesellschaft  
120 Seiten, € 11,00

**Heft 74:** 1989 – 1999 – 2010:  
Brüche und Reformperspektiven  
198 Seiten, € 11,00

**Heft 75:** Der „Dritte Sektor“:  
Modernisierung von Markt und Staat?  
118 Seiten, € 11,00

**Heft 76:** Zivilgesellschaft von oben.  
Regulation der Kooperation  
118 Seiten, € 11,00

**Heft 77:** Der kontraktuelle Sozialstaat –  
Herrschaft des Managements?  
Ende der Profession?  
112 Seiten, € 11,00

**Heft 79:** Alles im Griff. Prävention als  
Sozialtechnologie  
118 Seiten, € 11,00

**Heft 80:** Wir können auch anders –  
Soziale Utopie heute  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 81:** Da war doch was ...!? Zugänge zur  
Erinnerung an Nazizeit  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 82:** Raum-Effekte. Politische Strategien  
und kommunale Programmierung  
128 Seiten, € 11,00

**Heft 83:** Zur globalen Regulierung des  
Bildungswesens  
128 Seiten, € 11,00

**Heft 84:** Der oder die Sozialstaat? Doing  
Gender europäischer Wohlfahrtsregime  
108 Seiten, € 11,00

**Heft 85:** Politische Bildung – Bildung des  
Politischen?  
120 Seiten, € 11,00

**Heft 86:** Safety first – Smile you're on camera  
132 Seiten, € 11,00

**Heft 87:** Selbsttechnologien –  
Technologien des Selbst  
104 Seiten, € 11,00

**Heft 88:** Neo-Diagnostik –  
Modernisierung klinischer Professionalität?  
136 Seiten, € 11,00

**Heft 89:** Zum Umbau von Bildung und  
Sozialstaat  
124 Seiten, € 11,00

**Heft 90:** Noch auf Kurs? – Zehn Jahre  
'Neue Steuerung' in der Jugendhilfe  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 91:** Scheiternde Erfolge oder:  
Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 92:** Familienunternehmen –  
zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie  
136 Seiten, € 11,00

**Heft 93:** Eliten-Schwindel. Gesellschaft  
zwischen Demokratisierung und Privilegierung  
92 Seiten, € 11,00

**Heft 94:** Kampf ums Herz.  
Neoliberale Reformversuche und Macht-  
verhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘  
104 Seiten, € 11,00

**Heft 95:** Genders neue Kleider?  
Dekonstruktivistischer Postfeminismus,  
Neoliberalismus und die Macht  
130 Seiten, € 11,00

**Heft 96:** Jenseits von Status und Expertise:  
Soziale Arbeit als professionelle Kultur  
128 Seiten, € 11,00

**Heft 97:** Politik des Sozialen – Alternativen  
zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen  
Infrastruktur  
160 Seiten, € 11,00

**Heft 98:** Klassengesellschaft reloaded.  
Zur Politik der „neuen Unterschicht“  
116 Seiten, € 11,00

**Heft 99:** Politik des Sozialen – Verhandlungen  
über Lebensweisen. Moralische Ökonomien  
heute  
112 Seiten, € 11,00

**Heft 100:** Was ist heute kritische Sozialarbeit?  
222 Seiten, € 11,00

**Kleine Verlag**  
Kleine Verlag